Internet und Demokratie in Österreich

Grundlagenstudie

Paul Ringler / Peter Parycek / Judith Schossböck / Werner Sturmberger / Daniel Schönherr / Florian Oberhuber / Ingrid Aichberger / Evelyn Hacker

Wien, Juni 2013

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 5

Kurzbericht 7

1 Methodische Vorgangsweise 17
1.1 Literaturrecherche 17
1.2 ExpertInneninterviews 17
1.3 Quantitative Studie 18
1.4 Diskursanalyse 26

2 Theoretische Grundlagen 27
2.1 E-Government und E-Demokratie: Definitionen und politische Handlungsfelder 27
2.1.1 E-Demokratie und E-Partizipation 28
2.1.2 E-Government 30
2.2 Digital Divide 31
2.2.1 Formen des Digital Divide 32
2.3 Politische Kultur 34
2.3.1 Politisches Interesse 34
2.3.2 Politikverständnis und Politikverdrossenheit 35
2.3.3 Autoritäre Einstellungen und Regierungsformen 35

3 Forschungsstand 37
3.1 Bisherige Forschung zu Internet und Demokratie 37
3.2 Fördert das Internet politische Beteiligung? 38
3.3 Welche Auswirkungen hat das Internet auf das politische System? 40
3.3.1 Chancen und Risikoszenarien 40
3.3.1.1 Positive Szenarien 41
3.3.1.2 Negative Szenarien 44
3.4 Technologische Trendlinien in Politik und Verwaltung 47
3.5 Erfolgsfaktoren von E-Partizipation 50
3.5.1 Systemische Hindernisse 51
3.5.2 Sozialstrukturelle Hindernisse 51
3.5.3 Hindernisse auf Projektebene 52

4 Internet in Österreich 54
4.1 Internet-Nutzung 54
4.2 Internet-Infrastruktur 55
4.3 NichtnutzerInnen in Österreich 57

5 E-Government in Österreich 59
5.1 E-Government-Nutzung in Österreich 59
5.1.1 Private Haushalte 59
5.1.2 E-Government in Unternehmen 61
5.2 Das E-Government-Angebot Österreichs im internationalen Vergleich 61
5.2.1 i2010 Benchmark Measurements 61
5.2.2 UN E-Government Survey 62
5.2.3 Global Information Technology Report (GITR) 63

5.3 Strategische Entwicklung von E-Government und E-Demokratie ...65
5.3.1 Neuere Entwicklungen ...66

6 ExpertInneninterviews ... 69
6.1 Wirtschaft ...69
6.2 Verwaltung ...71
6.3 Politik ...75
6.4 Zivilgesellschaft ...80
6.5 Querschnittsthemen ...83
6.5.1 Breitbandinfrastruktur ...83
6.5.2 Bildung ...84

7 Quantitative Studie ... 86
7.1 Typologie der Internetnutzer in Österreich ...86
7.1.1 Überblick ...87
7.2 Internetnutzung ...90
7.3 Soziodemographie und Persönlichkeitsmerkmale ...103
7.4 Politisches Informationsverhalten und politische Einstellungen ...113
7.4.1 Politisches Interesse ...113
7.4.2 Politisches Informationsverhalten ...114
7.4.3 Politische Mitsprache ...119
7.4.4 Politikverständnis ...121
7.4.5 Politische Partizipation und direkte Demokratie ...124
7.4.6 Politische Partizipation in der Vergangenheit ...128
7.4.7 Demokratiebewusstsein ...132
7.4.8 Parteipräferenz und Wahlverhalten ...134
7.5 Auswirkungen des Internet auf politische Beteiligung ...141
7.5.1 Auswirkungen der Internetnutzung auf politisches Interesse ...141
7.5.2 Auswirkungen der Internetnutzung auf politische Partizipation ...144

8 Diskursanalyse ... 148
8.1 „Internet und Demokratie“ in Printmedien ...148
8.1.1 Managen statt verwalten: E-Government im Frame von Effizienz und Service ...148
8.1.2 Elektronische Demokratie: Vision und Wirklichkeit´ ...153
8.1.3 E-Voting ...158
8.1.4 Die Forderung nach Transparenz ...161
8.2 „Internet und Demokratie“ in Online-Diskursen ...163
8.2.1 Netzpolitik ...165
8.2.2 Internet als Hoffnung für die direkte Demokratie? ...171
8.2.3 Modelle elektronischer Demokratie ...175

Literaturverzeichnis ... 178

Tabellenverzeichnis ... 189

Abbildungsverzeichnis ... 190

Anhang ... 191

Daten zur Untersuchung

Thema:	Grundlagenstudie Internet und Demokratie
AuftraggeberIn:	Bundeskanzleramt Österreich
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien Durchgeführt in Kooperation mit dem Zentrum für E-Governance der Donau-Universität Krems
Wissenschaftliche Leitung:	Mag. Paul Ringler
AutorInnen:	Paul Ringler / Peter Parycek / Judith Schossböck / Werner Sturmberger / Daniel Schönherr / Florian Oberhuber / Ingrid Aichberger / Evelyn Hacker

Einleitung

Seit seiner Einführung in Österreich hat das Internet zu tiefgreifenden Veränderungen in der österreichischen Gesellschaft geführt und ist mittlerweile fixer Bestandteil der Lebenswelt eines bedeutenden Teils der Gesellschaft. Es kann für viele Zwecke eingesetzt werden, ist multimedial, interaktiv und im Zeitalter von Smartphones praktisch überall verfügbar. Mittlerweile erfüllt das Internet auch die Funktion eines politischen Informationsmediums und wird mehr und mehr zum Raum von öffentlichen Debatten. Es ist nicht nur ein Gegenstand der Politik sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Darüber hinaus sind die dem Internet zugrundeliegenden Informations- und Kommunikationstechnologien Basis für weitreichende Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung.

Für die vorliegende Studie wurden der neueste Forschungsstand, ExpertInnenwissen, quantitative Daten und eine Analyse des öffentlichen Diskurses zu einer für Österreich repräsentativen Wissensbasis zusammengeführt. Davon ausgehend können Entwicklungsperspektiven für die Strategieentwicklung im Bereich E-Government und E-Partizipation sowie für die politische Kommunikation staatlicher Institutionen und politischer AkteurInnen abgeleitet werden.

Die Hintergrundrecherchen für diese Studie - insbesondere zu den theoretischen Grundlagen, dem Forschungsstand und zum Thema E-Government und Verwaltungsreform - wurden in Kooperation mit dem Institut für E-Governance der Donau-Universität Krems durchgeführt.

Unmittelbar im Anschluss an die Einleitung werden die wesentlichen Studienergebnisse in einem Kurzbericht präsentiert. Diskutierte Bereiche sind Studien- und Rechercheergebnisse zu Internetnutzungsgrad und Infrastruktur, der Forschungsstand zu Internet-Nutzung und Politik und Ergebnisse der Erhebung zu Internet und Politik. Weiters werden die wesentlichen Ergebnisse zu den Themenkreisen E-Government, E-Demokratie und E-Partizipation erläutert.

Nach einer kurzen Beschreibung der Forschungsmethodik in Kapitel 1 und einer Diskussion der wesentlichen theoretischen Grundbegriffe in Kapitel 2 wird in Kapitel 3 der Stand der bisherigen Forschung zu Internet und Demokratie zusammengefasst, wobei technologische Trends in Politik und Verwaltung, Erfolgsfaktoren und Hindernisse von E-Partizipation und theoretische Hintergründe zum Einfluss des Internets auf politische Beteiligung, inklusive einer Reihe von möglichen positiven und negativen Auswirkungen, erläutert werden.

Kapitel 4 gibt einen kurzen Überblick über den Status Quo der Internetnutzung und -infrastruktur in Österreich und diskutiert verfügbare Daten über NichtnutzerInnen und ihre Beweggründe, das Internet nicht zu verwenden.

Kapitel 5 beschäftigt sich mit der Nutzung von E-Government in Österreich durch die Gesamtbevölkerung und durch Unternehmen und stellt dies in den Kontext von drei aktuellen internationalen Vergleichsstudien zum österreichischen E-Government Angebot für die Gesamtbevölkerung und Wirtschaft. Außerdem werden die strategische Entwicklung von E-Government und E-Demokratie in Österreich sowie neuere Entwicklungen auf diesem Gebiet diskutiert.

In Kapitel 6 werden die Ergebnisse von fünf Interviews, die mit ExpertInnen aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft geführt wurden, präsentiert. Die Themenkreise E-Government, E-Demokratie und auch deren technologische und wirtschaftliche Entwicklungspotentiale werden thematisiert.

Kapitel 7 präsentiert die Ergebnisse einer österreichweiten Erhebung mit dem Ziel, die Internetnutzung von Österreicherinnen und Österreichern für politisch relevante Zwecke zu untersuchen und den Zusammenhang von Internetnutzung mit politischem Interesse, politischem Informationsverhalten und politischer Partizipation zu erläutern. Wesentlich ist dabei der Vergleich von vier verschiedenen Nutzertypen sowie von Offlinern hinsichtlich ihrer demographischen Profile und politisch relevanten Persönlichkeitsmerkmale, ihren Angewohnheiten bezüglich politischer Information, Kommunikation und Beteiligung sowie politischer Einstellungen (inkl. Demokratieverständnis und Wahlverhalten).

Kapitel 8 widmet sich schließlich dem diskursiven Meinungsklima in Printmedien und Internet bezüglich E-Demokratie, E-Government und Netzpolitik. Dabei werden die öffentlichen Diskurse um diese Themen erläutert. Pro- und Contra-Argumente, Forderungen, Kritikpunkte, Hoffnungen und Befürchtungen werden zusammen mit diesen Themen beschrieben und analysiert.

Kurzbericht

Nutzungsgrad und Infrastruktur in Österreich

Das Internet wird in Österreich mittlerweile von 80 % der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren regelmäßig genutzt. Grundsätzlich gilt laut Statistik Austria und RTE, dass der österreichische Versorgungsgrad der Bevölkerung und der Unternehmen mit Basisbreitband als sehr gut beschrieben werden kann: 79% aller Haushalte verfügen über einen Internetanschluss, davon haben 98% einen Breitbandanschluss. Außerhalb der Landeshauptstädte nutzen zumindest 90% der Haushalte einen Breitbandanschluss, wobei hier ADSL-Verbindungen die häufigste Verbindungsform darstellen. Das heißt, die nötige Infrastruktur für die Nutzung des Internets zum Zwecke der politischen Information und Diskussion sowie für E-Government kann als weitestgehend gegeben angesehen werden.

Obwohl Österreich bereits über einen hohen Anteil an Breitbandanschlüssen verfügt, regen die befragten ExpertInnen aus der Wirtschaft den weiteren Ausbau dieses Netzes an, da es einen Wirtschaftsfaktor darstelle. Einerseits rechnen sie damit, dass der Datenverkehr insgesamt deutlich ansteigen wird, andererseits sei ein Ausbau der Breitbandverbindungen die Grundlage für Smart Cities. Für den ländlichen Raum sehen die ExpertInnen aus der Wirtschaft durch verbesserte Breitbandinfrastruktur eine Unterstützung für dort angesiedelte Unternehmen und die Möglichkeit neuer Arbeits- und Bildungsmodelle (Teleworking bzw. E-Learning). Da diese auch zu einer schnelleren Übertragungsgeschwindigkeit führe, sei mit gesteigerter Usability von angebotenen Diensten zu rechnen, was auch E-Government, beziehungsweise E-Demokratie, miteinschließen würde.

Laut Forschungsstand ist - neben Bildung und Geschlecht - besonders das Alter der einflussreichste Faktor in der Frage, ob das Internet genutzt wird, während der Unterschied zwischen Stadt und Land vergleichsweise wenig einflussreich ist. Ergebnisse der Statistik Austria zeigen, dass in den letzten Jahren der Anteil der NutzerInnen in allen Altersgruppen zwar deutlich angestiegen ist, aber vor allem ältere NutzerInnen deutlich zurückfallen. Bezüglich der Motivlage zeigt sich, dass Offliner zumeist freiwillig offline sind, z.B. weil man der Meinung ist, schlicht keinen Internetzugang zu benötigen. Dahinter könnten jedoch mangelnde technische Fertigkeiten oder fehlendes Wissen über die Möglichkeiten des Internets stehen. Insgesamt ist daher anzunehmen, dass es auch in Zukunft einen Sockelanteil von Menschen gibt, die sich bewusst dafür entscheiden, das Internet nicht zu nutzen, obgleich sie technisch die Möglichkeit hätten, dies zu tun.

Forschungsstand zu Internet-Nutzung und Politik

Das geschichtlich gesehen junge Alter des Internets trifft auch auf den Forschungsdiskurs um seine Auswirkungen auf die Politik zu. Obwohl empirische Forschung zunehmend bedeutender wird, sind bislang nur wenige empirische Vergleichsdaten und –studien verfügbar und die Forschung bewegt sich oft auf dem Niveau theoretischer Diskussionen. Eine wesentliche Frage, die im Forschungsdiskurs gestellt wird, ist, ob und inwieweit das Internet politische Beteiligung stärkt. Es kann in dieser Frage im Wesentlichen zwischen zwei unterschiedlichen, sich aber nicht widersprechenden Tendenzen unterschieden werden.

Die Mobilisierungsthese folgt der Annahme, dass die Anwendung von IKT demokratische Prozesse auf vielfältige Weise unterstützen kann und so schlussendlich zu vermehrter politischer Beteiligung auf breiter Basis und mehr Legitimität des politischen Systems führen würde.

Die sogenannte Verstärkungsthese beschreibt mögliche Effekte, die anders gelagert sind: Hier wird davon ausgegangen, dass vor allem die vorhandenen politischen Strukturen und Motivationen durch das Internet unterstützt werden. Wer bereits politisch interessiert, aktiv und vernetzt ist, nutzt auch die neuen Möglichkeiten des Internets.

Klar ist, dass das Internet den Zugang der Bevölkerung zu politischer Information erleichtert und auch politische Beteiligung vereinfachen und unterstützen kann. Die Forschung zeigt aber keine klaren Belege dafür, dass die politische Beteiligung in Bevölkerungen verbreitert würde.

Ein weiterer diskutierter Bereich ist die Frage, welche Auswirkungen auf politische Kultur und Formen der Beteiligung durch das Internet zu erwarten seien. Der Forschungsstand zeigt in dieser Hinsicht nur wenige eindeutige Tendenzen im Kontext von IKT-Nutzung und deren Auswirkungen auf politische Kultur.

Im Wesentlichen werden die folgenden positiven und negativen Auswirkungen diskutiert:

- Das Spektrum der politisch Interessierten und Beteiligten kann sich erweitern, da das Internet die Transaktionskosten von politischer Beteiligung stark verringert und die Interessenartikulation und -organisation im Rahmen der Zivilgesellschaft erleichtert. Dafür spricht zum Beispiel, dass gerade soziale Medien Träger von mehr oder minder spontanen „bottom up“ Protesten oder Bewegungen sein können, wie z.B. an der „#Aufschrei“-Diskussion zu erkennen ist, die ihren Anfang auf Twitter nahm. Dabei muss deren Einfluss auf die institutionalisierte Politik nicht direkt sein. Wahrscheinlicher ist ein Umweg über traditionelle Medien, in denen Debatten aufgegriffen werden. Diese tragen so zu einer

weiteren Popularisierung bei und bringen Themen auf die politische Agenda.

- Da die durch IKT ermöglichten neuen Beteiligungsformen bis zu einem gewissen Grad unabhängig von Ort und Zeit sind, ist dies z.B. hilfreich bei der Kommunikation mit räumlich schwer zu erreichenden Stakeholder-Gruppen. Zudem haben diese Formen auch das Potential, politische Beteiligung komfortabler zu gestalten. Gerade das Internet erlaubt es aber auch, neue und vor allem jüngere Zielgruppen zu erreichen. Für viele junge Menschen ist das Internet ein völlig etablierter Bereich ihrer Lebenswelt. Sie könnten über diesen Kanal leichter erreicht werden als über traditionellere Kommunikationsformen, wobei natürlich medienspezifische Gesetzmäßigkeiten und Umgangsformen zu beachten sind.

- Das Internet bietet die Möglichkeit, den Informationsfluss zwischen Regierung, Verwaltung und den BürgerInnen transparenter und intensiver zu gestalten. Dies könnte letztlich die Qualität von Verwaltungshandlungen und politischen Entscheidungen verbessern und ihre Legitimität stärken.

Diskutierte negative Auswirkungen sind die folgenden:

- Democratic Divide: Wenn das Internet lediglich bereits vorhandene politische Beteiligung verstärkt, die Teilnahme von politisch unbeteiligten Gruppen aber nicht fördert, kann dies die Entwicklung eines Democratic Divide begünstigen. Durch ungleichen Zugang und die ohnehin recht anspruchsvollen Voraussetzungen, die BürgerInnen erfüllen müssen, wenn sie sich an politischen Debatten beteiligen möchten, kann sich das Gefälle zwischen jenen, die gehört werden und jenen, die nicht gehört werden, verstärken, wenn das Internet auf Kosten klassischer Beteiligungs- und Dialogformen an Bedeutung gewinnt.

- „Slacktivism“: Echte politische Beteiligung könnte durch Scheinpartizipation ersetzt werden. Darunter wird eine scheinbar steigende politische Beteiligung verstanden, die aber keine inhaltliche Tiefe erlangt und wenig intensiv und unverbindlich bleibt. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Online-Petitionen unterzeichnet werden, aber eine Beteiligung an Wahlen oder eine intensive Beschäftigung mit politischen Themen ausbleibt.

- Fragmentierte Öffentlichkeiten: Das Internet bietet Menschen die Möglichkeit, Websites und Communities für beinahe jeden Standpunkt und beinahe jede Interessenslage zu finden. Dialoge und Debatten zwischen wirklich gegensätzlichen politischen Strömungen finden dabei selten statt.

Die Tendenzen ohnedies fragmentierter Medienöffentlichkeiten könnten dadurch weiter verstärkt werden und so gesamtgesellschaftliche Diskurse und Debatten massiv behindern.

- Aushöhlung der Demokratie: Es gibt Überlegungen, die in E-Voting-Maßnahmen eine langfristige Bedrohung für etablierte demokratische Prozesse sehen. Ein System mit zu vielen kleinteiligen Abstimmungen über kurzfristige populistische Maßnahmen würde deliberative Aspekte von Politik neutralisieren.

Ergebnisse der Erhebung zu Internet und Politik

Im Rahmen der vorliegenden Grundlagenstudie wurde für den österreichischen Kontext eine quantitative Erhebung unter österreichischen Internet-NutzerInnen und Nicht-NutzerInnen ab 16 Jahren durchgeführt und vier Typen von InternetnutzerInnen erstellt. Diese wurden untereinander und mit Offlinern verglichen, um mehr über den Zusammenhang zwischen Internetnutzung und politischen Einstellungen in Österreich zu erfahren. Die NutzerInnentypen sind besonders im Sinne des Spektrums an Anwendungen bzw. Funktionen oder im Sinne der Intensität, mit der sie diese nutzen, verschieden, und weisen auch Unterschiede hinsichtlich ihres politischen Interesses, des Informationsverhaltens, der Aktivität und den Einstellungen auf. Nach aufsteigender Häufigkeit und Intensität der Nutzung sind dies:

- Offliner: Diese sind dadurch definiert, dass sie das Internet noch nie oder zumindest in den letzten 3 Monaten nicht genutzt haben, sei es für private oder berufliche Zwecke. Sie sind klar die älteste Gruppe, mit einem Altersdurchschnitt von 64 Jahren, 63 % sind bereits in Pension. Ihr formaler Bildungsstand ist tendenziell ebenso niedriger als der der InternetnutzerInnen. Sie sind politisch interessiert und informiert. Sie sind von ihrem Politikverständnis recht stark im klassischen Parteien- und Politiksystem verankert, stehen Parteipolitik aber tendenziell negativ gegenüber und zeigen die stärkste Zustimmung zu autoritären politischen Werthaltungen. Trotz der Tatsache, dass sie das Internet nicht nutzen, stimmt unter Offlinern ein großer Teil (49 %) zu, dass politische Meinungsäußerungen über das Netz ernster genommen werden sollten (unter den Internet-NutzerInnen sind es aber deutlich mehr, zwischen 72% und 84 %).
- *Sporadische UserInnen*: Diese Gruppe der InternetnutzerInnen ist mit durchschnittlich 39 Jahren jünger als die der Offliner. Sie sind mehrheitlich berufstätig, jedoch ist ihr Bildungsniveau niedriger als z.B. das der Allround-NutzerInnen. Sie verwenden das Internet zwar regelmäßig, aber im Vergleich zu den anderen NutzerInnentypen stehen sie dem Medium besonders

distanziert gegenüber. Sie sind die einzige Gruppe von InternetnutzerInnen unter denen tägliche Nutzung keine Selbstverständlichkeit ist, insofern „lediglich“ 50 % der Befragten in dieser Gruppe das Internet täglich oder fast täglich nutzen. Die Bandbreite der häufig genutzten Anwendungen ist im Vergleich sehr begrenzt, die wichtigsten Aktivitäten sind das Verschicken von E-Mails oder die Suche nach bestimmten Informationen oder Routen. Sie sind tendenziell am wenigsten allgemein an Politik interessiert, messen politische Mitbestimmung die geringste Bedeutung zu und sind auch abseits von Wahlen relativ wenig politisch aktiv.

- *Zweck-UserInnen* sind im Schnitt 39 Jahre alt, jedoch befinden sich etwas weniger Personen über 45 in dieser Gruppe als unter den sporadischen NutzerInnen. Praktisch alle (98 %) nutzen das Internet täglich oder fast täglich, aber auch hier ist das Spektrum der genutzten Anwendungen relativ beschränkt: Neben dem Suchen nach Infos und E-Mail-Verkehr benutzt diese Gruppe noch weitere „praktische“ Anwendungen, wie Online-Banking oder Routensuche und liest Online-Nachrichten. Nur wenige Mitglieder dieser Gruppe nutzen jedoch Web 2.0 Anwendungen oder multimediales Entertainment. Ihre politische Beteiligung findet vergleichsweise selten im Netz statt und sie neigen dazu, am wenigsten zufrieden mit ihren politischen Mitsprachemöglichkeiten bzw. mit der Politik an sich zu sein.
- *Kommunikations-UserInnen:* Diese Gruppe ist tendenziell am jüngsten (Altersdurchschnitt 29 Jahre) und man könnte sie als die „Digital Natives“ bezeichnen. Sie nutzen ein sehr breites Spektrum an Anwendungen, sind aber besonders Web 2.0-affin. Sie spielen am häufigsten Online-Spiele und konsumieren am öftesten Fernsehsendungen oder Videos im Netz. Sie sind politisch interessiert und informieren sich knapp mehrheitlich im Internet. Informelle politische Aktivitäten, auch über das Netz, sind für sie nicht fremd und eine deutliche Mehrheit fordert, dass politische Meinungsäußerungen übers Internet ernster genommen werden sollen. Sie stehen Politik tendenziell kritisch gegenüber und können mit dem alten Parteiensystem eher am wenigsten anfangen. Politische Partizipation über das Internet und direkte Demokratie sehen sie positiv.
- *Allround-UserInnen:* Diese Gruppe nutzt das Internet, ähnlich wie die KommunikationsuserInnen, sehr intensiv, ist im Durchschnitt jedoch älter (Altersdurchschnitt 35 Jahre) und steht mehrheitlich im Berufsleben. Dies manifestiert sich in einem Nutzungsmuster, bei dem das gesamte Spektrum der Anwendungen häufiger genutzt wird, wobei spaßbetontere Anwendungen hier weniger wichtig sind als bei Kommunikations-UserInnen. Diese Gruppe ist politisch interessiert und informiert sich insgesamt sehr häufig über Politik, sowohl in klassischen Medien als auch im Netz. Politische Mitsprache online - aber ebenso insgesamt - ist ihnen sehr wichtig und sie haben ein tendenziell

positives Politikverständnis. Auf der Ebene von informeller politischer Aktivität sind sie die aktivste Gruppe.

Im Rahmen der für diesen Bericht durchgeführten statistischen Analysen zeigte sich, dass das Alter der Befragten ein grundlegender Faktor ist, der sowohl Internetnutzung, politische Einstellungen wie auch Informationsverhalten und politische Partizipation beeinflusst, was sich auch mit dem Forschungsstand deckt.

Die Ergebnisse einer Pfadanalyse legen weiters nahe, dass das Internet politisches Interesse per se nicht fördert, es den politisch interessierten UserInnen aber leichter macht, sich zu informieren. Gleichzeitig fördert das Internet indirekte bzw. informelle Formen der politischen Teilnahme, wozu das Unterschreiben von Petitionen, Arbeit für NGOs oder Teilnahme an lokaler Bürgerbeteiligung zählt. Es ist anzunehmen, dass das Internet auch hier eine unterstützende Rolle spielt, dass aber Personen, die sich von vornherein nicht politisch beteiligen wollen, deshalb nicht häufiger aktiv werden. Insofern trifft für Österreich die Verstärkungsthese eher zu als die Mobilisierungsthese.

Diese Ergebnisse schließen an die Meinungen der ExpertInnen aus dem Bereich der Zivilgesellschaft an, dass das Internet Praktiken und Debatten von Interessensgruppen und politisch aktiven Menschen stark verändert. Für NGOs seien vor allem soziale Netzwerke mittlerweile unumgängliche Instrumente der täglichen Arbeit. Viele müssten den Umgang damit aber erst erlernen und professionalisieren. Es gilt jedoch, dass sowohl NGOs, als auch netzwerkartig strukturierte Bewegungen von den neuen Kommunikationstechnologien profitieren würden: Die Transaktionskosten politischer Beteiligung werden durch IKT deutlich gesenkt und soziale Bewegungen können schnell handlungsfähige Strukturen aufbauen, da über soziale Medien Freiwillige und deren Know-How leicht integriert werden können. Des Weiteren wird durch das Internet auch die Popularisierung der eigenen Anliegen massiv gefördert und beschleunigt. Für solche Prozesse kann die „Uni-brennt“-Bewegung, die sehr stark auf soziale Medien zurückgriff, als Beispiel gelten. Den ExpertInneninterviews zufolge hat das Internet auch einen großen Einfluss auf die Praktiken von ParlamentarierInnen, deren Kontakt mit WählerInnen und JournalistInnen sich durch E-Mail oder soziale Medien deutlich intensiviert hat.

Themenkreis E-Government

Es gibt derzeit drei maßgebliche internationale Vergleichsstudien mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Allgemein kann gesagt werden, dass der heimische Entwicklungsstand insgesamt sehr gut ist. Österreich liegt in den meisten relevanten Vergleichskategorien überwiegend im vorderen Mittelfeld. Positiv hebt sich im europäischen Vergleich insbesondere der hohe Ausbaugrad des E-Procurement ab. Verbesserungspotential im Bereich E-Government wird

dagegen bei der Online-Betreuung von BürgerInnen, z.B. bei der Jobsuche, gesehen. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, wie das Niveau von Online-Skills, die infrastrukturelle Entwicklung sowie die allgemeinen Nutzungsraten von IKT durch die Bevölkerung, liegen im internationalen Vergleich gut; schlechter schneidet das österreichische Angebot für E-Partizipation ab. Das Fehlen eines einheitlichen Zugangs für E-Government-Dienste für die breite Bevölkerung („One-Stop-Shop“) sowie steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen für Unternehmen sind andere, in den Vergleichsstudien aufkommende Punkte, die auch durch ExpertInnen bestätigt werden.

Im Mediendiskurs wird E-Government zwar nicht häufig, dafür aber sehr positiv thematisiert, was darauf hindeutet, dass die PR der Bundesregierung zu diesem Thema gut funktioniert. E-Government gilt als modern, effizient und als Mittel für eine Verwaltungsreform, die monetäre Einsparungen und verringerten Verwaltungsaufwand für BürgerInnen und Unternehmen bringt. Gleichzeitig wird medial gerne die gute Stellung Österreichs in internationalen Vergleichen hervorgehoben. Allerdings ist auch Datenschutz ein Thema, das in diesem Zusammenhang auftaucht (Stichwort: Elektronischer Gesundheitsakt), unter dem Topos eines drohenden Ungleichgewichts zwischen „gläsernem Bürger“ und einer undurchsichtigen Verwaltung.

Aus Sicht der befragten österreichischen ExpertInnen aus Wirtschaft und Verwaltung gibt es im Bereich E-Government und damit verbundenen Themenkreisen, wie Open Data und Verwaltungsreform, Potentiale, die es zu nutzen gilt. Obwohl prinzipielle Zufriedenheit mit existierenden und auch genutzten elektronischen Schnittstellen zwischen Verwaltung und Wirtschaft geäußert wurde, wird der Ruf nach einer organisatorischen Reform in der Verwaltung laut, die zu einer Vereinfachung und Beschleunigung von Abläufen und der weiteren Öffnung und Vernetzung von Datenbeständen - auch zwischen Ministerien - führen solle. Open Data gilt als positiver Wirtschaftsfaktor: Zum einen würden dadurch neue Dienstleistungen und Produkte, wie z.B. Assisted Living oder Smart Cities, möglich, zum anderen würde das Treffen von Entscheidungen erleichtert und beschleunigt, wobei der Zugang zu relevanten Daten als kompliziert wahrgenommen wird.

Während die Zufriedenheit mit- und Nutzung von Infrastruktur und Online-Diensten auf Seiten der Wirtschaft hoch ist, ist die Nutzungsrate in der Gesamtbevölkerung noch immer deutlich geringer. Der quantitative Teil der vorliegenden Grundlagenstudie und Daten der Statistik Austria zeigen, dass der Bekanntheitsgrad von E-Government Maßnahmen bzw. der Bürgerkarte als Mittel für Identifikation, weiterhin sehr gering ist. Die befragten ExpertInnen aus der Wirtschaft kontrastieren die geringe Nutzung in der Bevölkerung mit der weit verbreiteten Nutzung in der Wirtschaft. Sie weisen ebenfalls auf die mangelnde

Bekanntheit der Angebote hin. In diesem Kontext verorten sie auch die geringe Verbreitung der Bürgerkarte, die für viele Services notwendig ist.

Themenkreis E-Demokratie

Im Zusammenhang mit E-Demokratie wird in den durchgeführten ExpertInneninterviews - insbesondere aus der Verwaltung - und in der Literatur der Appell geäußert, dass technische und rechtliche Voraussetzungen für mehr Nachvollziehbarkeit bzw. Transparenz von Verwaltungs- und Regierungsabläufen geschaffen werden sollen. Die zugrundeliegende Annahme ist, dass durch eine Öffnung gewisser, bisher nicht für die Öffentlichkeit zugänglicher Bereiche, ein wesentlicher, positiver Beitrag zur Stärkung der Demokratie geleistet werden kann, da Entscheidungen dadurch an Legitimität gewinnen. An der Schnittstelle zwischen E-Government und E-Demokratie hat sich hier der Begriff des Open Government etabliert, bei dem bestimmte Prozesse und Entscheidungsabläufe auf Seiten von Regierungs- und Verwaltungstätigkeit für BürgerInnen geöffnet werden. Dies könnte laut dem interviewten Experten aus dem Bereich Verwaltung beispielsweise Prozesse der Erstellung von Gesetzen oder Kontrolltätigkeiten, z.B. des Rechnungshofes, umfassen.

Die Ergebnisse des quantitativen Teils der vorliegenden Grundlagenstudie zeigen, dass es BefürworterInnen solcher Maßnahmen gibt: Informationen über Abläufe in Regierung und Verwaltung werden insbesondere von internetaffinen bzw. politisch interessierten und aktiven Personen verlangt.

Auch im medialen Diskurs werden diese Forderungen aufgenommen, besonders im Kontext des Open Data-Diskurses. Insgesamt scheint der mediale Diskurs zu E-Demokratie aber noch am Anfang zu stehen und elektronische Demokratie wird, soweit sie in den Medien thematisiert wird, als sehr positiv und wünschenswert gesehen. Dies geschieht zuweilen im Kontext eines generellen Cyberoptimismus unter dem Motto „Dem Internet gehört die Zukunft“. Dem Internet wird eine starke Fähigkeit zur Mobilisierung der BürgerInnen und das Potential zur Verringerung der Politikverdrossenheit zugeschrieben. Gleichzeitig werden für den österreichischen Kontext verstärkte Möglichkeiten zur E-Partizipation medial gewünscht.

Themenkreis E-Partizipation

Das Thema E-Partizipation wird in den Medien als Erweiterung klassischer direkt-demokratischer Instrumente diskutiert. Im Kontext des Demokratiepakets wird etwa die elektronische Erweiterung von Petitionen, Bürgerinitiativen oder Volksbegehren zur Sprache gebracht. In den Jahren 2011 und 2012 wurde zudem die österreichische Piratenpartei als Vorreiterin in diesem Bereich thematisiert; dies

passierte unter anderem auch im Gefolge der Wahlsiege der deutschen Schwesterpartei.

Nicht nur in den Medien, sondern auch unter den befragten ExpertInnen aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung, herrscht Einigkeit, dass Maßnahmen der E-Partizipation - analog zu klassischen Partizipationsmaßnahmen - nicht als Instrument zur bloßen Legitimitätsbeschaffung benutzt werden dürfen. Diese Sicht wird auch in der Forschungsliteratur unterstützt: Gerade das Ausbleiben von konkreter Umsetzung im Gefolge von E-Partizipationsprojekten kann rasch zu einer Desillusionierung auf Seiten der BürgerInnen führen.

Mit dem Repräsentationsprinzip wird in der Literatur ein systemischer Aspekt moderner Demokratie thematisiert, der einer Ausweitung von E-Partizipation gewissermaßen entgegensteht. Auch wird thematisiert, dass gewählte Amtsträger, aber auch EntscheidungsträgerInnen in der Verwaltung nur ungern Entscheidungsmacht abgeben würden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass es gerade bei Entscheidungen von großer Tragweite von Bedeutung sei, die Teilnahme der betroffenen Bevölkerung zu garantieren, weshalb elektronische Partizipation nicht als alleinige Maßnahme, sondern nur als Begleitung von klassischen Partizipationsmöglichkeiten eingesetzt werden sollte, um Offliner nicht auszuschließen.

Sowohl in der Literatur als auch von befragten ExpertInnen werden ebenso Formen der E-Partizipation diskutiert, die über elektronische direkt-demokratische Elemente hinausgehen: Unter dem Stichwort Open Government wird zum Beispiel die Öffnung von staatlichen Kontrollaktivitäten für ein breiteres (ExpertInnen-)Publikum diskutiert. Auf EU-Ebene wird dies bereits im Rahmen von Konsultationsprozessen sektoraler Fachöffentlichkeiten umgesetzt, in Österreich gibt es zumindest schon Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Auf kommunaler Ebene werden dagegen Formen des Crowdsourcing thematisiert, etwa das Melden von wahrgenommenen Beschädigungen im öffentlichen Raum an die Stadtverwaltung durch BürgerInnen. Unter österreichischen ExpertInnen und im Netz werden „Liquid Democracy“-Modelle – im Sinne einer Verschränkung von direkter und repräsentativer Demokratie - diskutiert. Das erst 2013 ins Parlament eingebrachte „Demokratiepaket“ setzt auf eine Erweiterung von klassischen Partizipationsmaßnahmen durch elektronische Elemente der demokratischen Partizipation.

E-Voting als spezifische Maßnahme der E-Partizipation stößt nur auf geringes Vertrauen in der Öffentlichkeit. Die ÖH-Wahlen im Mai 2009 lieferten einen Anlassfall für breite mediale Diskussionen, in deren Rahmen negative Assoziationen, wie fehlende technische Transparenz und eine Unvereinbarkeit mit Grundsätzen demokratischer Wahlen, die positiven Argumente, wie Innovation und Ortsunabhängigkeit, offensichtlich übertönten. Auch im quantitativen Teil dieser Studie zeigt sich, dass insbesondere mangelndes Vertrauen in die Technologie ein

Hauptgrund gegen die Teilnahme an E-Voting-Maßnahmen wäre, sogar unter jenen Usern, die das Internet am intensivsten nutzen. Im Kontext der bereits genannten Skepsis gegenüber der intransparenten technischen Infrastruktur und der damit einhergehenden Furcht vor Manipulation, wurden im Rahmen der ExpertInneninterviews Fragen der Identifikation der UserInnen und der Anonymisierung ihrer Stimmabgabe diskutiert. Open-Source wurde als Beispiel für einen Lösungsansatz genannt. Der Quellcode müsse einsichtig sein und die Sicherheit des Systems von Außenstehenden überprüft und bestätigt werden können.

1 Methodische Vorgangsweise

Dieses Kapitel gibt einen kurzen Überblick über die Vorgangsweise, die bei den verschiedenen Modulen, aus denen diese Studie besteht, gewählt wurde.

1.1 Literaturrecherche

Der wissenschaftliche State-of-the-Art bildet sowohl theoretisch als auch methodisch die Basis der vorliegenden Untersuchung für Österreich. SORA hat dazu in Kooperation mit dem Zentrum für E-Governance der Donau Universität Krems Befunde zur Entwicklung der Internetnutzung in Gesellschaft und Verwaltung mit etablierten Konzepten der politischen Psychologie und Soziologie in den Kapiteln 2, 3, 4 und 5 zusammengeführt, um Zukunftsperspektiven für Österreich ableiten zu können.

1.2 ExpertInneninterviews

Im Rahmen der Studie wurden 5 ExpertInnen aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zur demokratiepolitischen Relevanz von E-Government und E-Partizipation sowie zu konkreten Potentialen für deren Weiterentwicklung in Österreich interviewt (Kapitel 6). Die leitfadengestützten Interviews dauerten je etwa 45 Minuten, wurden auf Tonband aufgezeichnet, transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Dabei soll festgehalten werden, welche Themen die ExpertInnen im Kontext von E-Government, E-Partizipation und allgemeiner des Einflusses von IKT ansprechen. Diese Themen werden den vier Themengebieten Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zugeordnet. Dies ermöglicht eine rasche Übersicht über die Betrachtungen der ExpertInnen. Im Mittelpunkt unseres Interesses steht die Frage, wie die ExpertInnen die interessierenden Themen framen. Des Weiteren, welche Tendenzen sie dabei erkennen und von welchen Erfolgschancen, Möglichkeiten und Bedenken sie für E-Government und E-Partizipation im Kontext der jeweiligen Bereiche ausgehen. Schlussendlich sollen auch die Wünsche, Empfehlungen und Anregungen der ExpertInnen gesammelt werden.

1.3 Quantitative Studie

Zielgruppen und Erreichbarkeit

Die quantitative Studie (Kapitel 7) hatte das Ziel, InternetnutzerInnen (Onliner) und NichtnutzerInnen (Offliner) in Österreich hinsichtlich politisch relevanter Einstellungen und Verhaltensweisen zu vergleichen. Um diese beiden Zielpopulationen in ausreichend großer Zahl zu erreichen, wurde ein Methodenmix von telefonischer Befragung (Computer-Assisted-Telephone-Interview, CATI) und Online-Befragung (Computer-Assisted-Web-Interview, CAWI) gewählt. Als Zielgruppe wurden ÖsterreicherInnen und Österreicher ab 16 Jahren definiert. Im Zuge der Erhebung nahmen auch insgesamt 2 Personen teil, die ihr Alter mit 15 Jahren angaben. Aufgrund dieser kleinen Anzahl ergibt sich jedoch keine nennenswerte Verzerrung in, weshalb diese Personen ebenfalls in die Stichprobe mit aufgenommen wurden.

In der Sozialforschung hat sich zunehmend das CAWI-Interview als vor-herrschende Erhebungsmethode durchgesetzt, wenn es darum geht, InternetnutzerInnen zu erreichen. Dies hängt mit den Vorteilen dieser Methode zusammen, wie guter Erreichbarkeit der Zielgruppe, schnellerer Durch-führbarkeit sowie der mittlerweile hohen Nutzerquote in Österreich. Zudem gewinnt diese Methode auch im akademischen Diskurs immer mehr an Gewicht (de Leeuw et al.2008, Groves et al.2009, Chadwick / Howard 2010). Die Nachteile dieser Methode liegen jedoch im Bereich des Stichprobenrahmens, da die benötigten Kontaktadressen üblicherweise aus Nutzerpanels rekrutiert sind, die gegenüber der österreichischen Bevölkerung Abweichungen aufweisen (siehe auch weiter unten).

Um die zu erwartenden Verzerrungen der CAWI-Erhebung auszugleichen und um Offliner zu erfassen, die naturgemäß nicht über das Internet zu erreichen sind, war auch eine telefonische Stichprobe notwendig.

Stichprobe und Gewichtung

Der von SORA gewählte Methodenmix umfasst eine disproportionale Stichprobe von 500 Onlinern und 500 Offlinern mittels CATI. Zusätzlich wurden weitere 1000 Onliner mittels CAWI befragt. Damit ist einerseits gewährleistet, dass eine ausreichende Anzahl an Offlinern für detaillierte Auswertungen vorliegt. Andererseits dienen die telefonisch ebenfalls erfassten Onliner zur nachträglichen Kalibrierung der CAWI-Stichprobe, wobei SORA davon ausgeht, dass die telefonische Erhebung die soziodemographischen und individuellen Merkmale der Grundgesamtheit besser reproduzieren kann als die CAWI-Stichprobe, die

aufgrund des vorab durchgeführten Samplingprozesses keine reine Zufallsstichprobe ist.

Tabelle 1: Stichprobenstruktur

Erhebungsmethode	Onliner	Offliner	Gesamt
CATI	547	462	1009
CAWI	1011	0	1011
Gesamt	*1558*	*462*	*2020*

Anm.: Fallzahlen ungewichtet

Um beide Stichproben gemeinsam analysieren zu können, wurde ein spezielles Gewichtungsverfahren angewandt. Dabei wurde zuerst die Gruppe der mittels CATI befragten Onliner entlang soziodemographischer Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildung, Bundesland) an die österreichische Grundgesamtheit der Onliner angepasst. In einem zweiten Schritt wurde die Gruppe der mittels CAWI befragten Onliner an die Verteilung der CATI-Onliner angepasst, also parallelisiert.

Schlussendlich wurde das Verhältnis zwischen Onlinern und Offlinern auf den für Österreich gültigen Stand der Internetnutzung von 80:20 gebracht. Alle für dieses Verfahren herangezogenen Eckdaten stammen von der Statistik Austria.

Repräsentativität

Die Ergebnisse der quantitativen Studie sind geeignet, um detaillierte Profile von InternetnutzerInnen in Österreich hinsichtlich Nutzungsintensität, Zugangsweisen, Informationsverhalten, aber auch politisch relevanten Einstellungen und Verhaltensweisen, zu erstellen. Innerhalb der gebildeten Typologien können Häufigkeitsverhältnisse und statistische Zusammenhänge als repräsentativ für die jeweilige Gruppe angesehen werden. Auch Vergleiche der Gruppen untereinander sind möglich.

Aufgrund des Methodenmix sind die Gesamtergebnisse der quantitativen Studie jedoch nicht geeignet, um eine repräsentative Häufigkeitseinschätzung der einzelnen Nutzertypen zu berechnen. Es sollte also nicht von den vorliegenden Gruppengrößen auf Gruppengrößen in ganz Österreich geschlossen werden.

Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Stichprobenrahmen der beiden Befragungsmethoden voneinander abweichen. Im Rahmen der CATI-Befragung hatten alle ÖsterreicherInnen ab 16, die im Telefonbuch stehen, die gleiche Chance zur Teilnahme. Aufgrund der disproportionalen Stichprobe sind Offliner überrepräsentiert, was aber durch die Gewichtung berücksichtigt wurde. Im Fall der CAWI-Befragung von Onlinern basiert der Stichprobenrahmen auf einem Adressenpool von InternetnutzerInnen, der mittels verschiedener Kanäle zusammengestellt wurde und keine Zufallsauswahl darstellt. Es ist deshalb davon

auszugehen, dass dieser Adressenpool nicht für österreichische InternetnutzerInnen repräsentativ ist. Darüber hinaus weisen die Stichprobenrahmen beider Erhebungsmethoden einen sogenannten „Non-coverage error“ auf, sodass bestimmte Teile der Bevölkerung von vornherein nicht die Chance haben, an der Befragung teilzunehmen. Im Fall der CATI-Befragung trifft dies insbesondere auf Menschen ohne Telefonanschluss zu: Gemäß NASE-Studie 2011 (RTR 2011) verfügen ca. 44% der österreichischen Haushalte sowohl über Festnetztelefonie als auch Handy und ca. 48% der Haushalte nutzen einzig Handys. Lediglich etwa 6 % der Haushalte haben nur einen Festnetzanschluss, 1 % haben weder Handy noch Festnetztelefonie. Ebenso wenig erfasst sind Menschen mit Geheimnummern. Im Fall der CAWI-Befragung sind hauptsächlich Menschen mit niedriger Bildung und ältere Menschen schlechter abgedeckt: Laut Statistik Austria (2012) nutzen ÖsterreicherInnen unter 55 noch zumindest zu 84 % das Internet, ab 55 sind es nur mehr 61 % und über 65-Jährige nutzen das Netz nur zu 31 %. Unter Menschen, die lediglich einen Pflichtschulabschluss haben, nutzen nur 58 % das Internet, ab dem Maturaniveau sind es bereits 83 %.

Nutzertypologie

Die Ergebnisse und Ausführungen im Kapitel 7 basieren auf mehreren durchgeführten Cluster- und Diskriminanzanalysen, deren Ergebnis eine Typologie von InternetnutzerInnen ist. Diese statistischen Verfahren dienen der Entdeckung von Zusammenhängen zwischen Variablen. Ziel der Clusteranalyse ist es, einander ähnelnde Untersuchungseinheiten oder Variablen zu möglichst homogenen Gruppen zusammenzufassen und zwar so, dass die Variablenausprägungen innerhalb einer Gruppe möglichst ähnlich und zwischen den Gruppen möglichst unähnlich sind. Wie auch bei der Faktorenanalyse soll dadurch eine *Datenreduktion* erzielt werden. Clusteranalysen werden in den Sozialwissenschaften vor allem zur Identifizierung und Beschreibung von Mediennutzungs- und Publikumstypologien eingesetzt, insbesondere in der Medienforschung (vgl. Wiedenbeck/Züll 2001).

Als Methode für die vorliegende Typologisierung wurde die *k-means Clusterung* gewählt, die auf dem euklidischen Distanzmaß beruht und sich für die Analyse größere Datenmengen gut eignet. Sie zählt zu den nicht-hierarchischen, partitionierenden Verfahren der Clusteranalyse: Dabei wird eine Gruppeneinteilung (Partitionierung) vorgegeben und im Anschluss versucht, durch Verlagerung der einzelnen Interviewfälle in andere Gruppen eine möglichst optimale Clusterlösung zu erreichen.

Primäres Ziel der Clusterung war es, unterschiedliche Typen der *InternetnutzerInnen* zu identifizieren – aus diesem Grund wurden jene Personen, die angegeben haben, weder privat noch beruflich das Internet zu nutzen, aus der

Clusteranalyse exkludiert und bilden als „Nicht-NutzerInnen“ bzw. „Offliner“ zu einem eigenen Typus. Die restlichen Fälle (n=1.648) wurden in die Clusteranalyse aufgenommen.

Die Anzahl der zu bestimmenden Cluster muss bei der k-means Methode vorab festgelegt werden. Die Sekundärliteraturrecherche hat gezeigt, dass die Mehrzahl der wissenschaftlichen Beiträge, in denen ähnliche NutzerInnentypologien gebildet wurden, zwischen drei und sechs Nutzungstypen identifiziert. Die Analyse der vorliegenden Daten produziert vier NutzerInnentypen, zählt man die Offliner dazu, ergeben sich mit den vorliegenden Daten also fünf Typen[1]: **Vier Typen von InternetnutzerInnen** und einen **Typ von Nicht-NutzerInnen**. Diese werden im Rahmen der Studie ausführlich beschrieben.

[1] 172 Fälle konnten keinem Cluster zugeordnet werden; diese werden in den weiteren Analysen nicht berücksichtigt.

Tabelle 2: Variablen Clusteranalyse

Fragenr.	*Dimension*	Items
F8	*Nutzungsaktivitäten (dichotomisiert 0=nie, selten/ 1=immer, oft, gelegentlich)*	- sich in Chats und Foren austauschen - Soziale Netzwerke nutzen - Fernsehen oder Videos schauen - Radio übers Internet hören - Online Spiele spielen - telefonieren übers Internet - E-Mails abrufen - gezielt Infos im Internet suchen - Orte und Routen suchen - Online-Nachrichten lesen - Einkaufen - mit Ämtern kommunizieren, Amtswege erledigen - Urlaubsreisen buchen - Online-Banking
F3	*Häufigkeit der Internetnutzung in den letzten drei Monaten (dichotomisiert 0=nein/1= ja)*	- Jeden Tag oder fast jeden Tag - Mindestens einmal pro Woche, aber nicht täglich - Mindestens einmal pro Monat, aber nicht jede Woche - Weniger als einmal pro Monat
F9	*Art der Internetnutzung (beruflich, privat, beides) (dichotomisiert 0=nein/1= ja)*	- hauptsächlich privat - hauptsächlich beruflich bzw. für Schule oder Studium - beides in etwa gleich oft
F4	*Orte der Internetnutzung (dichotomisiert 0=nein/1= ja)*	- zu Hause - am Arbeitsplatz - in der Schule, der Universität, am Ausbildungsort - bei anderen Leuten zu Hause - an anderen Orten
F5	*Zugänge ins Internet (dichotomisiert 0=nein/1= ja)*	- Heim-PC, Standcomputer - Handy bzw. Smartphone - Tragbarer Computer, z.B. Laptop oder Notebook - Tablet Computer, z.B. Apple iPad oder Samsung Galaxy Tab - ein anderes internetfähiges Gerät

Die Güte der Clusteranalyse wurde außerdem mittels einer Diskriminanzanalyse überprüft um sicherzustellen dass die ermittelten Cluster auch trennscharf sind, d.h. sich möglichst stark voneinander unterscheiden. Zu diesem Zweck wurden die fünf Gruppen nochmals in Bezug auf die wichtigsten Variablen analysiert. Die Variablen, die in die Clusterung eingegangen sind, wurden zu diesem Zweck in Indizes und metrische Variablen umgewandelt. Die so ermittelten Indizes beschreiben:

- Internetnutzung zum Zweck der Kommunikation
- Internetnutzung zum Zweck der Information
- Internetnutzung zum Zweck der Organisation
- Ein oder mehrere Orte des Internetzugangs (index_f4)
- Ein oder mehrere Geräte für den Internetzugang (index_f5)

Die Diskriminanzanalyse zeigt zunächst bezüglich der Korrelations- und Kovarianzanalyse, dass die beiden Indizes „Information“ und „Organisation“ stärker miteinander korrelieren (r=.378) sowie der Index „Orte des Internetzugangs“ mit dem Index „Geräte zum Internetzugang“ (r=.425) hoch korreliert. Anschließend wurde mittels Wilks‘ Lambda Test überprüft, ob sich die Indizes und damit die unterschiedlichen Dimensionen der Internetnutzung in den fünf Gruppen signifikant voneinander unterscheiden: Der Gleichheitstest zeigt, dass sich die fünf Gruppen signifikant voneinander unterscheiden und zwar in Bezug auf alle fünf Dimensionen.

Tabelle 3: Wilks‘ Lambda Test

Index	Wilks‘ Lambda	Sig
Index Kommunikation	.547	.000
Index Information	.648	.000
Index Organisation	.727	.000
Index Orte des Internetzugangs	.779	.000
Index Geräte zum Internetzugang	.808	.000

Anmerkung: Der Gleichheitstest prüft anhand einer einfachen Varianzanalyse (Testgröße: Wilks‘ Lambda), ob sich ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen ergibt.

Pfadanalyse

Um den Zusammenhang zwischen Internet-Nutzung und politischer Partizipation zu untersuchen, wird in Kapitel 7 das Ergebnis einer Pfadanalyse präsentiert. Pfadanalysen eignen sich in besonderer Weise zur Untersuchung sogenannter „Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge“. Inhaltliche Analysen von Beziehungen zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen, wie sie etwa in der multiplen

Regressionsanalyse eingesetzt werden, stellen eine einfache Modellierungsmöglichkeit mit Strukturgleichungen dar. Pfadmodelle erfordern jedoch ein komplexeres Modellierungsverfahren, bei dem mehrere Regressionsmodelle miteinander verbunden werden. Der Vorteil eines Pfadmodells liegt unter anderem darin, dass direkte von indirekten Effekten unterschieden werden können. Konkret lässt sich auf diese Weise abschätzen, welcher Effekt von der Internetnutzung zur Information über politische Themen auf die politische Partizipation direkt und indirekt ausgeht bzw. ob sich dieser Effekt mit den Effekten, die z.B. von Alter und Bildung ausgehen, vergleichen lässt. Dabei legt man vorab eine Richtung des Effektes fest. Es kann auch Effekte in beide Richtungen, also Wechselwirkungen geben. So wäre beispielsweise auch plausibel, dass eine stärkere Internetnutzung zur politischen Information auch eine insgesamt höhere Mediennutzung mit sich bringt und umgekehrt. Diese Wechselwirkungen werden in den nachfolgenden Modellen ebenfalls berücksichtigt.

Das Verfahren der Pfadanalyse kann, wie erwähnt, sowohl direkte als auch indirekte Effekte darstellen. Die Summe der direkten und indirekten Effekte ergibt den totalen Effekt. Festzuhalten ist dabei:

- Der direkte Effekt beschreibt, wie stark eine Variable auf eine andere wirkt, unter der Annahme, dass alle anderen Variablen bleiben.
- Ein indirekter Effekt beschreibt, wie stark eine Variable eine zweite beeinflusst, indem sie auf eine dritte Variable wirkt, die ihrerseits auf die zweite Variable Auswirkungen hat.
- Der totale Effekt ist schließlich die Summe des direkten Effekts und aller indirekten Effekte.

In die Analysen in Kapitel 7 gingen als Basis soziodemographische Faktoren, politische Information mittels Internet und über „klassische“ Medien zur politischen Information sowie Indizes der unterschiedlichen Formen der politischen Partizipation ein. Politische Information ist hierbei operationalisiert als jene Themen, die am stärksten mit allgemeinem politischem Interesse korrelieren (Bildung, Umwelt, Sicherheit, Einwanderung und Arbeitsmarkt). Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Operationalisierung der einzelnen Modellvariablen.

Tabelle 4: Variablen Pfadanalyse

Dimension	Label im Modell	Operationalisierung
Alter	*Alter*	
Bildung	*Bildung*	1=Pflichtschule, 2=Lehre, 3=BMS, 4=Matura, 5=Hochschule
Nutzung des Internets zur politischen Information	*Information im Internet*	Nutzungsindex (0 bis 5) aus folgenden Variablen: „nutze Internet, um mich über Bildung, Umwelt, Sicherheit, Einwanderung und Arbeitsmarkt zu informieren“ (f12)
Nutzung von Fernsehen, Radio, Print zur politischen Information	*Information in klassischen Medien*	Nutzungsindex (0=keine Nutzung bis 5=starke Nutzung) aus folgenden Variablen: „nutze Fernsehen, Radio oder Zeitungen um mich über Bildung, Umwelt, Sicherheit, Einwanderung und Arbeitsmarkt zu informieren“ (f12)
Indirekte politische Partizipation	*Politische Beteiligung indirekt*	Standardisierter Beteiligungsindex (1=keine Beteiligung bis 2=sehr hohe Beteiligung) aus den Items: - eine Petition unterschrieben - einen Leserbrief oder Kommentar zu einem politischen Artikel geschrieben - versucht, jemanden vom eigenen politischen Standpunkt zu überzeugen - für eine Nichtregierungsorganisation gearbeitet - einen Politiker persönlich kontaktiert - an einer lokalen Bürgerbeteiligung teilgenommen - eine öffentliche Veranstaltung zu einem politischen Thema besucht
Politische Beteiligung via Wahlen	*Politische Beteiligung: Partei*	Standardisierter Beteiligungsindex (1=keine Beteiligung bis 2=sehr hohe Beteiligung) aus den Items: - in einem Wahlkampf mitgearbeitet - sich in einer Partei engagiert
Politische Beteiligung via Parteiaktivitäten	*Politische Beteiligung: Partei*	Standardisierter Beteiligungsindex (1=keine Beteiligung bis 2=sehr hohe Beteiligung) aus den Items: - an Wahlen teilgenommen - an Volksabstimmungen, Volksbegehren oder Volksbefragungen teilgenommen

1.4 Diskursanalyse

Im Kontext des strukturellen Wandels hin zur „Informationsgesellschaft“ hat die gesellschaftliche Relevanz öffentlicher, von unterschiedlichen Medien vermittelter Diskurse weiter zugenommen: Das diskursive Meinungsklima bestimmt mit, wie Politik und ihre Akteure wahrgenommen werden, und es beeinflusst daher unmittelbar die Akzeptanz und die Erfolgschancen politischer Kommunikation.

Die im Rahmen dieser Studie präsentierte Diskursanalyse behandelt zwei verschiedene Ebenen, nämlich (1) traditionelle Printmedien (österreichische Tages- und Wochenzeitungen) sowie (2) den Diskurs im Web und Web 2.0. Ziel ist einerseits der breite Überblick über den Diskurs zu „Internet und Demokratie“ in den beiden untersuchten Diskursebenen, andererseits eine gegenstandsnahe Analyse von ausgewähltem, besonders aussagekräftigem Textmaterial. Aussagen über die statistische Verteilung von Merkmalen (Themen, Bewertungen, Argumentationen) im Korpus werden hingegen nicht angestrebt.

Methodisch wird der von SORA auf Basis diskurstheoretischer Prinzipien und systematischer inhaltsanalytischer Verfahren entwickelte Discourse Scan eingesetzt, mit dem insbesondere große und offene Textkorpora kosteneffizient untersucht werden können. Dabei wird auf etablierte Ansätze der qualitativen Textanalyse (vgl. Mayring 2000, Kuckartz 2007, Altheide 1996) und der Wiener diskurshistorischen Schule zurückgegriffen. Im Sinne der methodischen Grundlagen dieser Ansätze (Fairclough/Wodak 1997: 258-284, vgl. Wodak 2001) wird nicht von vorgefertigten, standardisierten Analysekategorien ausgegangen, sondern dem Gegenstand angemessene analytische Verfahren werden in der Auseinandersetzung mit dem Material entwickelt.

Sowohl corpus-building als auch Auswertung entwickeln sich also prozesshaft: Einem probabilistischen Sampling wurde folglich das stark auf inhaltliche Relevanz abzielende *theoretical sampling* vorgezogen. Diese im Jahr 1967 von Barney Glaser und Anselm Strauss entwickelte Methodik zeichnet sich durch ein schrittweises Verfahren des *corpus-building* (d.h. der Suche und Auswahl relevanten Textmaterials) aus, wobei von einer anfänglichen Offenheit der Suchkriterien im Verlauf des Forschungsprozesses zu einem fokussierteren Sampling übergegangen wird. Ausgewählt wird daher Material, das (a) ein Maximum an Information (sowohl quantitativ als auch qualitativ) hinsichtlich der Analysekategorien beinhaltet und (b) eine möglichst große Vielfalt unterschiedlicher Typen innerhalb der Kategorien einbringt.

2 Theoretische Grundlagen

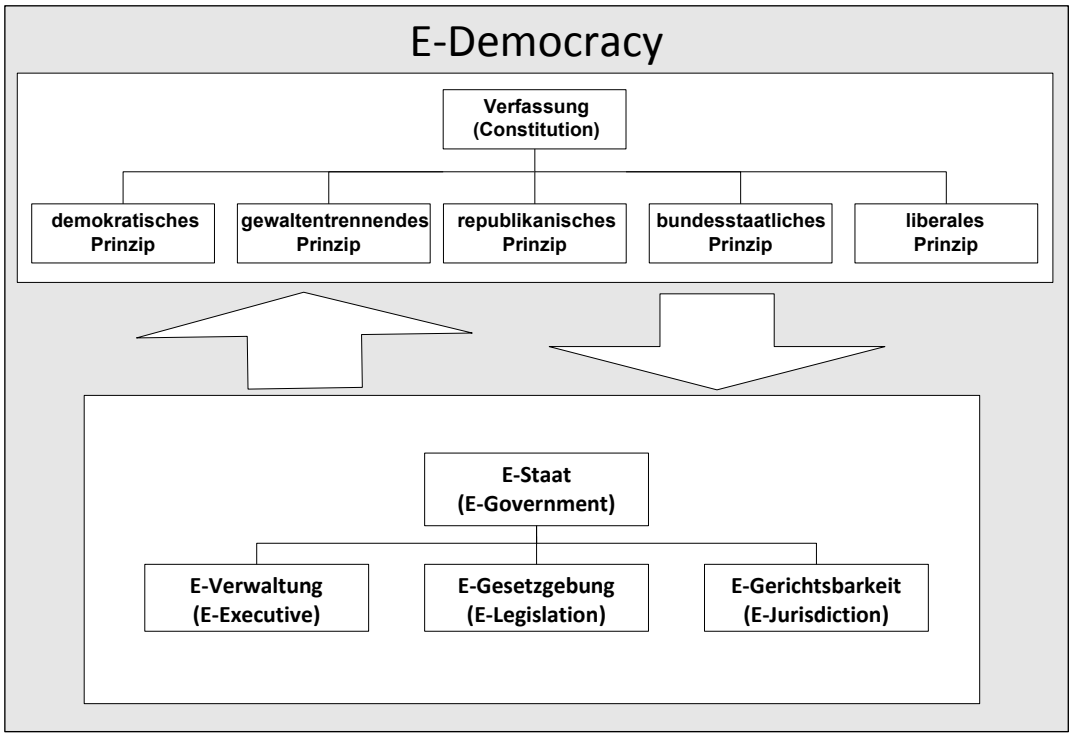
In diesem Kapitel werden die theoretischen Grundlagen dieser Studie erläutert. Dabei werden zuerst die Begriffe E-Demokratie und E-Partizipation sowie E-Government zu einander in Beziehung gesetzt und im Detail beschrieben (Abschnitt 2.1). Weiters wird das Konzept des „Digital Divide“, welches im Kontext von Fragen der Internet-Nutzung bzw. –Nichtnutzung relevant ist, eingeführt (Abschnitt 2.2). Schließlich folgt eine kurze Diskussion relevanter Konzepte, die in dieser Studie zur Beschreibung und Analyse von politischer Kultur verwendet werden (2.3).

2.1 E-Government und E-Demokratie: Definitionen und politische Handlungsfelder

Bei E-Government und E-Demokratie handelt es sich um interdisziplinäre Oberbegriffe, deren Definitionen je nach wissenschaftlichem Blickwinkel variieren. Gemeinsame Elemente sind die Modernisierung des Staates und seiner demokratischen Institutionen unter Nutzung der IKT (Parycek 2005), auch entwickelten sich zahlreiche Nebenbegriffe und angrenzende Forschungsfelder, wie E-Partizipation, E-Aktionismus, Open Government und weitere. Die Begriffe sind nicht als voneinander unabhängige Kategorien zu werten, sondern hängen thematisch zusammen:

Gelegentlich wird E-Government auch als Überbegriff aller anderen „E-Begriffe“ angesehen. Aus rechtspolitischer Sicht kann der Terminus E-Demokratie jedoch nicht dem Begriff E-Government nachgeordnet werden.

Abbildung 1: E-Democracy und E-Government



Quelle: Peter Parycek 2013

E-Demokratie im Sinn des demokratischen Prinzips bzw. der verfassungsrechtlichen Prinzipien ist nicht auf der operativen Ebene eines E-Government im engeren Sinn einzuordnen, sondern wirkt vielmehr auf die Handlungen der Verwaltungsorgane. E-Demokratie kann daher als Überbegriff für demokratische Aktivitäten mit elektronischen Bezügen betrachtet werden, die sich wiederum in allen Staatsfunktionen finden, wie beispielsweise Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen oder der Beteiligung von BürgerInnen in politischen Prozessen bzw. Verwaltungsaktivitäten.

E-Government wird also vorrangig als Überbegriff entsprechender Applikations-Umsetzungen, BürgerInnen-Services und Prozesslandschaften, welche in den drei Staatsfunktionen vorgenommen werden, verwendet.

2.1.1 E-Demokratie und E-Partizipation

E-Demokratie wird gegenwärtig aufgrund der über das Internet verstärkten Möglichkeit zur Vernetzung und politischen Mobilisierung häufig als Schlagwort im populärwissenschaftlichen Diskurs verwendet, insbesondere, wenn es um die Frage des Potentials des Internets zur Belebung der Demokratie in einer fragmentierten Politiklandschaft geht.

Das „E-“ steht für die Unterstützung durch elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Unterbegriffe sind u.a. „M-Demokratie/M-

Participation“ (Mobiltelefonie) und „T- Demokratie /T-Participation“ (Bürgerfernsehen etc.). Diese Unterscheidungen werden durch die zunehmende Medienkonvergenz jedoch allmählich irrelevant. Ausschlaggebend bei der Abgrenzung zur herkömmlichen Partizipation sind weniger die technologischen Trägermedien als vielmehr die neuen interaktiven Nutzungspotentiale, weshalb auch gelegentlich der Ausdruck „interaktive Demokratie“ bevorzugt wird (Parycek, Peter / Arbeitsgruppe eDemocracy 2008). „Democracy “ bzw. Demokratie leitet sich etymologisch von „Volk“ und „herrschen/Herrschaft“ ab. Diese Staatsform lässt sich daher durch die Volkssouveränität definieren, die als demokratisches Prinzip auch das Fundament der Österreichischen Bundesverfassung bildet.

E-Demokratie ist also die elektronische Unterstützung demokratischer Prozesse und Institutionen in Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung, insbesondere unter Nutzung der spezifischen Potentiale neuer Medien und Netzwerke, mit der Intention, demokratische Prinzipien zu fördern und zu vertiefen (Parycek 2005).

In politiktheoretischen und medientheoretischen Konzepten werden die Bedeutung elektronischer Medien für politische Prozesse sowie die Veränderungen politischen Handelns durch neue Medien und soziale Netzwerke und Individualisierung behandelt (vgl. beispielsweise Papacharissi 2010). Moderne Technologien erzeugen neue Möglichkeiten für politischen Aktivismus im Cyberspace (Rheingold 2002). Abseits zivilgesellschaftlicher Initiativen geht man davon aus, dass es auch im Interesse der öffentlichen Verwaltung ist, den BürgerInnen jene elektronischen Mittel zur Verfügung zu stellen, durch die Interessensgruppen leichter zusammengeführt und Kollaborationsprozesse zwischen diesen und der Verwaltung ermöglicht werden; andernfalls würde der politische Diskurs in anderen Räumen geführt werden. Ein wichtiger genannter Nutzen ist, dass durch derartige Maßnahmen und die Zurverfügungstellung entsprechender offizieller Diskussionsräume der Dominanz von sogenannten „Policy-Eliten“ (Heclo 1978, Lowi 1969) entgegen gewirkt werden kann. Dahl (1989) wiederum unterscheidet zwischen Rechten der BürgerInnen auf Ebene der öffentlichen Services und der eigentlichen Teilhabe bzw. Partizipation (Policy Participation). Eine „höhere Ordnung“ demokratischer Rechte inkludiert also die Beteiligung an Entscheidungsprozessen sowie auch eine gewisse Kontrolle der politischen Agenda – also die Integration von Elementen direkter Demokratie in repräsentative Prozesse. ProponentInnen der E-Demokratie gehen davon aus, dass diese auch direkt demokratieverstärkend wirken kann– Macintosh (2006) spricht hier von einer Tendenz zur „interaktiven Demokratie“. Der Begriff bezieht sich also auf beide Ebenen: Die „top down“ und „bottom up“ Ebene.

Ein mit E-Demokratie eng verwobener Begriff ist E-Partizipation. Diese umfasst die elektronische Unterstützung sämtlicher Aktivitäten der Öffentlichkeit, die eine Teilhabe an gesellschaftlich relevanten Prozessen intendieren, darunter die Beteiligung an der politischen Meinungs- und Willensbildung oder an der

öffentlichen Leistungserstellung (Parycek, Peter / Arbeitsgruppe eDemocracy, 2008). Mit E-Partizipation wird das Potential verknüpft, auch das gesellschaftliche Engagement in Selbstorganisationsprozessen zu fördern.

Ebenso findet Partizipation als zweites Element seine Entsprechung in der Open Government-Theorie bzw. Theorie der „offenen Staatskunst" (Müller 2010), die auf einem transparenten Zugang zu Information aufbaut. In Konzepten des Open Government wird zwischen „Partizipation" und „Kooperation" mit Individuen und organsierter Zivilgesellschaft unterschieden. Eine exakte Differenzierung ist jedoch nicht möglich: Während „Partizipation" für Projekte mit traditioneller Öffentlichkeitsbeteiligung steht, werden unter „Kooperation" neue Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen und den BürgerInnen zusammengefasst, wie beispielsweise die Nutzung von offenen Verwaltungsdaten, die von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden und durch EntwicklerInnen in Applikationen oder Visualisierungen weiterverarbeitet werden.

Urbane bzw. lokale Beteiligungsprojekte werden vielfach ohne gesetzliche Grundlage informell durchgeführt. Dazu zählen vor allem Strategieentwicklung für Städte (etwa die Wiener Charta) oder Raumplanungsprojekte (beispielsweise das Projekt zur interaktiven Gestaltung des Schwedenplatzes). Anders verhält es sich mit den direktdemokratischen Elementen, wie Volksabstimmung, Volksbefragung oder Volksbegehren. In diesen Fällen finden sich formale gesetzliche Grundlagen. Der Ausbau der direktdemokratischen Initiativrechte und deren Verknüpfung mit elektronischen Medien sind aktuelle Fragestellungen, die weltweit diskutiert und auch eingeführt werden, wie zum Beispiel die Europäische Bürgerinitiative oder die elektronische Petitionsplattform der Stadt Wien. Hier zeigt sich der Versuch, Abstimmungs- bzw. Konsultations-Elemente über neue Medien aufzuwerten.

2.1.2 E-Government

Auf Seiten der BürgerInnen und im öffentlichen Diskurs wird E-Government häufig als Synonym für einen modernen und innovativen Staat genannt, in dem die Kommunikation und Organisation einfacher, besser und schneller erfolgt (siehe auch Kapitel 8). Im weiteren Sinne versteht man darunter Prozesse zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb von Politik und Verwaltung und insbesondere die Kommunikation mit BürgerInnen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken. Von Vertretern im akademischen Diskurs wird eine Anreicherung des klassischen E-Government durch demokratische Elemente gefordert. So soll zum Beispiel beim Design von E-Government-Lösungen darauf geachtet werden, demokratische Elemente zu berücksichtigen und Informationsdesign eng mit demokratischer Theorie zu verknüpfen (Brewer et al. 2006).

E-Government als Forschungsfeld ist ein Bereich der Verwaltungsinformatik, grenzt aber an viele andere Fachrichtungen, wie Kommunikationswissenschaft, Psychologie oder Politik- und Sozialwissenschaft etc. an. Neben der Untersuchung technischer Aspekte, beispielsweise der Bereitstellung von Softwarelösungen mit entsprechender Datensicherheit und der Schaffung von Interoperabilität zwischen den Institutionen, geht es also um die Untersuchung der Nutzung von E-Government-Angeboten und deren Auswirkungen auf BürgerInnen und im weiteren Sinne auf die Gesellschaft.

Betrachtet man E-Government als Verwaltungs- und Organisationsprinzip, bedeutet es entlang der Informations-Revolution durch IKT eine grundlegende Transformation des öffentlichen Sektors. Das Ziel in der Umsetzung von E-Government ist, effektive Lösungen zu erarbeiten. IKT werden in diesem Zusammenhang als Mittel betrachtet, das es öffentlichen und Regierungs-Institutionen ermöglichen soll, neue Technologien kreativ zu nutzen, mit dem erklärten Ziel, die Kluft zwischen fragmentierten politischen Strukturen und den neuen Bedürfnissen der BürgerInnen zu schließen. Die Annahme hierbei ist, dass es ein wachsendes, stärkeres Bedürfnis nach besserem Zugang zu Informationen sowie nach Koordinierung von Services auf allen Ebenen gibt. Der angenommene Endpunkt von E-Government ist ein „virtueller Staat“, der es BürgerInnen erlaubt, auf Informationen von überall her zuzugreifen und Services elektronisch auszuführen. Dies bedeutet auch, dass bisher gültige institutionelle Theorien und örtliche Zuständigkeiten dadurch herausgefordert und aufgelöst werden.

2.2 Digital Divide

Die Frage von Nutzung und Nicht-Nutzung des Internets wird allgemein unter dem Begriff „Digital Divide“ diskutiert. Dieser meint im engsten Sinn den Unterschied zwischen jenen, die Zugang zum Internet haben (Onliner) und jenen, die keinen Zugang zum Internet haben (Offliner) und thematisiert das Verhältnis der Ungleichheit zwischen Nutzern und Nichtnutzern von Informations- und Kommunikationstechnologien.

Die Diskussion und Erforschung des Digital Divide dreht sich seit Entstehung des Begriffs Mitte der 1990er insbesondere darum, welche Formen der Digital Divide annimmt, welche Ausmaße und welche Auswirkungen er hat. Der Höhepunkt des Interesses wird zwischen 2000 und 2004 angesiedelt. Ab 2005 verringerte sich die wissenschaftliche Aufmerksamkeit dann wieder.

Unter Regierungen hat sich der Konsens, dass der Digital Divide nach Kräften verringert, wenn nicht gar geschlossen werden muss, mit dem Ziel des universellen Zugangs durchgesetzt, wie politische Weißbücher zeigen, z.B. in den USA (NTIA 1998), die Initiativen „eEurope2005“ und „i2010“ auf Ebene der EU

(Europäische Kommission 2002, 2007) oder die Breitbandinitiativen in Österreich (Jirik 2009, BMVIT 2012).

2.2.1 Formen des Digital Divide

Hinter dem Begriff des „Digital Divide“ verbergen sich vier wichtige Dimensionen des Zugangs (van Dijk 2010):

Motivation

An erster Stelle steht die Motivation, den Zugang zu suchen. Dem möglichen Nutzen einer Internetverbindung, wie z.B. Komfort, Zugang zu Information oder Möglichkeiten zu Kommunikation und Partizipation steht eine Reihe von Faktoren gegenüber, die gegen eine Nutzung sprechen, wie z.B. Kosten, Notwendigkeit oder der Aufwand, die nötigen Fähigkeiten für die Nutzung zu erlernen. Man geht heute davon aus, dass es einen Sockelanteil an Offlinern gibt, der aus freien Stücken nicht im Internet ist (Riehm / Krings 2006). Zu den wichtigen Gründen werden hier die gefühlte Notwendigkeit eines Zugangs, kulturelle Einstellungen oder Technikangst gezählt. Die Ergebnisse der österreichischen „Offliner-Studie“ bestätigen dies: Offliner geben an, offline zu sein, weil sie das wollen - diese Gruppe nutzt das Internet bewusst nicht. Das Fernbleiben vom Internet scheint in erster Linie auf mangelndes Interesse und fehlende Vorstellung von den Vorteilen, die die Nutzung des Netzes bringen könnte, zurückzuführen zu sein. Hinter diesen Aussagen können aber noch weitere Faktoren, wie fehlendes Wissen um Vorteile oder fehlende Fertigkeiten stehen (Perlot et al 2011).

Physischer Zugang

In entwickelten Ländern, wie Österreich, scheint das Problem des universellen Zugangs zu einer Internetverbindung - dank ausgebauter Glasfasernetze, mobiler Internetverbindungen oder ADSL-fähigen Telefonleitungen - weitgehend gelöst. Im europaweiten Trend geht man davon aus, dass ein Internetzugang zwar meist kein Luxus mehr ist, jedoch immer noch einen Kostenfaktor darstellt: Trotz sinkender Preise für die notwendige Infrastruktur (Internetanschluss/-abo, Hard- und Software) sind die Ausgaben, die im Umfeld des internetbezogenen Medienkonsums getätigt werden, in den letzten Jahren nicht gesunken. Dazu tragen neben kostenpflichtigen Online-Diensten auch die rasche Veralterung von Hard- und Software oder die anfallenden Kosten für Gebrauchsgüter, wie Druckerpapier oder –tinte, bei. Für Österreich lassen sich dazu keine eindeutigen Aussagen treffen: Der Anteil der Haushaltsausgaben für Kommunikation (also Festnetz-, Internet- oder Postgebühren) ist seit 2005 um 26 % von 2,6 auf 1,7

gesunken. Gleichzeitig ist auch das Preisniveau für solche Ausgaben deutlich gesunken. Die Kosten für Unterhaltungselektronik (inklusive PCs und anderer internetfähiger Geräte) sind im gleichen Zeitraum um 21,3 % gestiegen[2]. Da hier jedoch auch andere Elektronikgüter, wie Fernseher oder Hi-Fi-Anlagen, dazugehören, kann nicht eindeutig festgestellt werden, ob dieser Trend ebenso für Österreich gilt. Fest steht, dass die laufenden Kosten für einen Internetanschluss in Österreich nur einen sehr kleinen Anteil an den Gesamtausgaben eines Haushalts ausmachen.

Kompetenzen

Die notwendigen Kompetenzen zur Nutzung des Internets lassen sich in die Bereiche „Anwendung", „Information" und „Strategie" gliedern. Anwendungsbezogene Kompetenzen meinen die grundlegenden Fähigkeiten, die zur Nutzung von Informationstechnologie notwendig sind. Diese sind der Hauptgegenstand von politischen Förder- oder Ausbildungsmaßnahmen, z.B. dem ECDL. Darüber hinaus ist aber auch das Vorhandensein von informationalen und strategischen Kompetenzen von Bedeutung. Informationale Kompetenzen bezeichnen die Fähigkeit, mit dem Internet als Medium umzugehen, seine Struktur (Hyperlinks, Websites, Clouds, etc.) zu verstehen und darin navigieren zu können. Mit strategischen Kompetenzen ist letztlich die Fähigkeit gemeint, zielgerichtet Informationen im Netz zu suchen, sinnvoll zu filtern und für einen Zweck anzuwenden, wie z.B. das Suchen nach Informationen, um an einer politischen Diskussion auf Twitter teilzunehmen. Repräsentative empirische Untersuchungen zu Kompetenzen sind selten, da mit ihrer repräsentativen Messung ein großer Aufwand verbunden ist und Selbsteinschätzungen üblicherweise stark verzerrt sind. Mit der PIAAC-Studie der OECD werden jedoch Ende 2013 erste Daten zu Kompetenzniveaus im Bereich der Informationstechnologie auch in Österreich vorliegen, die zudem international vergleichbar sind. Die Bedeutung der Online-Skills zeigt sich auch in den Ergebnissen der österreichischen „Offliner-Studie": Geringere technische Kompetenzen verstärken das Desinteresse und die Distanz genauso wie wahrgenommene Defizite der Netzsicherheit (Perlot et al 2011).

Nutzung

Nutzung stellt in diesem Schema die letzte Dimension des Digital Divide dar. Der Besitz eines internetfähigen Gerätes oder ein Internetanschluss im Haushalt ist noch nicht mit Nutzung gleichsetzbar. Selbst in solchen vernetzten Haushalten kann es Mitglieder geben, die nie oder nur sehr selten davon Gebrauch machen.

[2] Quelle: Statistik Austria: Konsumerhebungen 2004/5 und 2009/10: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/verbrauchsausgaben/konsumerhebung_2009_2010/055854.html (Zugriff 7.5.2013)

Zwischen Nutzung und Nicht-Nutzung liegt also ein Spektrum der Nutzungsintensität, die insbesondere durch die Häufigkeit des Zugriffs und die Vielfalt der benutzten Anwendungen gemessen wird. Der quantitative Teil der vorliegenden Grundlagenstudie beschäftigt sich insbesondere mit Unterschieden zwischen InternetnutzerInnen bzw. –nichtnutzerInnen auf dieser Dimension (siehe Kapitel 7).

2.3 Politische Kultur

2.3.1 Politisches Interesse

Eine politisch interessierte und aktive Bevölkerung gehört zu den Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Dies schließt mit ein, sich über Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung, politische Themen und Diskussionen sowie zur Wahl stehende Parteien zu informieren. Im Sinne eines theoretischen Konstrukts kann es auch als Grad der mentalen Anteilnahme an Politik verstanden werden (Gabriel und van Deth 1995).

Das Ausmaß dessen, wie Befragte ihre Interessiertheit an politischen Themen einschätzen, hat in der Zweiten Republik von den 1970ern bis in die späten 1990er stetig zugenommen. Plasser und Ulram (1999) identifizieren hier insbesondere die Bildungsexpansion und die zunehmende Teilnahme von Frauen am beruflichen und politischen Leben als Grund dafür. Politisches Interesse ist auch stark mit den Medien verknüpft, die als Informationsquellen herangezogen werden, wobei die stärkste umwälzende Kraft hier dem Internet zukommt. Noch im Jahr 2001 war das Fernsehen für 80% der ÖsterreicherInnen das wichtigste politische Informationsmedium, wogegen nur 4% angaben, sich hauptsächlich durch das Internet über Politik zu informieren (Plasser und Ulram 2002). Der quantitative Teil der vorliegenden Grundlagenstudie (Kapitel 7) zeigt mittlerweile ein anderes, differenziertes Bild: Naturgemäß sind die klassischen Medien bei Offlinern (immerhin ca. 20 % der Bevölkerung (Statistik Austria 2012)) weiterhin die Hauptinformationsquellen für politische Themen. Dies trifft auch auf Internet User zu, die dem Medium recht distanziert gegenüberstehen und es wenig nutzen (vgl. die sporadische UserInnen, also jene, die das Internet nicht täglich, sondern seltener nutzen und wenn, dann eher für praktische Zwecke, wie E-Mails und dem Suchen nach Informationen). Für die anderen Nutzertypen, die das Internet intensiver nutzen, gilt, dass das Internet als Informationsmedium bei vielen Themenbereichen längst praktisch gleichauf mit anderen klassischen Medien ist oder diese (im Fall der Allround-UserInnen) leicht überflügelt.

2.3.2 Politikverständnis und Politikverdrossenheit

Politikverdrossenheit wird gemeinsam mit dem Trend zur gesellschaftlichen Individualisierung und dem Schwund der affektiven Bindung an Parteien als wichtiger Grund für das Sinken der Wahlbeteiligung in Österreich betrachtet (Pelinka & Rosenberger, 2000). In der Literatur werden unterschiedlich umfassende Definitionen von Politikverdrossenheit verwendet, gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie Ausdruck „einer negativen Einstellung gegenüber politischen Objekten“ sind und ein negatives Verständnis von Politik nahelegen (Arzheimer 2002).

Eine wichtige Frage, die im Kontext von Politikverdrossenheit gestellt wird, ist, wie die Zunahme des Anteils von Nichtwählern und von negativen Werthaltungen gegenüber Politikern oder politischen Institutionen zu interpretieren sei: Als unproblematische Ursachen können die ansteigende Bedeutung kurzfristiger Faktoren und Skandale in der Tagespolitik oder auch eine Veränderung in den Partizipationsbedürfnissen der Menschen, die vom politischen System noch nicht nachvollzogen wurde (Bürklin & Klein 1998), gesehen werden. Problematischer hingegen wäre es, wenn Politikverdrossenheit Ausdruck der Delegitimierung oder Ablehnung des demokratischen Systems an sich wäre.

2.3.3 Autoritäre Einstellungen und Regierungsformen

Politischer Autoritarismus kann als Gegenspieler zur Unterstützung von demokratischen Systemen gesehen werden. Im Kontext niedriger Wahlbeteiligung und steigender Politikverdrossenheit hilft die Beobachtung von autoritären politischen Einstellungen dabei, zu verstehen, welche Legitimität und Zustimmung demokratische Systeme an sich genießen. Die Autoritarismus- bzw. Faschismusforschung entwickelte sich als Bereich der politischen Psychologieforschung im Gefolge der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und der NS-Vergangenheit, um deren Wiederholung verhindern zu können.

Für diese Studie ist insbesondere das Konzept der autoritären Einstellungen von Relevanz, die autoritäre Regierungsformen, Autoritätshörigkeit, Aggression im Namen von Autoritäten sowie (Altemeyer 1988, Duckitt et al 2010) „law-and-order“ Politik, wie sie von rechten und rechtsradikalen Parteien favorisiert wird (Altemeyer 1988, Mayer 2003, Scheuregger & Spier 2007), zusammenhängt.

Im Zusammenhang mit politischem Autoritarismus spielen auch soziale Dominanzorientierung und Selbstwirksamkeit eine Rolle. Soziale Dominanzorientierung findet ihren Niederschlag in Einstellungen, die deutliche Hierarchisierungen innerhalb der Gesellschaft bzw. eine Einteilung in „oben“ und

„unten“ favorisieren und gutheißen, im Gegensatz zu egalitären Vorstellungen von Gesellschaft (Sidanius / Pratto 1999, Pratto et al 1994). Ein möglicher Ausdruck dessen kann auch eine aggressive Haltung gegen „die Anderen“ sein. In der Literatur wird soziale Dominanzorientierung mit einer Präferenz für rechtspopulistische Parteien assoziiert (Sidanius et al 1996, Duckitt / Sibley 2010).

Selbstwirksamkeit ist in diesem Zusammenhang als persönliche Ressource bedeutend. Man versteht darunter das Vertrauen darauf, neue oder schwierige Anforderungen zu meistern, wobei ein Erfolg den eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen zugeschrieben wird. Gerade die subjektive Interpretation objektiver Benachteiligung wird durch persönliche Ressourcen, wie Selbstwirksamkeit oder soziale Eingebundenheit, beeinflusst (Schwarzer & Jerusalem 2002) und kann sich auf politische Werthaltungen und empfundene Politikverdrossenheit niederschlagen (Arzheimer 2002, Gillath / Hart 2010).

Zwar beginnt der Erwerb und Aufbau von Selbstwirksamkeit bereits in der frühen Kindheit und ist damit stark vom sozialen Hintergrund beeinflusst, aber situationale Erfahrungen, wie subjektiv gefühlte Unsicherheit, Abstiegs- und Existenzängste bzw. mangelnde „Planbarkeit der Zukunft“, können diese jedoch auch im Erwachsenenalter beeinflussen (Dörre 2006). Eine Kombination aus niedriger Selbstwirksamkeit und ein situational empfundenes Gefühl persönlicher Bedrohung angesichts mangelnder Planbarkeit und Unsicherheit (Anomie) kann letztlich auch in Verbindung mit einer Präferenz für (rechts-)populistische Parteien gebracht werden.

3 Forschungsstand

Dieses Kapitel fasst den derzeitigen Forschungsstand zu den Bereichen Internet und Demokratie und E-Government zusammen. Zuerst wird ein Überblick über die bisherige Forschung zu Internet und Demokratie gegeben und Thesen zur Auswirkung des Internets auf politische Beteiligung diskutiert (Abschnitte 3.1 und 3.2). Es folgt eine Diskussion von Theorien und Konzepten der Auswirkungen des Internets auf das politische System und ein Überblick über mögliche Chancen- und Risikoszenarien (Abschnitt 3.3). Danach werden verschiedene Trends in Politik und Verwaltung, die eng mit technischen Entwicklungen der letzten Jahre verknüpft sind, erörtert (Abschnitt 3.4). Abschnitt 3.5 beschäftigt sich schließlich mit Erfolgsfaktoren von E-Partizipationsmaßnahmen.

3.1 Bisherige Forschung zu Internet und Demokratie

Die frühe Forschung zu Internet und Politik war sich einig, dass die Verbreitung von Onlinemedien eine Zäsur in der weiteren Entwicklung von Medien und Kommunikation bedeutete. Sie war aber auch stark von Spekulationen hinsichtlich Chancen und Risiken für die Demokratie durch die Verbreitung des Internets geprägt.

Mit dem Aufschwung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wurden und werden in der Literatur demokratische Chancen und Herausforderungen für Politik und Verwaltung verbunden. Insbesondere mit der Integration des Internets in unseren Lebensalltag und der stärkeren und zunehmend mobilen Nutzung in der Gesellschaft wird die Frage gestellt, wie mediale Strukturen und Kommunikationsräume demokratische Prozesse beeinflussen. Zudem ist auch die Frage von Bedeutung, inwieweit dies durch entsprechende Strategien und Initiativen unterstützt werden kann. Diese Zusammenhänge werden besonders von Medien-EnthusiastInnen oder sogenannten Cyber-OptimistInnen in ein vornehmlich positives Licht gerückt. Die Visionen der elektronischen Demokratie sind nicht grundsätzlich neu und gehen bis in die 60er Jahre zurück, beispielsweise mit der Idee, das TV-Gerät als technologische Plattform für Debatte und Abstimmung zu nutzen. Die Hochblüte der Utopien findet sich in den 90er Jahren, motiviert durch die technologischen Entwicklungen der IKT als „Enabling Technology“. Eine zentrale sozio-politische Vision Anfang der 90er Jahre war und ist bis heute die Ermächtigung des/der Einzelnen und der Gesellschaft über neue mediale Strukturen, die vor allem von den „ErfinderInnen“ und ProtagonistInnen des World-Wide-Web (WWW) geprägt wurde, wie z.B. Robert Cailliau oder Howard Rheingold (Rheingold 1993).

Spätere Forschungsstränge zu Internet und Demokratie beschäftigen sich beispielsweise mit dem Einfluss des Internets auf Demokratisierung (Robison/ Crenshaw 2010, Brewer et al. 2006). Die Forschung hat sich ebenso eingehend mit den positiven organisationalen, sozialen und politischen Effekten der Informationstechnologie auseinandergesetzt (Barrett und Greene 2001, Norris 2001), jedoch sind diese Behauptungen oft nicht vollständig dokumentiert (Fountain 2001, Abramson / Means 2001).

Prinzipiell gibt es auch im deutschsprachigen Raum einen Wandel der Forschung von einem sehr technikzentrierten Zugang hin zu einem Zugang, der nach der Rolle des Internets im Kontext des sozialen und kulturellen Wandels fragt (Albrecht et al 2008).

3.2 Fördert das Internet politische Beteiligung?

Das Internet und seine Bedeutung für demokratische Gesellschaften wird insbesondere seit Ende der 90er Jahre diskutiert. Als relevanter Faktor wird hier die stärkere soziale Ausrichtung des Internets und dessen Integration in den Lebensalltag gesehen. Verbunden mit einem unterschiedlich stark ausgeprägten Technodeterminismus sehen sogenannte CyberoptimistInnen im Internet eine hervorragende Möglichkeit, die Zivilgesellschaft zu stärken und politische Partizipation zu erhöhen (Rheingold 2002, Norris 2001). In diesem Kontext gibt es zwei unterschiedlich gelagerte Hypothesen:

Die Verstärkungsthese besagt, dass das Internet zwar zu intensiver politischer Beteiligung führt, aber nur für jene BürgerInnen, die bereits ohnehin politisch aktiv und vernetzt sind und für die das Internet eine Ergänzung der bisherigen Aktivitäten darstellt (Norris 2001, Siedschlag 2002).

Andere ForscherInnen sehen nicht nur einen positiven Effekt auf bereits vorhandene Beteiligung, sondern sind der Meinung, dass auch jene BürgerInnen mobilisiert werden, die bislang politisch nicht oder nur wenig aktiv waren. So könnten bestimmte Partizipationsangebote im Netz tatsächlich zu verstärkter Beteiligung unter Gruppen führen, die bislang eher unterdurchschnittlich repräsentiert waren, beispielsweise Jugendliche oder Frauen (Bräuer / Biewendt, 2005). Dies wird als Mobilisierungsthese bezeichnet.

Die sogenannten CyberpessimistInnen beurteilen das demokratische und partizipative Potential der IKT kritisch. Neue Technologien alleine wären nicht genug, um demokratische Prozesse zu verstärken. In diesem Kontext werden z.B. Phänomene, wie „Slacktivismus“ relevant. Dies ist eine Form der Scheinpartizipation, bei der User mehr ihr Gewissen beruhigen, als wirklich etwas zu verändern[3] (Morozov 2011). Oft genannte weitere Kritikpunkte sind, dass das

[3] http://neteffect.foreignpolicy.com/posts/2009/05/19/the_brave_new_world_of_slacktivism (Zugriff 27.03.2013)

Internet existierende soziale Strukturen mehr bestätigt als verändert und somit auch bestehende Machtverhältnisse nicht radikal verändert werden. In repressiv geführten Staaten können neue Technologien mehr Schaden als Vorteile für die Bevölkerung bringen, da insbesondere Social Media-Anwendungen den Machthabenden einfache Mittel zur Überwachung bereitstellen.

Letztlich kann beiden Gruppen in gewisser Weise ein Techno-Determinismus zugeschrieben werden: Während die eine Gruppe das Internet als Tool für soziale Veränderung betrachtet, sieht die andere das Netz auch als Quelle von Tendenzen der sozialen Regression.

Für Deutschland existiert eine Panelstudie von Emmer, Vowe und Wolling (2011), in der politisches Informations- und Kommunikationsverhalten zwischen 2002 und 2009 beobachtet wurde. Hier zeigte sich, dass das Internet politische Einstellungen im Zeitverlauf nicht beeinflusste, jedoch als politisches Mobilisierungstool und als Informationsquelle einen klaren Stellenwert einnahm, während seine Rolle bezüglich politischer Partizipation und Kommunikation noch weniger stark ausgeprägt war. Eine wichtige Erkenntnis der Panelstudie, die sich mit den für Österreich gültigen Ergebnissen in Abschnitt 7.5 deckt, war außerdem, dass sich deutliche generationale Unterschiede in der Nutzung zeigten: Ältere Jahrgänge, die nicht mit dem Internet aufwuchsen, nutzten in Bezug auf politische Information und Kommunikation viel eher klassische Medienformen, während junge Nutzer das Internet von vornherein viel stärker verwendeten. Insbesondere geht man davon aus, dass Unterschiede zwischen den Alterskohorten bestehen bleiben und jüngere Nutzer nicht im späteren Leben wieder vermehrt z.B. auf die Tageszeitung zurückgreifen werden. Zudem zeigte sich ein deutlicher Digital Divide im Hinblick auf Nutzungsmuster: Wer politisch Interessiert ist, nutzte alle Medienformen vermehrt für politische Information. Andererseits hing der Medienmix - z.B. ob eher das Internet oder klassische Medien bevorzugt wurden - vermehrt mit dem Alter zusammen.

Grundlegend lässt sich also festhalten, dass das Internet den Zugang der BürgerInnen zu Information verändert hat (Medimorec et al. 2011). Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass die Mobilisierungsthese, also die Annahme, dass das Internet politische Beteiligung verbreitert, in vollem Umfang zutrifft. Dagegen lassen sich folgende Punkte einwenden:

- Onlineinformationsbeschaffung ist nicht direkt mit Austausch und Interaktion mit anderen verknüpft. Die aktive Suche nach Informationen kann aber zum Ausgangspunkt grundlegender Einstellungsveränderungen werden und Interesse und Selbstwirksamkeit fördern (Gibson / Cantijoch 2011).

- Als Conclusio einer Meta-Analyse kommt Boulianne zu dem Ergebnis, dass das Internet sich keinesfalls negativ auf die Teilnahme auswirke, ein

substanzieller Einfluss auf Beteiligung sei jedoch nicht feststellbar (Boulianne 2009).

- Zu einem ähnlichen Befund gelangen Brodie et al., deren qualitative Studie einen anderen Startpunkt annimmt. Ausgehend von einer Untersuchung von Partizipation in Großbritannien weisen sie auf die Wirkung von IKT hin: Diese führt nicht für sich allein genommen zu Partizipation, trägt aber zu dieser bei (Brodie et al 2011).
- Es gilt ebenso als prinzipiell unmöglich, die Auswirkungen des Internets auf die Politik von denen anderer Kommunikationstechnologien zu trennen. Internet-NutzerInnen sind auch anderen Kommunikationskanälen ausgesetzt und Information wandert beständig zwischen On- und Offline-Medien (Farrel 2011).

3.3 Welche Auswirkungen hat das Internet auf das politische System?

In der Fachliteratur sind bisher keine klaren Belege dafür zu finden, dass der Einfluss des Internets im Allgemeinen und von E-Partizipation im Speziellen bisher große, manifeste Veränderungen des politischen Systems - besonders in Bezug auf die Funktionsweise repräsentativer Demokratien – zur Folge hatte. Unbestreitbar ist aber der gestiegene Einfluss des Internets im Zuge von Wahlkämpfen und der Politikberichterstattung (vgl. Albrecht et al 2008 zum französischen Präsidentschaftswahlkampf 2007 und zum US-amerikanischen Vorwahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen 2008).

3.3.1 Chancen und Risikoszenarien

Die Forschung ist sich einig, dass die rasante Verbreitung des Internets eine fundamentale Veränderung im Bereich der Medien darstellt, mit tiefgreifenden Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche, wie auch die Politik. Im Anschluss sollen mögliche Veränderungsszenarien erläutert werden, wie sie seit den späten 90ern diskutiert werden. Sie können im Wesentlichen in Szenarien von positiven und negativen Auswirkungen eingeteilt werden.

Positive Szenarien sind geprägt von der Vorstellung, dass das Internet zu einem politischen Raum geworden sei, der dazu beitragen würde, „Politik an grundlegend neuen Kriterien aktivbürgerschaftlicher, quasi basisdemokratischer Politikgestaltung zu messen“ (Siedschlag 2002). Durch die Verwendung von IKT verspricht man sich eine Steigerung der politischen Teilhabe und somit der Qualität der Demokratie.

Im Rahmen der Mobilisierungsthese erhofft man sich durch den Einsatz dieser Technologien jene Bevölkerungsteile, die bereits online sind, aber nur mäßig an politischen Prozessen teilhaben (vor allem Jüngere), vermehrt für Politik zu interessieren. Die dem Internet eingeschriebene Netzwerkstruktur sowie die egalitäre Stellung, die Nutzer untereinander einnehmen, wenn sie sich in Internetforen, Chaträumen oder sozialen Netzwerken austauschen, werden hier als eine Erweiterung von politischen Handlungs- und Deliberationsspielräumen verstanden (Keane 2000, Morrisett 2003, Dahlberg 2007).

Demgegenüber stehen dystopische Szenarien eines Democratic Divide, bei dem bereits politisch aktive und interessierte Teile der Gesellschaft durch das Netz an Einfluss gewinnen, auf Kosten der weniger Aktiven oder derer, die nicht auf das Netz zugreifen können. Auch eine durch das Internet beförderte Individualisierung oder eine „zerstreute Gesellschaft“ (Sunstein 2001, Fohrmann / Orzessek 2002) werden diskutiert. Frühere Forschungen haben hier das Risiko thematisiert, dass das Internet zur Vereinsamung und sozialen Isolation der Menschen beiträgt (Williams 2006), eine mittlerweile entkräftete Hypothese. Andere thematisierte, negative Auswirkungen bzw. Phänomene im Zusammenhang von Internet und Politik sind „Slacktivism“[4] (Morozov 2011) und die Sorge, dass das Internet eher zur Festigung bestehender Ungleichheiten dienen könnte.

3.3.1.1 Positive Szenarien

Das Aufkommen von IKT hat zu einer gewissen Euphorie beigetragen, die teilweise davon ausgeht, dass mit der Verbreitung der Technologien auch eine Demokratisierung der Gesellschaft einhergehen würde (Fuchs et al 2006). Den Kontext der Mobilisierungsthese bildet die Erkenntnis, dass aktuelle demokratische Systeme nicht optimal funktionieren und einer „Revitalisierung“ bedürfen (Medimorec et al 2011). Das Grundübel der Politikverdrossenheit wird im Mangel echter Beteiligungsmöglichkeiten im gegenwärtigen intransparenten politischen System erkannt (Medimorec et al 2011). Bauer spricht so auch mit Castells von einer strukturellen Legitimitätskrise, die von Skandalen, Abhängigkeit von der Medienberichterstattung, personalisierten Führungsformen und einer zunehmenden Isolation des demokratischen Systems von seinen BürgerInnen gekennzeichnet sei (Bauer 2003).

Als mögliche Antwort auf demokratiepolitische Defizite gilt im Rahmen der Mobilisierungsthese der verstärkte Einsatz von IKT, von dem man sich eine Mobilisierung desinteressierter Bevölkerungsgruppen und deren Einbindung in demokratische Prozesse erhofft. Die vermehrte Verwendung von IKT für politische Inhalte zum Zweck der Informationsgewinnung, Deliberation und Partizipation

[4] http://neteffect.foreignpolicy.com/posts/2009/05/19/the_brave_new_world_of_slacktivism (Zugriff 27.03.2013)

könne zu einem Mehr an politischer, aktiver Teilnahme führen und eine Verbesserung von Demokratie durch Interaktion erreichen, ohne traditionelle Formen repräsentativer Demokratie außer Kraft zu setzen (Medimorec et al. 2011, Bräuer und Biewendt 2005).

Chancen, Legitimität durch Nachvollziehbarkeit zu erhöhen

Gerade im Kontext der Ausweitung nationaler und internationaler Antikorruptionsregime wird der Ruf nach Transparenz immer lauter. IKT bieten hier die Möglichkeit, Informationen über öffentliches Verwaltungshandeln den BürgerInnen zugänglich und nachvollziehbar zu machen. Solcherart transparente Prozesse sollen die Regelhaftigkeit von Politik und Verwaltung sicherstellen und für Legitimität sorgen. Als erste konkrete Umsetzungen können die Open Data-Initiativen gelten.

Neue Beteiligungsformen

E-Partizipation als neue Form IKT-basierter Beteiligung umfasst so verschiedene Bereiche, wie die Bereitstellung von Information (über staatliches Verwaltungshandeln und Entscheidungen, um Transparenz herzustellen) und die Möglichkeit, mit unterschiedlichen Akteuren in Kontakt zu treten (Beschwerden, Eingaben, Petitionen, Anfechtungen). Ein wichtiges Augenmerk liegt auch auf der Möglichkeit, BürgerInnen und Zivilgesellschaft in Verwaltungshandeln einzubeziehen: Das reicht von der Konsultation bis hin zur Kooperation. Unter dem Begriff wird aber auch Lobbying und Kampagnentätigkeit unterschiedlicher AkteurInnen zu verschiedensten Belangen aufgefasst (Märker 2009). Die Vereinfachung der Kommunikationswege durch elektronische Medien im politischen Prozess könne zu mehr aktiver Teilnahme der BürgerInnen beitragen (Heindl 2003).

Vermehrte Handlungsspielräume durch Konnektivität

„Neue Zielgruppen können gewonnen werden. So ist es eine Herausforderung, Jugendliche und junge Erwachsene wieder aktiv für Politik zu gewinnen. Hierbei sind internetgestützte Informations-, Kommunikations- und Partizipationsangebote besonders geeignet, da sie ihrem medialen Alltag entsprechen“ (Bräuer / Biewendt, 2005). Der Fokus der politischen Teilhabe junger Menschen würde auf nicht-traditionellen und elektronischen Formen politischer Aktivität liegen (Medimorec et al 2011). Unbestritten ist, dass das Internet eine weitgehend zeit- und ortsungebundene Einbeziehung von BürgerInnen erlaubt, etwa von Menschen, die im Ausland leben.

Potentielle Intensivierung der politischen Beteiligung

Die Anonymität des Internets solle es ebenso erlauben, soziale Schranken und Hemmungen einfacher zu überwinden. In elektronischen Foren würden Menschen auf diese Weise auch selbstbewusster agieren können als in Präsenzveranstaltungen, während die Textbasiertheit es erlaube, ohne zeitlichen Druck Beiträge zu formulieren (Bräuer / Biewendt, 2005). Unterschiede in der Verbalisierungsfähigkeit werden allerdings nicht thematisiert. Da das Internet auch die Fähigkeit besitze, räumlich weit verstreute Bevölkerungsteile (etwa Ex-Pats) zusammenzubringen, vergrößere sich der Kreis möglicher Teilnehmer durch E-Partizipationsprozesse (Märker et al 2005). Als konkretes Szenario für die Einführung von E-Demokratie gelten „Starke Demokratien“ (Aström 2001 / Krimmer et al 2007): BürgerInnen stehen durch IKT in beständigem Austausch mit PolitikerInnen. Eine so sichergestellte kontinuierliche Deliberation verbessere die Entscheidungsqualität.

Demokratisierung von Information

Mehr Menschen haben nun leichteren Zugang zu immer mehr Informationen und die technischen Mittel, diese weiter zu verarbeiten (Medimorec et al 2011). Das Internet ist durch die niedrigen Kosten und schnellen Übertragungszeiten ein sehr egalitärer Raum des Informationsaustausches. Suchmaschinen erleichtern den Zugang zu Informationen, sodass theoretisch jedeR UserIn Zugang zu den gleichen Informationen hat. Die niedrigen Kosten des Veröffentlichens von Informationen haben eine blühende Szene von Blogs und Websites hervorgebracht, die das Angebot an politischer Information erweitern und die Gatekeeper-Rolle der klassischen Medienredaktionen schwächen. Seine Interaktivität, insbesondere in Zeiten des Web 2.0, verleiht den Usern einen großen Einfluss auf politische Nachrichten und Diskurse (Tewksbury / Rittenberg 2010). Das umfasst ebenso die Möglichkeiten im Bereich der Content Erstellung (Blogs) sowie der Verbreitung sozialer Netzwerke, die mehr Raum für die Darstellung politischer Ansichten, Probleme oder Hoffnungen eröffnet hätten (Ferro / Molinaro, 2010).

Gerade die hochvernetzen Web 2.0-Anwendungen sind Plattformen für den Austausch zwischen den NutzerInnen aus den verschiedensten Orten der Gesellschaft und verschiedenster politischer Richtungen. Dies könne auch den Risiken der Fragmentierung und Polarisierung entgegenwirken: NutzerInnen können, sofern der Raum für Austausch besteht, nach dem Bottom-Up-Prinzip Agenda-Setting betreiben. Die so entstandenen Diskussionen sind zwar nicht immer repräsentativ für den Mainstream, doch es kann zu einer gegenseitigen Beeinflussung zwischen Rand- und Mainstream kommen, sofern Vertreter des Mainstream und der Minderheitendiskurse miteinander in Berührung kommen.

Dies kann im Rahmen von Diskussionen in Foren oder mittels Kommentaren zu Nachrichtenartikeln passieren, insbesondere auf Twitter, wie etwa die kürzlich in den Medien thematisierte „Aufschrei"-Diskussion[5] zu Alltagssexismus gezeigt hat. Auch Open Data-Initiativen der Behörden können einen Beitrag zur Bereitstellung wichtiger Informationen leisten. Durch den hohen Spezialisierungsgrad dieser Daten sind diese für BürgerInnen nicht sofort sinnvoll einschätzbar. Es bedarf der Aufbereitung durch ExpertInnen und SpezialistInnen (z.B. WissenschaftlerInnen und JournalistInnen).

Einfache Interessensorganisation/Artikulation

Man geht davon aus, dass das Internet vor allem deshalb einen Einfluss auf Politik haben kann, weil es den BürgerInnen die Organisation und Interessensartikulation erleichtert. Es vereinfache den Kontakt mit Gleichgesinnten und erlaube einen schnelleren Zusammenschluss zu Interessensgruppen. Dies wird als „sorting" bezeichnet. Das Internet verändere auch die Transaktionskosten kollektiver Aktionen und erleichtere es, die grundliegenden Präferenzen der Menschen einfacher zu erkennen. In diesem Zusammenhang ist es denkbar, dass das Internet in autoritären Regimen dazu beitragen könne, viele verstreute, unzufriedene Gruppen zusammenzubringen (Farrel 2011).

3.3.1.2 Negative Szenarien

Es gibt jedoch auch Befürchtungen bezüglich der politischen Nutzung des Internets (Bauer 2003). Das Internet kann zu einer Vertiefung sozialer Segmentierung beitragen - Stichwort: Democratic Divide und Informationseliten (Medimorec et al 2011). Mit zunehmender Informationsfülle wächst auch die Desinformation.

Es gibt ebenso Bedenken bezüglich der Frage, ob Kommunikation im Internet Standards der Öffentlichkeit und Demokratie erfüllt: Die Kommunikation im Internet sei in erster Linie eine privatisierte und individualisierte Kommunikation, demokratische Entscheidungsfindung brauche aber die Öffentlichkeit.

Letztendlich bestehe zudem die Gefahr, dass E-Voting oder E-Partizipation das System repräsentativer Demokratien aushöhlen könnte.

Democratic Divide

Im Kontext der vorliegenden Grundlagenstudie ist als mögliche Konsequenz des Digital Divide der Democratic Divide zu nennen: Politische Partizipation im Internet setzt nicht nur die notwendigen Kenntnisse zur Anwendung der neuen

[5] http://www.spiegel.de/netzwelt/web/aufschrei-fuehrt-zu-twitter-rekord-a-882207.html (6.5.2013)

Technologien voraus, sondern auch Grundwissen im Bereich der politischen Bildung. „Wenn die Vermittlung von politischer Bildung sowie von partizipativ-demokratischen Anwendungsmöglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bei den Digital Natives nicht in ausreichendem Maße gelingt, dann besteht die Gefahr, dass sich eine kleine, neue demokratische Elite herausbildet, die über höhere Bildung und große Kompetenz im Umgang mit dem Internet verfügt." (Maier-Rabler et al. 2012) Es ist auch denkbar, dass sich die bestehenden Eliten dadurch erweitern (Medimorec et al 2011). Die AutorInnen räumen aber ebenso ein, dass Demokratisierungsinitiativen sich nicht immer an die gesamte Bevölkerung richten müssen, sondern den Umweg über Eliten als Zwischenhändler nehmen können, um Informationen für die NormalbürgerInnen verfügbar und verständlich zu machen (Medimorec et al 2011).

Fragmentierte Medienöffentlichkeiten und -diskurse

Das Internet als Kommunikations- und Informationsmedium unterscheidet sich von den klassischen Medien und der durch sie geschaffenen Medienöffentlichkeit insbesondere durch den hohen Grad an Freiheit, den einzelne Nutzer in ihrem Informationsverhalten haben. Nutzer können sehr gezielt einzelne Websites oder Teile einzelner Websites aufrufen und andere Teile ignorieren. Sie sind, anders als im Fall von Radio oder Fernsehen, nicht dadurch eingeschränkt, dass bestimmte Sendungen zu bestimmten Zeiten ausgestrahlt werden, sondern können ihre bevorzugten Inhalte rund um die Uhr abrufen.

Obwohl es bislang keine Hinweise darauf gibt, dass das Internet die klassischen Medien verdrängt (Emmer et al 2011, Tewksbury / Rittenberg 2010, siehe auch Abschnitt 7.4.1), erleichtert das Internet einen selektiveren oder spezialisierteren Informationskonsum als klassische Medien – dies als negative Konsequenz des oben besprochenen positiven „sorting". Die bereits in klassischen Medien vorhandene Tendenz zur Segmentation – also Inhalte auf bestimmte Zielgruppen zu zuschneiden (Merrill / Lowenstein 1979) – könnte sich im Netz weiter verstärken. Ein Resultat dieser Tendenzen kann die zunehmende Fragmentierung des öffentlichen Diskurses sein, sodass es immer schwieriger wird, einen klaren öffentlichen Diskurs zu politischen Themen zu identifizieren und zu führen. Parallel dazu besteht die Gefahr, dass diese fragmentierten Diskurse auch ideologisch polarisiert werden. Beides erschwert die in einer demokratischen Gesellschaft so wichtige politische Deliberation und Kompromissfindung in der Öffentlichkeit.

Aushöhlung der Demokratie

Andere Überlegungen erkennen in E-Voting eine langfristige Bedrohung für etablierte demokratische Prozesse. Dieses kann zu einem System mit vielen kleinteiligen Abstimmungen über kurzfristige, populistische Maßnahmen führen und so deliberative Aspekte von Politik weitgehend neutralisieren. In diesem Kontext weist Aström (Aström 2001, Krimmer et al 2007) auf zwei extreme Zukunftsszenarien der demokratischen Systeme hin, in denen entweder die BürgerInnen oder die PolitikerInnen als verantwortungsvolle ExpertInnen ausgeschalten werden und die im Gegensatz zu den oben erwähnten „starken Demokratien" stehen: „Dünne Demokratien", in denen die WählerInnen lediglich RepräsentantInnen bestimmen, von denen sie in regelmäßigen Abständen über Entscheidungsprozesse informiert werden. Das andere Szenario sind „Schnelle Demokratien", in denen jede Entscheidung von den BürgerInnen gefällt wird und PolitikerInnen nur noch ErfüllungsgehilfInnen sind.[6]

Slacktivism

Echte politische Beteiligung könnte durch Scheinpartizipation ersetzt werden. Darunter wird eine scheinbar steigende politische Beteiligung verstanden, die aber keine inhaltliche Tiefe erlangt und wenig intensiv und unverbindlich bleibt. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Online-Petitionen unterzeichnet werden, aber eine Beteiligung an Wahlen oder eine intensive Beschäftigung mit politischen Themen ausbleibt (Morozov 2011).

[6] Fuchs et al. weisen auch darauf hin, dass solche kurzzyklische, schnelle, durch E-Voting ermöglichte Demokratien ignorieren würden, dass Demokratie vor allem auch ein Prozess kommunikativen Handelns und der Deliberation sei (Fuchs et al 2006).

3.4 Technologische Trendlinien in Politik und Verwaltung

Politik und Verwaltung stehen momentan vor der Herausforderung, auf geänderte Bedürfnisse der BürgerInnen zu reagieren. Besonders häufig hervorgehoben werden die Chancen für besseren Zugang zu Informationen, Legitimation des politischen Handelns durch Nachvollziehbarkeit sowie die Möglichkeiten für neue Formen der Zusammenarbeit, welche die Innovationskraft und Lösungskapazität von Politik stärken können, indem sie auf externes Knowhow der Zivilgesellschaft und Individuen zurückgreifen. Technologie wird in diesem Zusammenhang als "enabler" gesehen, durch den demokratische Prozesse angestoßen oder begleitet werden sollen. Gleichzeitig ergeben sich aber auch neue Konfliktpotentiale, beispielsweise im Zusammenhang mit unterschiedlichen Medienkompetenzen von NutzerInnen oder der Nutzung personenbezogener Daten.

Transparenz und offene Informationen

Eine Trendlinie ist die Diskussion um offene Informationen und Transparenz im Kontext von (Re-)Demokratisierung. Diese ist nicht neu und geht bis in das Jahr 1766 zurück, als die Verwaltungstransparenz im Gesetz über die Pressefreiheit in Schweden festgehalten wurde. In den 60ern wurde im Zusammenhang mit dem steigenden Misstrauen der AmerikanerInnen nach zahlreichen politischen Skandalen in den USA die Einführung des „Freedom of Information Act" vollzogen. Auch der Begriff Open Government, der momentan vielfach als neues Regierungskonzept gehandelt wird, findet sich bereits in den späten 1950er Jahren (Parks 1957, Parycek / Sachs 2010). Die Open Access- und Open Source-Bewegung adressiert den offenen Zugang zu Informationen und dessen demokratische Bedeutung ebenfalls seit mehr als fünfzehn Jahren.

Mit der Open Government Directive der Obama-Administration wurde erstmals ein gesamtes Regierungskonzept präsentiert, das demokratische Grundprinzipien und deren Umsetzung mit der Nutzung von Technologie verknüpft. Die drei zentralen Säulen in dessen Strategie sind „transparency", „participation" und „collaboration". Nach diesem Verständnis stellen Transparenz und Nachvollziehbarkeit also wesentliche Grundelemente einer Demokratie dar. Das zweite Element ist die klassische Öffentlichkeitsbeteiligung mit dem Ziel der Legitimation von politischen Entscheidungen. Die dritte Säule beinhaltet die Zusammenarbeit auf Basis von geteilten Informationen und Kollaboration. Angeregt durch die Demokratisierung des Zugangs zu Informationen wurden diese Elemente insbesondere im Kontext von Informations- und Kommunikationstechnologie behandelt.

Zwei Jahre später finden sich Strategien für mehr Offenheit im Sinne der Open Government-Prinzipien auch auf der offiziellen politischen Agenda europäischer

Länder, allerdings wurden die Prinzipien nicht in den Regierungsprogrammen berücksichtigt. Vielfach wurden IKT-Strategien mit demokratischen Werten und Open Government-Prinzipien erweitert, wie beispielsweise der E-Government Action Plan der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2011, Kroes 2010). Auch hier zeigt sich eine stärkere Verschränkung der demokratischen und technologischen Ebene. Dafür sind unter anderem folgende Punkte mitverantwortlich: Mit der starken Verbreitung des Internets wurde der Einsatz neuer Medien zur Erreichung politischer und kommunikativer Ziele relevant und der öffentliche Sektor als Träger von öffentlichen Informationen musste sich mit dieser Informations-Revolution (Brewer et. Al 2006) auseinandersetzen. Zudem erhofften sich die ProtagonistInnen über die neuen medialen Strukturen ein vielfaches Instrument, das der steigenden Verdrossenheit in Bezug auf das gegenwärtige politische System entgegenwirken könnte. Die politische Fragmentierung im Zusammenhang mit der technologischen Entwicklung bewirkte außerdem eine neue Rolle der öffentlichen Verwaltung: Bisher bekannte und sichere Prinzipien, wie geografische Grenzen oder zentralisierte Autoritäten, verlieren, angeregt durch Virtualisierung und Globalisierung, an Bedeutung (Brewer et. al 2006). Der Harvard Policy Group on Network-Enabled Services and Government (2000) zufolge sind wir heute dazu gezwungen, die essentiellen Elemente von Regierungsinstitutionen zu überdenken. Die Institutionalisierung von Open Government-Konzepten reagiert auch auf diese Veränderungen.

E-Demokratie und E-Partizipation

Eine weitere Trendlinie markiert die Einführung von direktdemokratischen Elementen mittels elektronischer Tools und zum Teil elektronischen Identifizierungsmaßnahmen. So lassen sich beispielsweise Volksabstimmungen elektronisch und mit eindeutiger Identifizierung der BürgerInnen über eine Bürgerkarte durchführen. Ähnlich zeigt der Aufschwung von Liquid Democracy-Modellen (als Verschränkung von direkter und repräsentativer Demokratie) in Parteien oder auf kommunaler Ebene, dass elektronische Diskussions- und Abstimmungsformate gut funktionieren können, wenn sie sich an ein klar abgegrenztes Zielpublikum wenden.

Weniger formalisierte Dialoge können „top down“ erfolgen, wenn ein Staat bzw. eine Organisation dazu einlädt. Auch kann eine Regierung auf die Forderungen der Zivilgesellschaft oder Organisationen auf Einhaltung des Rechts zur Mitgestaltung eines bestimmten Bereiches reagieren. Der politische Erfolg von E-Partizipations-Angeboten ist oft umstritten. Neben der erwähnten zu optimistischen Einschätzung neuer Medien liegt das oft an einer mangelnden Beteiligung. Ein möglicher Grund dafür kann die in Österreich steigende Verdrossenheit mit dem politischen System sein (Filzmaier 2007, Friesl et al. 2009). Das schafft für Projekte, die Partizipation und Mitbestimmung als erklärtes Ziel haben, schwierige Voraussetzungen. Es gibt daher auch wenig erfolgreiche Projekte in Österreich,

die das Ziel der Legitimation von Entscheidungen erreicht haben. Auf Ebene der Ideensammlung und Diskussion - ohne den Anspruch der Legitimation von politischen Entscheidungen - finden sich einige erfolgreiche Projekte, beispielsweise das Jugendpartizipationsprojekt Jugend2Help, welches die Neugestaltung des Jugendbereiches der Internetplattform HELP.gv.at zum Ziel hatte. Das Projekt sollte die Interessensgebiete und Themen von Jugendlichen erheben, wobei auch untersucht wurde, wie die Befragung von Jugendlichen im Internet aufgebaut werden sollte. Hier wurden Teenager und Jugendliche über ihr bevorzugtes Kommunikationsmittel in die Ausgestaltung der Plattform einbezogen. Weitere erfolgreiche Projekte auf Ebene der Mitgestaltung in Österreich waren das Projekt zur Wiener Charta oder zur Gestaltung des Schwedenplatzes in Wien. Auch hier wurde über neue elektronische Medien erfolgreich die Meinung und Präferenz der BürgerInnen erhoben.

Zivilgesellschaftliche Initiativen zum Thema Netzpolitik und Open Government-Data

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene und “bottom up” findet sich in den letzten Jahren eine Fülle von Initiativen, die politische Veränderung schafft – von politischem Aktionismus, wie den Studierendenprotesten in Österreich 2009, über die weltweite Occupy-Bewegung bis hin zu Initiativen und Protesten gegen Netzregulierung und Datenschutz. Bewegungen der Zivilgesellschaft haben das Potential für politische Themen zu mobilisieren, über neue Medien die traditionellen Medien zu beeinflussen und damit auf die politische Agenda zu bringen.

Viele dieser Initiativen sind sehr stark am Medium Internet orientiert bzw. thematisieren das Internet als Gegenstand der Politik. Im diesem Bereich „Netzpolitik“ sind insbesondere Proteste gegen das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA), gegen den „Protect IP Act“ (PIPA) oder die erfolgreich verhinderte Verabschiedung des Gesetzesentwurfs „Stop Online Privacy Act“ 2011 (SOPA) zu nennen.

Ebenso auf einer Forderung der Zivilgesellschaft basierend, sind auf Kollaboration abzielende Initiativen aus dem Open Government-Data-Bereich. Den dahinterstehenden zivilgesellschaftlichen Interessensgruppen ist die legislative Verankerung der Veröffentlichung von Daten ein großes Anliegen. Sie sprechen sich für die Öffnung von Regierungsdaten aus und formierten sich „bottom up“. Gefordert werden dabei insbesondere ein besserer Zugang zu Informationen sowie transparente Prozesse. Manche dieser Initiativen haben bereits erfolgreich Eingang in politische Entscheidungen gefunden. In Hamburg trat beispielsweise mit Oktober 2012 ein durch die Zivilgesellschaft gefordertes Transparenzgesetz in Kraft: BürgerInnen sollen proaktiv veröffentlichte Daten in einem Register abfragen können. Diesem Entwurf ging ein Bündnis voraus, das nicht nur aus

Parlamentsparteien und außerparlamentarischen Parteien bestand, sondern auch aus Vereinen und Organisationen, beispielsweise dem Verein „Mehr Demokratie“ oder dem Chaos Computer Club. Slowenien hat ebenfalls ein eigenes Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet und führt damit das RTI-Rating an, welches sich mit den Informationsfreiheitsgesetzen in 89 Ländern befasst[7]. Dieses ist eine von den Menschenrechtsorganisationen „Access Info Europe“ (Spanien) und dem „Center for Law and Democracy“ in Kanada durchgeführte Studie, in deren Rahmen Gesetze nach 61 Kriterien geprüft und ExpertInnengespräche geführt werden. Diese Bewertung wird zusätzlich durch JuristInnen überprüft.

Auch in Österreich wird zum Zeitpunkt der vorliegenden Grundlagenstudie ein solches Informationsfreiheitsgesetz diskutiert. Für Österreich kommt das RTI-Rating zu dem Ergebnis, dass das Auskunftspflichtgesetz Österreichs BürgerInnen vor große Hürden stellt. Die Diskussion um den verbesserten Informationszugang durch technologische Möglichkeiten wird gerade intensiv auf globaler Ebene geführt.

3.5 Erfolgsfaktoren von E-Partizipation

Dieses Kapitel soll die Diskussion um Erfolgsfaktoren für das Gelingen von „top down“-Projekten der E-Partizipation zusammenfassen. Laut „eGovernment Monitor 2012“ nutzt nur ein kleiner Anteil der InternetnutzerInnen E-Partizipationsangebote. Es können sich jedoch über zwei Drittel der Befragten in Deutschland, Großbritannien, Österreich, Schweden und der Schweiz vorstellen, Online-Bürgerbeteiligungsverfahren zu nutzen (Initiative D21 / ipima, 2012). Diese beiden, auf den ersten Blick widersprüchlichen Zahlen illustrieren die in der Literatur diskutierten Herausforderungen, die es zu lösen gilt, wenn die Nutzung von Angeboten gesteigert werden soll. Einerseits gibt es systemische Hindernisse, die der Umsetzung von Beteiligungsverfahren in größerer Zahl und in vertieftem Umfang entgegenstehen. Zudem ist die Beteiligung an E-Partizipationsprojekten an technische Fertigkeiten geknüpft, die ungleich in der Bevölkerung verteilt sind. Für Teile der Bevölkerung gibt es keinen Anlass, online zu sein. Ob E-Partizipationsprojekte für alle Beteiligten erfolgreich umgesetzt werden, hängt außerdem von der Art und Weise der Umsetzung ab. Ein beträchtlicher Teil der Literatur widmet sich ebenso diesem Thema.

[7] http://www.rti-rating.org/view_country.php?country_name=Austria (Zugriff 27.3.2013)

3.5.1 Systemische Hindernisse

Systemische Gründe, die die Weiterentwicklung und Verbreitung von E-Partizipationsmaßnahmen hemmen, werden in einem dominanten, auf Effizienz konzentrierten, gesellschaftlichen Diskurs und Budgetdruck auf öffentliche Verwaltungen vermutet (Siedschlag 2002). Für die Vertreter dieser Sichtweise erklärt sich daraus, warum sich substanzielle, partizipative Angebote im Rahmen von E-Government, also E-Partizipation, nicht auf dem gleichen Niveau wie jene zur E-Administration bewegen. Da Partizipationsprozesse ebenso mit Kosten verbunden sind, könne die Wirtschaftskrise auch dazu führen, dass öffentliche Verwaltungen unter Budgetdruck vermehrt von der Umsetzung solcher absehen werden (Molinari 2006, Märker 2009).

Ein weiteres Hemmnis für den Erfolg von E-Partizipation wird auf der Ebene der Verfasstheit von demokratischen Staaten gesehen. Für das Beispiel Deutschland wird der Gegensatz zwischen dem als repräsentative Demokratie verfassten politischen System und direkt-demokratischen Maßnahmen herangezogen – die Idee einer digitalen Beteiligungsdemokratie gehe möglicherweise zu Lasten dieses Repräsentationsprinzips (Siedschlag 2002). Dieser Einwand kann so auch für andere westliche Demokratien gelten und findet ebenso in der österreichischen Diskussion ihren Widerhall (vgl. Kapitel 6.3).

Als systemischer Aspekt kann sicherlich ebenso noch eine geringe Bereitschaft zur Delegierung von Entscheidungsmacht durch die Politik und Verwaltung gelten. Partizipationsprozesse im Allgemeinen, wie auch E-Partizipation im Speziellen, müssen „externe Relevanz“ besitzen, also in politisch-institutionelle, organisatorische, kulturelle und ökonomische Strukturen integriert sein (Märker et al 2005). Es wird darauf verwiesen, dass PolitikerInnen äußerst vorsichtig dabei agieren, solch dezentralen Kommunikationsprozessen externe Relevanz zu verschaffen, da sie diese kaum steuern könnten (Märker et al 2005). Öffentliche Verwaltungen würden sich jedoch auch noch an die für E-Partizipation notwendigen Rahmenbedingungen anpassen müssen – das umschließe eine Reflexion und Adaption ihrer Eigeninteressen genauso wie ihre Kommunikationskultur (Albrecht et al 2008, Bräuer und Biewendt 2005).

3.5.2 Sozialstrukturelle Hindernisse

Als sozial-strukturelles Hemmnis von E-Partizipation gelten zum einen die technologischen Fertigkeiten der potentiellen NutzerInnen (Medimorec et al 2011). Die Bedeutung der Online-Skills zeigt sich in den Ergebnissen der österreichischen „Offliner-Studie“ (Perlot et al 2011). Zwar halten die AutorInnen fest, dass Offliner offline seien, weil sie das wollen - diese Gruppe nutze das Internet bewusst nicht.

Das Fernbleiben vom Internet und damit auch von E-Partizipationsangeboten ist in erster Linie auf mangelndes Interesse und fehlende Vorstellung von den Vorteilen, die die Nutzung des Netzes bringen könnte, zurückzuführen. Es bestehe zudem auch keine Notwendigkeit online zu gehen. Gerade geringere technische Kompetenzen verstärken jedoch dieses Desinteresse. Diese Gruppe dürfte aber in Zukunft aufgrund der Altersstruktur deutlich kleiner werden. Insgesamt ist in Österreich die Gruppe der Internetnutzer schon jetzt deutlich größer als die der Nichtnutzer. Dies macht Online-Beteiligung als zusätzliches Angebot zu einer realistischen Option. Die Tatsache des Bestehens einer Gruppe von Stimmberechtigen, die nicht online gehen wollen, bzw. nicht über die nötigen Fertigkeiten verfügen, um an Online-Beteiligungsverfahren teilzunehmen, bedeutet aber auch, dass Beteiligungsverfahren nicht ausschließlich online angeboten werden dürfen, um diese nicht auszuschließen (Pecival 2003).

Es gibt ebenso skeptische Stimmen, was die Rolle des Internets als mögliche „virtuelle öffentliche Sphäre“ betriff: Der Zugang zum Internet sei ungleich verteilt, das Internet selbst stark fragmentiert und von stetig steigender Kommerzialisierung betroffen. Es könne aber ein wertvolles Werkzeug sein, um Barrieren hin zu einem Mehr an Partizipation abzubauen (Polat 2005).

Die Stärkung von BürgerInnen in Bottom-Up-Prozessen sollte also nicht das alleinige Ziel von E-Partizipation sein. Es müsse auch dafür Sorge getragen werden, dass sie über die technologischen und ebenso politischen, wie sozialen Kompetenzen verfügen, um sich in der Informationsgesellschaft organisieren und involvieren zu können und dass ein ausreichend großer Grad an Motivation zur Beteiligung unter allen potentiellen TeilnehmerInnen gegeben sei (Fuchs et al 2006, Ferro / Molinari 2010).

3.5.3 Hindernisse auf Projektebene

Ein weiterer, in der Literatur identifizierter zentraler Punkt für die Teilnahme an Online-Beteiligungsverfahren ist auch die Wirkungserwartung der UserInnen. Untersuchungen in Deutschland berichten davon, dass vor allem auf kommunaler Ebene die eigene Betroffenheit und die erwartete Wirksamkeit über die Teilnahme entscheiden. Auf Bundesebene sei dagegen das Interesse am Thema ausschlaggebend, da es auf dieser Ebene praktisch keine Wirkungserwartung gäbe (Märker 2009).

Für das Gelingen und die Akzeptanz von E-Partizipationsprojekten scheint daher folgenden Punkten besondere Bedeutung zuzukommen (Albrecht et al 2008, Märker 2009, Medimorec et al 2001):

- Ergebnisse einer E-Partizipationsmaßnahme müssen in die weitere Planung und in Entscheidungen einfließen.

- Die Verwendung von Beiträgen muss für alle Beteiligten und BeobachterInnen von Anfang an deutlich erkennbar sein. Es muss nachvollziehbar gemacht werden, was mit den Beiträgen passiert.
- E-Partizipation soll Lernprozesse erlauben und kein Marketinginstrument sein.
- Die Effekte müssen nachvollziehbar dokumentiert werden.
- Es braucht Folgeprozesse, um Beteiligungsmöglichkeiten fortzusetzen.

Einige AutorInnen empfehlen den Einsatz von Anwendungen, die über offene Diskussionen hinausgehen und es erlauben, diese mitgeteilten und vereinbarten Entscheidungen abzuschließen (De Cindio et al 2005).

Zu guter Letzt ist natürlich auch Usability der entsprechenden Online-Angebote ein entscheidender Faktor bei deren Nutzung (Fuchs et al 2006, Meyerhof-Nielsen/ Igari 2012). Ein Teil der Literatur widmet sich ebenso der Wirkung von Anonymität bei Online-Beteiligungsverfahren. Eine Fallstudie zu partizipativen Budgetverhandlungen weist darauf hin, dass die positiven Effekte von Real-Name-Policies (transparentere und weniger offensive Kommunikation) letztlich die negativen Begleiterscheinungen (geringe Teilnahmequote, geringe Meinungsvielfalt, Verletzung von Privacy-Rechten) nicht aufwiegen würden (Ruesch / Märker 2012).

4 Internet in Österreich

Dieses Kapitel gibt in Abschnitten 4.1 und 4.2 eine Übersicht über die Internetnutzung und Internet-Infrastruktur in Österreich. Abschnitt 4.3 enthält einen Überblick über NichtnutzerInnen in Österreich und erläutert wichtige Beweggründe, das Internet nicht zu nutzen - beides auf Basis von verfügbaren repräsentativen Studienergebnissen.

4.1 Internet-Nutzung

Die Statistik Austria publiziert jährlich Daten zur IKT-Nutzung in Haushalten (Statistik Austria 2012), die zum Teil auch in der vorliegenden Studie als Hintergrundinformationen genutzt werden. Die Internetnutzung in der österreichischen Bevölkerung ist seit 2002 stark gestiegen[8]. 2012 gaben 80% der Bevölkerung an, das Internet in den letzten drei Monaten genutzt zu haben. Drei Viertel dieser Bevölkerungsgruppe tun dies jeden oder fast jeden Tag, 19% mindestens ein Mal die Woche und 5% weniger als ein Mal die Woche. Dabei lassen sich für die Nutzung und die Nutzungsintensität drei deutliche Unterschiede anhand von Alter, Geschlecht und Bildung festmachen. Je jünger die Befragten, desto häufiger und intensiver nutzen sie das Internet. Die Nutzungshäufigkeit liegt in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen bei 99%, in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen bei 97%. Diese beiden Gruppen nutzen das Internet so gut wie täglich. Ab einem Alter von 55 Jahren nehmen sowohl Häufigkeit als auch Intensität der Nutzung deutlich ab.

Männer nutzen das Internet allgemein häufiger (84%) als Frauen (76%). Größere Unterschiede gibt es auch bei der Intensität. Diese ist bei Männern (80%) klar höher als bei Frauen (70%), was vor allem darin begründet liegt, dass die Nutzungsintensität bei Männern erst ab einem Alter von 55 Jahren deutlich nachlässt, während dies schon bei den über 35-jährigen Frauen merklich feststellbar ist. Des Weiteren gilt: Je höher der Bildungsgrad, desto höher die Häufigkeit und Intensität der Nutzung. Bei der Intensität ist es jedoch vor allem die höchste Bildungsschicht, die sich deutlich von den anderen beiden abhebt. Zwischen diesen besteht kein Unterschied.

Im Zeitverlauf ergibt sich das Bild eines Fahrstuhleffektes: Die Internetnutzung ist seit 2002 bei allen Alters- und Bildungsgruppen stark angestiegen. Im Fall der unter 45-Jährigen findet auch eine Angleichung der Nutzungsraten unter den einzelnen Altersgruppen statt. Die prinzipiellen Unterschiede bleiben aber bestehen: Gruppen, die bereits 2002 bei der Nutzung besonders benachteiligt

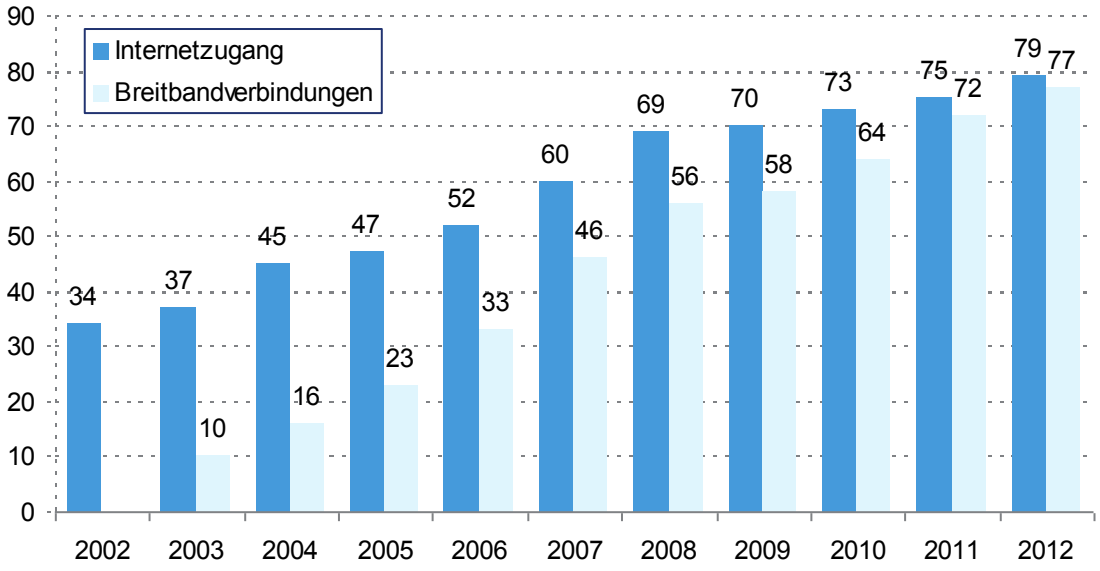
[8] Vgl. Eurostat und Statistik Austria 2012

waren, insbesondere die Ältesten und Niedriggebildete, sind es nach wie vor und scheinen auch nicht signifikant aufzuholen. So liegt die Nutzungsrate bei den über 55-Jährigen bis heute unter dem Gesamtniveau von 2002. Die Kluft zwischen Bildungsgruppen bleibt jedoch weiterhin bestehen und Ältere fallen etwas zurück.

4.2 Internet-Infrastruktur

Waren es 2002 noch 34%, verfügten 2012 bereits 79% der Haushalte über einen Internetzugang. Die Nutzung von Breitband-Internet ist stark angestiegen. 98% der österreichischen Haushalte (oder 77 % aller Haushalte insgesamt) mit Internetzugang verfügen über einen Breitbandanschluss. Der Anteil der Haushalte mit Breitbandverbindung schwankt zwischen den Regionen nur leicht. Wien steht an der Spitze (82% aller Haushalte verfügen über eine Breitbandverbindung), während das Burgenland mit 73% das Schlusslicht bildet. (Statistik Austria 2012) Insgesamt liegt Österreich bei der Verbreitung der Internetzugänge im europäischen Vergleich im vorderen Mittelfeld (Eurostat).

Abbildung 2: Internetnutzung in Haushalten im Zeitverlauf

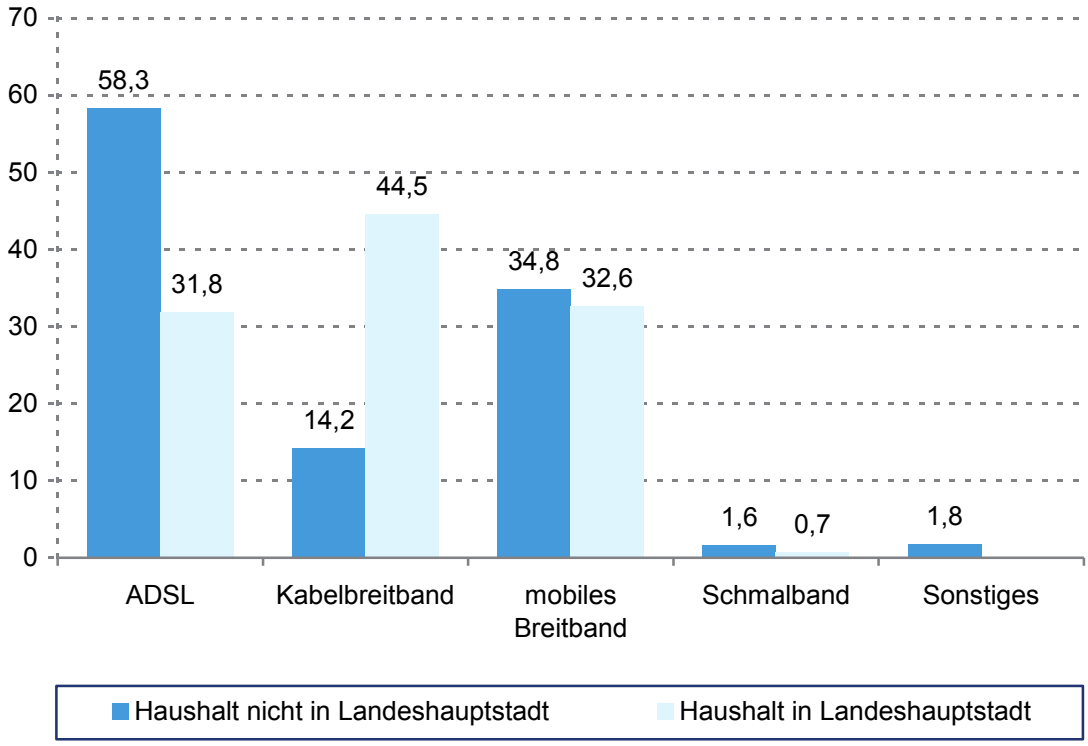


Quelle: Statistik Austria 2012, Angaben in Prozent

Fragt man nach dem Unterschied zwischen Ballungsräumen und dem ländlichen Raum, so liegen zum Untersuchungszeitpunkt keine detaillierten Daten für die Unterschiede in der Breitbandversorgung nach Bevölkerungsdichte vor. Ersatzweise kann auf die Unterschiede zwischen Landeshauptstädten und außerhalb zurückgegriffen werden. Laut der RTR NASE-Studie 2011 gibt es hier keine starken Unterschiede. Zwar ist die Zusammensetzung der Art der Breitbandverbindungen anders (Kabelbreitband wird häufiger in der Stadt genutzt,

während ADSL-Verbindungen häufiger im ländlichen Raum zum Einsatz kommen), der Anteil der Breitbandnutzer liegt jedoch auch außerhalb der Landeshauptstädte weit über 90 % (RTR 2011). Insgesamt ist in Österreich die Versorgung mit Breitbandinfrastruktur sehr gut, ein kleiner Anteil von Schmalbandverbindungen deutet aber darauf hin, dass es noch kleine weiße Flecken auf der Landkarte der Breitbandversorgung gibt.

Abbildung 3: Breitbandnutzung in Landeshauptstädten und außerhalb



Quelle: RTR 2011, Angaben in Prozent

4.3 NichtnutzerInnen in Österreich

Haben Haushalte in Österreich keinen Internetzugang, wird dies wie folgt begründet: 45% geben an, dies nicht für notwendig zu erachten, immerhin 32% sagen, ihnen würden die erforderlichen Kenntnisse fehlen, 26% erklären einen Internetzugang für nicht erwünscht (wegen schädlicher Inhalte, usw.). Nur 10% sagen, dass sie aus Kostengründen darauf verzichten, lediglich 8% machen allgemeine Sicherheitsbedenken geltend[9].

Dieses Bild deckt sich mit Ergebnissen des quantitativen Teils der vorliegenden Grundlagenstudie (Kapitel 7): Die hier befragten Offliner gaben als häufigsten Grund dafür, das Internet selten oder nie zu nutzen, an, kein Internet zu brauchen (57 %). An zweiter Stelle folgten mangelnde technische Fertigkeiten (32 %). 22 % führten an, prinzipiell keinen Internetzugang zu wollen.

In der „Offliner-Studie“ (Perlot et al., 2011), die nicht auf den Statistik Austria Daten des Mikrozensus basiert, sondern auf einer eigenen Erhebung von Einzelpersonen, wird Alter als ein „wesentlicher Faktor“ in der Frage beschrieben, ob Menschen online sind und welche Motive dafür eine Rolle spielen. Für diese Studie wurden tausend Personen ab 16 Jahren in Österreich telefonisch befragt, die angeben, das Internet privat nicht zu nutzen – eine etwaige berufliche Nutzung ist nicht ausgeschlossen.

Als Hauptmotiv für die nicht stattfindende Internetnutzung werden fehlendes Interesse oder die bewusste Entscheidung gegen die Nutzung genannt. Dahinter vermuten die AutorInnen der Studie weiterführende Gründe, wie mangelndes Wissen um die potentiellen Vorteile: Hier ist die Überzeugung vorherrschend, dass es keinen Bedarf für das Internet gäbe, dass die Nutzung mit hohen Zeiteinbußen und der Gefährdung persönlicher Daten verbunden ist. Geringe Erfahrung und Kompetenz im Umgang mit Technik ist jedoch nur von zweitrangiger Bedeutung, genauso wie finanzielle Barrieren. Erstgenannte Gründe verhindern, dass mangelnde Kompetenzen oder fehlende Ressourcen überhaupt problematisch werden könnten. Ein Gros der Offliner ist sozusagen freiwillig offline – es gibt keine klar definierten Hürden, die ihnen den Zugang zum Internet erschweren oder verwehren, die Nicht-Nutzung wird nicht als Mangel empfunden.

Als Hauptergebnis kann somit gelten, dass es starke altersspezifische Aspekte hinsichtlich der Nutzung und Nicht-Nutzung des Internets gibt. Dies ist jedoch nicht nur ein entscheidender Faktor, ob man das Internet überhaupt nutzt. Auch in der Gruppe der Offliner lassen sich anhand des Alters Unterschiede ausmachen. Das Alter hängt in dieser Hinsicht stark mit den bisherigen Erfahrungen mit dem Medium zusammen. So sinkt mit dem Alter die Zahl der Online-Erfahrungen

[9] Vgl. EUROSTAT, Statistik Austria 2012 und Statistik Austria 2013.

deutlich. Ältere Menschen schätzen klassische Medien für sich selbst als wichtiger ein. Des Weiteren spielt Internet im Zusammenhang mit Beruf oder Ausbildung für Menschen ab 60 Jahren praktisch keine Rolle. Ein erster Bruch lässt sich bezüglich der beruflichen Rolle des Internets aber bereits bei Menschen ab 30 ausmachen. Während ältere Personen angeben, das Internet aufgrund mangelnder Vorstellungen über Nutzungsmöglichkeiten nicht zu verwenden, nennen jüngere Menschen hier vor allem Zeitmangel und entscheiden sich bewusst für einen Verzicht.

Weiters ergab die Studie, dass Frauen in der Gruppe der Offliner tendenziell eine größere Distanz zum Medium Internet zum Ausdruck bringen als Männer. Menschen mit formal höheren Bildungsabschlüssen schätzen die Notwendigkeit der Internetnutzung höher ein und begegnen dem Medium offener.

De facto keinerlei Unterschiede lassen sich zwischen der Stadt- und Landbevölkerung festmachen. Das schließt mit ein, dass eine mögliche Unterversorgung mit Internetzugängen kein Hinderungsgrund dafür ist, online zu gehen.

Materielle Hindernisse an der Nutzung des Internets werden dagegen überdurchschnittlich häufig von Menschen mit Migrationshintergrund genannt. Diese geben fehlende Computer und zu hohe Kosten als Grund an, zeigen sich dem Medium gegenüber aber durchwegs aufgeschlossen. Bei Befragten, die über ein geringes Einkommen und formal niedrige Bildungsabschlüsse verfügen, gilt jedoch, dass die generelle Ablehnung stärker wiegt als Kostenaspekte.

5 E-Government in Österreich

In diesem Kapitel wird zunächst die Nutzung von E-Government in Österreich durch die Gesamtbevölkerung und durch Unternehmen beschrieben (Abschnitt 5.1). Es folgt eine Diskussion von drei aktuellen internationalen Vergleichsstudien zum Thema E-Government und eine Zusammenfassung der dort angeführten wesentlichen Stärken und Schwächen der österreichischen E-Government Angebote für Wirtschaft und Gesamtbevölkerung (Abschnitt 5.2). Schlussendlich wird ein Überblick über die strategische Entwicklung von E-Government und E-Demokratie in Österreich, sowie neuere Entwicklungen auf diesem Gebiet (Abschnitt 5.3) geboten.

5.1 E-Government-Nutzung in Österreich

Zum Thema E-Government ist für Österreich - neben der regelmäßigen Erhebung der Statistik Austria zum IKT-Einsatz in Haushalten - insbesondere der eGovernment Monitor zu nennen, eine jährlich durchgeführte, internationale Vergleichsstudie in Österreich, Deutschland, Schweden und Großbritannien.

5.1.1 Private Haushalte

Laut Statistik Austria (Statistik Austria, 2012) haben 2012 53% der ÖsterreicherInnen zwischen 16 und 74 Jahren E-Government-Angebote in den letzten zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt genutzt, das entspricht rund 3,4 Mio. Personen. Den niedrigsten NutzerInnenanteil hat dabei die Gruppe der 55- bis 74-Jährigen, den höchsten jene der 25-34-Jährigen. Unabhängig vom Alter nutzen Männer die E-Government-Angebote öfter als Frauen. Die am häufigsten genutzte E-Government Anwendung besteht in der Informationsgewinnung auf öffentlichen Websites (47% Nutzung). Etwas weniger ausgeprägt ist der elektronische Schriftverkehr, also das Herunterladen von Formularen von Websites von Ämtern und Behörden (34% Nutzung) oder das Versenden von elektronischen Formularen an Behörden (26% Nutzung).

Gründe, warum keine elektronischen Formulare mit Ämtern ausgetauscht werden, sind hauptsächlich Bedenken bezüglich des Schutzes bzw. der Sicherheit der persönlichen Daten (13%). Andere, aber deutlich weniger häufig genannte Gründe, sind z.B. technische Probleme oder dass die gesuchten Formulare im Netz nicht verfügbar waren.

Die Bürgerkarte ist ein wichtiger Bestandteil der österreichischen IKT-Strategie und eine Voraussetzung für das Erledigen elektronischer Amtswege. Die Nutzung befindet sich in Österreich jedoch noch im Anfangsstadium. Nur ca. 5% der

ÖsterreicherInnen zwischen 16 und 74 Jahren besitzen überhaupt eine Bürgerkarte oder Handy-Signatur und der Hauptgrund für den Nichtbesitz ist die mangelnde Bekanntheit (56 % der NichtbesitzerInnen kennen die Bürgerkarte nicht). 42% der Befragten dieser Gruppe würden damit gerne Bescheide elektronisch empfangen, jeweils ein Drittel Dokumente elektronisch signieren und SV-Daten abfragen. Eine große Gruppe würde mit diesen Technologien auch gerne an Wahlen oder Abstimmungen teilnehmen können (41%).

Untern jenen, von der Statistik Austria abgefragten und noch nicht bestehenden Services, die BürgerInnen, die noch keine Bürgerkarte besitzen, mit dieser nutzen würden, finden die Möglichkeit eine Verlustmeldung (46%), die Anmeldung zur Schülerfreifahrt, der Antrag auf Arbeitslosengeld (31%), der Antrag auf Zuweisung einer Gemeindewohnung (27%) und der Antrag auf Namensänderung (25%) den größten Zuspruch. 35% dieser Gruppe würden damit auch Online-Banking betreiben wollen. Bei jenen Befragten, die bereits eine Bürgerkarte oder Handysignatur besitzen, liegen die entsprechenden Werte deutlich höher.

Laut eGovernment Monitor 2012 (Initiative D21 / ipima 2012) zeigen sich vier von fünf österreichischen Befragten mit den vorhandenen E-Government-Angeboten zufrieden bzw. äußerst zufrieden. Große Bedeutung messen die Befragten der Zuverlässigkeit der Systeme, der Vollständigkeit der Informationen und der zeitlichen Unabhängigkeit von Öffnungszeiten bei. Auch Datenschutz und Sicherheit werden als prioritär beschrieben. Im Vergleich mit den anderen betrachteten Ländern werden alle abgefragten Aspekte von den ÖsterreicherInnen als wichtig empfunden – die Zustimmungsraten liegen jeweils jenseits der 80%-Marke.

Zu den großen Barrieren der E-Government-Nutzung zählen die mangelnde Durchgängigkeit, da Medienbrüche vorhanden sind, und die undurchschaubare Struktur der Online-Angebote. In Österreich sind dabei die aktuellen Nichtnutzer bei allen aufgezeigten Barrieren überdurchschnittlich skeptisch. Gesamt betrachtet werden Usability-Aspekte als Nutzungsbarrieren jedoch häufiger genannt als Datenschutzbedenken und mangelndes Vertrauen in die Behörden. Interessanterweise zeigen sich die ÖsterreicherInnen im Vergleich wiederum als besonders sensibilisiert. Befürchtungen gelten hier vor allem mangelnder Sicherheit bei der Datenübertragung, der Sorgfalt der Behörden im Umgang mit den Daten und den Behörden gegenüber „gläserner Bürger“ zu werden. Angst vor Datendiebstahl ist dagegen kaum verbreitet.

Als bekannteste Aspekte von E-Partizipation gelten in Österreich die elektronische Kontaktaufnahme mit der Verwaltung und Open Data-Portale. Beide weisen auch die höchsten Nutzungswerte auf: Etwa jede/r Fünfte, der oder die diese Angebote kennt, hat auch schon mal davon Gebrauch gemacht. Behördliche Informationen auf sozialen Netzwerken, Einblicke in die Ausgaben und Online-Beteiligung an

politischen Entscheidungen sind deutlich weniger bekannt und werden auch seltener genutzt.

5.1.2 E-Government in Unternehmen

Die E-Government Nutzung bei Unternehmen ist - Daten der Statistik Austria (2013) zufolge - in Österreich bereits weit verbreitet: Für das Jahr 2011 gaben 85% aller Unternehmen an, Formulare online zu beschaffen, 75% ausgefüllte Formulare auf elektronischem Weg zu übermitteln. 85% nutzen das Internet auch, um Informationen zu suchen, die für Unternehmen wichtig sind. 59% der befragten Unternehmen nutzen die Möglichkeit zur vollelektronischen Fallbearbeitung im Rahmen der Umsatzsteuer. Die Hälfte der Unternehmen gab ebenso an, die Erklärung der Sozialversicherungsbeiträge vollständig elektronisch abzuwickeln. Neuland ist dagegen noch die Teilnahme an Ausschreibungen über das Internet – 13% der befragten Unternehmen nutzten diese Möglichkeit. 27% verschaffen sich über das Internet Zugang zu Ausschreibungsunterlagen und –spezifikationen in elektronischen Vergabesystemen öffentlicher Auftraggeber.

5.2 Das E-Government-Angebot Österreichs im internationalen Vergleich

Das österreichische Angebot im Bereich E-Government wird im internationalen Vergleich als sehr gut eingeschätzt. Die drei maßgeblichen Benchmarking-Berichte sind hier die i2010 Berichte der Kommission und ihr Nachfolgebericht, das Digital Agenda Scoreboard (Europäische Kommission 2010/2013), der Global Information Technology Report (GITR) des World Economic Forum (Schwab / Greenhill 2010) und der UN E-Government Survey (United Nations 2012).

Diese Berichte vergleichen die staatlichen Angebote im Bereich E-Government, wobei die drei Berichte sehr unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

5.2.1 i2010 Benchmark Measurements

Die i2010 Berichte der Kommission und ihr Nachfolgebericht, das Digital Agenda Scoreboard, sind EU-weit als eine maßgebliche Vergleichsbasis anzusehen, da ein breites Angebot von Diensten für die Gesamtbevölkerung, wie auch für Unternehmen, sehr gründlich auf Verwendbarkeit und Ausgereiftheit hin verglichen wird (Europäische Kommission 2010/2013).

Besondere Beachtung wird im letzten und aktuellsten i2010 Bericht (2010) dem E-Procurement und der Begleitung von BürgerInnen bei der Jobsuche geschenkt. Die Basis für die Bewertung sind die quantitative Analyse von Webcrawls von Onlinediensten, die Befragung von Beamten der Mitgliedsstaaten und Analysen

durch E-Government Experten. Das Digital Agenda Scoreboard ist noch breiter angelegt und beinhaltet zudem eine ausführliche Analyse von Eurostar-Daten zum Politikbereich Informationsgesellschaft.

Österreich schneidet hier gewöhnlich sehr gut ab, was die Verfügbarkeit, Ausgereiftheit und Effizienz der angebotenen Online-Dienste angeht. Im i2010 Bericht (2010) wird der Ausbau von E-Procurement als überdurchschnittlich gut beschrieben. Hinsichtlich der Online-Begleitung von BürgerInnen bei der Jobsuche wird jedoch noch Raum für Verbesserungen gesehen. Während Verwaltungsabläufe bereits hauptsächlich automatisch erfolgen, wird der Online-Kontakt zwischen Behörde und BürgerInnen kritischer betrachtet: Nur wenige Betreuungsformate sind online erhältlich.

5.2.2 UN E-Government Survey

Der UN E-Government Survey hat das Ziel, die Regierungen der 193 UN-Mitgliedsstaaten zu vergleichen, und zwar hinsichtlich ihrer Bereitschaft und Fähigkeit, IKT für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zu nutzen (United Nations 2012). Da international zwischen den einzelnen Staaten große Unterschiede hinsichtlich industriellem und technischem Entwicklungsgrad sowie Reichtum und Bildung der Bevölkerung bestehen, fällt die Beurteilung Österreichs hier subtil anders aus als in den i2010 Benchmarks, in denen nur die relativ hoch entwickelten europäischen Staaten verglichen werden.

Verglichen werden die Qualität von Online-Diensten (die jeweiligen zentralen nationalen Webpräsenzen, E-Service-Portale und E-Partizipationsportale, etc.), der Ausbaugrad der nationalen Telekommunikationsinfrastrukturen (z.B. Internetzugang inkl. Breitband) und der Entwicklungsgrad des Humankapitals (insbesondere Alphabetisierungsrate, aber auch Teilnahme am Bildungssystem). Zusätzlich wird ein E-Partizipationsindex gebildet, der ein Maß dafür sein soll, wie sehr eine Regierung die Interaktion zwischen Bürgern und Regierung via IKT fördert. Dabei spielen das Ausmaß und die Qualität von Informationsverbreitung, aber auch der mögliche Interaktionsgrad mit Bürgern (E-Konsultation, „e-Decision making“) eine Rolle. Als besonders erstrebenswert gilt dabei die Organisation der Services über eine zentrale Plattform, die E-Information, E-Services und E-Partizipation bereithält. Bis dato betreibt aber noch keines der betrachteten Länder ein echtes „single-sign-on“ und „One-Stop-Shop“ Portal. Die meisten Länder der EU würden zudem auf jeweils einzelne Portale für Informations-, Service- und Partizipations-Angebote setzen. Im Bereich des Service ist dabei eine Fokussierung auf die Bereitstellung von 20 grundlegenden E-Services erkennbar. Ergänzt wird dies zumeist durch ein Informationsportal, das Informationen aus allen Bereichen der Verwaltung berücksichtigt. Als Best-Practice-Beispiele für ein solches „One-Stop-Shop“ Portal gilt etwa Dänemarks „borger.dk“ oder auch

Finnlands „suomi.fi“ – beide Portale bieten einen einzelnen Einstiegspunkt für öffentliche Dienstleistungen überregionaler und lokaler Behörden. Im Falle Dänemarks wird auch ersichtlich, dass die Etablierung von Online-Transaktions-Services, wie die flächendeckende Möglichkeit einer elektronischen Rechnungslegung, beträchtliche Einsparungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung ermöglicht.

Österreich ist laut UN 2012 im Bereich E-Government (das beinhaltet auch E-Partizipation) weltweit auf Platz 21 und ist in Europa nicht unter den ersten 10 Ländern. Die Unterschiede zur Schweiz (15) und Belgien (24) sind allerdings eher gering. Der Indexwert für Österreich liegt so auch nur knapp unter jenem Estlands (20) und knapp über jenem Islands (22).

Die Länder werden ebenso nach ihren Leistungen im Bereich der E-Partizipation bewertet. Das Ergebnis des Rankings ähnelt jedoch stark dem E-Government Gesamtranking. Dabei werden die Anstrengungen und Angebote der Länder in drei Bereichen untersucht: Information, Konsultation und Entscheidungsfindung. Das Idealbild der Online-Einbindung der Bevölkerung müsse alle drei Komponenten erfassen, um eine effektive, nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Dazu wurden im Bericht recht unterschiedliche Dinge betrachtet: Online publizierte E-Participation-Policy, Vorhandensein eines online publizierten Bekenntnisses zur Entscheidungsfindung über IKT, ein online abrufbarer Kalender, in dem E-Partizipationsangebote eingetragen werden. Es wurde auch untersucht, wie mit Eingaben der BürgerInnen umgegangen wird, z.B. ob deren Einlangen bestätigt wird, ob Ministerien auf diese antworten bzw. wie Ministerien glaubwürdig machen, die Resultate von E-Partizipation in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Von Interesse ist darüber hinaus, welche Mittel angewendet werden: E-Petitionen, E-Voting, Online-Diskussionsformen bzw. ob E-Konsultationen auch von öffentlichen Stellen betreut werden. Ein weiterer Punkt gilt der Verbesserung von Services, z.B. ob es die Möglichkeit gibt, Feedback zu hinterlassen, auf welches von Behörden auch reagiert wird.

Gesamt liegt Österreich im Themenfeld E-Partizipation auf Platz 18. Während man im Bereich E-Partizipation 50% der momentan möglichen Maßnahmen erfüllt, liegt der Wert für Konsultation bei 27%, jener für Entscheidungsfindung bei 33%. Damit liegt man in einer Gruppe mit Ländern, wie Moldawien, Peru und Portugal. Aus der Gruppe der EU-Staaten schneiden vor allem die Niederlande, die die Liste anführen, Großbritannien (3) und Deutschland (5) besonders vorteilhaft ab.

5.2.3 Global Information Technology Report (GITR)

Der Global Information Technology Report des World Economic Forum (Schwab / Greenhill 2010) vergleicht die nationalen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

im Kontext des Entwicklungsgrads, der Verbreitung und der rechtlichen Rahmenbedingungen von Informations- und Kommunikationstechnologie in Verwaltung, Politik und Gesellschaft.

Die Ergebnisse basieren auf einer Kombination aus Umfragen unter Top-Managern eines Landes einerseits bezüglich nationaler Gegebenheiten hinsichtlich rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und andererseits hinsichtlich ökonomischer und sozialer Maßzahlen, wie Gewinnsteuern, Anzahl mobiler Breitbandanschlüsse oder Alphabetisierungsrate. Das Ergebnis ist eine Rangreihung von 142 Staaten auf einem Index, anhand dessen gezeigt werden soll, wie gut IKT eingesetzt wird, um wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. (GITR S.3/XII).

Dominiert wird die Spitzengruppe dieses Index von den nordischen Staaten: Schweden (1), Finnland (3), Dänemark (4), Norwegen (7) befinden sich unter den ersten Sieben. Ergänzt werden die nordischen Staaten hierbei von Singapur (2), der Schweiz (5), den Niederlanden (6), den USA (8), Kanada (9) und Großbritannien. Für die Top Ten gilt allgemein, dass sie recht nah beisammen liegen und in allen betrachteten Aspekten sehr gut abschneiden. Europa bildet also nach wie vor das Kerngebiet intensivierter IKT-Anwendung.

Österreich (19) befindet sich hierbei in einer Gruppe mit Deutschland (16), Luxemburg (21), Belgien (22) und Frankreich (23). All diese Länder zeigen bereits fortgeschrittene Bedingungen für die Anwendung von IKT, jedoch nicht in dem Ausmaß, in dem dies für die nordischen Staaten zutrifft. Besonders gut werden sowohl die IKT-Infrastruktur-Entwicklung als auch das inhaltliche Angebot hierzulande bewertet. Als weiteres Plus gilt die hohe Verbreitung grundlegender Online-Skills in der Bevölkerung, die zu hohen Nutzungsraten von IKT durch Bevölkerung und Wirtschaft beiträgt – auf Seiten der Verwaltung gibt es allerdings noch brach liegende Möglichkeiten der IKT-Nutzung. Die Implementierung von IKT in bereits gut funktionierende Innovationssysteme ist über dadurch angeregte Innovation und wissensbasierte Tätigkeiten ein positiver, ökonomischer Faktor. Als Hemmschuh werden dagegen die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in Österreich genannt. Mit deutlicherem Abstand folgen in Europa Portugal (33), Spanien (38), Italien (43) und Griechenland (59) sowie die östlichen Nachbarstaaten.

Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass eine gewisse Vorsicht geboten ist, wenn die zwei letztgenannten Benchmark-Berichte interpretiert werden. Besonders im Fall des UN E-Government Survey und des GITR ist anzumerken, dass hier Staaten verglichen werden, die zum Teil sehr verschiedene Ausgangspositionen aufweisen. Im Fall des UN E-Government Survey ist dies z.B. der Vergleich von offenen, demokratisch verfassten und autoritär geführten Staaten im Bereich E-Government, während es im Fall des GITR der Vergleich von entwickelten (Post-)Industrienationen mit Schwellen- und Transitionsländern bezüglich der

Rahmenbedingungen für internetbasierte Wirtschaftsunternehmungen ist. In beiden Berichten werden zudem heterogen strukturierte Staaten, wie die USA und Russland, mit Einzelstaaten, wie Österreich, verglichen. Im Fall der i2010 Berichte und des Digital Agenda Scoreboard dürfte die Vergleichbarkeit besser sein, da die europäischen Staaten homogener sind.

5.3 Strategische Entwicklung von E-Government und E-Demokratie

Die Plattform „Digitales Österreich" ist das Strategiegremium für Bund, Länder, Städte und Gemeinden, welches föderal-übergreifend E-Government-Initiativen koordiniert und die Standardisierung von zentralen E-Government-Elementen vornimmt. Die Koordination der IKT bzw. E-Government-Projekte geht bis ins Jahr 1998 zurück und ist bis heute die zentrale Basis für die Leistungen des österreichischen E-Government.

Ende 2006 wurde vom Bundeskanzleramt eine Projektgruppe zu E-Democracy initiiert und mit der Ausarbeitung einer E-Democracy-Strategie beauftragt. Die von österreichischen ExpertInnen erarbeitete Strategie und Definition zeigt die Potentiale, die dem Bereich hierzulande zugemessen werden:

> E-Demokratie steht für den Einsatz interaktiver elektronischer Medien zur Stärkung und zum Ausbau der bestehenden Demokratie, demokratischer Institutionen und Prozesse. Digitalisierung und elektronische Vernetzung fördern die orts- und zeitunabhängige Flexibilität, Nutzerfreundlichkeit und Zielgruppenorientierung. Neue Formen der Informationsaufbereitung, der Kommunikation und der Interaktion sowie höhere Transparenz und Nachvollziehbarkeit werden möglich. Dadurch werden neue Formen der Zusammenarbeit des öffentlichen Sektors mit Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht. Diese Projekte können die soziale Integration, Kohäsion und somit auch Stabilität der Demokratie und des Gemeinwesens stärken.[10]

Dieser Sichtweise entsprechen auch die ausgearbeiteten Ziele und Prinzipien, wie die Erhöhung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Inhalten und politischen Entscheidungen. Als Beispiel ist dazu die bessere Dokumentation der Inhalte und Prozesse im Internet erwähnt. Auch hier sehen die ExpertInnen das Potential für eine Stärkung des Vertrauens in die Demokratie sowie staatliche und demokratische Institutionen bzw. ein Wiederaufleben dieses Vertrauens. Weitere zentrale Punkte sind die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten durch elektronische Kommunikationskanäle und Beteiligungsangebote sowie die Entwicklung neuer Beteiligungsformen mit dem Ziel der Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, um das Wissen aller Beteiligten für bessere Prozesse und Ergebnisse nutzen zu können. Bisher existierende Beteiligungsprojekte sollten außerdem effizienter durchgeführt werden und

[10] https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/E-DEM:Strategie_und_Ziele (Zugriff 16.05.2012)

BürgerInnen stärker mit Politik und Verwaltung - beispielsweise mit Hilfe von Online-Plattformen - vernetzt werden.

Für Maßnahmen und Projekte im Bereich E-Democracy wurden außerdem konkrete Guidelines erarbeitet. Diese umfassen eine kontinuierliche Evaluation und ein Monitoring der durchgeführten Projekte und betonen die Wichtigkeit der interdisziplinären Forschung und wissenschaftlichen Begleitung, die Einbeziehung von neuen Intermediären (unabhängigen Plattformen der Zivilgesellschaft) sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verstärkung der sogenannten Digital Literacy und Informationskompetenz. Zusätzlich wird die Entwicklung von Werkzeugen auf der Basis von semantischen Technologien angeregt, die den NutzerInnen das große Angebot an online verfügbaren, für die demokratische Partizipation relevanten Daten, kontextsensitiv aus unterschiedlichen Quellen zugänglich machen.

Die ausgearbeitete Strategie und deren begleitende Inhalte wurden letztendlich nicht durch die Plattform Digitales Österreich beschlossen, da die VertreterInnen des Gremiums zum Ergebnis kamen, dass der Themenkomplex IT-Inhalte inkludiere, jedoch über ihre Beschlusskompetenz hinausginge. In der E-Government-Vision 2020, die 2009 von der Plattform verabschiedet wurde, sind zentrale Elemente der E-Democracy-Strategie, wie Transparenz durch Bereitstellung von ausgewählten öffentlichen Rohdaten, aktiver Datenschutz oder Partizipation, übernommen worden.

Die erste offizielle Open Government-Strategie in Österreich wurde 2010 im Regierungsprogramm der rot-grünen Wiener Stadtregierung beschlossen. Neben einer Initiative zu Open Government-Data wurden auch einige Beteiligungsprojekte mit Online-Unterstützung umgesetzt. Zusätzlich wurde das direktdemokratische Petitionswesen gestärkt und das elektronische Einbringen sowie Unterstützen ermöglicht. Mit der Erreichung eines Quorums von 500 elektronischen Unterschriften via Bürgerkarte bzw. Handy-Signatur werden die eingebrachten Petitionen im Ausschuss des Landtags behandelt.

5.3.1 Neuere Entwicklungen

Für Österreich kann man auf dem Gebiet von E-Demokratie und E-Government von einer positiven Entwicklung sprechen. International wird der Entwicklungsstand des E-Government-Angebots als sehr gut eingeschätzt (siehe auch Kapitel 4 Internet in Österreich). Während Verwaltungs- und Verfassungsreformen in Österreich nur schleppend oder gar nicht vorangehen, wurde E-Government stark forciert. Wie die Diskursanalyse in Kapitel 8 zeigt, herrscht auch in der österreichischen Öffentlichkeit ein guter Eindruck vom Nutzen und der Effektivität der E-Government-Maßnahmen vor. Zentrale Elemente dieser Maßnahmen sind

die Kooperation von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden und die damit verbundene Standardisierung und Entwicklung von zentralen E-Government Elementen, wie beispielsweise der Bürgerkarte. Durch gemeinsam entwickelte Standards wird eine horizontale Vernetzung der Verwaltung mit Hilfe von elektronischen authentischen Registern und eine starke vertikale Vernetzung über elektronische Aktensysteme und Unterstützungsapplikationen ermöglicht. Österreich zählt daher weltweit zu den führenden E-Government-Staaten und wurde in der Vergangenheit entsprechend ausgezeichnet. Verbesserungspotentiale zeigen sich bei Angeboten für Unternehmen, Usability und stärkerem Einbeziehen der BürgerInnen und Unternehmen in politische Entscheidungsprozesse. Dies soll unter anderem durch den E-Government Aktionsplan 2011-2015 gewährleistet werden.[11]

Auf Bundesseite wurde als Maßnahme zur Stärkung der direktdemokratischen Elemente Anfang 2013 das „Demokratiepaket“ durch die Bundesregierung in das Parlament eingebracht. Unter anderem wurde geplant, Vorzugsstimmen bei Nationalratswahlen ein höheres Gewicht zu geben. Eine weitere Forderung des Pakets ist die elektronische Einleitung und Unterstützung von Volksbegehren und Bürgerinitiativen sowie einer neuen Form der Bürgeranfrage. Voraussetzung für die Einbringung und für die Unterstützung ist, so wie auch in Wien, eine eindeutige Identifikation und Authentifizierung durch die Verwendung der Bürgerkarte bzw. Handy-Signatur, wobei die Möglichkeit zur persönlichen Einbringung und Unterschrift im Amt weiterhin bestehen bleibt

Der ausschließliche Zugang zu den direktdemokratischen Instrumenten via Bürgerkarte war nicht unumstritten. In einigen Stellungnahmen wurde kritisiert, dass sie noch wenig verbreitet und genutzt würde. Die ProponentInnen des Demokratiepakets verweisen dazu auf die zugehörige Erläuterung: Wenn das Prinzip „ein/e Wahlberechtigte/r – eine Stimme“ in der elektronischen Variante nicht abgeschwächt werden soll, sei eine eindeutige Feststellung der Authentizität der Stimmabgabe notwendig, um sicherzustellen, dass keine doppelten Unterstützungserklärungen durch Wahlberechtigte eingebracht werden können.

In den nächsten Jahren wird sich zeigen, auf welche Identifikationsmechanismen in den Beteiligungsverfahren zurückgegriffen werden wird. Die existierenden direktdemokratischen Verfahren, insbesondere das Petitionsverfahren der Stadt Wien und das „Demokratiepaket,“ setzen auf die Identifikation der UnterstützerInnen via Bürgerkarte bzw. Handy-Signatur, was sich für folgende Projekte als richtungsweisend herausstellen könnte. Gegen die Befürchtung, dass die mangelnde Verbreitung die erfolgreiche Nutzung von direktdemokratischen Verfahren verhindern würde, wird das Argument vorgebracht, dass dies in der

[11] http://derstandard.at/1297818601427/E-Government-Oesterreich-unter-den-Musterschuelern (Zugriff 27.03.2013).

Stadt Wien nicht eingetreten sei: Seit dem Start 2013 erreichten bereits zwei Petitionen das notwendige Quorum (April 2013).

Man geht davon aus, dass die eindeutige Identifikation für Beteiligungs- und Zusammenarbeitsprojekte eine geringere Rolle spielen wird, wie an den aktuellen Projekten der Stadt Wien zu beobachten ist. Die Schwierigkeit liegt in der Herausforderung, das Wissen der Bevölkerung in Verwaltungs- und politische Prozesse zu integrieren. Das bedeutet für viele Regierungen aber auch die Auseinandersetzung mit sich ändernden Werten und Entscheidungskulturen. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung ist die Open Government-Data-Initiative in Österreich. Auf Basis von maschinenlesbaren Rohdaten der Verwaltung werden neue intermediäre Services und Applikationen gestaltet, wodurch die Daten für eine breitere Gesellschaft verstehbar und anwendbar gemacht werden. Seit dem Start der Open Government-Initiativen wurden mehr als 130 Anwendungen ohne Beauftragung durch den Staat entwickelt (Stand: April 2013). Auch die konzeptionelle Ausarbeitung wurde mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft vorgenommen, welche ebenso im Lenkungskreis der föderal übergreifenden Initiative vertreten sind. Die Stadt Wien war mit ihrem Open Government-Data-Angebot die erste Stadt in der Region Deutschland/Österreich/Schweiz. Als weltweit eines der wenigen Länder liefert Österreich außerdem über ein zentrales Portal (www.data.gv.at) den EntwicklerInnen eine Gesamtübersicht über die frei nutzbaren Daten. Das Portal wurde durch das Bundeskanzleramt und das Finanzministerium initiiert und bildet eine zentrale Grundlage für offene Verwaltungsdaten in Österreich.

Die strategische und operative Entwicklung sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zeigt, dass die Themengebiete E-Government, E-Democracy und Open Government mehr und mehr zusammenwachsen. Es ist ein starker Trend erkennbar, bei dem E-Government-Elemente, wie die Bürgerkarte, die bisher primär für Verwaltungsprozesse genutzt wurde, in demokratische Verfahren, wie Bürgeranfragen oder –initiativen, integriert werden. Zudem etablieren sich auch Zusammenarbeitsmodelle, wie z.B. offene Verwaltungsdaten, ersichtlich.

6 ExpertInneninterviews

Dieser Abschnitt basiert auf fünf Interviews, die mit ExpertInnen aus den Bereichen Wirtschaft (Abschnitt 6.1), Verwaltung (Abschnitt 6.2), Politik (Abschnitt 6.3) und Zivilgesellschaft (Abschnitt 6.4) durchgeführt wurden. Die so gesammelten Standpunkte zu den Themen E-Government, E-Demokratie und deren technologische und wirtschaftliche Entwicklungspotentiale werden für jeden Teilbereich gesondert präsentiert und zusammengefasst. Schlussendlich werden mit Breitbandinfrastruktur und Bildung zwei Querschnittsthemen behandelt (Abschnitt 6.5).

6.1 Wirtschaft

Die ExpertInnen aus dem Bereich der Wirtschaft kommen vor allem auf zwei Themenbereiche zu sprechen, die im direkten Zusammenhang mit dem Wirtschaftstreiben stehen. Das ist einerseits die Nutzung von E-Government-Angeboten durch Unternehmen, anderseits ist das der Themenbereich Open Data, von dem man sich wirtschaftliche Impulse erhofft.

E-Government-Nutzung entspricht vor allem im privaten Bereich noch nicht dem Ausbaugrad

Die Verbreitung und der Ausbau des E-Government-Angebots wird von den ExpertInnen durchwegs positiv bewertet, wenngleich auch auf Ausbaupotentiale verwiesen wird: *„Also aus der Sicht der Wirtschaft, finde ich, dass in Österreich sehr, sehr viel passiert ist, über die letzten Jahre und wir waren als Österreicher, glaub ich, immer die Nummer 1, was diese E-Government-Applikationen anbelangt. Aber es geht wirklich viel mehr auch um die Integration."* meint eine Expertin. Sie bemängelt jedoch, dass es noch zu viele „Silos" gebe und die Daten nicht sinnvoll miteinander kombiniert würden. Konkret stellt sie die Forderung nach einer stärkeren Verbreitung von „One-Stop-Shops", die es erlauben würden, wenn dies sinnvoll und auch aus Sicherheitsgründen unbedenklich ist, gesamte Behördenwege komplett elektronisch über eine Plattform abwickeln zu können. In diesem Zusammenhang wird auch die Beschaffenheit der Schnittstellen zwischen Verwaltung und Wirtschaft positiv thematisiert: *„Die Kommunikation zwischen den Unternehmen und der öffentlichen Hand, die ist heute weitgehend auf einer elektronischen Basis."* Damit sind nicht nur der Schriftverkehr per E-Mail, sondern auch Zahlungen, Angebotsprozesse oder auch Rechnungslegung gemeint. Potential zur Verbesserung wird aber insbesondere in der Optimierung von Verwaltungsabläufen durch die Kombination unterschiedlicher Datenquellen (vgl. Kapitel 6.2) erkannt.

Die gute Positionierung Österreichs im Bereich E-Government und die Zufriedenheit auf Seiten der Wirtschaft werden dabei der geringen Nutzungsdichte im privaten Bereich gegenübergestellt. Die vorhandenen, aber nur wenig genutzten Angebote werden zum Beispiel folgendermaßen illustriert: *„Irgendwo geht's daher darum, die Autobahnen, die wir schon gebaut haben, auch wirklich zu befahren und das halte ich für einen Punkt, der generell mit einem zweiten Thema korreliert, nämlich der Informationslage und auch der Bereitschaft weiter Bevölkerungskreise, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen."*

Open Data als Wirtschaftsfaktor und Entscheidungshilfe

Generell herrscht die Meinung vor, dass Open Data die Grundlage völlig neuer Geschäftsmodelle werden könnte oder bisherige Wertschöpfungsketten stark aufwerten können würde: *„Daten sind so ein bisschen der zukünftige Rohstoff für Gesellschaft, aber auch für Wirtschaft."*

Chancen der Ausweitung von E-Government und IKT im Allgemeinen sehen die ExpertInnen im Bereich Open Data. Diese Kombination von Daten aus unterschiedlichen Quellen würde es, einer Expertin folgend, erlauben, schnell relevantes Wissen aus diesen Daten zu generieren. Dieses könnte wiederum als Grundlage rascherer Entscheidungen dienen. Als Beispiel nennt sie die Bereiche Verkehr, Gesundheit oder auch Wasser sowie Krisenmanagement, wo die Verknüpfung von Daten raschere und bessere Entscheidungen ermöglichen soll.

Diese Daten des öffentlichen Verwaltungshandelns stehen ohnedies im Besitz der Verwaltung und damit auch der Allgemeinheit, sind aber nach wie vor schwer zugänglich oder verwertbar, erklärt ein Experte dazu. Die Aufgabe, die er daraus formuliert, ist, diese Daten leichter zugänglich und systematisch bearbeitbar zu machen, was aufgrund des hohen Grades an Strukturiertheit und Standardisierung vieler Datenquellen auch relativ einfach sei. Ein Experte drückte in diesem Kontext den Wunsch aus, dass solche Überlegungen Teil einer IKT-Strategie sein sollten um zu höherwertigen Wertschöpfungsketten beizutragen und eine bessere Positionierung am internationalen Markt zu ermöglichen.

Zusammenfassung

Aus einer wirtschaftlichen Perspektive erkennen die ExpertInnen vor allem E-Government und Open Data als relevante Themen.

Gerade im Bereich E-Government nehmen sie aber deutliche Unterschiede zwischen Wirtschaft und Privatpersonen wahr, was die Nutzungsintensität und Akzeptanz der existierenden E-Government-Angebote betrifft. Für den Bereich der privaten E-Government-Nutzung herrscht die Annahme vor, dass es vor allem noch immer an Akzeptanz und Wissen über bestehende Angebote mangle.

Der Status Quo des existierenden Angebots für Kommunikation zwischen Verwaltung und Unternehmen wird als gut erlebt. Eine bessere Abstimmung an den Schnittstellen wird aber als machbar eingeschätzt und ist auch gewünscht. Dies gilt nicht nur für administrative Belange, sondern auch für die Zugänglichkeit und Verwertbarkeit öffentlicher Daten: Open Data gilt als großer Wachstums- und Innovationsmarkt für ein breites Spektrum unterschiedlichster Anwendungen, wobei die wirtschaftlichen und praktischen Potentiale optimistisch gesehen werden. Als Hindernisse auf diesem Weg gelten hier vor allem infrastrukturelle bzw. rechtliche Rahmenbedingungen was den Zugang und die Aufbereitung angeht.

6.2 Verwaltung

Im angebotsseitigen Bereich Verwaltung gibt es für E-Government vor allem drei Themenbereiche, die die interviewten ExpertInnen ansprechen. Einerseits geht es um das Selbstverständnis der Verwaltung in sich durch IKT verändernde Rahmenbedingungen, andererseits um die Verbesserung des IKT-Einsatzes und die Öffnung der Administration gegenüber Zivilgesellschaft und Wirtschaft – Stichwort: Open Government.

Angebotsseitige Verbesserung von E-Government durch One-Stop-Shops und zentrale Register

Die Qualität des österreichischen E-Government-Angebots wird insgesamt als hoch eingeschätzt. Es gibt jedoch zwei Stellen, an denen großes Verbesserungspotential gesehen wird: Zum einen wird verwaltungsintern die Vernetzung einzelner Datenbestände genannt, zum anderen die Verbesserung der Schnittstellen zwischen BürgerInnen und Verwaltung.

Im verwaltungsinternen Bereich würden stärker vernetzte Register im Idealfall dazu führen, dass viele Dokumentations- und Nachweispflichten entfallen könnten. Ein Experte umschreibt dies so: *„Das wird dann in naher Zukunft dann auch dazu führen, dass viele Beilagen, wie wir das aus den klassischen Verwaltungsverfahren kennen, nicht mehr notwendig sind. Also ob ich geboren bin, lieber Staat, musst eigentlich du wissen, nicht? Denn momentan beweisen wir dem Staat, dass wir geboren sind.“* Eine solche Verknüpfung würde schnellere Abläufe bei geringerem Arbeitsaufwand ermöglichen und so die Verwaltung selber und auch die BürgerInnen entlasten.

Es gibt aber auch Wünsche hinsichtlich der Schnittstellen zwischen BürgerInnen und Verwaltung. Ein wünschenswertes Szenario einer elektronisch voll integrierten Verwaltung erkennt eine Expertin in der Etablierung von One-Stop-Shops: *„Schon seit Jahren reden wir über diesen One-Stop-Shop. Das heißt, ich als Bürger oder*

Bürgerin log mich einmal ein und kann zum Beispiel einen gesamten Prozess End-to-End online abwickeln. Das ist noch immer nicht der Fall. Wenn ich heute einen wirklichen One-Stop-Shop hätte, wäre diese E-Partizipation und E-Democracy, glaube ich, eine viel höhere, hätte einen viel höheren Stellenwert." Sie ist auch der Meinung, dass eine solche Implementierung die Akzeptanz von E-Government und E-Partizipation erhöhen würde, solange es ein grundlegendes Interesse darin gibt, diese Dienste weiter auszubauen. Sie sieht aber auch einen deutlichen Generationeneffekt am Werk, da in Österreich viele Menschen ohne Erfahrungen mit IKT aufgewachsen sind und es noch dauern werde, bis E-Government und E-Partizipation eine mehrheitliche Akzeptanz und Nutzung erfahren würden.

Open Government in Verbindung mit Citizensourcing verbessert die Qualität der Verwaltung und sorgt für Transparenz

Grundvoraussetzung für Open Data als Teil von Open Government sei, die Ergebnisse von Prozessen als strukturierte Rohdaten anzubieten, um diese auch automatisiert weiterverarbeiten zu können, erklärt ein Experte: *„Das heißt, alle Aktivitäten, die man ab jetzt setzt, müssen so aufgesetzt sein, dass am Ende des Prozesses strukturierte Daten herauskommen und das geht fast immer. Das geht bei Gesetzen und das geht immer bei Protokollen und, und, und."* Dies würde auch verwaltungsintern zu Vorteilen bei der Verarbeitung der Daten führen und habe so nicht nur demokratiepolitische Relevanz. In der praktischen Umsetzung sei im Grunde lediglich darauf zu achten, dass die produzierten Daten weiterverarbeitet werden können.

Andere ExpertInnen thematisieren Open Data vor allem in puncto seiner wirtschaftlichen Potentiale (vgl. Kapitel 6.1). Es wird aber auch die gesellschaftspolitische Bedeutung von Anwendungen, die auf offenen Verwaltungsdaten basieren, hervorgehoben – ein Experte exemplifiziert dies so: *„Die berühmte Klo-App, also wo finde ich das nächste WC, hat keinen wirtschaftspolitischen Impact, aber es hat einen hohen gesellschaftlichen Impact für Blasenkranke."*

Ob diese Anwendungen jetzt im wirtschaftlichen oder staatlichen Bereich liegen, hängt aber vor allem davon ab, wie eine entsprechende Dienstleistung organisiert wird – also über den Markt oder durch den Staat. Konkret wird es wohl viele Bereiche geben, in denen offene Daten beide Bereiche berühren. Das Beispiel „Assisted Living" verdeutlicht dies. Es würde älteren Menschen erlauben, längere Zeit zuhause bleiben zu können, ohne auf die Vorteile von medizinischer Überwachung, Kommunikation mit Ärzten oder die Möglichkeit, im Bedarfsfall Hilfe herbei zu rufen, verzichten zu müssen. Ältere Menschen müssten daher nicht in einer Pflegeinstitution untergebracht werden, um ihren Gesundheitszustand laufend zu überwachen. Smart Cities gilt als ein weiteres Beispiel für sinnvolle

Vernetzung von Daten unterschiedlicher Quellen. Smart Cities würden dabei auf Daten der Verwaltung, der Verkehrsbetriebe und anderer Unternehmen zurückgreifen, um eine effizientere Stadt zu ermöglichen.

Open Government stärkt Demokratie durch ein Mehr an Transparenz und verbessert die Verwaltung

Experte E weist darüber hinaus noch darauf hin, dass Open Data auch eine Voraussetzung für ein Mehr an Transparenz darstellt. Open Data wird dabei in den Kontext einer „Qualitätssteigerung" gerückt, wenn man z.B. öffentlich finanzierte und erstellte Daten - etwa in Form von Einkommensdaten des Rechnungshofes - für Datenjournalismus zur Verfügung stellen würde. Es müsse aber nach wie vor geschützte Räume der Vertraulichkeit geben. Die Transparentmachung von Daten dürfe auch nicht dazu führen, dass gewisse administrative oder deliberative Abläufe aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung etwa erst gar nicht archiviert werden würden. Gerade Verwaltungen müsse man im Kontext einer lückenloseren und leichter zugänglichen Dokumentation auch zugestehen, Fehler begehen zu können. Es brauche Eigenverantwortung der BürgerInnen und eine entsprechende „Fehlerkultur", die eine gewisse Toleranzgrenze gegenüber Fehlern der Verwaltung miteinschließe.

Open Government würde auch in Form von Crowd- bzw. Citizensourcing Potential in sich tragen. Crowdsourcing beschreibt dabei meist die Einbeziehung von BürgerInnen in das Verwaltungshandeln lokaler Ebenen: Zum Beispiel können sich BürgerInnen bei wahrgenommenen Verunreinigungen oder Beschädigungen städtischer Infrastruktur direkt an die Stadtverwaltung wenden, um für eine rasche Behebung zu sorgen. Auch bei solchen Abläufen sei es aber wichtig, Feedbacksysteme zu implementieren, erklärt eine Expertin. Diese sollten über den Bearbeitungsstand des Anliegens Auskunft geben und würden so auch zur Akzeptanz solcher Angebote beitragen.

Datenschutz, unterschiedliche Verwaltungsebenen und Selbstverständnis der Verwaltung gelten als Hemmschuh

Die Vernetzung von Daten des Verwaltungshandelns wird durch den Datenschutz und unterschiedliche IT-Systeme auf den verschiedenen Verwaltungsebenen erschwert. Auf Gemeindeebene seien die Systeme sehr bürgerzentriert und daher leicht mit Registern zu integrieren – das Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern zu gewährleisten, sei dagegen diffiziler, erklärt ein Experte. Als zweite Hürde identifiziert er teilweise die Widersprüchlichkeit des Datenschutzes. Gerade in Bereichen, die relativ unproblematisch wären, gibt es verwaltungsinterne Barrieren.

Beide Aspekte zusammengenommen, seien das größte Hindernis auf dem Weg zu integrierten Registern und der damit verbundenen Verbesserung von Verwaltungsabläufen. Eine Änderung herbeizuführen sei nur in einem zeitlich kurzfristigen Szenario technisch aufwendig und kostspielig. Änderungen Schritt für Schritt wären dagegen unproblematisch. Es empfehle sich daher, fallbasiert vorzugehen und einzelne Verwaltungsabläufe genau zu prüfen. Dort, wo es notwendig ist, sollte der Datenschutz beibehalten werden, in anderen Bereichen dagegen abgeschafft. Dazu würde es aber einen angepassten rechtlichen Rahmen und den dafür notwendigen politischen Willen brauchen, diese Änderungen tatsächlich einzuleiten.

Als subtilerer Faktor gilt unter den ExpertInnen aber auch das Selbstverständnis innerhalb der Verwaltung – dieses sei noch nicht an IKT und vor allem daraus abgeleitete Überlegungen, wie Open Government, angepasst. Ein Experte hält etwa fest: *„Also innerhalb gibt's natürlich jede Menge Prozesse, die in der Verwaltung heute noch mehr an die maria-theresianische Kanzleiordnung erinnern als an ein modern strukturiertes Unternehmen.*" Als positives, an der Privatwirtschaft orientiertes Beispiel, erkennt er aber die Personalverwaltung im Finanzministerium. Prinzipiell bringt er zum Ausdruck, dass sich die Verwaltung stärker an Prozessen und Workflows der Privatwirtschaft orientieren solle.

Die ExpertInnen bemängeln aber auch, dass Verwaltungsabläufe noch immer sehr stark behörden- und nicht bürgerInnenzentriert seien – gerade im Hinblick auf E-Partizipation gelte es, das zu verändern. Dieses Umdenken sei auch ein Schlüssel für Initiativen, wie Open Data, die ja nur dann glücken können, wenn Daten auch zugänglich aufbereitet werden.

Forderung nach zentraler IKT-Strategie als Teil eines Regierungsprogramms

Von einem befragten Experten aus der Wirtschaft wurde eine ganzheitliche Strategie zur Entwicklung und Verbesserung der IKT-Nutzung in Österreich gefordert. Eine solche sollte vor allem ganzheitlich sein und alle Ministerien berücksichtigen: *„Man braucht über das Ganze natürlich einen Überbau, im Sinn von Strategieentwicklung, Projekte aufsetzen und zwar übergreifend über die Ministerien, die heute in der Form nicht vorhanden sind."* Eine solche IKT-Strategie sollte auch in einem Regierungsprogramm verankert werden, damit diese dann von den fachlich-verantwortlichen Stellen umgesetzt werden könne. Konkret denkt er dabei an eine Prozessoptimierung in der Verwaltung durch die Nutzung gemeinsamer Systeme und durch Standardisierungen.

Zusammenfassung

Generell wird E-Government in Österreich durchwegs positiv bewertet. Zentrale Themen sind für die ExpertInnen dabei die Verbesserung der bestehenden Angebote durch eine Ausweitung, Vertiefung und Optimierung der Services.

Als verwaltungsinternes Defizit wird angeführt, dass existierende Datenbestände zu gering zwischen Organisationseinheiten verknüpft seien. Dieser Verknüpfung würden vor allem der Datenschutz und Unterschiede auf den föderalen Ebenen im Wege stehen. Die interne Vertiefung von E-Government gilt aber als zentraler Aspekt, da alle weiteren Services darauf aufbauen. Damit ließen sich nicht nur rein interne Abläufe effizienter gestalten, sondern auch die Behördengänge der BürgerInnen beschleunigen. Dazu gehört natürlich auch eine Verbesserung der Schnittstellen zu BürgerInnen und Unternehmen – Stichwortwort: One-Stop-Shops.

Im Kontext von E-Government und Fragen der Verwaltungsreform werden Open Government-Initiativen positiv gesehen. Die größten Potentiale erkennen die ExpertInnen dabei in den Bereichen Citizensourcing und Open Data. Gerade Letzterem wird ein enormes Potential nachgesagt – Open Data könnte nicht nur zu mehr Transparenz führen, sondern auch zur Grundlage neuer Geschäftsmodelle werden. In Bezug auf Citizensourcing werden besonders das Potential für erhöhte Legitimation und das einer stärkeren Demokratie als positive Potentiale genannt. Als Hemmschuh gilt allerdings das Selbstverständnis der Verwaltung. Diese habe den Paradigmenwechsel hin zu Open Government noch nicht mit vollzogen. All diese Schritte sollten als Teil einer IKT-Strategie auch in ein zukünftiges Regierungsprogramm Eingang finden.

6.3 Politik

Im Kontext von IKT und E-Partizipation wird deutlich, dass es viele unterschiedliche Vorstellungen zu diesem Thema gibt. Gerade E-Partizipation wird in den Interviews nur implizit definiert: Darunter werden vor allem Maßnahmen zur Steigerung von Transparenz (Informationsbereitstellung etwa durch Open-Data-Initiativen), aber auch BürgerInnenbeteiligungsverfahren, Ideen zu Crowdsourcing oder Onlinebegutachtungsverfahren sowie E-Voting subsumiert.

E-Partizipation im Spannungsfeld von Glaubwürdigkeit und Politikverdrossenheit

Ein Experte äußert die Annahme, dass E-Partizipation die Politikverdrossenheit lindern könne. Es wird aber davor gewarnt, E-Partizipation nur als Instrument der Legitimitätsbeschaffung, quasi als Lippenbekenntnis, zu betrachten. Akzeptanz würden solche Prozesse nur dann entwickeln können, wenn die Wirkungserwartungen der BürgerInnen nicht ins Leere laufen und eine tatsächliche Mitbestimmung stattfindet.

Als zentral wird dabei auch die Rolle des Staates betrachtet: Dieser müsse seine Rolle im Bereich der E-Partizipation bewusst wahrnehmen. Vor allem im Bereich des Agenda-Settings sei es essentiell, genau darüber nachzudenken, welche Themen etwa zum Gegenstand direkter Demokratie gemacht werden sollten (siehe weiter unten). Nicht alle Themen sind dafür geeignet. Nicht alle Instrumente bei jedem Thema passend. Werden bereits bei diesen ersten Schritten Fehler gemacht, dann könne E-Partizipation nicht zu einem Mehr an Legitimität führen. Das politische System könnte auch an Legitimität verlieren, wenn E-Partizipation schlecht umgesetzt wird, E-Partizipation gleichzeitig an Akzeptanz.

Doch nicht allein die Erfüllung von Wirkungserwartungen sei wichtig für die Akzeptanz der Angebote, auch Feedback und Usability seien von Bedeutung. Rückmeldung sei vor allem für deliberative Prozesse und Citizensourcing von Bedeutung, da diese einen Dialog befördern würde: *„Über die Apps, über Social Media, etc. wird ein laufender Dialog zustande kommen, deswegen hab ich gesagt, ist diese Rückmeldung wichtig.“* Feedback sorge dafür, dass sich die Menschen auch wirklich mit den Dingen, in die sie sich einbringen, auseinander setzen würden und dies schlussendlich auch ein Aspekt politischer Bildung sein könne.

Im Rahmen von Usability gehe es darum, dass Verbindungen und Anwendungen ein Funktionieren ohne größere Wartezeiten erlauben würden. Dazu zähle auch die Gestaltung der einzelnen Angebote, die eine einfache Anwendbarkeit erlauben müssten. Aspekte der Barrierefreiheit müssten dabei ebenso berücksichtigt werden.

Generell scheint von einer wachsenden Verbreitung von E-Partizipation ausgegangen zu werden: *„Ja und ich denke mir, dass wir in zehn Jahren, aber optimistisch geschätzt, schon solche E-Partizipation, also wirklich in einem größeren Umfang, sehen werden.“*

Transparenz und Crowdsourcing fördern sich wechselseitig, müssen aber auch prozedural umsetzbar sein

Bereits im Kapitel Verwaltung (Kapitel 6.2) wurde auf Transparenz bei Verwaltungshandlungen eingegangen. Natürlich ist diese auch bei stärker deliberativen und daher politischen Prozessen bedeutsam. Transparenz gilt als eine Grundvoraussetzung für Beteiligung.

Im Kontext von Open Government betont ein Experte die Verbesserung von Verwaltungshandeln nicht durch Alltagswahrnehmungen, wie im Fall von Citizensourcing, sondern durch die systematische Einbeziehung von externem ExpertInnenwissen in Entscheidungsprozesse. Er erklärt weiter, dass es bei solchen Prozessen auch immer möglich sein sollte, selbst wenn man unbeteiligt bleibt, diese mit zu verfolgen, um Nachvollziehbarkeit und damit wiederum

Transparenz zu gewährleisten. Transparentes Crowdsourcing hätte auch den Vorteil, dass Eingaben oder Vorschläge von Lobby-Gruppen nicht länger uneinsehbar wären, sondern vollkommen nachvollziehbar werden würden.

Das Crowdsourcing, von gesprochen wird, würde dabei bereits beim Entwurf von Gesetzesvorlagen ansetzen, nicht erst bei der Begutachtung. Über diese Version des Crowdsourcing, über Online-Begutachtungsverfahren spricht dagegen eine Expertin. Sie würde sich eine elektronische Variante wünschen, die es erlauben würde, an einem zentralen Dokument spezifische Passagen sowie die Kommentare anderer BegutachterInnen zu kommentieren – sie bezeichnet es als „Liquid Feedback". Damit das funktionieren könne, mahnt sie aber auch realistische Begutachtungsfristen, die solche Prozesse stattfinden lassen können, ein. Oft seien die Zeitfenster für tatsächliche Debatten aber viel zu kurz: *„Wir haben oft wenig Zeit. Normalerweise sollten Begutachtungen sechs Wochen dauern - irrsinnig viele solche Begutachtungen dauern sehr viel kürzer. Und es gibt bei ganz wichtigen Sachen oft kein Hearing dazu."*

E-Partizipation und Repräsentativität müssen Hand in Hand gehen

Gerade in jenen Bereichen, in denen Partizipation in Entscheidungsbereiche hineinreicht, sind sich die ExpertInnen einig, dass Partizipation Repräsentativität gewährleisten muss.

In diesem Zusammenhang wird z.B. auf die Zusammensetzung von BürgerInneninitiativen hingewiesen, die eben nie für die gesamte Bevölkerung repräsentativ seien. Viele Partizipationsformen würden vor allem *„Menschen mit einem gewissen Einkommen und einer gewissen sozialen Kompetenz, Bildungsgrad ansprechen. Aber im Unterschied dazu: Wahlen sind, so gesehen, im Zusammenhang mit Beteiligung sehr viel repräsentativer."* Darüber hinaus würden vor allem Online-Beteiligungsverfahren viele Menschen ausschließen, denen es an fachlichen Kompetenzen und Verbalisierungsfähigkeit mangelt. Daher müsse es neben Onlinebeteiligungen auch immer Möglichkeiten geben, sich auch offline einbringen zu können. *„Insofern muss ich parallel, meines Erachtens, dazu auch immer andere Formen dazu koppeln, wo Leute eingebunden werden, deren Zugang nicht die Cyberworld ist"*. Die repräsentativen Elemente der Demokratie müssten garantieren, dass auch die Interessen jener gewahrt bleiben würden, die sich selber nicht so stark für ihre eigenen Interessen einsetzen könnten. Je mehr ein Beteiligungsprozess an eine Entscheidungsfindung geknüpft ist, desto wichtiger sei es, auf die Repräsentativität der TeilnehmerInnen zu achten und diese zu gewährleisten.

E-Voting wird eher kritisch betrachtet

Grundlegende Bedenken, die gegenüber E-Voting formuliert werden, sprechen insbesondere den existierenden oder wahrgenommenen Grad an technischer Ausgereiftheit und Sicherheit an. So wird bezweifelt, dass aktuelle E-Voting-Lösungen den Standards geheimer und allgemeiner Wahlen genügen. Es sei davon auszugehen, dass Akzeptanz und Vertrauen in die Technik die wichtigsten Faktoren für eine etwaige stärkere Verbreitung wären. Das Misstrauen in E-Voting wird folgendermaßen illustriert: *„Ich muss einer schwarzen Box vertrauen, die ich nicht mehr verstehe und die doch einen ziemlich sensiblen Teil dann betrifft. Wenn ich schon in das politische System und manche Dinge zu wenig Vertrauen habe, warum soll ich dann auf einmal dem Wahlsystem vertrauen? Da riech ich ja quasi schon die potentiellen Angriffspunkte."* Als mögliche Lösung für das Problem der „Black Box" wird hier ein Open-Source-System genannt, um das Vertrauen in E-Voting bei sensiblen Wahlen herzustellen. Ist der Code erst einmal für alle einsichtig, könnten sich unterschiedlichste, unabhängige ExpertInnen mit dem System beschäftigen und es auf seine Sicherheit testen.

Nicht alle Themengebiete sind für E-Partizipation und E-Voting geeignet

Es gelte sich genau zu überlegen, welche Themen mit E-Partizipation oder E-Voting behandelt werden sollen. Zwei Aspekte seien dabei zu berücksichtigen: Einerseits müssten die Themen klar definiert sein, um Menschen zur Beteiligung zu ermuntern: *„Wenn ich heute jemanden animieren will, mitzumachen, dann muss ich die Inhalte definieren. Wenn ich die Inhalte wischiwaschi definier, dann entstehen dann sehr wahrscheinlich sehr abstruse Sachen."* Die Inhalte sollten also klar und konkret sein, um Menschen zur Teilnahme zu motivieren.

Andererseits seien nicht alle Themen für E-Partizipation oder E-Voting geeignet. Selbst bei einer Weiterentwicklung von E-Demokratie und E-Partizipation dürften gewisse Themengebiete und Funktionen nicht staatlichen Regulierungsmechanismen entzogen werden. *„Also wir werden jetzt nicht alles, alles nur über online abstimmen, das halte ich für sehr gefährlich. Also das, ich meine, man muss da auch eine Grenze ziehen und sagen, was sind die Aufgaben, die Pflichten eines Staates."*

IKT bringt große Umwälzungen der politischen Kommunikation und parlamentarischen Arbeit mit sich

Als zentrale Auswirkung von IKT gilt die Intensivierung von Kommunikation. Dies verändere ebenso die parlamentarische Arbeit, indem nunmehr auch neue Medien ein Bestandteil dieser seien. *„Ich kommuniziere via Twitter, via Facebook, E-Mail, also wenn ich jetzt nur die hernehme, brauche ich sicherlich am Tag mehrere Stunden. Damit ich die Mails beantworte, weil, also ich krieg am Tag ungefähr,*

weiß ich nicht, 150 Mails“. Die gestiegene Kommunikationsdichte und die neuen Kommunikationskanäle bringen dabei positive und auch negative Aspekte mit sich.

Zu den positiveren Aspekten zählt sicherlich die gesteigerte Durchlässigkeit dieser Kommunikationsform: *„Dass die Möglichkeiten jenseits von einem direkten Gespräch, das ja immer heißt, dass man extra sozusagen am selben Ort zur selben Zeit sein muss, sich erhöht haben und die Kommunikation in einem gewissen Bereich zugenommen hat, ist insofern ein positiver Teil.“* Auch soziale Medien brächten in diesem Punkt größere Vorteile: Während Twitter als „Echokammer“, in der sich vor allem ProfessionalistInnen bewegen, gilt, wird Facebook als „Stammtisch“ charakterisiert. Dort würde auf einem relativ egalitären Niveau miteinander kommuniziert werden. Der Austausch von bereits gefilterter Information gäbe auch einen Überblick darüber, was als relevant betrachtet würde und wie einzelne Themen jeweils geframed werden. Die Transparenz der Kommunikation trage auch zu einer Informationsfülle bei, die die Qualität der politischen Entscheidungen verbessere.

Die elektronisch vermittelte Kommunikation über E-Mail oder Social Media sorge so auch für ein Mehr an Transparenz. Soziale Medien gelten als offene Räume, die leicht erkennen ließen, was gesagt wird bzw. auch was nicht gesagt wird. Als spiegelbildlicher Prozess dieser Transparenz erfordere die Kommunikation über solche Kanäle auch mehr Reflexion und Sorgfalt bei der Formulierung von Wortmeldungen: *„Wenn ich etwas öffentlich sozusagen publiziere oder kommuniziere, dann kann das auch permanent logischerweise hinterfragt werden und gegen den Strich gebürstet werden. Also muss ich meine Entscheidungen sehr viel klarer formulieren.“*

Gleichzeitig würde diese hohe Kommunikationsdichte vor der gegenwärtigen Situation der Wirtschaftskrise den Entscheidungsdruck massiv erhöhen. Die Geschwindigkeit der Informationsbeschaffung, damit auch die der IKTs, lasse sich aber nicht auf die Auswertung von Informationen und die Entscheidungsfindung übertragen: *„Es wird für die Qualität der politischen Entscheidungen immer wichtiger, dass man relativ viele Informationen hat und sie offen verwendet, aber gleichzeitig auch Zeit hat zum Entscheiden, zum Nachdenken.“*

Zusammenfassung

Prinzipiell wird das Thema E-Partizipation im Kontext von Open Government, Open Data und damit Transparenz, Crowdsourcing, Citizensourcing, Begutachtungsverfahren und Beteiligungsverfahren verortet.

Die ExpertInnen scheinen dabei die Möglichkeiten von E-Voting und E-Partizipation im Sinne großflächiger Prozesse implizit eher gering einzuschätzen, wobei die Vorbehalte gegen E-Voting jene gegen E-Partizipation überwiegen

dürften. Für beide gilt der Hinweis, dass geeignete Themen mit Bedacht gewählt werden sollten. Diese Instrumente sollten nicht dazu führen, dass staatliche Regulierungskompetenzen ausgehöhlt werden. Gleichzeitig müssten Themen auch so konzise gewählt werden, dass Beteiligung von den BürgerInnen als sinnvoll begriffen werde. E-Partizipation muss darüber hinaus glaubwürdig, responsiv und leicht anwendbar sein, um auf Akzeptanz zu stoßen, um zu einem Mehr an Transparenz und Wissen über Politik und damit zu mehr an Legitimität beitragen zu können.

Als konkrete und bereits anwendbare Möglichkeiten werden vor allem Citizensourcing und Onlinebegutachtungsverfahren beschrieben. Beides sind eindeutig aber vor allem ExpertInnendiskurse. Bei E-Partizipation für breitere Bevölkerungsteile gehen die ExpertInnen vor allem von einem Akzeptanzproblem aus. Des Weiteren ist ebenso die Meinung vorherrschend, dass viele BürgerInnen auch nicht immer über die nötigen Kompetenzen verfügen würden, um sich in solchen Prozessen einzubringen.

Bedeutsam ist jedoch, dass sich bereits jetzt der Kontakt zwischen gewählten VolksvertreterInnen und ihren WählerInnen intensiviert. In diesem Kontext sorgen E-Mail und soziale Medien, wie Facebook oder Twitter, für eine durchlässige Kommunikation. Gleichzeitig wird auch betont, dass die einzelnen PolitikerInnen mehr Zeit in Kommunikation investieren müssen als bisher.

Generell betonen die ExpertInnen auch die Bedeutung repräsentativer Elemente im Rahmen partizipativer Prozesse. Sie weisen darauf hin, dass nicht alle Themengebiete zum Gegenstand von Partizipation oder direkten Volksentscheiden gemacht werden sollten und dass zu beachten sei, niemanden durch die Form der Partizipation auszuschließen. Onlinebeteiligung müsse auch immer durch Offlinebeteiligung ergänzt werden.

6.4 Zivilgesellschaft

Im Bereich der Zivilgesellschaft kommen die ExpertInnen vor allem auf die Heterogenität dieses Feldes zu sprechen und die Schwierigkeit, eindeutige Tendenzen des IKT-Einsatzes und seiner Wirkungsweisen abzuleiten. IKT biete aber neue Möglichkeiten und schaffe neue Herausforderungen für NGOs, soziale Bewegungen und auch BürgerInnen.

NGOs haben stark anhand ihrer Ausrichtung variierende Interessen und Möglichkeiten bezüglich der IKT-Nutzung

Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Zivilgesellschaft sei es schwierig, eindeutige Tendenzen auszumachen. Prinzipiell würde es schon enorme

Unterschiede zwischen NGOs geben. Diese ließen sich anhand mehrerer Dimensionen differenzieren. Die Ausrichtung, die Abhängigkeit von staatlichen Institutionen und Förderungen sowie der Organisationsgrad seien drei entscheidende Unterscheidungslinien zwischen NGOs.

Einerseits sei es wichtig, ob NGOs Dienstleistungen erbringen oder eher dem Voice- und Advocacy-Bereich zuzuordnen seien, deren Schwerpunkt auf Meinungsbildung und Interessensvertretung liegen würde. Jene Institutionen, die Dienstleistungen erbringen, würden auch von staatlich-administrativer Seite eher goutiert werden, als jene Organisationen, die vordergründig Meinungsbildung betreiben. Vor allem die Organisationen letztgenannter Gruppe seien daher auch meist unabhängig von staatlichen Förderungen. Entscheidend sei aber ebenso der Organisationsgrad der betreffenden NGOs.

Gerade für kleine NGOs stelle sich im Zusammenhang mit IKT auch eine Ressourcenfrage. Speziell Social Media-Plattformen seien besonders betreuungsintensiv, würden aber auch Vorteile bieten: *„Steig ich darauf ein, hab ich die Ressourcen. Und wenn ich mich mal entscheide, einen Auftritt im Internet zu machen, dann muss ich's auch mit aller Konsequenz tun. Also es ist zwar schon günstig, weil ich jetzt nichts ausdrucken muss oder sonst irgendwas und verschicken muss an 500 oder 50.000 Haushalte, aber es braucht andere Art von Ressourcen. Wenn ich das ernst nehme, dann muss ich eigentlich schon auch ein bisserl verfolgen, was da passiert."* Social Media, vor allem Facebook, gilt dabei quasi als ein alternativloses Werkzeug der Selbstdarstellung und in weiterer Folge auch der Rekrutierung von Freiwilligen.

IKT bietet sozialen Bewegungen enorme Chancen, Interessen zu organisieren, auch wenn unklar ist, wie diese in den demokratischen Prozess eingebunden werden können

Vor allem soziale Bewegungen könnten enorm von sozialen Medien profitieren, so die These der ExpertInnen, um schnell funktionale Netzwerke ausbilden zu können und die Handlungsfähigkeit von Bewegungen enorm steigern. Es sei ein Instrument, um schnell Knowhow anzapfen und bündeln zu können: *„Wie viel Bewegung da dahinter ist, welche Professionalität da auf einmal entsteht, weil sich die Leute so vernetzen und verschiedenes Knowhow von jeder Richtung kommt."* Soziale Netzwerke würden es aber ebenso erlauben, vor allem auch jüngere Menschen zu erreichen. Das Internet erleichtere es zwar, sozialen Bewegungen sich Gehör zu verschaffen, würde aber nicht per se soziale Bewegungen entstehen lassen. Darüber hinaus sei es auch immer schwieriger, diese sozialen Bewegungen schlussendlich in politische Prozesse einzubinden. Im Kontext zivilgesellschaftlicher Organisation gelten etwa die Proteste gegen ACTA als einmaliges Beispiel:

Die neuen Mittel sozialer Bewegungen seien hier sowohl der Inhalt als auch das Medium dieser Bewegung gewesen.

Für BürgerInnen gibt es unterschiedliche Internetanwendungen, sie müssen aber Vertrauen in Partizipation entwickeln

Immer mehr IKT-basierte Anwendungen seien für das Thema Transparenz von Bedeutung. Entscheidend sei aber, ob diese Anwendungen tatsächlich zu einem Mehr an Demokratie beitragen. Die ExpertInnen betonen, dass es speziell im Bereich der Partizipationsprozesse wichtig sei, den BürgerInnen den Eindruck zu vermitteln, dass ihre Teilnahme tatsächlich einen Unterschied macht. Probleme in diesem Bereich seien nicht rein technischer Natur: Zum Einen würde aus Sicht der ExpertInnen derzeit ein hoher Zeitaufwand geringen Erfolgsaussichten bei einer Teilnahme gegenüber stehen. Auch bedürfe es gerade bei IKT-basierten Anwendungen einer überlegten Balance mit repräsentativen Elementen, da ein großer Teil der Bevölkerung eben nicht online sei.

Zusammenfassung

Als zentrale Themengebiete im Bereich der Zivilgesellschaft gelten deren Heterogenität und Differenzierungen. Dadurch sorge IKT in unterschiedlichen Bereichen auch für stark variierende Chancen und Herausforderungen. Aufgrund der Heterogenität der Zivilgesellschaft sei es schwierig, allgemeingültige Aussagen zu treffen.

Zivilgesellschaft bestehe aus unterschiedlichen AkteurInnen, wie NGOs, sozialen Bewegungen und einzelnen BürgerInnen. Allein schon NGOs würden sich stark nach ihrer Ausrichtung (Dienstleistungen oder Advocacy), Förderungsstruktur, Organisationsgrad und –größe unterscheiden. Gültig scheint aber folgende Erkenntnis: Institutionalisierte Formen der Zivilgesellschaft, wie NGOs, kommen nicht mehr um das Internet und soziale Netzwerke herum, müssen aber noch lernen, mit den Möglichkeiten und Gefahren umzugehen. Für soziale Bewegungen haben soziale Netzwerke Möglichkeiten geschaffen, schnell zu einem anwendungsfähigen Organisationgrad zu finden. Expertise und Ressourcen können schnell mobilisiert und Themen effektiv kommuniziert werden.

Auf Seiten der BürgerInnen scheinen institutionalisierte Formen der Beteiligung (Partizipationsprozesse) noch immer von Misstrauen gegenüber deren Wirkmächtigkeit begleitet zu sein. Als Hemmschuh der Partizipation wird die geringe Wirkungserwartung der BürgerInnen ausgemacht, die auch als realistisch charakterisiert wird. Für alle Bereiche gilt, dass sich aus dem Einsatz von IKT nicht notwendigerweise ein Mehr an Demokratie ableiten lässt.

6.5 Querschnittsthemen

Im Rahmen der Interviews kamen die ExpertInnen immer wieder auf die Rahmenbedingungen von IKT, E-Government und E-Partizipation zu sprechen. Die Nutzung dieser Eckpfeiler verlangt aber nach entsprechenden technischen Infrastrukturen – in diesem Fall Breitband-Internetverbindungen. Natürlich müssen aber auch die BürgerInnen diese Technologien einsetzen können. Den zweiten Grundpfeiler der IKT-Anwendung stellen Bildung und Wissen über den Umgang mit diesen Technologien dar.

6.5.1 Breitbandinfrastruktur

Forderung nach einem Ausbau von Breitbandverbindungen

Auf der Seite technischer Voraussetzungen sind sich die befragten ExpertInnen einig, dass es eines Ausbaus der Breitbandverbindungen bedürfe. Die Argumentationen orientieren sich dabei an ökonomischen Beweggründen. Es brauche schnelle Verbindungen, um IKT-basierte Services reibungslos anbieten zu können. *„Da gibt's ja jetzt schon ein Defizit, wobei ich kann als Unternehmer eigentlich unmöglich noch vernünftig Geschäfte betreiben, wenn ich keine vernünftige Anbindung habe. Und da werden die Anforderungen, auch aufgrund von den Videokonferenzen, zunehmen, das heißt dann die Bandbreite."*

Auch strukturschwache Gebiete würden von einem solchen Ausbau profitieren, da sie unterschiedliche Formen von Teleworking ermöglichten, solange die AnwenderInnen neben der nötigen Infrastruktur auch über die nötigen Fertigkeiten verfügten. Dabei herrscht die Meinung vor, dass gerade im ländlichen Raum noch Lücken bei der Versorgung mit Breitband bestünden. Ein Ausbau der Bandbreiten würde so ArbeitnehmerInnen und auch ländliche Unternehmen besser an das Marktgeschehen anbinden können (Stichwort: Videokonferenzen).

Ein weiters zu berücksichtigender Faktor sei der des allgemein ansteigenden Datenvolumens im Netz. Dieses liege auch an der steigenden Verbreitung von mobilen Zugängen über Smartphones und der Veränderung des Datenverkehrs. Während E-Mail stark abnehmen würde, gewännen etwa Videos stark an Bedeutung. Bedarf für schnelle Leitungen und ein große Bandbreite sei daher gegeben, insbesondere dann, wenn integrative Anwendungen gefragt sind, die große Datenmengen verarbeiten sollen, wie im Fall von Smart City Technologien.

Eine andere Argumentationslinie geht davon aus, dass das Internet mittlerweile für viele ein Instrument der alltäglichen Kommunikation darstelle. Daher gelte es den öffentlichen Versorgungsauftrag neu zu formulieren: *„Also wenn das Internet ein Grundelement der Kommunikation wird, dann muss die Versorgung mit dem*

Internet ähnlich gerichtet sein, wie zum Beispiel jene mit Strom-, Kanal- oder Wasseranschluss. Dann muss das ein öffentlicher Versorgungsauftrag sein, damit jeder Mensch prinzipiell zu einem halbwegs schnellen Breitbandnetz Zugang hat." Mit der Bereitstellung des Zugangs sei es aber nicht getan, es müsse ebenso die Netzneutralität gewährleistet werden. Die Versorgung mit Breitband sei noch nicht genug, es ginge auch darum, WLAN-Hotspots in Büchereien, Bibliotheken und Schulen anzubieten, um den Zugang zum Netz und damit auch zu Online-Partizipation wirklich gewährleisten zu können.

Breitband sei für die Nutzung von Internet nicht die conditio sine qua non per se, aber eine rasche Übertragungsrate steige die Usability deutlich. Dabei müsse aber ebenso darauf geachtet werden, dass auch alle Komponenten in der Übertragungskette diese Geschwindigkeiten unterstützen können – eine schnelle Glasfaserverbindung nutze nichts, wenn der letzte Weg zu den UserInnen dann aufgrund veralteter Übertragungstechnologien zum Flaschenhals wird. Daher brauche es „Fiber-to-Home".

6.5.2 Bildung

IKT-bezogene Ausbildung sollte gefördert werden

Aus unterschiedlichen Betrachtungswinkeln erläutern die ExpertInnen die zentrale Rolle von Bildung für die Nutzung und Akzeptanz von IKT-basierten Anwendungen.

Für einige ExpertInnen steht vor allem die fragwürdige Akzeptanz der bestehenden E-Government-Services im privaten Bereich im Fokus. Die AnwenderInnenzahlen im privaten Bereich würden zwar steigen, aber sich noch immer auf einem ziemlich niedrigen Niveau bewegen. Ein Schlüsselthema sei daher Bildung, um die BürgerInnen mit den Möglichkeiten und Gefahren von IKT-Anwendungen vertraut zu machen. Anders als in Skandinavien würde in Österreich kein besonderes Augenmerk auf der Ausbildung in den Bereichen IKT oder Social Media liegen. Die Förderung von Webkompetenzen im Unterreicht sei daher auszubauen.

Dabei gäbe es aber ein didaktisches Problem bei der Vermittlung von IKT- und vor allem Internet-Skills. Hier seien die SchülerInnen, die ja mit diesen Technologien aufwachsen würden, den LehrerInnen, die sich den Umgang mit diesen erst aneignen müssten, oft voraus: *„Die Lehrer haben vielfach die Ausbildung überhaupt noch nicht, stammen noch aus einer Generation, wo der Umgang mit Internet einfach nicht selbstverständlich war, haben vielleicht selber nicht so den Zugang und unterrichten's dann auch nicht entsprechend."* Eine Expertin regt auch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Webwissenschaften an, um Fragen der Beteiligung, Kompetenzen, Online-Kommunikation und der Entwicklungstendenzen beantworten zu können.

Es bestehe weiter ein Wechselspiel zwischen politischer Bildung und Online-Partizipationsangeboten. Einerseits brauche es politische Bildung, um diese wahrnehmen zu können, andererseits würde diese selbst wieder als Instrument politischer Bildung fungieren. Sie fügt hinzu: *„Politische Bildung würde auch bedeuten, dass es auch von der Politik hier viel mehr Aufklärungsarbeit gibt."* Bildung und IKT würden dabei aber auch in einem allgemeineren und nicht spezifisch politischen Verhältnis zueinander stehen. Nicht nur braucht es Bildung, um die Technologien anwenden zu können, Bildung würde auch von der Anwendung von IKT profitieren: IKT könnte verstärkt im Bildungsbereich zum Einsatz kommen, wenn man die nötigen Rahmenbedingungen, etwa für elektronische Fernstudien, schaffe. Davon würde vor allem der ländliche Raum profitieren.

7 Quantitative Studie

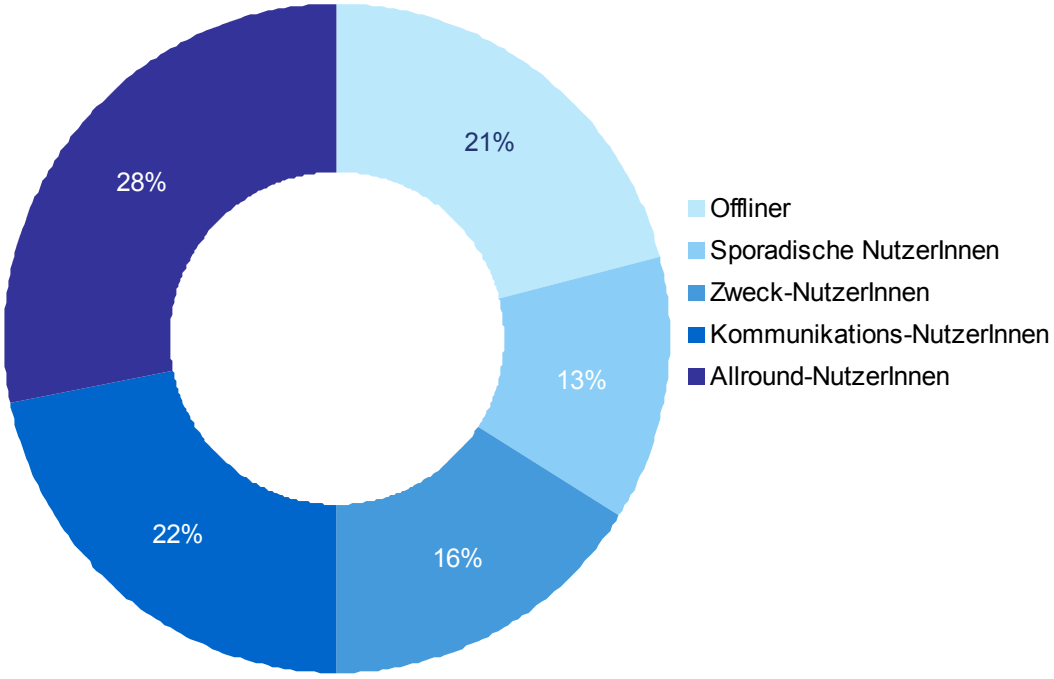
Dieses Kapitel befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen Internetnutzung und politischer Kultur. Abschnitt 7.1 präsentiert die im Rahmen dieser Studie erstellen NutzerInnentypen. Ein kurzer Überblick über die wichtigsten Unterschiede zwischen den einzelnen Nutzertypen hinsichtlich Demographie, Nutzung und politischer Einstellungen wird in Abschnitt 7.1.1 geboten, in 7.2 werden die Unterschiede im Nutzungsverhalten detailliert beschrieben, Abschnitt 7.3 geht auf Soziodemographie und Persönlichkeitsmerkmale ein. In Abschnitt 7.4 wird ein detaillierter Vergleich der Nutzertypen hinsichtlich politischer Einstellungen vorgenommen. Im analytisch angelegten Abschnitt 7.5 wird die Frage behandelt, welche Auswirkungen das Internet insgesamt auf politische Beteiligung hat.

Die Ergebnisse der in diesem Abschnitt präsentierten Pfadanalyse legen nahe, dass das Internet politisches Interesse per se nicht fördert, es politisch interessierten UserInnen jedoch leichter macht, sich zu informieren. Gleichzeitig fördert das Internet indirekte bzw. informelle Formen der politischen Teilnahme. Es ist anzunehmen, dass das Internet auch hier eine unterstützende Rolle spielt, dass aber Personen, die sich von vornherein nicht politisch beteiligen wollen, deshalb nicht häufiger aktiv werden.

7.1 Typologie der Internetnutzer in Österreich

Im Rahmen der quantitativen Studie wurde auf Basis einer Umfrage unter InternetnutzerInnen und Offlinern eine Typologie von Internet-UserInnen erstellt. Eine Clusteranalyse auf Basis von Nutzungsintensität ergab vier Typen, die in diesem Kapitel nach Soziodemographie und Fragen zu politischer Kultur und politischen Einstellungen verglichen wurden. Wie in Abschnitt 1.3 näher erklärt wird, können die hier beschriebenen Ergebnisse als repräsentativ für die jeweiligen Gruppen und Vergleiche angesehen werden. Aufgrund der Beschaffenheit der Stichprobe kann jedoch aus den Gruppengrößen in der Stichprobe nicht auf eine österreichweite Verteilung geschlossen werden.

Abbildung 4: Typologie der InternetnutzerInnen



Quelle: Eigene Auswertungen, Clusteranalyse

7.1.1 Überblick

Offliner sind von ihrem soziodemographischen Profil her die älteste Gruppe, mit einem Altersdurchschnitt von rund 64 Jahren und 63 % sind sie bereits in Pension. Sie haben sich als politisch interessiert und informiert herausgestellt, mit einem Politikverständnis, das sich stark über die Teilnahme an Wahlen definiert. Gleichzeitig tendieren Offliner am stärksten zu autoritären Einstellungen und formulieren –insbesondere wenn es um Parteipolitik geht – öfters auch ein negatives Politikverständnis. Offliner geben am häufigsten an, sich abseits von Wahlen nicht am politischen Prozess beteiligen zu wollen, 74%, also rund drei Viertel aller Offliner, sagen dies. Dem Internet stehen Offliner - genauso wie neuen Technologien - allgemein kritischer gegenüber. Dennoch stimmen immerhin 49% der Offliner zu, dass politische Meinungsäußerungen über das Netz ernster genommen werden sollten, wobei der Anteil in den vier NutzerInnentypen deutlich höher ist. Das negative Politikverständnis – 63% glauben z.B., dass Politiker sich nicht gerne auf die Finger schauen lassen, 46% sagen, Politik bedeute leere Versprechungen – führt bei Offlinern jedoch nicht zur Forderung nach neuen politischen Parteien. Offliner scheinen daher recht stark im klassischen Parteien-

und allgemeinen Politiksystem verankert zu sein, nur 23% sagen, Österreich brauche neue politische Parteien.

Sporadische NutzerInnen können als eine Gruppe von InternetnutzerInnen begriffen werden, die das Internet zwar nutzen, ihm aber recht distanziert gegenüberstehen. Im Unterschied zu den anderen NutzerInnentypen ist tägliche Internetnutzung keine Selbstverständlichkeit und es wird auch nur ein sehr eingeschränktes Spektrum an Anwendungen genutzt. Sie sind mit durchschnittlich etwa 39 Jahren deutlich jünger als die Gruppe der Offliner und mehrheitlich berufstätig. In dieser Hinsicht sind sie den Gruppen der Zweck-User und Allround-User ähnlich. Sie haben aber tendenziell niedrigere formale Bildung. Ihren Angaben zufolge sind sie am wenigsten allgemein an Politik interessiert und weisen ebenso das niedrigste Themeninteresse auf. Folglich beschränkt sich das Informationsverhalten auf wenige gezielte Informationsquellen, in der Regel werden eher die klassischen Medien Fernsehen, Print und Radio bevorzugt. Sie geben mehrheitlich an, politische Mitsprache nicht für wichtig zu halten, die wenigsten informieren sich auf Websites von Parteien, Ministerien oder Blogs. Sporadische UserInnen sind, abgesehen von der Teilnahme an Wahlen, auch vergleichsweise wenig politisch aktiv. Im Unterschied zu den Onlinern befürworten sporadische UserInnen aber schon zu 75%, dass politische Meinungsäußerungen übers Internet mehr ernst genommen werden sollten.

Zweck-UserInnen, sind jene, die das Internet mittlerweile auch schon fast täglich nutzen, und dies vor allem, um bestimmte Dinge und Abläufe zu erledigen, jedoch nicht um zu kommunizieren. Sie nutzen das Internet aber häufiger als sporadische NutzerInnen, um sich über politische Themen zu informieren, und sind politisch interessierter. Ihr Altersdurchschnitt gleicht dem der sporadischen NutzerInnen, jedoch ist der Anteil der über 45-Jährigen in dieser Gruppe etwas geringer. Sie sind mehrheitlich berufstätig und tendenziell besser gebildet als die sporadischen User, aber etwas weniger gebildet als Allround-User. Ihre politische Beteiligung findet nur vergleichsweise selten im Internet statt. Sie fallen durch ein vergleichsweise hohes Maß an Unzufriedenheit mit ihren politischen Mitsprachemöglichkeiten auf und durch ein eher negatives Politikverständnis. Ein klarer Unterschied zu sporadischen NutzerInnen und eine Gemeinsamkeit mit den intensiveren NutzerInnentypen ist in Bezug auf neue politische Parteien erkennbar: 55% - also mehr als die Hälfte – sagt, Österreich brauche neue politische Parteien, bei sporadischen NutzerInnen sind es nur 36 %.

Kommunikations-UserInnen sind mit einem Altersdurchschnitt von rund 29 Jahren die jüngsten NutzerInnen und bestehen mehrheitlich aus Personen, die mit dem Internet aufgewachsen sind. Sie sind auch am häufigsten noch in Ausbildung. Sie nutzen das Internet sehr intensiv, aber primär, um mit anderen UserInnen zu kommunizieren, organisatorische, „ernstere“ Dinge erledigen sie dafür seltener online. Sie sind politisch interessiert, insbesondere wenn es um

Bildung/Ausbildung, Arbeitsmarkt und Netzpolitik geht und informieren sich knapp mehrheitlich im Internet. Informelle politische Aktivitäten, auch über das Netz, sind für sie nicht fremd; eine deutliche Mehrheit fordert, dass politische Meinungsäußerungen übers Internet ernster genommen werden sollen. Sie neigen eher zu einer negativen Sicht auf Politik und können mit dem alten Parteiensystem tendenziell am wenigsten anfangen: 59% fordern, dass Österreich neue politische Parteien brauche. Wenig überraschend haben sie eine positive Meinung zu politischer Partizipation über das Internet und stehen auch direkter Demokratie tendenziell am positivsten gegenüber. Sie sind, im Vergleich zu der zweiten Gruppe von intensiven Internet-NutzerInnen, den Allround-UserInnen, bislang aber weniger politisch aktiv gewesen.

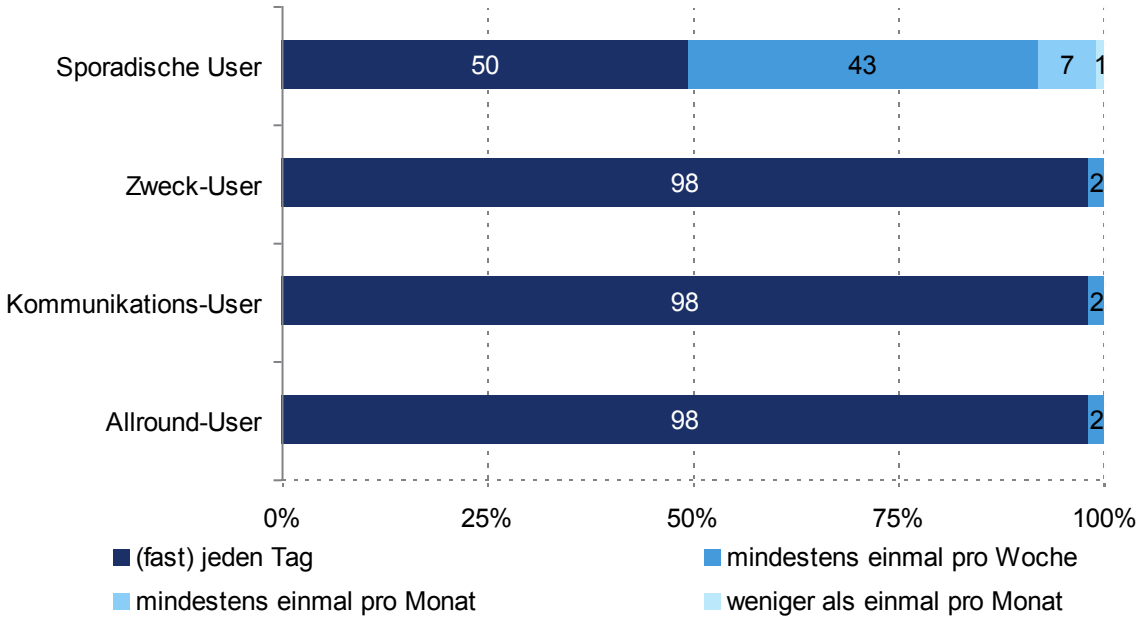
Allround-UserInnen sind jene Gruppe, die das Internet am intensivsten nutzt, nicht nur beruflich, sondern auch privat und über das breiteste Spektrum an oft genutzten Anwendungen verfügt. Ihr Altersdurchschnitt liegt bei 35 Jahren, sie sind überwiegend beruflich tätig und tendenziell die gebildetste Gruppe, die sich selbst auch eher oben in der Gesellschaft wahrnimmt und etwas höhere Selbstwirksamkeit aufweist, als die anderen NutzerInnentypen. Sie geben am häufigsten an, politisch interessiert zu sein - sowohl in Bezug auf das allgemeine Interesse als auch das Themeninteresse - und haben sich in der Vergangenheit als am häufigsten politisch aktiv gezeigt, auch, was informelle Beteiligung online betrifft. Sie haben ebenso das tendenziell positivste Politikverständnis, zudem ist man in dieser Gruppe mit deutlicher Mehrheit der Meinung, dass politische Meinungsäußerungen im Internet ernster genommen werden sollten. Etwa die Hälfte der Allround-UserInnen führt an, dass Österreich neue politische Parteien brauche.

7.2 Internetnutzung

Offliner sind dadurch definiert, dass sie das Internet noch nie genutzt haben. Alle anderen vier NutzerInnentypen geben an, das Internet zumindest ein Mal in den letzten drei Monaten genutzt zu haben, entweder für private oder berufliche Zwecke oder für beides.

Die Häufigkeit der Internetnutzung zeigt den deutlichsten Unterschied zwischen sporadischen NutzerInnen und den restlichen drei NutzerInnentypen: Sporadische NutzerInnen geben nur zu 50% an, (fast) jeden Tag im Internet zu sein, Befragte der drei anderen Gruppen sagen dies dagegen fast ausschließlich (zu 98 %).

Abbildung 5: Häufigkeit der Internetnutzung



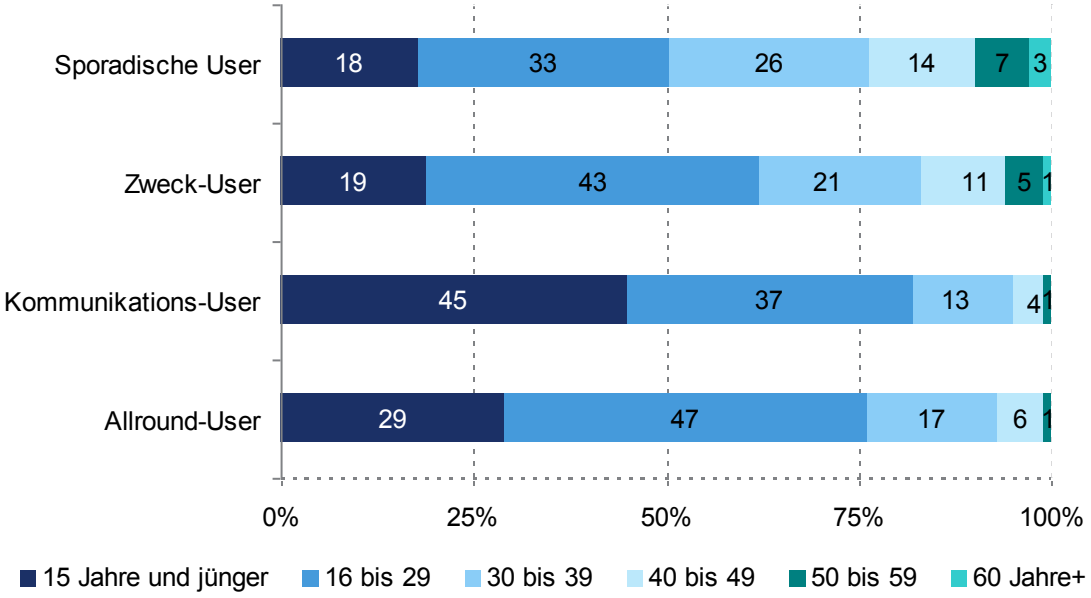
Quelle: Eigene Auswertungen

Anders gesagt bedeutet das: Unabhängig von der Art der Internetnutzung ist tägliche Nutzung quer durch alle Gruppen gegeben, wobei dies bei sporadischen NutzerInnen deutlich seltener ist. Der große Anstieg im Anteil der Internetnutzer, der seit 2002 in Österreich feststellbar ist (vgl. Abschnitt 4.2), hat also auch einen Anstieg in der Nutzungsintensität mit sich gebracht, wobei es immer noch einen Teil gibt, für den der tägliche Zugriff aufs Internet nicht selbstverständlich ist.

Unterschiede zeigen sich zudem darin, seit wann die Befragten das Internet nutzen. Die Hälfte der sporadischen NutzerInnen war 30 Jahre oder älter, als sie das erste Mal das Internet genutzt haben. Unter den Zweck-UserInnen liegt dieser Anteil bei 38%, bei den Allround-UserInnen bei 24% und bei den Kommunikations-

UserInnen bei nur noch 18%, was auch mit den demographischen Unterschieden zwischen den einzelnen Nutzergruppen zusammenpasst (Abschnitt 7.3).

Abbildung 6: Alter bei erster Internetnutzung



Quelle: Eigene Auswertungen

Kommunikations-UserInnen nutzen das Internet dabei am häufigsten schon seit ihrer Kindheit, sind also mehrheitlich damit aufgewachsen („digital natives“): 45% waren jünger als 16 Jahre, weitere 37% waren zwischen 16 und 29 Jahre alt, als sie das Internet zum ersten Mal genutzt haben. Die Allround-UserInnen bestehen dagegen tendenziell eher aus Personen, die das Internet seit ihrer Jugend kennen: 47% waren zwischen 16 und 29.

Zweck-UserInnen, die das Internet nur für einige wenige bestimmte Zwecke benützen, nutzen dieses in der Regel erst seitdem sie erwachsen sind: Nur 19% waren jünger als 16, die relative Mehrheit (43%) war zwischen 16 und 29.

Die zentrale Frage, in der sich die vier Typen unterscheiden, ist jene der *Nutzungszwecke*. Betrachtet man die Ergebnisse nur nach dem Kriterium, ob das Internet für bestimmte Zwecke genutzt wird oder nicht, zeigen sich bereits erste klare Unterschiede. Zunächst fällt auf, dass das Internet von praktisch allen Personen dazu genutzt wird, gezielt nach Informationen zu suchen und um E-Mails abzurufen. In allen anderen Nutzungsformen sind jedoch klare Unterschiede nach Typen ersichtlich.

Sporadische NutzerInnen, die das Internet ohnehin bereits am seltensten verwenden, berichten lediglich von wenigen intensiv genutzten Anwendungen abseits von E-Mails und der gezielten Suche nach Informationen (siehe Abbildung

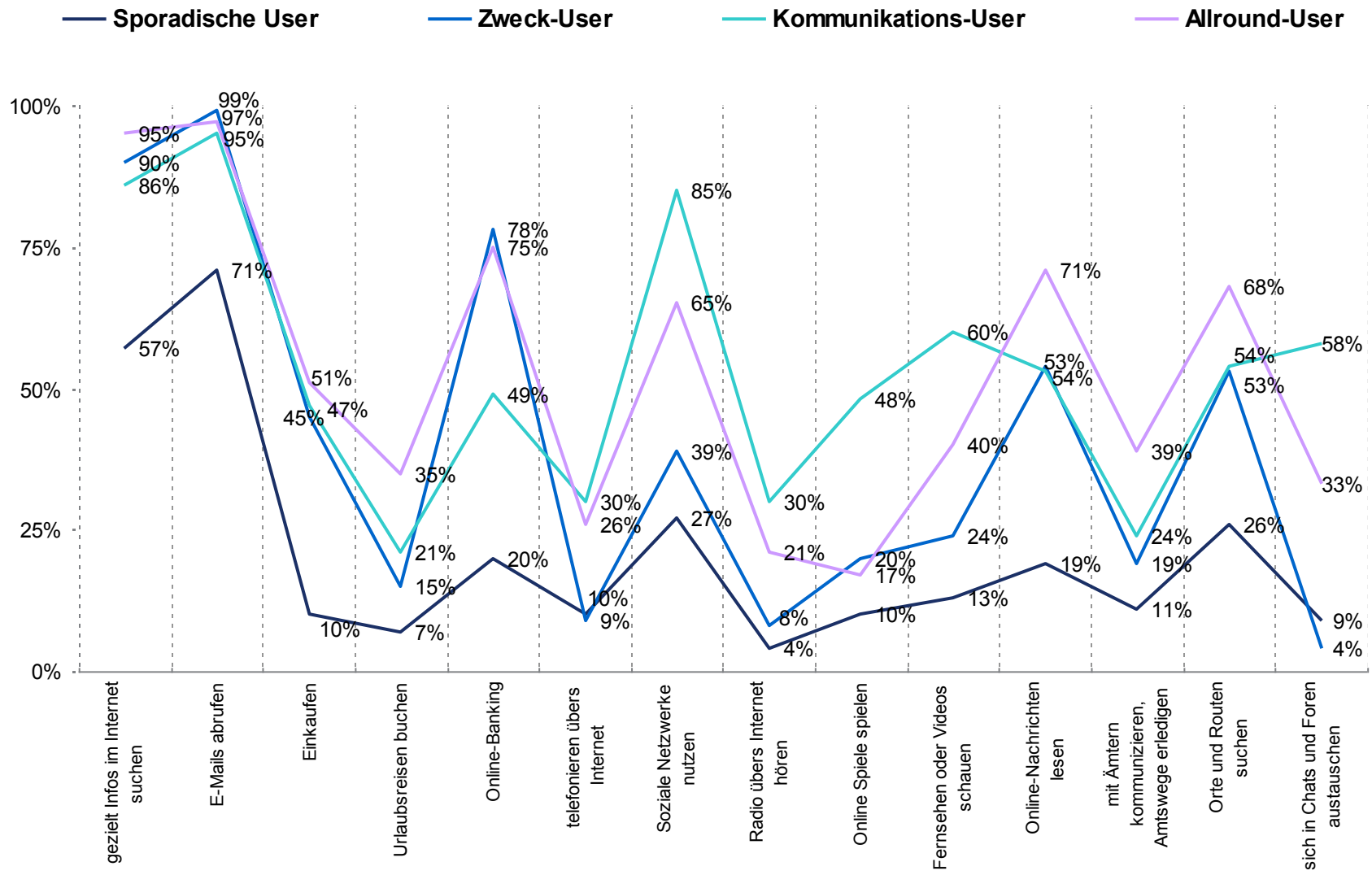
7). Am ehesten noch werden das Suchen von Orten und Routen, Nachrichten lesen, Fernsehen/Videos schauen oder das Kommunizieren mit Ämtern genannt. Interessant ist jedoch, dass selbst bei diesen, dem Medium eher distanziert gegenüberstehenden Personen, auch soziale Netzwerke von etwas mehr als der Hälfte in den letzten drei Monaten genutzt wurden. Dennoch: Alle anderen Dinge werden von der Mehrheit dieses Nutzertypus *nicht* gemacht (siehe Abbildung 8). Anders als bei allen anderen Typen scheint Internetnutzung für die sporadischen Nutzer eher die Ausnahme als die Regel zu sein.

Zweck-UserInnen berichten bereits von einem breiteren Spektrum an genutzten Anwendungen. Es zeigt sich aber, dass sie das Internet gezielt für bestimmte Dinge nutzen: E-Mails, Online-Banking, Orte und Routen suchen, Online-Nachrichten werden von zumindest der Hälfte intensiv genutzt. Andere Anwendungen wie multimediale Funktionen, Kommunikation oder Unterhaltung werden zwar durchaus genutzt, tendenziell aber ausgespart. Das Internet stellt für diesen Typ offenbar ein nützliches Tool dar, um regelmäßig bestimmte Dinge und Abläufe zu erledigen, hat (mit Ausnahme von E-Mail) jedoch keinen festen Platz als Kommunikations- oder Unterhaltungsmedium.

Im Unterschied dazu zeichnen sich die häufig mit dem Internet aufgewachsenen *Kommunikations-UserInnen* dadurch aus, dass sie das Internet besonders intensiv als Kommunikations- und Unterhaltungsmedium nutzen: Soziale Netzwerke, Online-Videos, Chats und Foren, Online Spiele sind Anwendungen, die von ihnen besonders häufig genutzt werden. Das Spektrum der von ihnen genutzten Anwendungen ist insgesamt recht breit, aber „ernstere“ Dinge, wie Online-Banking, das Kommunizieren mit Ämtern oder das Buchen von Urlaubsreisen stehen deutlich seltener auf dem Programm als das bei der anderen Gruppe von Intensiv-NutzerInnen der Fall ist, nämlich den Allround-UserInnen.

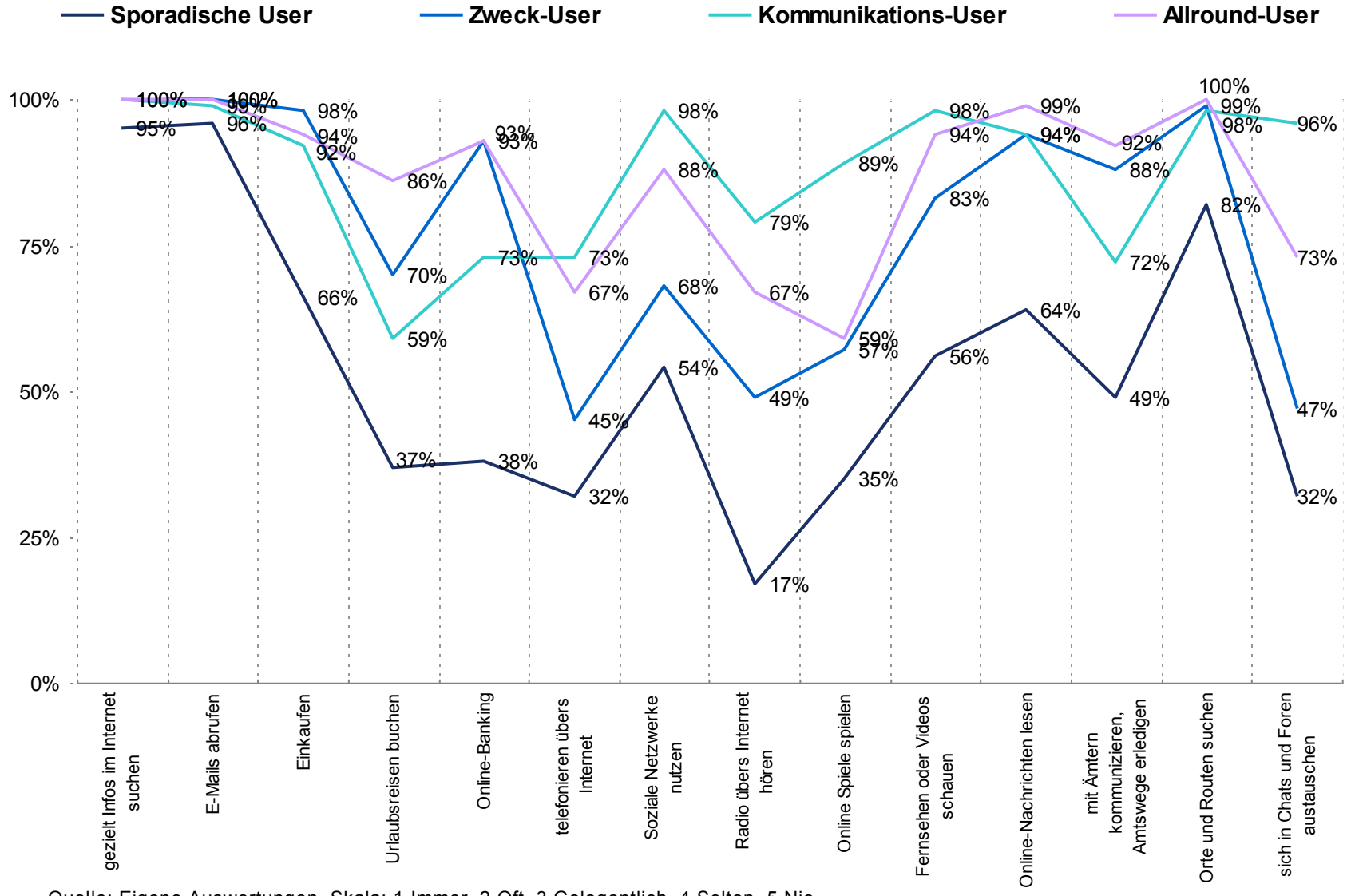
Der vierte und letzte Typus – die *Allround-UserInnen* – sind insgesamt die intensivsten NutzerInnen, weil sie ein sehr breites Spektrum von Anwendungen nutzen, ähnlich wie die Kommunikations-UserInnen. Passend zu ihrem tendenziell höheren Alter nutzen Sie das Netz eher für Informations- und Organisationszwecke (z.B. Nachrichten lesen, Orte und Routen suchen, Online-Banking), und tendenziell seltener für Kommunikation oder Unterhaltung. Soziale Medien werden zwar nicht mehr so intensiv genutzt wie unter den Kommunikations-UserInnen, dürften aber dennoch für die Mehrheit dieses NutzerInnentypus einen festen Bestandteil des Umgangs mit dem Netz darstellen.

Abbildung 7: Intensiv genutzte Anwendungen in den letzten drei Monaten (Nutzung nur „oft“ und „immer“)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Immer, 2 Oft, 3 Gelegentlich, 4 Selten, 5 Nie

Abbildung 8: Genutzte Anwendungen in den letzten drei Monaten (zumindest „selten“ genutzt)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Immer, 2 Oft, 3 Gelegentlich, 4 Selten, 5 Nie

Die Unterschiede zwischen den vier NutzerInnentypen zeigen sich auch, wenn man die Indexwerte dreier Nutzungsindizes miteinander vergleicht (je niedriger der Wert, desto häufiger wird das Internet für die jeweiligen Zwecke genutzt). Diese Indizes wurden aus den beiden Abbildungen oben gebildet und decken die Nutzungsformen Kommunikation (wobei hier auch Unterhaltungsaspekte mit einfließen), Information und Organisation ab.

Sporadische NutzerInnen verwenden das Internet in allen drei Kategorien am seltensten. Zweck-UserInnen nutzen das Internet vor allem zur Information und Organisation, jedoch seltener zur Kommunikation. Kommunikations-UserInnen nutzen das Internet umgekehrt am häufigsten für den Austausch mit anderen, am seltensten für organisatorische Dinge. Allround-UserInnen nutzen das Internet in allen drei Dimensionen etwas häufiger als der Durchschnitt, man könnte also sagen, dass sie das gesamte Angebotsspektrum des Internets in ihrem Alltag nutzen.

Tabelle 5: Nutzungsindizes

	Kommunikation[12]	Information[13]	Organisation[14]
Sporadische User	4,30	2,99	4,04
Zweck-User	3,93	2,06	2,90
Kommunikations-User	2,66	2,10	3,23
Allround-User	3,27	1,86	2,61
GESAMT	*3,48*	*2,18*	*3,08*

Quelle: Eigene Auswertungen, standardisierter Summenindex, je niedriger der Indexwert, desto eher trifft die abgefragte Dimension zu: Hat eine Gruppe im Index „Positives Politikverständnis“ z.B. einen Indexwert von 1,5 und eine weitere Gruppe einen Indexwert von 2,5, so trifft die Dimension stärker auf die erste Gruppe zu.

Weitere Unterschiede zwischen den vier NutzerInnentypen zeigen sich je nach **Ort der Nutzung** und den **Zugangswegen**. Sporadische NutzerInnen haben üblicherweise einen fixen Ort, an dem sie das Internet nutzen, die anderen drei Typen nutzen es an mehreren Orten. Vor allem Allround-UserInnen steigen mittlerweile schon an mehreren Orten ins Internet ein. Dasselbe gilt für die Anzahl der Zugänge: Sporadische NutzerInnen verwenden im Schnitt nur ein internetfähiges Endgerät, alle anderen Typen haben tendenziell mehrere.

[12] Kommunikation: Chats und Foren, Soziale Netzwerke, Fernsehen oder Videos, Radio, Online Spiele, Internet-Telefonie
[13] Information: E-Mails, Informationssuche, Suche nach Orten/Routen, Online-Nachrichten, Einkaufen
[14] Organisation: Kommunikation mit Ämtern, Urlaubsreisen buchen, Online-Banking

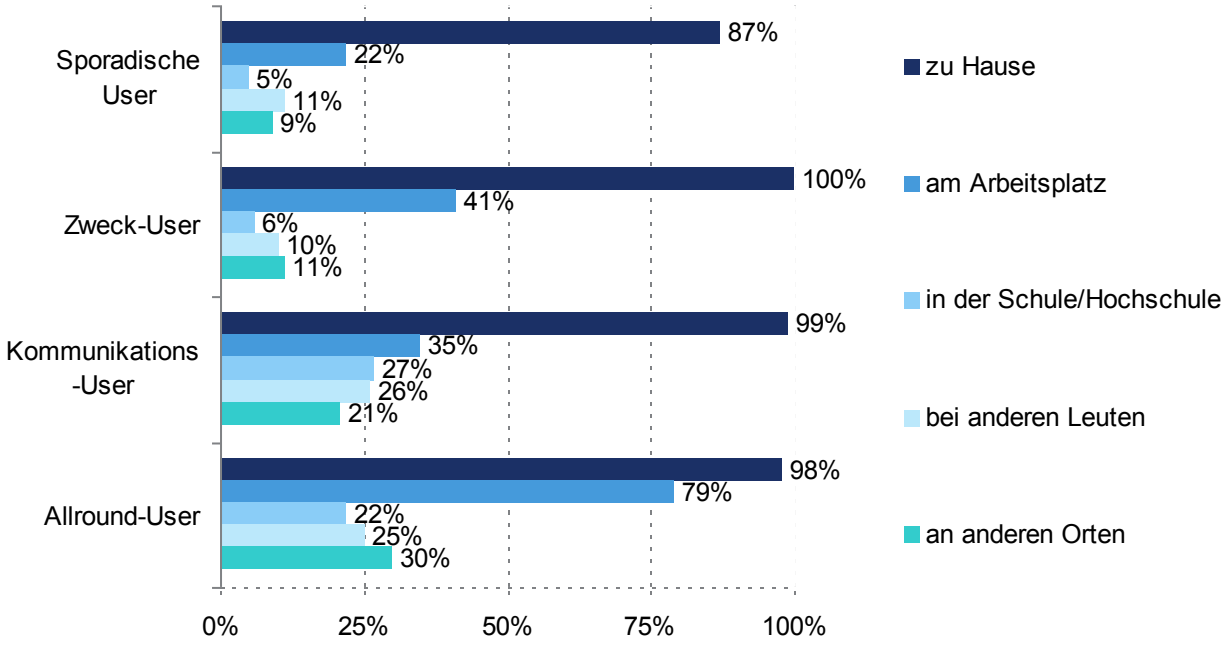
Tabelle 6: Nutzungsorte und Zugangsgeräte

	Nutzungsorte	Zugänge
Sporadische User	1,25	1,29
Zweck-User	1,60	1,95
Kommunikations-User	2,04	2,17
Allround-User	2,48	2,44
GESAMT	*1,95*	*2,05*

Quelle: Eigene Auswertungen, durschnittl. Anzahl Orte / Geräte

Die eigenen vier Wände sind nach wie vor für alle NutzerInnentypen der bevorzugte Ort der Internetnutzung. Spannend ist jedoch, dass die sporadischen NutzerInnen, die das Internet generell nur wenig nutzen, dies tendenziell seltener zu Hause und dafür häufiger am Arbeitsplatz tun. Bei Allround-UserInnen zeigt sich dagegen, dass sowohl das Zuhause wie auch der Arbeitsplatz häufig Orte der Internetnutzung sind.

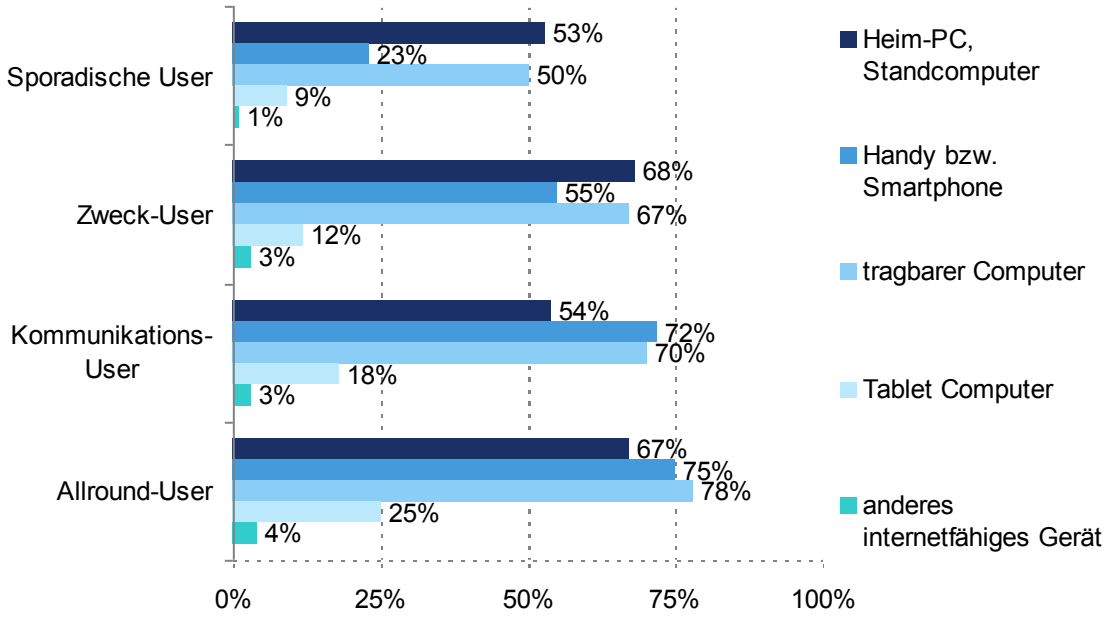
Abbildung 9: Orte der Internetnutzung



Quelle: Eigene Auswertungen

In Bezug auf die unterschiedlichen Zugangsgeräte nutzen sporadische UserInnen und Zweck-Userinnen am häufigsten einen Stand-PC. Internetfähige Smartphones sind bei den sporadischen UserInnen noch selten vertreten, anders als bei den Zweck UserInnen. Mobile Computer, wie z.B. Laptops, werden von allen Gruppen verwendet. Die Bedeutung der mobilen Zugänge zeigt sich bei den internet-affinen Typen: Bei den Kommunikations-UserInnen und den Allround-UserInnen nutzen bereits mehr Personen einen mobilen Internetzugang (egal ob Laptop oder Smartphone) als einen Stand-PC.

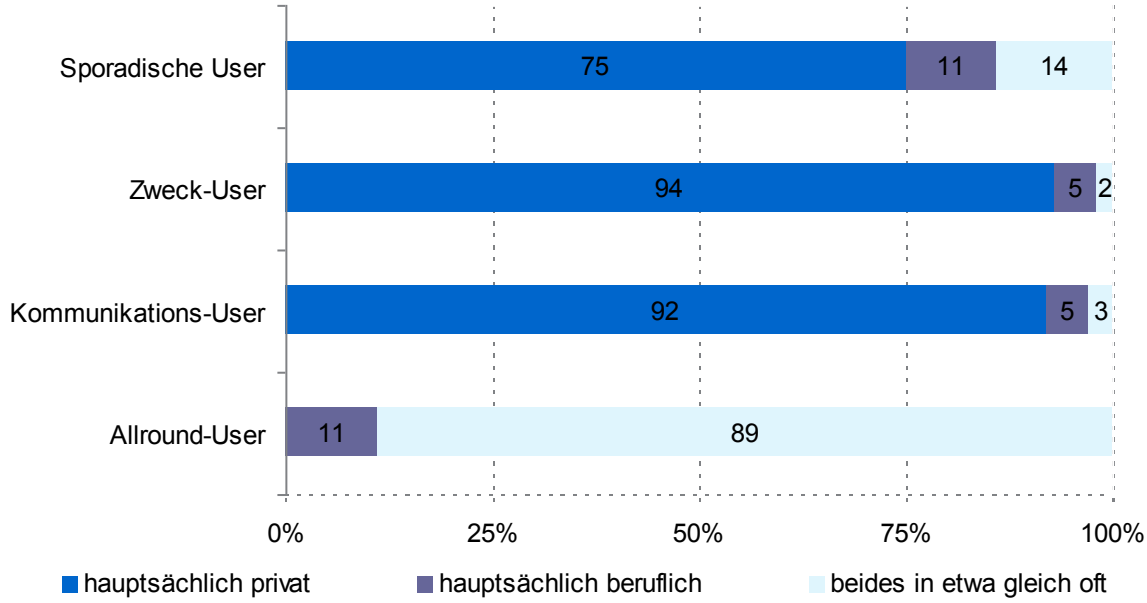
Abbildung 10: Geräte zur Internetnutzung



Quelle: Eigene Auswertungen

Eine abschließende Betrachtung der vier NutzerInnentypen erlaubt noch die Frage, ob jemand das Internet vorwiegend beruflich, privat oder für beide Zwecke etwa gleich stark nützt. Vor allem bei Zweck- und Kommunikations-UserInnen ist private Internet-Nutzung sehr häufig. Auffällig ist, dass Allround-UserInnen das Internet im Unterschied zu den jüngeren Kommunikations-UserInnen nicht vorwiegend privat, sondern entweder zu gleichen Teilen oder aber überhaupt nur beruflich nutzen.

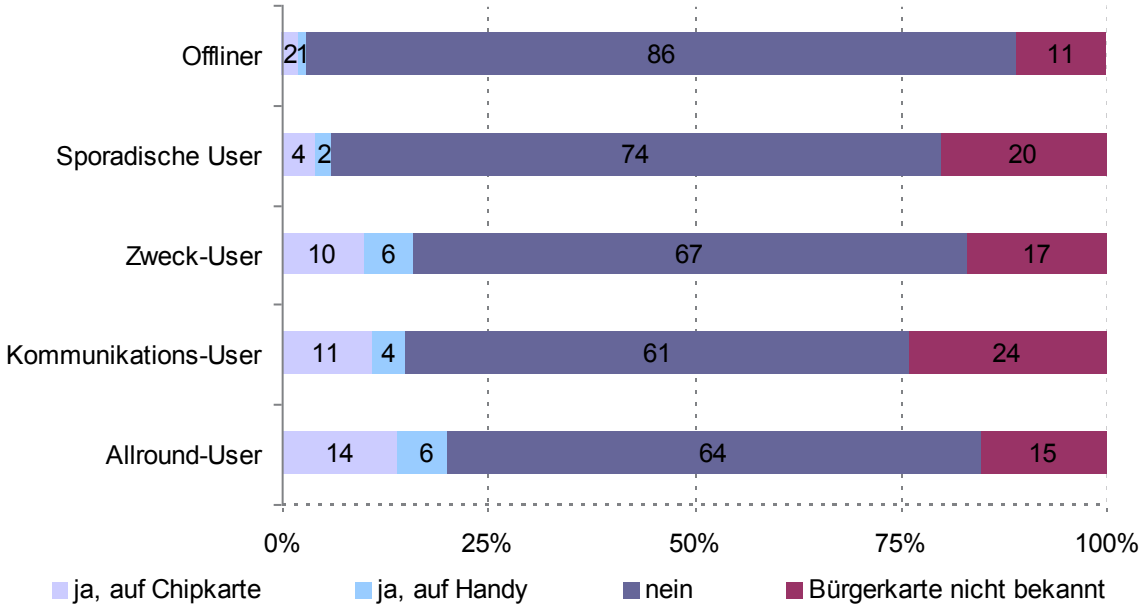
Abbildung 11: Internetnutzung privat und/oder beruflich



Quelle: Eigene Auswertungen

Nicht in die Clusteranalyse eingegangen sind Fragen zur politischen Internetznutzung (z.B. E-Voting oder Besitz einer Bürgerkarte). Doch auch hier zeigen sich klare Unterschiede zwischen den NutzerInnen-Typen, wie die folgenden Analysen zeigen. Zunächst wurde nach dem Besitz bzw. der Bekanntheit der Bürgerkarte gefragt.

Abbildung 12: Besitz/Bekanntheit der Bürgerkarte

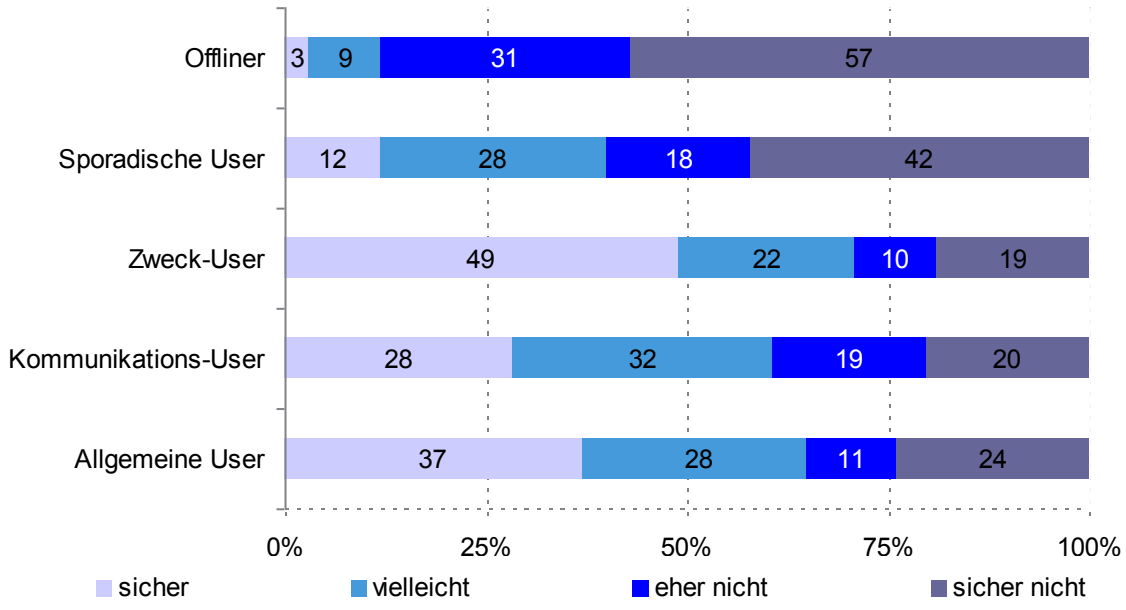


Quelle: Eigene Auswertungen

Am bekanntesten ist die Bürgerkarte unter Offlinern – nur 11% sagen explizit, sie haben noch nicht von einer Bürgerkarte gehört. Am wenigsten bekannt ist sie umgekehrt unter den jüngeren Kommunikations-UserInnen. Am häufigsten Verwendung findet sie unter Allround-UserInnen: Jede/r fünfte Allround-UserIn gibt an, eine Bürgerkarte zu besitzen, die Mehrheit davon auf einer Chipkarte. Auch Zweck-UserInnen und Kommunikations-UserInnen geben zu rund 15% an, eine Bürgerkarte zu besitzen. Vor allem ältere Personen – Offliner und sporadische NutzerInnen – verwenden die Bürgerkarte am seltensten von allen NutzerInnentypen. Obwohl der Anteil der Bürgerkarten-NutzerInnen und ihr Bekanntheitsgrad über den Schätzungen der Statistik Austria liegt (Abschnitt 5.1.1), kann man davon ausgehen, dass die Bürgerkarte nach wie vor nur von wenigen ÖsterreicherInnen verwendet wird, was auf die mangelnde Bekanntheit der Bürgerkarte bzw. das geringe Wissen um ihre Anwendungsmöglichkeiten zurückzuführen ist.

E-Voting ist vor allem Zweck-UserInnen vorstellbar, 49 % geben an, dass sie dies „sicher“ tun würden. Allround-UserInnen sagen zu 37%, dass sie mit Sicherheit an künftigen Wahlen auch im Internet teilnehmen würden, Kommunikations-UserInnen zu 28%. Umgekehrt lehnen sporadische NutzerInnen und Offliner die Möglichkeit der Stimmabgabe im Internet klar ab: 42% der sporadischen NutzerInnen sagen, sie werden „sicher nicht“ an E-Voting-Verfahren teilnehmen, unter Offlinern sind es sogar mehr als die Hälfte (57%).

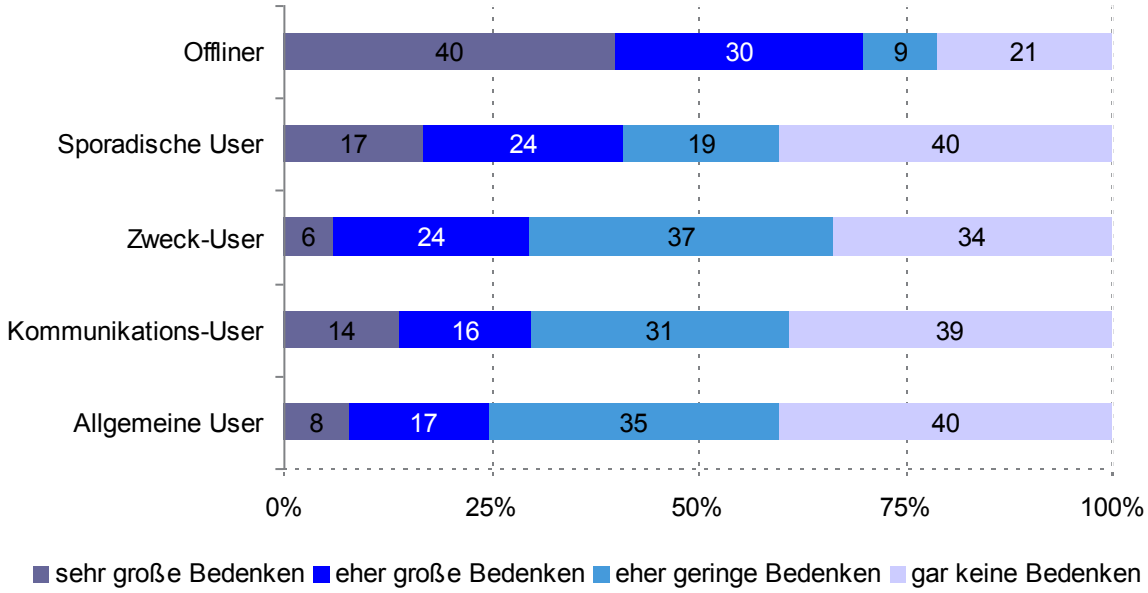
Abbildung 13: Stimmabgabe per Internet?



Quelle: Eigene Auswertungen

Vor allem Offliner hätten Bedenken, ihre Stimme per E-Voting abzugeben, 40% hätten sogar „sehr große“ Bedenken. Sporadische NutzerInnen sagen zu insgesamt 42%, sie hätten Bedenken. In den restlichen drei Gruppen geben umgekehrt jeweils insgesamt 70 bis 75% an, dass sie keine oder nur geringe Bedenken hätten.

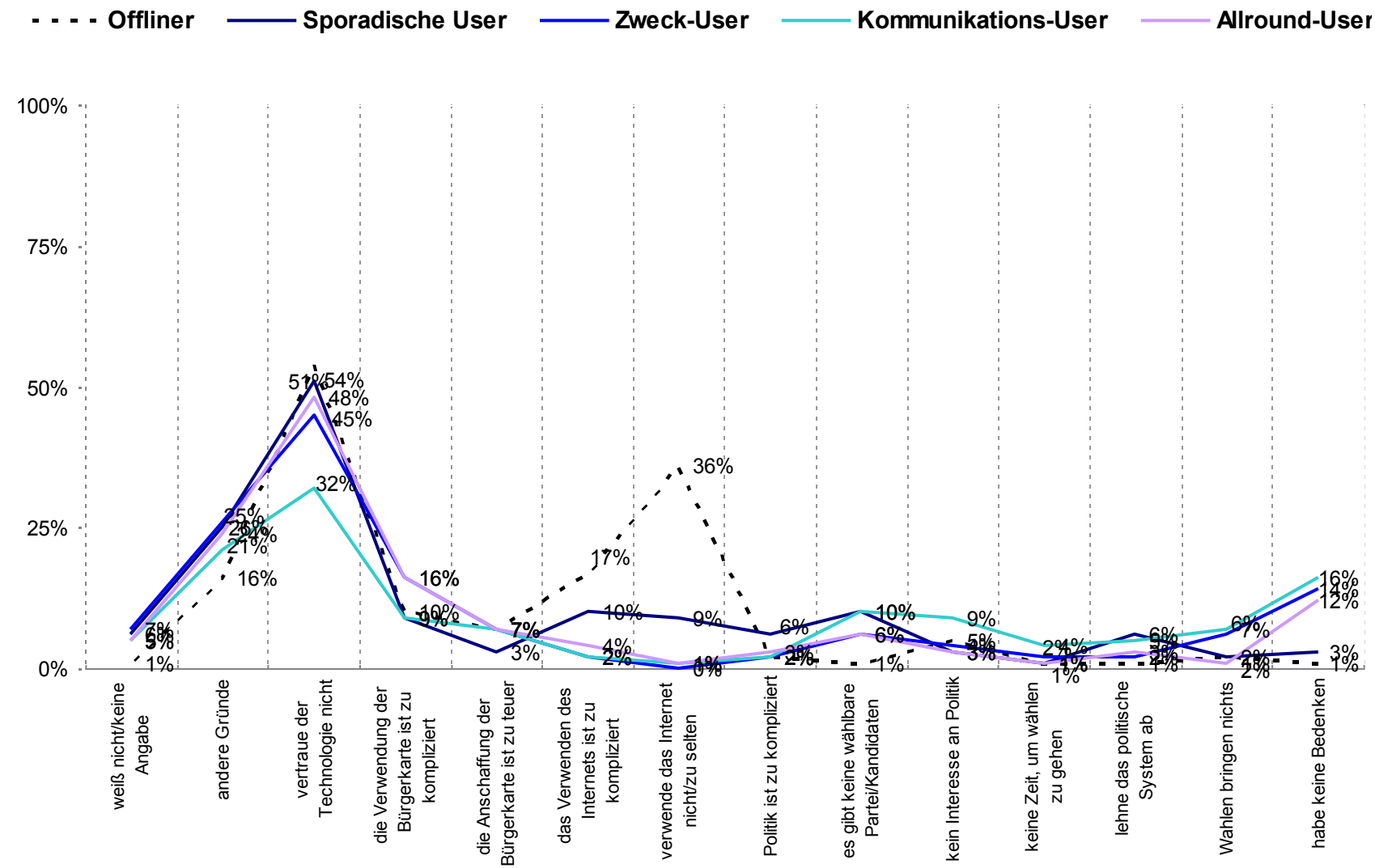
Abbildung 14: Bedenken bei E-Voting?



Quelle: Eigene Auswertungen

Fragt man nach den Gründen, die hinter diesen Bedenken stehen, zeigt sich, dass mangelndes Vertrauen in die Technologie der Hauptgrund für alle NutzerInnentypen, inklusive der Offliner, ist. Wenig überraschend sind es außerdem die Offliner, die zusätzlich noch häufiger angeben, das Internet zu selten zu benützen.

Abbildung 15: Gründe gegen E-Voting (Basis: geringe bis sehr große Bedenken)



Quelle: Eigene Auswertungen

Sind diese größeren Bedenken der sporadischen NutzerInnen und der Offliner auf das höhere Alter oder die seltenere bzw. nicht vorhandene Internetnutzung zurückzuführen?

Die untenstehende Detailauswertung deutet darauf hin, dass die Häufigkeit der Internetnutzung in einem stärkeren Zusammenhang steht als das Alter der Befragten: Teilt man z.B. die sporadischen NutzerInnen in zwei Altersgruppen auf (bis 40 Jahre/über 40 Jahre), zeigen sich nur leichte Unterschiede zwischen den Altersgruppen, was das Ausmaß ihrer Bedenken gegen E-Voting-Verfahren anbelangt. Dies gilt auch für Zweck-UserInnen und Allround-UserInnen. Umgekehrt, unterscheidet sich der Anteil jener, die Bedenken gegen E-Voting-Verfahren äußern, zwischen den Typen deutlich (siehe auch Abbildung 1), innerhalb der Gruppen sind aber nur leichte Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Befragten erkennbar.

Tabelle 7: Bedenken bei E-Voting nach Typen und Alter[15]

		Sehr groß	Eher groß	Eher gering	Gar keine
Sporadische User	bis 40 Jahre	20	21	20	40
	über 40 Jahre	14	27	19	40
Zweck-User	bis 40 Jahre	5	27	37	32
	über 40 Jahre	6	20	38	36
Allround-User	bis 40 Jahre	7	19	35	39
	über 40 Jahre	11	13	35	42

Quelle: Eigene Auswertungen, Angaben in Prozent

Das deutet darauf hin, dass die Häufigkeit und Art der Internetnutzung in einem stärkeren Zusammenhang als das Alter damit stehen, ob jemand Bedenken gegen E-Voting äußert oder nicht.

[15] Aufgrund der geringen Fallzahl der bis 40-Jährigen in der Gruppe der Offliner bzw. der über 40-Jährigen in der Gruppe der Kommunikations-UserInnen können für diese beiden Gruppen keine statistisch abgesicherten Aussagen nach Alter getroffen werden.

7.3 Soziodemographie und Persönlichkeitsmerkmale

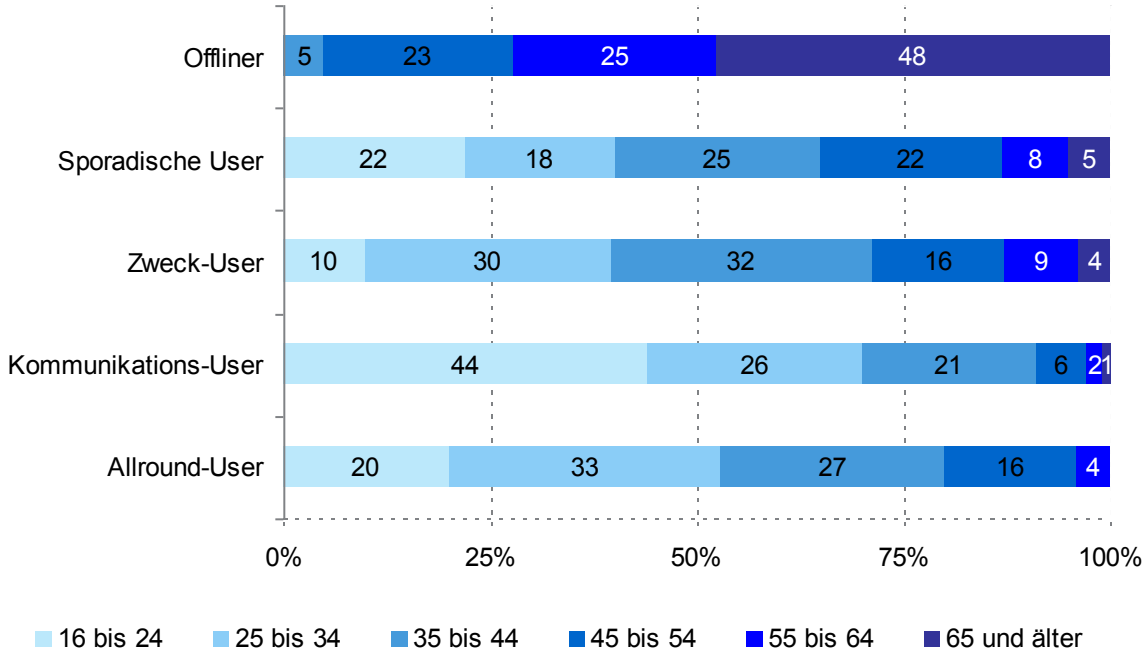
Wie oben bereits erwähnt, gibt es zwischen den ermittelten Nutzertypen zum Teil deutliche soziodemographische Unterschiede. Vor allem das Alter hat einen starken Einfluss darauf, welchem Typus jemand angehört, auch der Beruf und die formale Bildung sind Variablen, bei denen es Unterschiede gibt.

Tabelle 8: Altersdurchschnitt nach Typen

	Altersdurchschnitt
Offliner	64
Sporadische User	39
Zweck-User	39
Kommunikations-User	29
Allround-User	35

Quelle: Eigene Auswertungen

Abbildung 16: Verteilung der Altersgruppen



Quelle: Eigene Auswertungen

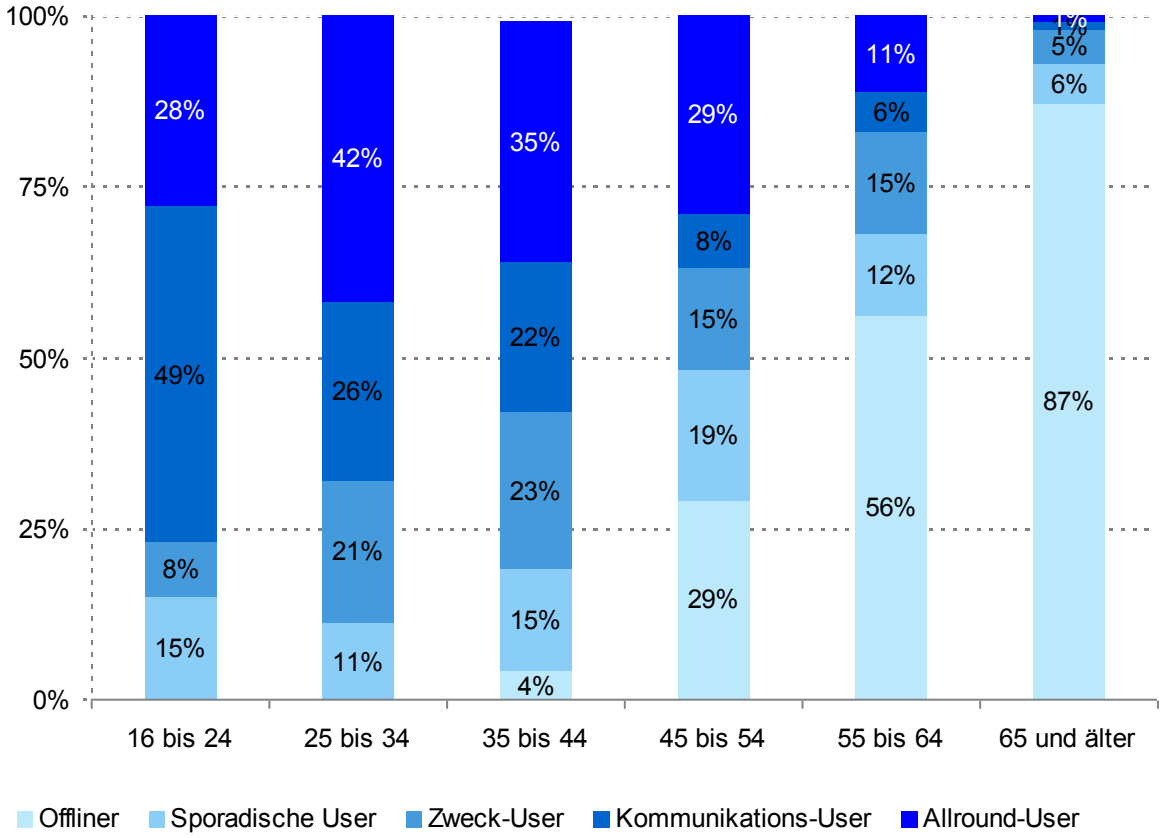
Offliner sind im Vergleich zu InternetuserInnen deutlich älter: 48% sind 65 Jahre oder älter, nur 5% sind jünger als 45. Ebenfalls tendenziell älter sind sporadische NutzerInnen: 35% sind älter als 44, 13% davon älter als 54. Umgekehrt sind aber auch 22% der sporadischen NutzerInnen unter 25, das heißt, dass die oben gezeigte seltene gezielte Internetnutzung für bestimmte Zwecke auch unter

jüngeren Personen vorkommt. Unter Zweck-UserInnen sind 29% 45 Jahre oder älter, aber nur 10% sind jünger als 25. Die intensiv mit dem Internet befassten Kommunikations-UserInnen sind im Schnitt am jüngsten: Fast die Hälfte (44%) ist unter 25 Jahre alt, insgesamt sind nur 3% 55 Jahre oder älter. Die Allround-UserInnen, die das Internet ebenfalls stark nutzen, sind tendenziell zwar älter als die Kommunikations-UserInnen, aber jünger als die Zweck- und sporadischen NutzerInnen; etwas mehr als die Hälfte ist jünger als 35.

Ein erneuter Blick auf die Altersstruktur der unterschiedlichen Typen zeigt, dass die meisten jüngeren Personen in die Gruppe der Kommunikations-UserInnen fallen: Fast die Hälfte der unter 25-Jährigen gilt als Kommunikations-UserIn, gefolgt von 28%, die der Gruppe der Allround-UserInnen angehören.

Dies deutet darauf hin, dass sich die Internetnutzung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verändern wird: Gezielte und nicht-tägliche Internetnutzung wird gegenüber einer regelmäßigen, teils kontinuierlichen Online-Präsenz - insbesondere zum Zweck der Kommunikation und des Austausches mit anderen Personen –zurückgehen.

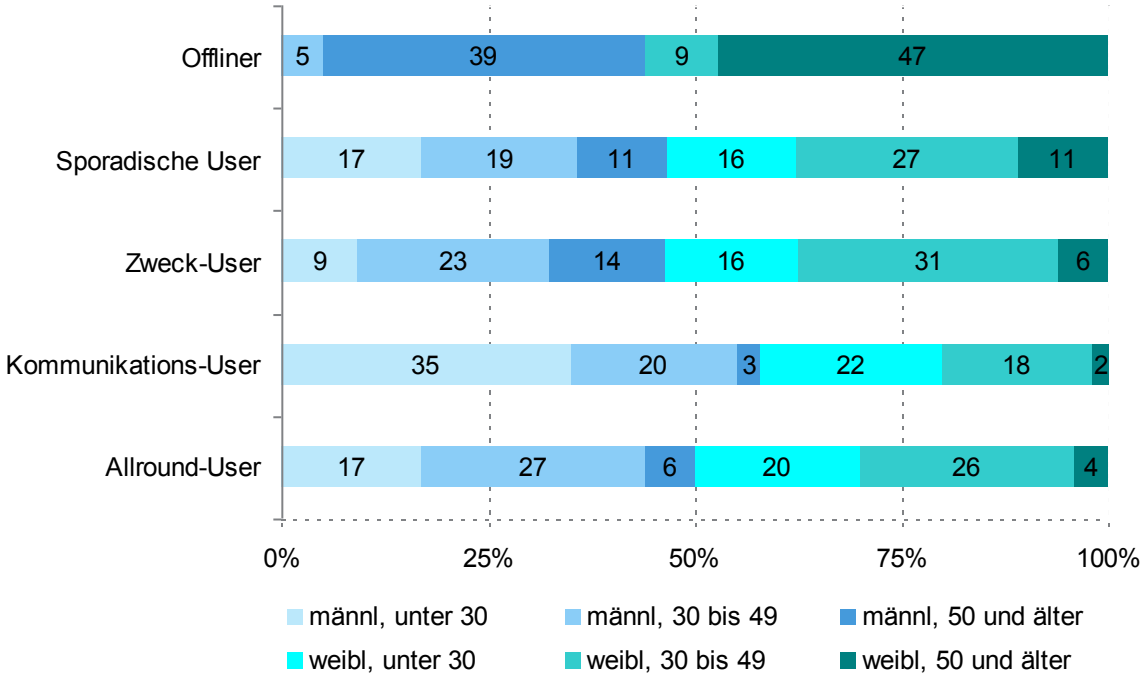
Abbildung 17: Typenzugehörigkeit nach Altersgruppen



Quelle: Eigene Auswertungen

Betrachtet man als Nächstes das Geschlecht, zeigen sich nur geringe Unterschiede. Mit Ausnahme der Kommunikations-UserInnen ist die jeweilige knappe Mehrheit der Befragten InternetnutzerInnen weiblich; bei den Kommunikations-UserInnen sind 58% männlich. Stärkere Unterschiede ergeben sich, wenn man sich die Geschlechts- und Altersstruktur gemeinsam ansieht: Bei den Offlinern ist etwas mehr die als die Hälfte der Personen älter als 50 und weiblich, 44% sind Männer ab 50. Bei den sporadischen NutzerInnen ist jeweils etwa ein Drittel der Frauen und Männer 50 Jahre oder älter. Deutlich mehr ältere Männer als Frauen sind Zweck-User: 14% aller Zweck-UserInnen sind männlich und 50 Jahre oder älter, aber nur 6% sind Frauen im selben Alter. Bei den Allround-UserInnen ist das Verhältnis zwischen Frauen und Männern in den unterschiedlichen Alterskategorien sehr ausgeglichen, die Kommunikations-User unter 30 sind jedoch häufiger männlich.

Abbildung 18: Geschlecht und Alter

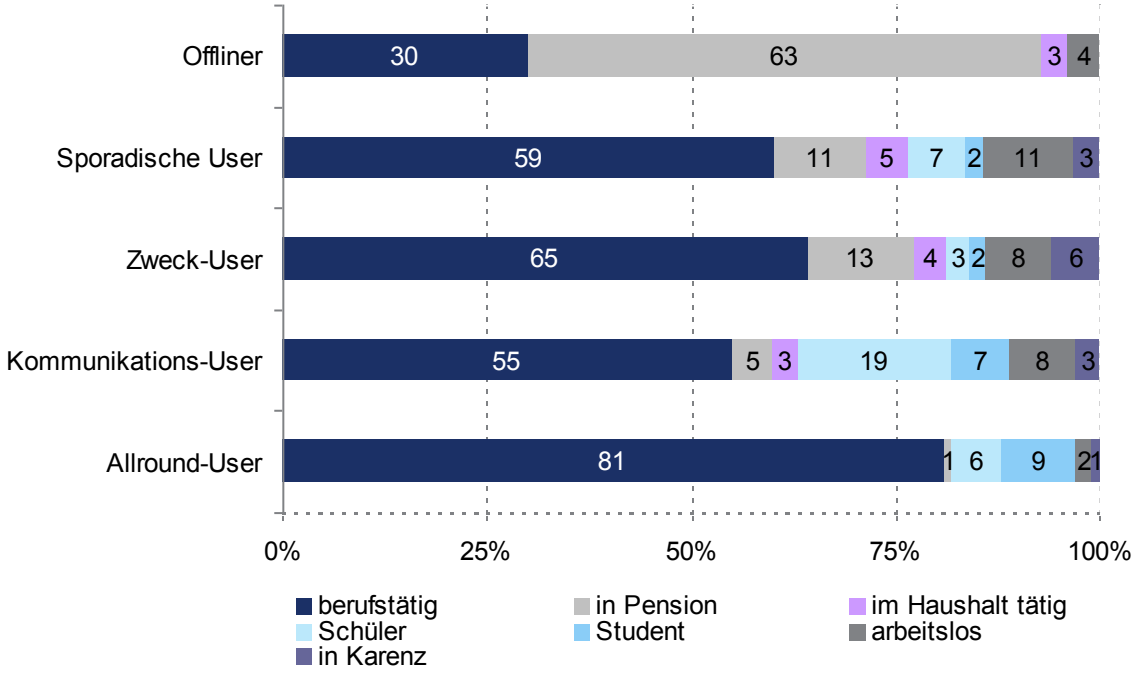


Quelle: Eigene Auswertungen

Entsprechend der unterschiedlichen Altersstruktur der einzelnen NutzerInnentypen zeigen sich auch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Erwerbsstatus: 63% der Offliner sind bereits in Pension, nur 30% sind noch berufstätig. Im Vergleich dazu sind 81% der Allround-UserInnen erwerbstätig, 15% sind noch in Ausbildung. In den anderen drei Gruppen ist jeweils knapp mehr als die Hälfte erwerbstätig, Unterschiede zeigen sich v.a. hinsichtlich des Anteils an Personen in Ausbildung: Während sich die jüngeren Kommunikations-UserInnen zu rund einem Viertel in

Ausbildung befinden, liegt dieser Anteil bei den sporadischen und Zweck-UserInnen nur bei 3 bzw. 6%.

Abbildung 19: Erwerbsstatus

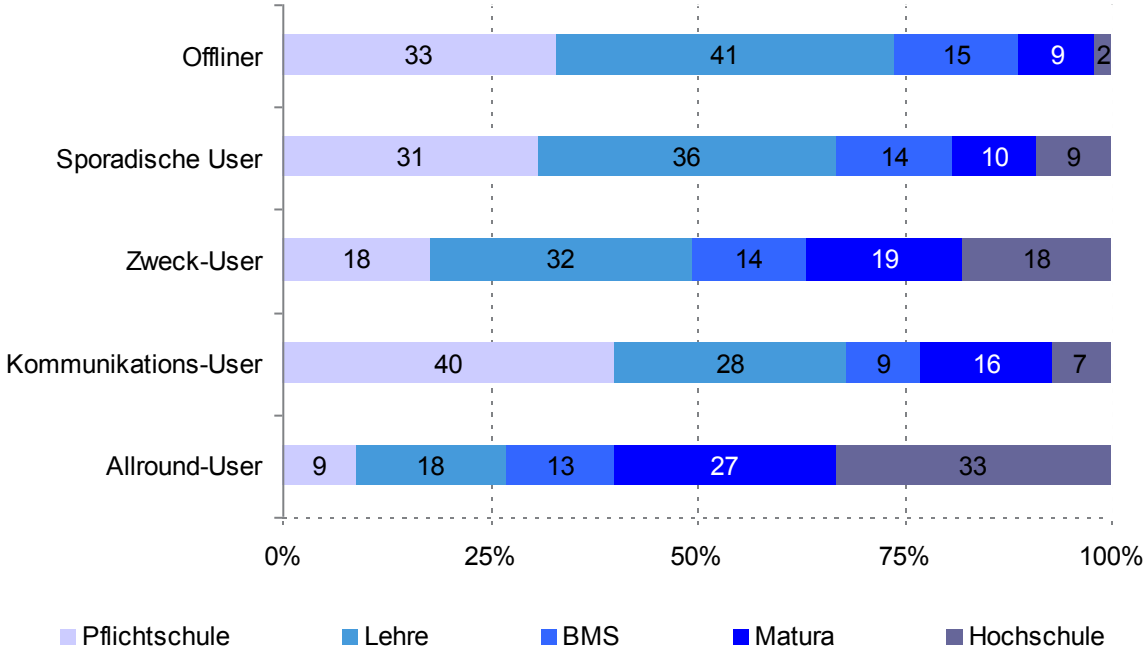


Quelle: Eigene Auswertungen

Der Anteil an Personen, die keinen, über die Pflichtschule hinausgehenden, Abschluss haben, liegt in den beiden Gruppen der Offliner und der Kommunikations-UserInnen am höchsten. Einschränkend muss hierbei jedoch festgehalten werden, dass sich Kommunikations-UserInnen häufiger noch in einer Ausbildung befinden – betrachtet man nur Personen ab 25 (Tabelle 9), liegt der Anteil an Niedrig-qualifizierten unter Kommunikations-UserInnen bei 18% und damit nur mehr knapp über dem Durchschnitt.

Am anderen Ende zeigt sich, dass insbesondere Allround-UserInnen höher qualifiziert sind – 33% haben eine Hochschulausbildung abgeschlossen, 27% haben eine Matura. Ebenfalls höher als in anderen Gruppen liegt der AkademikerInnen-Anteil unter Zweck-UserInnen. Sporadische UserInnen weisen im Vergleich zu den anderen UserInnentypen am häufigsten einen Lehrabschluss auf, nur Offliner haben noch häufiger eine Lehre absolviert.

Abbildung 20: Bildungsniveau



Quelle: Eigene Auswertungen

Bei den über 25-jährigen Personen ergibt sich ein ähnliches Bild: Offliner sind am häufigsten gering qualifiziert – haben also keinen über die Pflichtschule hinausgehenden, Bildungsabschluss. Auch sporadische NutzerInnen und Kommunikations-NutzerInnen sind überdurchschnittlich häufig niedrig-qualifiziert, jedoch nicht mehr so stark wie Offliner. Kommunikations-UserInnen weisen häufiger einen höheren Bildungsabschluss – Matura oder Studium – auf. Allround-UserInnen sind im Vergleich am häufigsten höher qualifiziert: Rund 6 von 10 haben mindestens die Matura.

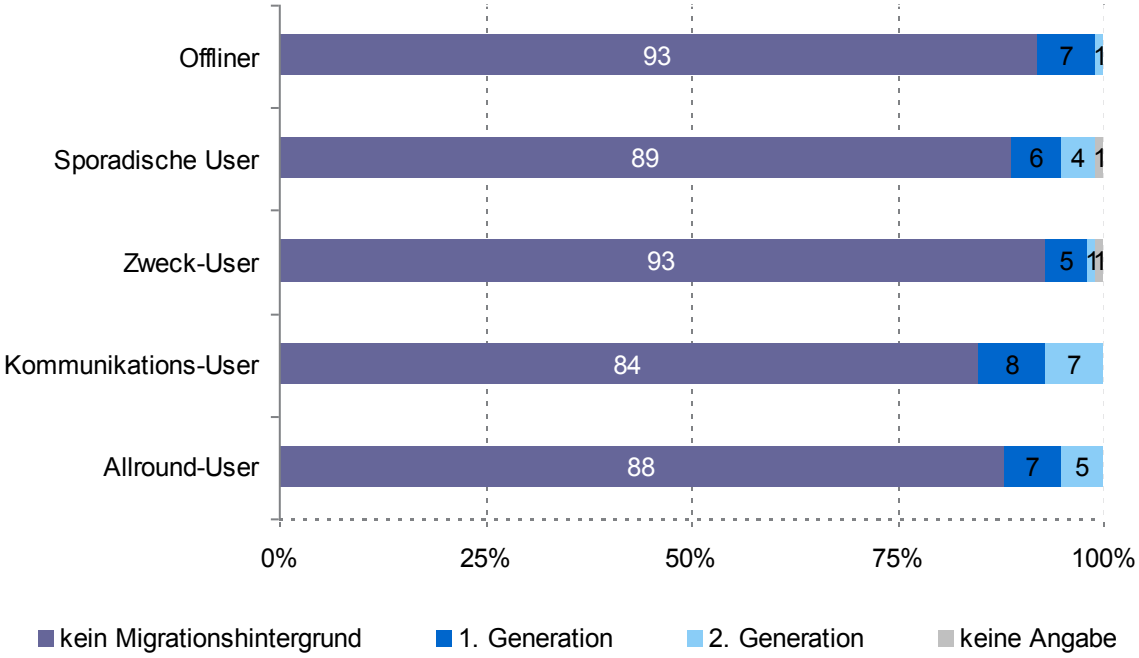
Tabelle 9: Bildungsniveau (Anteil ab 25)

	Pflichtschule	Lehre	BMS	Matura	Hochschule
Offliner	34	41	15	9	2
Sporadische User	20	41	18	10	12
Zweck-User	13	34	15	19	18
Kommunikations-User	19	37	14	18	12
Allround-User	3	20	15	24	38

Quelle: Eigene Auswertungen, Angaben in Prozent

Schließlich wurde auch die Herkunft der Befragten erhoben. Diesbezüglich zeigen sich aber kaum nennenswerte Unterschiede. Mit Ausnahme der Kommunikations-UserInnen haben jeweils knapp 9 von 10 Personen keinen Migrationshintergrund, unter Kommunikations-UserInnen ist dieser Anteil ein wenig größer. Aufgrund der insgesamt niedrigen Anzahl von MigrantInnen in der Stichprobe sollten diese Ergebnisse mit Vorsicht behandelt werden.

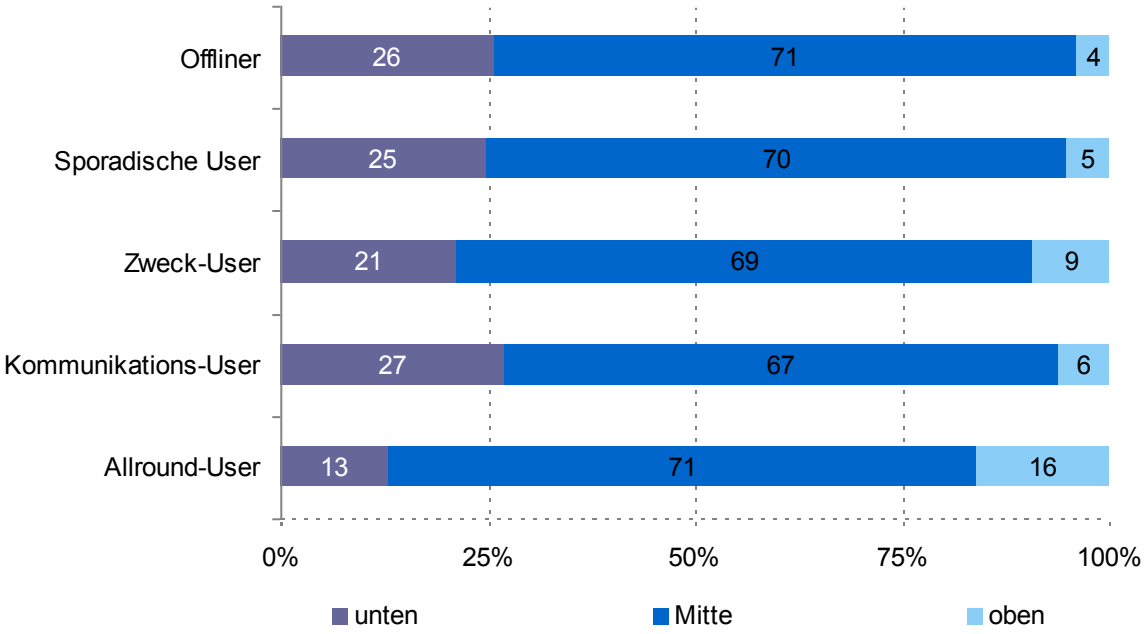
Abbildung 21: Migrationshintergrund



Quelle: Eigene Auswertungen

Insgesamt schätzt sich jeweils rund ein Viertel aller Offliner, sporadischen NutzerInnen und Kommunikations-UserInnen am unteren Spektrum der Gesellschaft ein. Nur in der Gruppe der Allround-UserInnen gibt es anteilsmäßig mehr Personen, die sich am oberen Ende einschätzen.

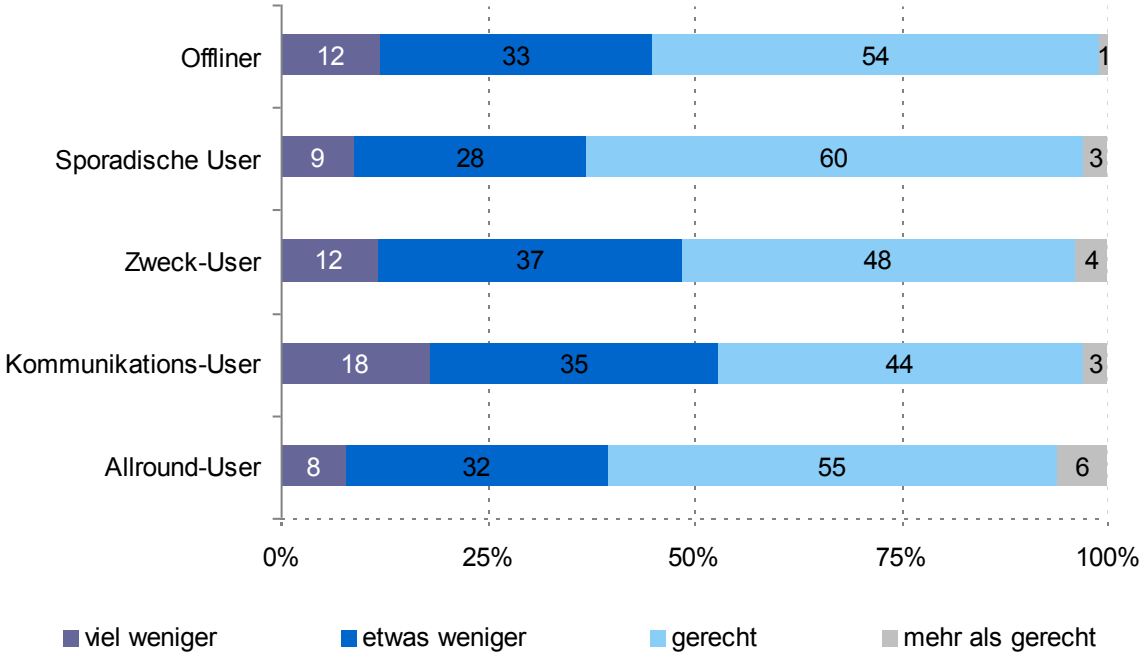
Abbildung 22: Gesellschaftliche Position



Quelle: Eigene Auswertungen

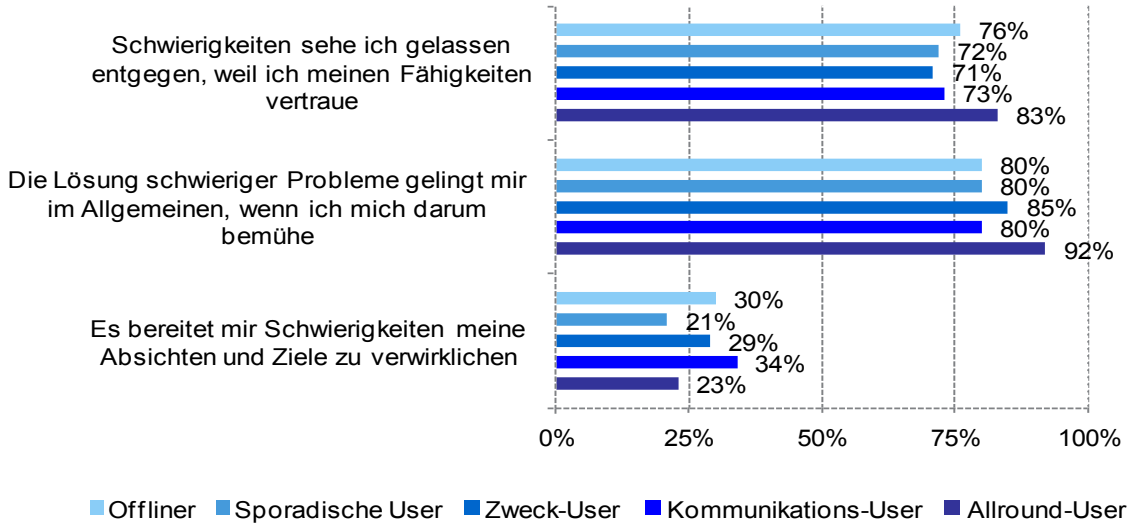
Im Zusammenhang mit dem subjektiven gesellschaftlichen Status wurde den Befragten auch die Frage gestellt, wie gerecht sie ihren Anteil am Wohlstand der Gesellschaft empfinden. Kommunikations-UserInnen – also tendenziell jüngere Personen, die das Internet intensiv nutzen – geben dabei am häufigsten an, weniger als den gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Offliner, vor allem aber Allround-UserInnen und sporadische NutzerInnen, glauben umgekehrt am häufigsten, dass sie den gerechten oder sogar mehr als den gerechten Anteil erhalten.

Abbildung 23: Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand



Quelle: Eigene Auswertungen

Abbildung 24: Selbstwirksamkeit (Trifft sehr/Ziemlich zu)

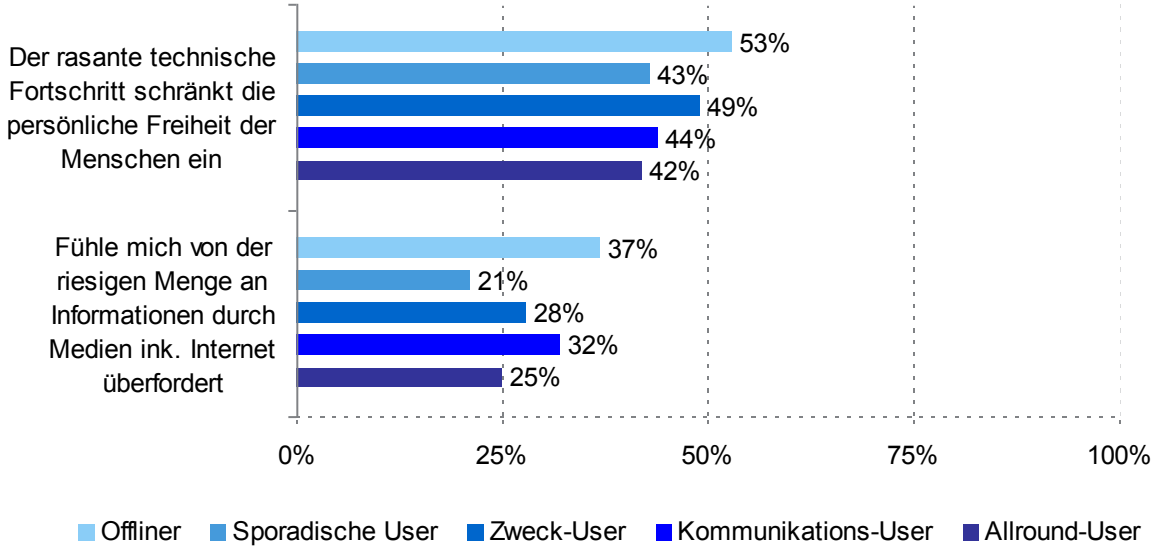


Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Trifft sehr zu, 2 Trifft ziemlich zu, 3 Trifft wenig zu, 4 Trifft gar nicht zu

Im Zuge der Befragung wurde auch selbst Selbstwirksamkeit, also des subjektive Vertrauen darauf, Schwierigkeiten und Herausforderungen bewältigen zu können, thematisiert. Hier erweisen sich die Allround-UserInnen als die Gruppe mit dem tendenziell höchsten Maß an Selbstwirksamkeit. Die Unterschiede zwischen den NutzerInnengruppen sind jedoch nicht sehr stark ausgeprägt.

Schließlich können die NutzerInnentypen noch nach ihren Einstellungen zu Technik und der Mediengesellschaft unterschieden werden. Hier zeigt sich, dass der Anteil der Befragten, die sich vom technischen Fortschritt in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt fühlen, unter allen Gruppen relativ groß ist (über 40 %). Offliner und Zweck-User stechen hier jedoch ein wenig hervor.

Abbildung 25: Distanz zu Technik und Mediengesellschaft (trifft sehr/ziemlich zu) - Alle Altersgruppen



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Trifft sehr zu, 2 Trifft ziemlich zu, 3 Trifft wenig zu, 4 Trifft gar nicht zu

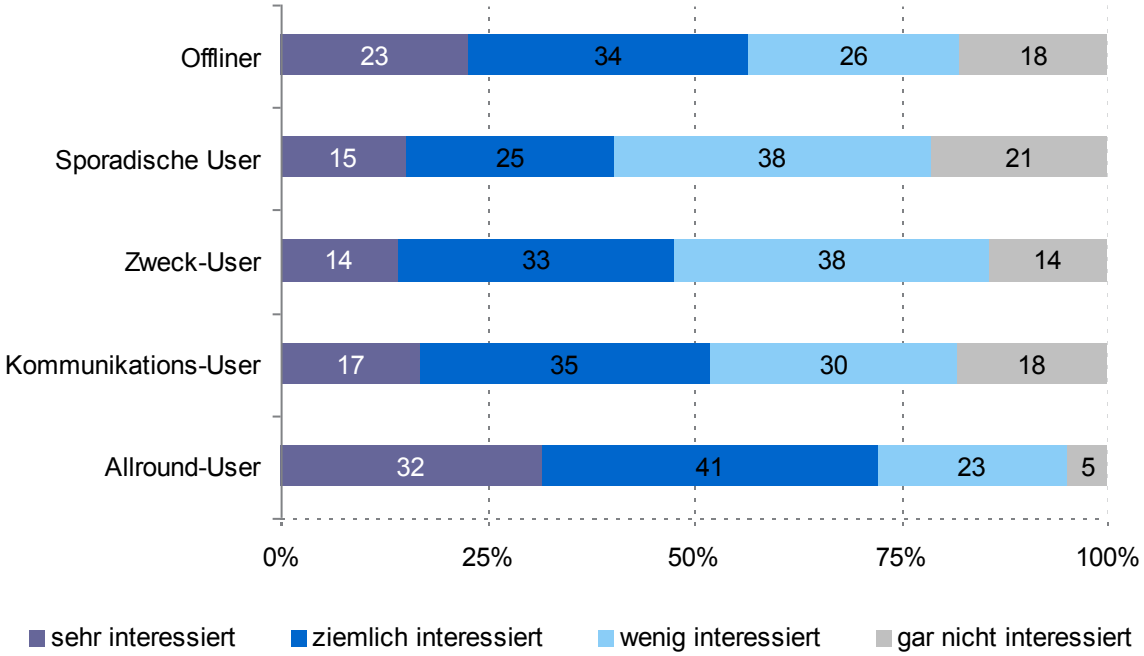
Die Offliner sind es auch, die sich am ehesten überfordert fühlen angesichts der großen Menge an Informationen, die durch die Medien - inklusive dem Internet - täglich verfügbar sind. Interessanterweise stimmen auch die Kommunikationsuser dieser Frage vermehrt zu.

7.4 Politisches Informationsverhalten und politische Einstellungen

7.4.1 Politisches Interesse

Politisches Interesse kann als eine wesentliche Voraussetzung für politische Partizipation verstanden werden. Diese kann im konventionellen Sinn erfolgen, etwa durch die Teilnahme an Wahlen, oder im sozial-aktiven Sinn, z.B. durch das Engagement in einer BürgerInneninitiative. Politisches Interesse kann darüber hinaus als zentraler Einfluss auf das Informationsverhalten verstanden werden.

Abbildung 26: Interesse an Politik allgemein



Quelle: Eigene Auswertungen

Offliner und Allround-UserInnen geben am häufigsten an, sich allgemein für Politik zu interessieren, Allround-UserInnen sagen dies zu fast drei Viertel. Umgekehrt sind sporadische und Zweck-UserInnen tendenziell am wenigsten am politischen Geschehen interessiert. Etwas mehr als die Hälfte der Kommunikations-UserInnen sagt, dass sie sich für Politik interessiert.

Neben dem allgemeinen Politikinteresse wurde auch das Interesse an konkreten politischen Themen abgefragt. Dabei bestätigen sich im Wesentlichen die genannten Unterschiede: Offliner und Allround-UserInnen interessieren sich für die

meisten Themen deutlich häufiger, während vor allem sporadische und Zweck-UserInnen durch ein unterdurchschnittliches Themeninteresse auffallen.

7.4.2 Politisches Informationsverhalten

Tabelle 10: Politisches Themeninteresse (Sehr/ziemlich interessiert)

	Offliner	Sporadische User	Zweck-User	Kommunikations-User	Allround-User
Pensionen	86	47	61	50	63
Gleichstellung	51	48	47	59	64
Bildung, Ausbildung	52	63	70	70	90
Krankenversorgung	87	55	69	62	76
Umwelt, Energie	63	59	71	65	80
Sicherheit	82	62	68	72	78
Einwanderung	55	40	54	53	65
Arbeitsmarkt	49	46	61	71	84
Bundesheer, Verteidigung	49	36	46	50	55
Netzpolitik, Internet	10	23	37	56	61

Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Sehr interessiert, 2 Ziemlich interessiert, 3 Wenig interessiert, 4 Gar nicht interessiert, Angaben in Prozent

Offliner interessieren sich am stärksten für die Themen „Krankenversorgung“, „Pensionen“ und „Sicherheit“ – sie geben zu jeweils mehr als 80% an, sich zumindest „ziemlich“ für diese Bereiche zu interessieren. Sporadische NutzerInnen interessieren sich mehrheitlich nur für die Themen „Bildung/Ausbildung“, „Sicherheit“, „Umwelt und Energie“ sowie „Krankenversorgung“. Zweck-UserInnen interessieren sich am stärksten für die Themen „Umwelt/Energie“, „Krankenversorgung“, „Pensionen“ und „Sicherheit“. Unter Kommunikations-UserInnen findet sich das stärkste Interesse für die Themen „Sicherheit“, „Arbeitsmarkt“ und „Bildung/Ausbildung“ – jeweils mehr als 70% geben dies an. Und schließlich die Allround-UserInnen: Diese zeigen sich gemeinsam mit den Offlinern als am stärksten politikinteressiert, insbesondere wenn es um „Bildung/Ausbildung“, „Arbeitsmarkt“ und „Sicherheit“ geht.

Wie aber informieren sich die jeweiligen Typen über diese Themen? Das genaue Informationsverhalten steht im Zentrum der vorliegenden Studie und soll nun einer genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Offliner informieren sich primär in den klassischen Medien „Fernsehen“ und „Zeitungen/Zeitschriften“. Auch das Radio dient bei den Themen „Pensionen“, „Krankenversorgung“, „Umwelt“, „Sicherheit“ und „Bundesheer“ jeweils jedeR vierten oder fünften OfflinerIn als wichtiges Informationsmedium.

Sporadische InternetnutzerInnen benützen das Internet zwar insgesamt am seltensten, wenn es um bestimmte Themen geht, informieren diese sich jedoch auch schon zu ca. einem Drittel im Internet. Dies betrifft die Themen „Bildung", „Arbeitsmarkt" und „Netzpolitik.

Zweck-UserInnen informieren sich bereits deutlich häufiger im Internet. Bei den Themen „Arbeitsmarkt", „Bildung", „Krankenversorgung", „Umwelt" und „Netzpolitik" informieren sich Zweck-UserInnen schon mehrheitlich im Internet und dies häufiger als in den traditionellen Medien.

Betrachtet man als Nächstes die Kommunikations-UserInnen, so informieren sich diese bei nahezu allen Themen schon am häufigsten im Internet. Die klassischen Medien sind in dieser Gruppe bereits durch das Internet als Hauptinformationsmedium abgelöst worden. Zwei Ausnahmen gibt es in Bezug auf die Themen „Einwanderung" und „Bundesheer": In diesen Themenbereichen halten sich die zumeist jüngeren Kommunikations-UserInnen etwas häufiger im Fernsehen auf dem Laufenden.

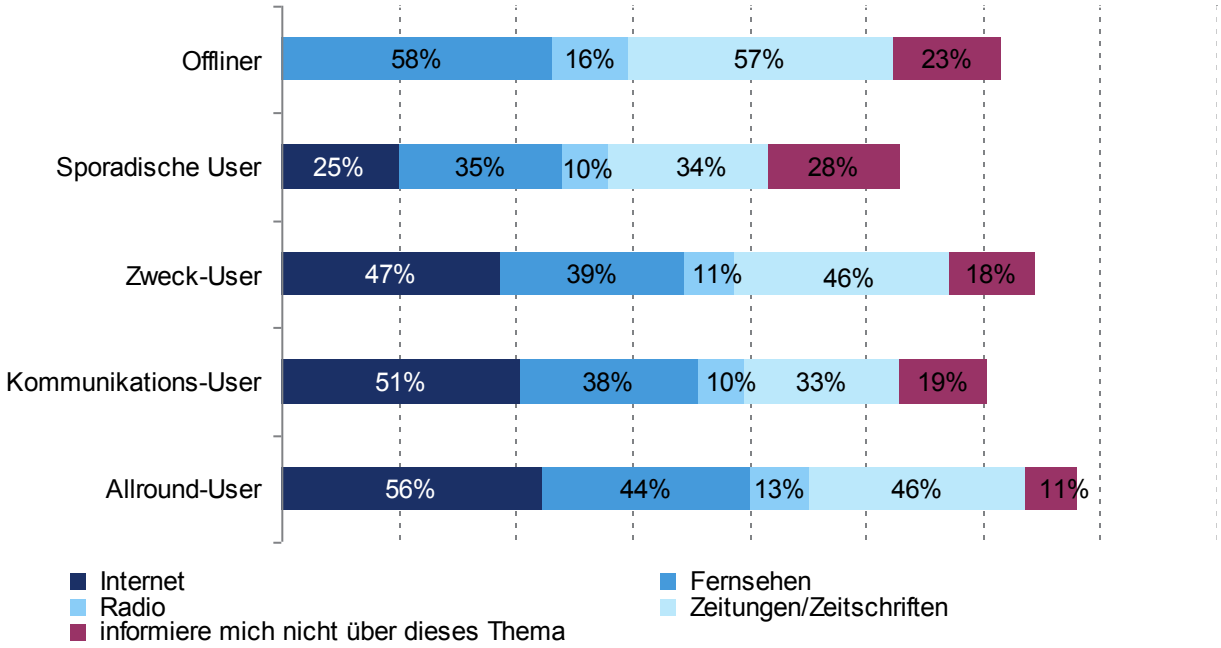
Die Allround-UserInnen sind in ihrem Internetnutzungsverhalten zwar den Kommunikations-UserInnen am ähnlichsten, gleichzeitig zeigt sich beim Informationsverhalten, dass Allround-UserInnen noch häufiger ohne Internet aufgewachsen sind und folglich öfter auf klassische Medien zurückgreifen. Nichtsdestotrotz informiert sich diese Gruppe auch schon bei 7 von 10 Themen am öftesten im Internet, einzig bei den Themen „Pensionen", „Einwanderung" und „Bundesheer" informieren sie sich etwas häufiger in den Printmedien.

Vergleicht man nun die Durchschnittswerte der einzelnen Typen – das heißt, wie häufig werden die einzelnen Medien im Durchschnitt als Informationsquelle genutzt – zeigen sich klare Ergebnisse hinsichtlich der unterschiedlichen Mediennutzung. Offliner und sporadische NutzerInnen geben im Schnitt am häufigsten an, sich nicht für einzelne Themen zu interessieren. In den beiden Gruppen dominieren nach wie vor die traditionellen Medien, allen voran das Fernsehen und Zeitungen/Zeitschriften.

Im Vergleich dazu nutzen Zweck-UserInnen im Schnitt schon zu 47% das Internet, um sich über diverse Themen am Laufenden zu halten. Das Internet ist also in dieser Gruppe durchschnittlich bereits das häufigste Informationsmedium, gemeinsam mit Zeitungen/Zeitschriften. In den beiden letzten Typen – den Kommunikations- und den Allround-UserInnen – hat das Internet die anderen Medien bereits als Hauptinformationsmedium abgelöst. Im Schnitt informiert sich jeweils mehr als die Hälfte der Befragten dieser beiden Gruppen im Internet über die abgefragten Themen. Die deskriptive Analyse lässt darüber hinaus einen starken Zusammenhang zwischen der Nutzung des Internets als Informationsmedium und der allgemeinen Information vermuten: Während jene Gruppen, die das Internet gar nicht oder nur sporadisch nutzen, im Durchschnitt

am häufigsten angeben, sich nicht über bestimmte Themen am Laufenden zu halten, sinkt dieser Anteil mit zunehmender Internetnutzung.

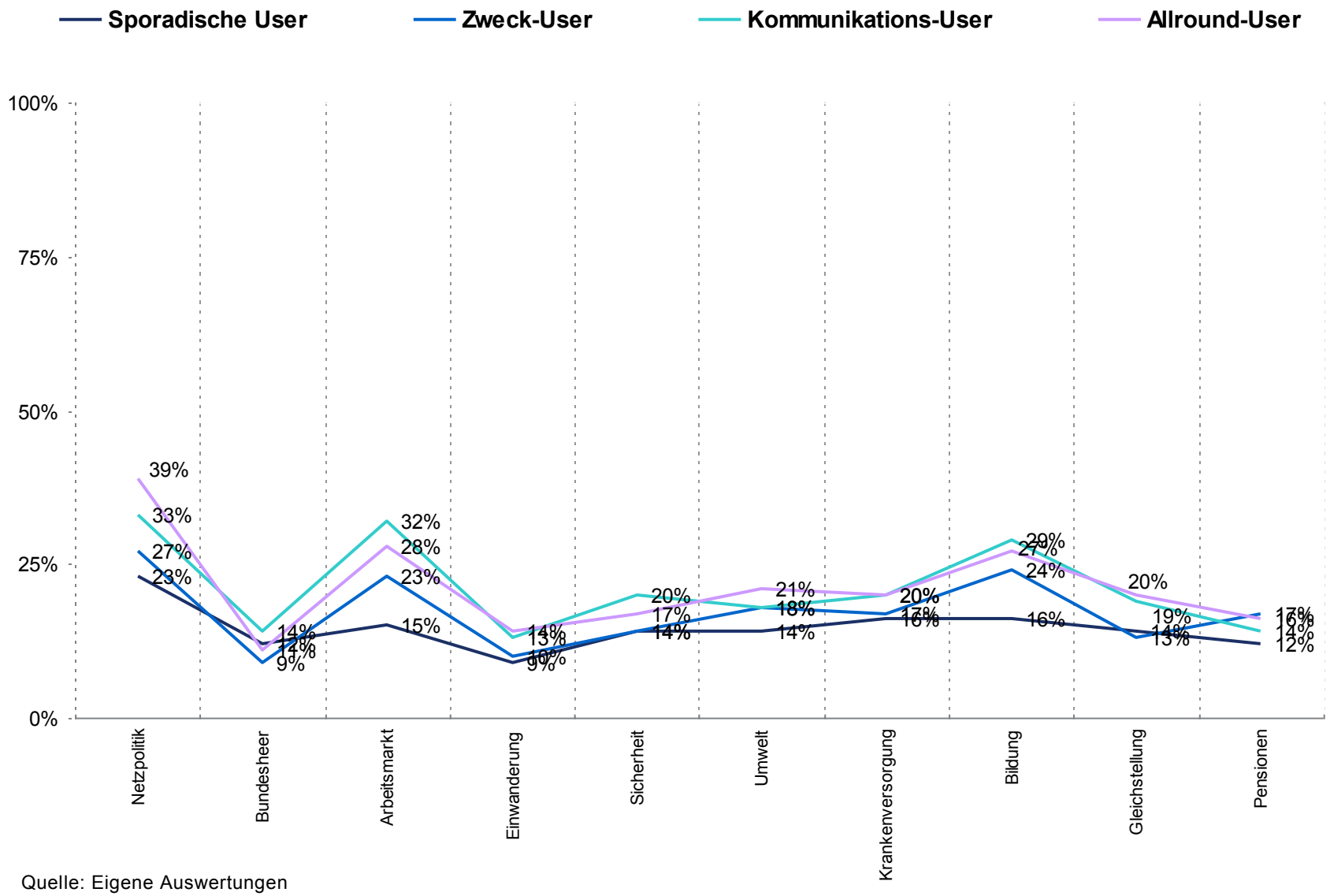
Abbildung 27: Durchschnittliche Nutzung der Informationsmedien



Quelle: Eigene Auswertungen

Abschließend soll noch jener Anteil an InternetnutzerInnen identifiziert werden, der sich über die unterschiedlichen Themen *nur* im Internet informiert. Betrachtet man zunächst die Themen, dient das Internet vor allem dann als primäre und einzige Informationsquelle, wenn es um Netzpolitik, aber auch Arbeitsmarkt und Bildung geht. Im Schnitt informieren sich rund ein Viertel aller Befragten und rund ein Drittel aller InternetnutzerInnen ausschließlich im Internet über Netzpolitik. Über die Themen Arbeitsmarkt und Bildung hält sich jede/r fünfte Befragte bzw. jede/r vierte InternetnutzerIn ausschließlich im Internet auf dem Laufenden. Differenziert man nach NutzerInnentypen, so sind es die Kommunikations-UserInnen und die Allround-UserInnen, die sich am häufigsten nur mehr online informiert halten, insbesondere zu den genannten drei Themen: „Netzpolitik“, „Arbeitsmarkt“ und „Bildung“.

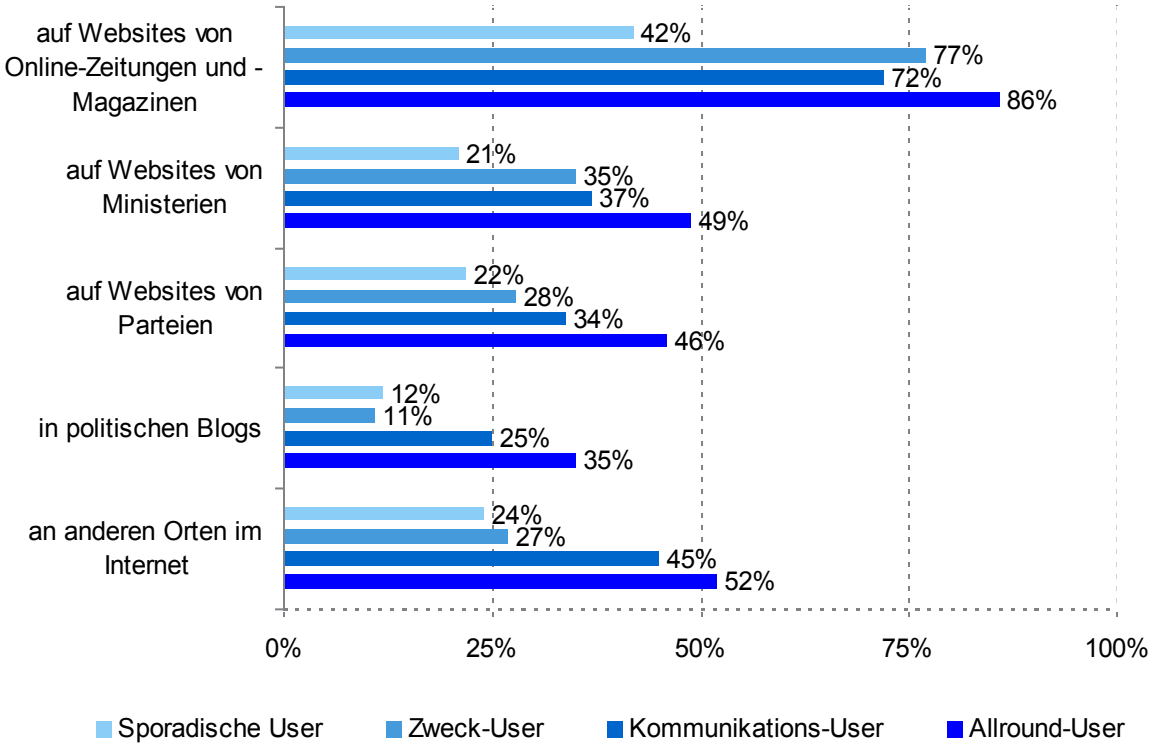
Abbildung 28: Anteil an UserInnen, der sich über ein Thema ausschließlich über das Internet informiert



Quelle: Eigene Auswertungen

Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Informationsverhalten steht die Frage, auf welchen Webseiten sich die InternetnutzerInnen informieren. Hauptonlinemedium sind dabei Websites von Online-Zeitungen und Magazinen. Sporadische UserInnen, die sich generell am seltensten online informieren, steuern zu 42% Online-Zeitungen und Magazine an, rund jede/r Fünfte informiert sich auf Websites von Ministerien und Parteien. Am seltensten – quer durch alle Gruppen – werden politische Blogs gelesen. In allen anderen drei Typen liegt der Anteil jener, die Online-Zeitungen und -Magazine lesen, über 70%, unter Allround-UserInnen sogar bei 86%. Websites von Ministerien werden von ca. gleich vielen Zweck-UserInnen wie Kommunikations-UserInnen angesteuert; Websites von Parteien und politische Blogs jeweils von Zweck-UserInnen seltener als von Kommunikations-UserInnen und am häufigsten von Allround-UserInnen.

Abbildung 29: Websites zur politischen Information (Schon einmal genutzt)



Quelle: Eigene Auswertungen

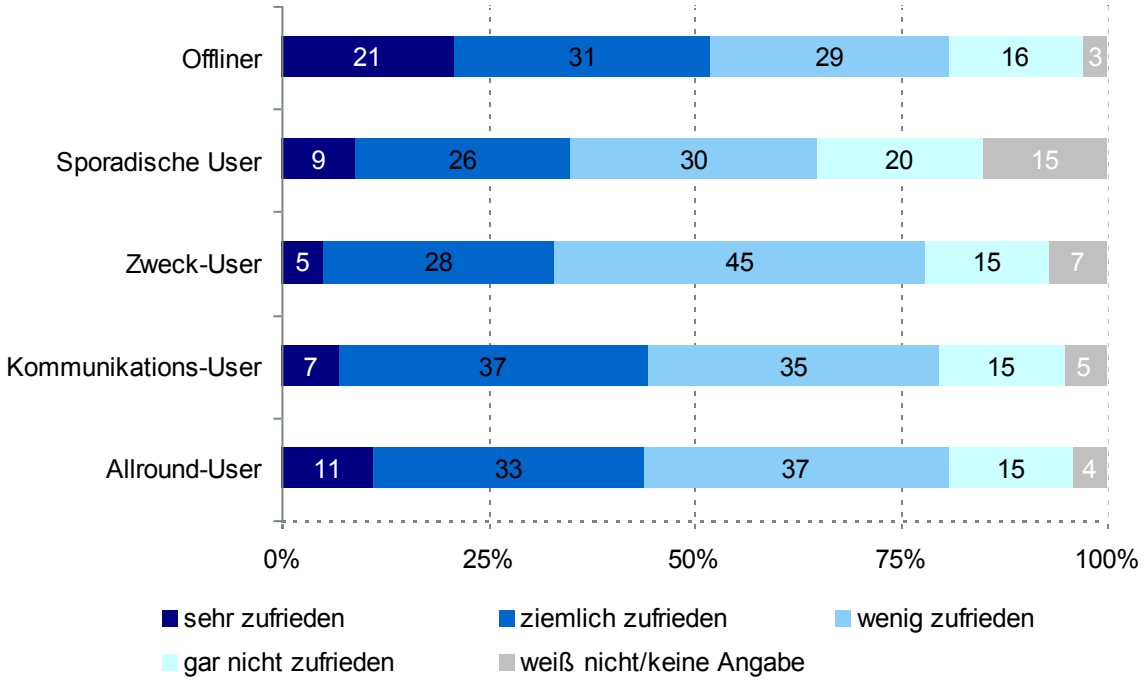
Im Zusammenhang mit dem Informationsverhalten zu politischen Themen kann auch die Frage gestellt werden, ob es den Befragten wichtig wäre, dass mehr Informationen als bisher über Abläufe in der Regierung und in der Verwaltung im Internet zugänglich gemacht werden. Der hohe Anteil an Befragten, die das für sehr oder ziemlich wichtig halten (80%), beweist, dass diesbezüglich ein großer

Wunsch besteht. Die Spannbreite zwischen den einzelnen Gruppen liegt dabei zwischen 59% der Offliner, die das immerhin für zumindest ziemlich wichtig halten und 92% der Allround-UserInnen. Quer durch alle Gruppen betrachtet, hielten das aber jeweils deutlich mehr Befragte für wichtig als nicht wichtig.

7.4.3 Politische Mitsprache

Offliner geben mehrheitlich an, mit ihren politischen Mitsprachemöglichkeiten zufrieden zu sein; sie sind damit auch die Zufriedensten. Alle anderen Internetnutzungstypen sind dagegen zur Hälfte oder mehrheitlich unzufrieden mit ihren politischen Mitsprachemöglichkeiten. Am stärksten trifft dies auf Zweck-UserInnen zu: In Summe sind 59% wenig oder gar nicht zufrieden. Unter sporadischen, Kommunikations- und Allround-UserInnen liegt der Anteil an Unzufriedenen jeweils zwischen 50 und 52%.

Abbildung 30: Zufriedenheit mit politischen Mitsprachemöglichkeiten

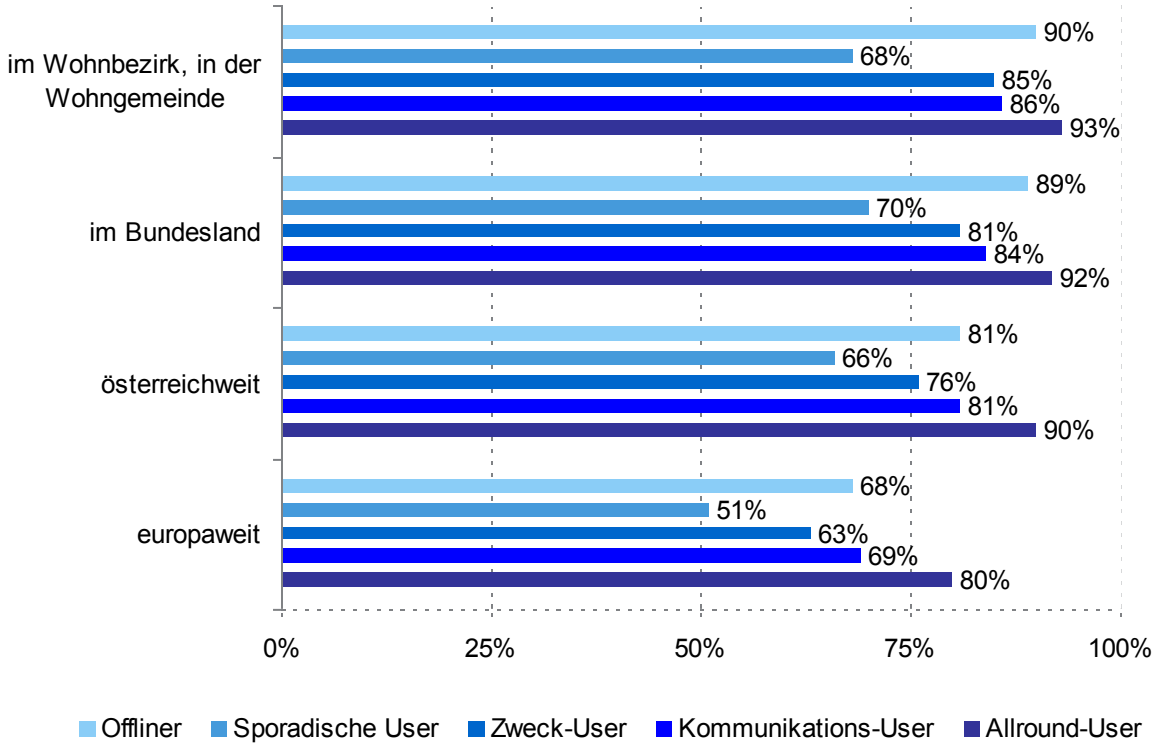


Quelle: Eigene Auswertungen

In welchen Bereichen hätten die Befragten gerne politische Mitsprachemöglichkeiten bzw. auf welchen Ebenen ist es ihnen besonders wichtig? Zunächst fällt auf, dass allen Gruppen die politische Mitsprachemöglichkeit auf allen Ebenen mehrheitlich wichtig ist. Die Mitsprachemöglichkeit auf EU-Ebene ist den Befragten jedoch am seltensten

wichtig, vor allem sporadische UserInnen sagen nur zu 51%, dass ihnen dies sehr oder ziemlich wichtig sei.

Abbildung 31: Wichtigkeit politischer Mitsprachemöglichkeiten (sehr/ziemlich wichtig)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Sehr wichtig, 2 Ziemlich wichtig, 3 Wenig wichtig, 4 Gar nicht wichtig

Im Zusammenhang mit den politischen Mitsprachemöglichkeiten ist es weiters interessant zu erfahren, welche Gruppen an Beteiligungsverfahren tatsächlich teilnehmen. In den Zeitraum dieser Befragung fiel die Volksbefragung über die Wehrpflicht oder ein Berufsheer. Allround-UserInnen geben am häufigsten (75%) an, daran teilgenommen zu haben, gefolgt von den Zweck-UserInnen (70%) und Offlinern (66%). Am seltensten abgestimmt haben die jüngeren Kommunikations-UserInnen (61%) und die sporadischen NutzerInnen (59%).

Auf die Frage, ob sie daran teilgenommen hätten, wenn eine Stimmabgabe über das Internet möglich gewesen wäre, fallen vor allem die Zweck-UserInnen auf: Diese antworten zu 50% mit „sicher“, nur 19% sagen umgekehrt „sicher nicht“. Zweck-UserInnen, die das Internet mittlerweile zwar auch schon fast täglich nutzen, allerdings weniger für Kommunikationszwecke und Medienkonsum, sondern eher für die Erledigung von bestimmten Dingen und Abläufen, würden durch Onlinewahlverfahren somit am stärksten angesprochen. Am wenigsten

teilnahmebereit zeigen sich (nach den Offlinern) die sporadischen NutzerInnen – nur 12% sagen, sie hätten sicher über das Internet an der Volksbefragung teilgenommen, 42% schließen es kategorisch aus. Interessant sind auch die Kommunikations-UserInnen, die im Vergleich zu den anderen Gruppen ebenfalls seltener an der Volksbefragung teilgenommen haben. So stark diese mittlerweile online präsent sind, so skeptisch sind sie jedoch gegenüber offiziellen Wegen der politischen Mitsprachemöglichkeit per Internet: Nur 28% sagen, sie hätten dann „sicher“ an der Volksbefragung teilgenommen, wenn die Stimmabgabe online möglich gewesen wäre.

7.4.4 Politikverständnis

Im Rahmen der Befragung wurde das Politikverständnis der Befragten thematisiert. Items, wie „Politik ist notwendig, um gesellschaftliche Konflikte zu lösen“ oder „Politik ist ein Weg, um eine bessere Welt zu schaffen“, stehen dabei für ein positives Politikverständnis. Items, wie „Politik bedeutet leere Versprechungen“ oder „Politik kümmert sich nicht um Dinge, die für Leute wie mich wichtig sind“, stehen umgekehrt für ein negatives Politikverständnis. Zu beiden Dimensionen wurde jeweils ein Index gebildet, der Mittelwertvergleich deutet bereits auf erste Unterschiede zwischen den NutzerInnentypen hin: Offliner haben demnach am ehesten ein positives Politikverständnis, gefolgt von Allround-UserInnen und sporadischen UserInnen. Kommunikations-UserInnen - und insbesondere Zweck-UserInnen - haben umgekehrt am seltensten ein positives Politikverständnis. Sieht man sich das negative Politikverständnis an, ergeben sich scheinbar Widersprüche, die durch die Analyse der Einzelitems jedoch erklärt werden können. Erneut scheinen Offliner gemeinsam mit Kommunikations-UserInnen ein leicht negativeres Politikverständnis zu haben, gefolgt von Zweck-UserInnen, sporadischen UserInnen und Allround-UserInnen.

Tabelle 11: Politikverständnis[16]

	Positives Politik-verständnis[17]	Negatives Politik-verständnis[18]
Offliner	1,78	1,85
Sporadische User	1,97	1,99
Zweck-User	2,29	1,93
Kommunikations-User	2,02	1,89
Allround-User	1,84	2,10

Quelle: Eigene Auswertungen, standardisierter Summenindex. Je niedriger der Indexwert, desto eher trifft die abgefragte Dimension zu: Hat eine Gruppe im Index „Positives Politikverständnis“ z.B. einen Indexwert von 1,5 und eine weitere Gruppe einen Indexwert von 2,5, so trifft die Dimension stärker auf die erste Gruppe zu.

Die Analyse der Einzelitems verdeutlicht das Politikverständnis der verschiedenen Gruppen, wobei zwischen einem allgemeinen Politikverständnis und einem parteipolitisch geprägten Politikbegriff unterschieden werden kann. Interessant erscheint die Einstellung zur politischen Partizipation via Wahlen: Während für 70% der älteren Offliner und immer noch mehr als die Hälfte der sporadischen und Allround-UserInnen Politik auch bedeutet, an Wahlen teilzunehmen, sagen das die tendenziell weniger politisch interessierten und motivierten Zweck-UserInnen nur mehr zu 37%. Unter den jungen Kommunikations-UserInnen sind es ebenfalls lediglich 40%.

Um bei den Zweck-UserInnen zu bleiben: Diese haben sich in der Analyse bisher als wenig interessiert und informiert gezeigt. In der Frage der politischen Einstellungen stimmen im Schnitt deutlich weniger Zweck-UserInnen den einzelnen Aussagen zu. Am seltensten teilen sie die Meinung, wonach Politik ein Weg sei, um eine bessere Welt zu schaffen, dass sie notwendig sei, um gesellschaftliche Konflikte zu lösen und dass BürgerInnen bei wichtigen Themen mitentscheiden können. Am häufigsten - und zwar zu 49% - sagen sie, dass PolitikerInnen sich nicht gerne auf die Finger schauen lassen. Diese Einstellung teilen sie mit den Kommunikations-UserInnen: Diese tendenziell jüngeren Befragten – viele davon sind noch in Ausbildung – ähneln in ihrem Politikverständnis den Zweck-UserInnen, insofern sie weniger der Ansicht sind, dass Politik bedeuten würde, an Wahlen teilzunehmen. Allerdings informieren sich

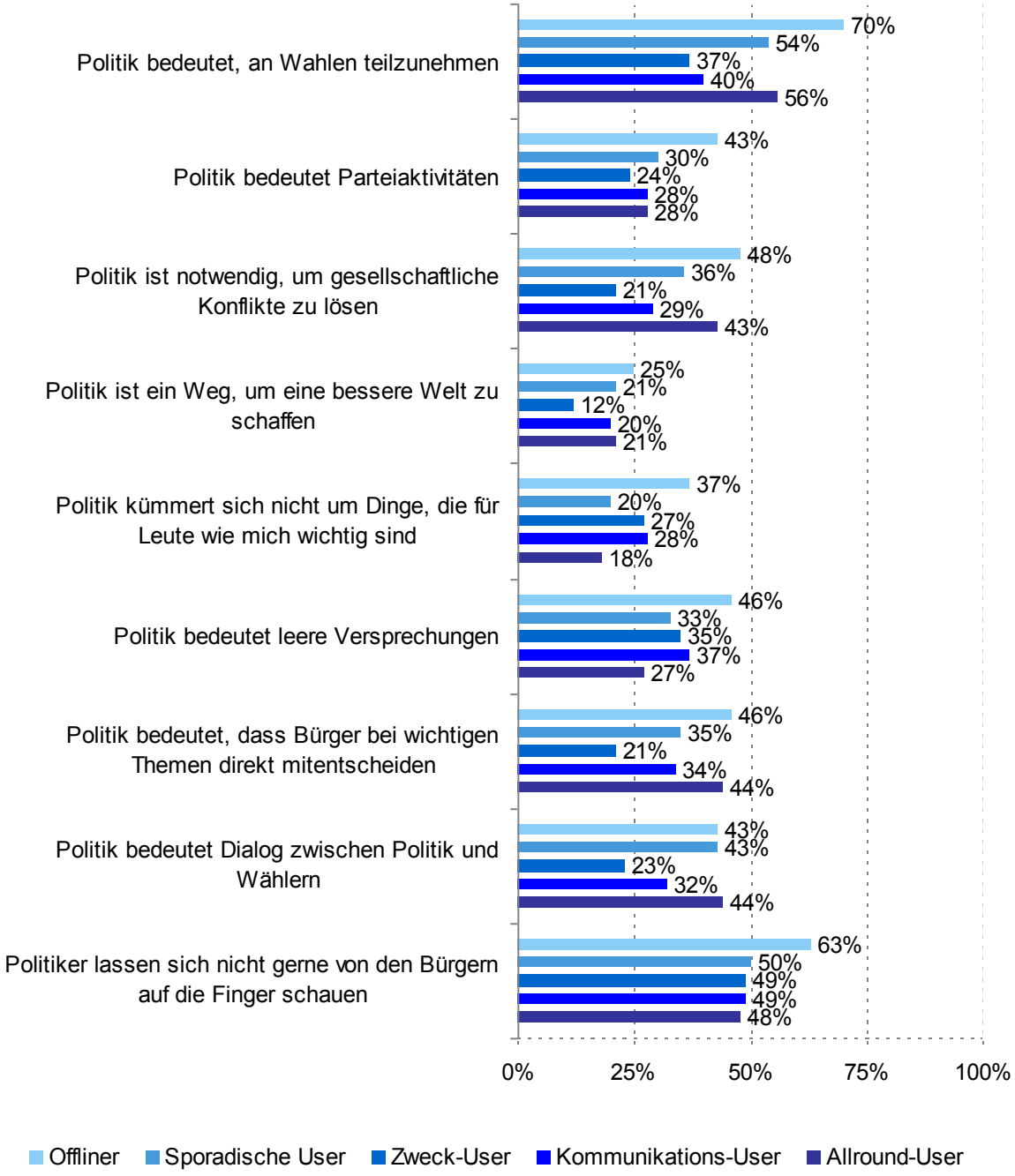
[17] Positives Politikverständnis: "Politik bedeutet Dialog zwischen Politik und Wählern", "Politik ist notwendig, um gesellschaftliche Konflikte zu lösen", "Politik bedeutet, dass Bürger bei wichtigen Themen direkt mitentscheiden", "Politik ist ein Weg, um eine bessere Welt zu schaffen","Politik bedeutet, an Wahlen teilzunehmen"

[18] Negatives Politikverständnis: "Politik bedeutet leere Versprechungen", "Politik kümmert sich nicht um Dinge, die für Leute wie mich wichtig sind", "Politiker lassen sich nicht gerne von den Bürgern auf die Finger schauen"

Kommunikations-UserInnen insgesamt mehr – zumeist über das Internet – und haben auch ein stärkeres Bedürfnis nach Mitbestimmung.

Das Bild einer jungen, politisch desinteressierten, digitalen Jugend, die sich häufig im Internet aufhält, kann in Bezug auf das politische Interesse bestätigt werden: Zwar zeigen die politischen Einstellungsfragen, dass die jungen Kommunikations-UserInnen kein übermäßig positives Politikverständnis aufweisen – nur 20% stimmen z.B. sehr zu, dass Politik ein Weg sei, um eine bessere Welt zu schaffen – dennoch interessieren sie sich für Politik und nutzen das Internet, um sich über politische Themen zu informieren.

Abbildung 32: Politikverständnis – (Stimme sehr zu)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Stimme sehr zu, 2 Stimme ziemlich zu, 3 Stimme wenig zu, 4 Stimme gar nicht zu

7.4.5 Politische Partizipation und direkte Demokratie

Das Item „Politik bedeutet, an Wahlen teilzunehmen“ hat sich in der obigen Analyse als eines jener Items erwiesen, das sich in der Zustimmung zwischen den einzelnen Gruppen am stärksten unterscheidet: Für Offliner prägt die Teilnahme an

Wahlen nach wie vor am stärksten das Verständnis von Politik, dasselbe gilt für sporadische UserInnen und Allround-UserInnen, während die tendenziell weniger politisch interessierten Zweck-UserInnen, aber auch die jüngeren Kommunikations-UserInnen, ein etwas anderes, nicht mehr so stark an Wahlen geknüpftes Politikverständnis an den Tag legen. Dennoch zeigt sich – und hat sich auch in der Frage der Beteiligung an der Volksabstimmung (S.120) gezeigt – dass quer durch alle Gruppen ein nach wie vor hohes Maß an Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen, vorhanden ist. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Dimensionen der politischen Beteiligungsintention abgefragt.

Tabelle 12: Politische Beteiligungsintention

	Partizipation im Internet	Idealismus	Direkte Demokratie
Offliner	2,21	1,94	2,31
Sporadische User	1,95	1,81	2,21
Zweck-User	2,03	1,84	1,97
Kommunikations-User	1,75	1,82	1,81
Allround-User	1,73	1,60	1,97

Quelle: Eigene Auswertungen, standardisierter Summenindex. Je niedriger der Indexwert, desto eher trifft die abgefragte Dimension zu: Hat eine Gruppe im Index „Positives Politikverständnis“ z.B. einen Indexwert von 1,5 und eine weitere Gruppe einen Indexwert von 2,5, so trifft die Dimension stärker auf die erste Gruppe zu.

Partizipation im Internet

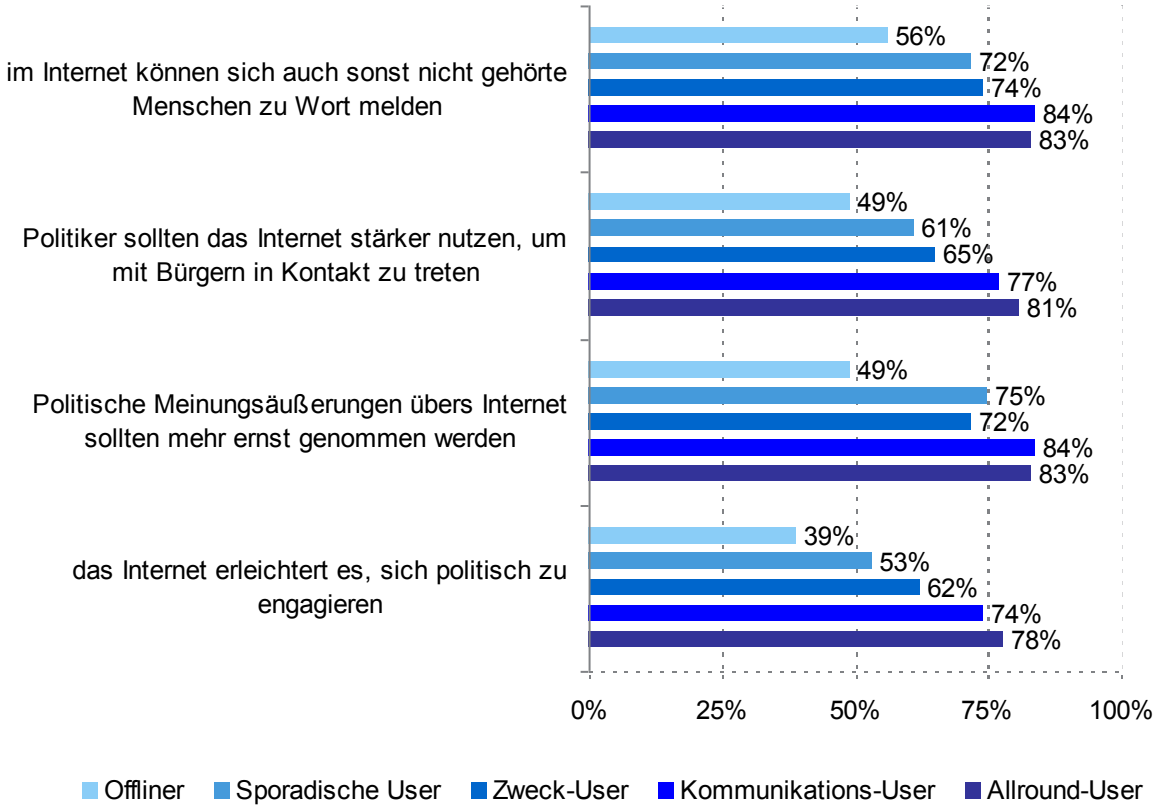
Dieser Index beschreibt das Ausmaß, in dem die Befragten das Internet als neue Möglichkeit der politischen Beteiligung bzw. des Dialogs zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen begreifen. Der Index bildet sich aus dem Ausmaß der Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussagen:

- „Im Internet können sich auch sonst nicht gehörte Menschen zu Wort melden.“
- „Politiker sollten das Internet stärker nutzen, um mit Bürgern in Kontakt zu treten.“
- „Politische Meinungsäußerungen übers Internet sollten mehr ernst genommen werden.“
- „Das Internet erleichtert es, sich politisch zu engagieren.“

Der Vergleich der Mittelwerte zeigt, dass Offliner – wenig überraschend – am wenigsten mit den neuen Möglichkeiten, die das Internet für die politische Kommunikation und den politischen Prozess mit sich bringt, anfangen können. Sporadische UserInnen und Zweck-UserInnen stimmen den Aussagen - nach den Offlinern – am seltensten zu, wobei die Zustimmungsraten gesamt gesehen bei allen vier Items sehr hoch liegen. Insgesamt scheint ein linearer Zusammenhang zwischen der Intensität der Internetnutzung und der Zustimmung zu den Aussagen zu Internet und politischer Beteiligung zu bestehen: Kommunikations-UserInnen

und Allround-UserInnen formulieren deutlich am öftesten den Wunsch, dass PolitikerInnen häufiger das Internet zum Dialog mit den BürgerInnen wählen sollten, dass politische Meinungsäußerungen übers Internet mehr ernst genommen werden sollen, und gleichzeitig erkennen sie im Internet am öftesten die Chance, dass sich auch sonst nicht gehörte Menschen zu Wort melden und sich so politisch beteiligen können.

Abbildung 33: Politische Partizipation – Internet (Stimme sehr/ziemlich zu)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Stimme sehr zu, 2 Stimme ziemlich zu, 3 Stimme wenig zu, 4 Stimme gar nicht zu

Idealismus

Der zweite Index „Idealismus“ beschreibt eine grundsätzlich positive Einstellung zur Partizipation bzw. Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen und besteht aus den beiden Items:

- „Es ist wichtig, seinen Beitrag zur Verbesserung der Welt zu leisten.“
- „Auch wenn ich nichts ändern kann, ist es wichtig, es wenigstens zu versuchen.“

Mit Ausnahme der Allround-UserInnen zeigen sich in den restlichen vier Typen keine nennenswerten Unterschiede im Vergleich der Mittelwerte. Allround-UserInnen stimmen den beiden Aussagen noch etwas häufiger zu, Offliner insgesamt am seltensten. Grundsätzlich aber gibt es nur wenige – unabhängig von den Typen – die dem Beitrag zur Verbesserung der Welt und dem Versuch, Änderung herbeizuführen, eine klare Absage erteilen. Jeweils zwischen 6 und 13% halten es für nicht wichtig, einen Beitrag zur Verbesserung zur Welt zu leisten – unter Allround-UserInnen sind es nur 6%. Jeweils zwischen 3 und 11% stimmen der Aussage „Auch wenn ich nichts ändern kann, ist es wichtig, es wenigstens zu versuchen“ nicht zu, auch hier fallen die Allround-UserInnen positiv auf (3% „stimmen gar nicht zu), während Offliner dieser Aussage zu 11 % nicht zustimmen.

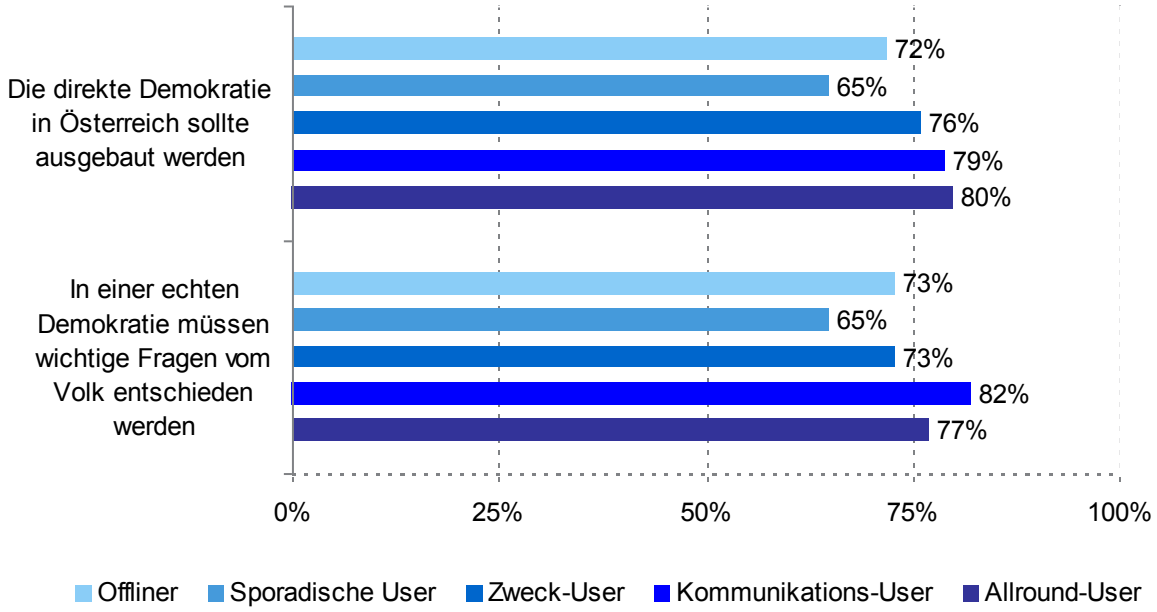
Direkte Demokratie

Der letzte und dritte Index beschreibt die Einstellung der Befragten zur direkten Demokratie. Er besteht aus den Einzelitems:

- „In einer echten Demokratie müssen wichtige Fragen vom Volk entschieden werden.“
- „Die direkte Demokratie in Österreich sollte ausgebaut werden.“

Wie schon zuvor anhand der konkreten Möglichkeit, sich über das Internet politisch zu beteiligen, zeigen sich sporadische UserInnen tendenziell am wenigsten überzeugt von Formen der direkten politischen Mitsprache, während Kommunikations- und Allround-UserInnen der direkten Demokratie am offensten gegenüber stehen.

Abbildung 34: Politische Partizipation – Direkte Demokratie (stimme sehr/ziemlich zu)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Stimme sehr zu, 2 Stimme ziemlich zu, 3 Stimme wenig zu, 4 Stimme gar nicht zu

In welcher Form sich die einzelnen Gruppen in der Vergangenheit politisch aktiv gezeigt haben, soll das nächste Kapitel klären.

7.4.6 Politische Partizipation in der Vergangenheit

Wie oben bereits angeführt, bedeutet Politik für Offliner am stärksten, sich via Wahlen am politischen Prozess zu beteiligen. Das spiegelt sich auch in der Frage der tatsächlichen politischen Partizipation wider: Nur 3% der Offliner geben an, noch nie in ihrem Leben gewählt zu haben. Der Anteil an Wählerinnen liegt weiters hoch in der sehr politikinteressierten Gruppe der Allround-UserInnen sowie unter Zweck-UserInnen. Am niedrigsten liegt er hingegen bei sporadischen und Kommunikations-UserInnen – jede/r vierte Kommunikations-User/in gibt an, noch nicht an Wahlen teilgenommen zu haben. Bei Letzteren kann auch ein Alterseffekt vermutet werden, da KommunikationsUserInnen deutlich jünger sind als etwa Offliner und sich folglich bisher seltener an Wahlen beteiligen konnten. Ähnliche Unterschiede zeigen sich in der Frage der Teilnahme an Volksabstimmungen, Volksbegehren oder Volksbefragungen. Insgesamt liegen die Beteiligungsraten an politischen Partizipationsformen abseits von Wahlen unter den Allround-UserInnen am höchsten. 58% der Allround-UserInnen geben an, öffentliche Veranstaltungen zu einem politischen Thema besucht zu haben, ein Drittel gibt dies zu lokalen

Bürgerbeteiligungen an, 28% berichten von Engagement für NGOs und 23% sagen, sie hätten sich in einer Partei engagiert. Die Werte liegen in den anderen Gruppen jeweils deutlich niedriger. Sporadische NutzerInnen sind am wenigsten politisch aktiv. Am ehesten haben sie an Volksabstimmungen, Volksbegehren oder Volksbefragungen teilgenommen oder eine öffentliche Veranstaltung besucht. Beachtet man einen möglichen Alterseffekt, was das aktive Wahlrecht angeht, sind Kommunikations-UserInnen insgesamt etwas engagierter als die tendenziell älteren sporadischen User.

Tabelle 13: Politische Beteiligungsformen in der Vergangenheit

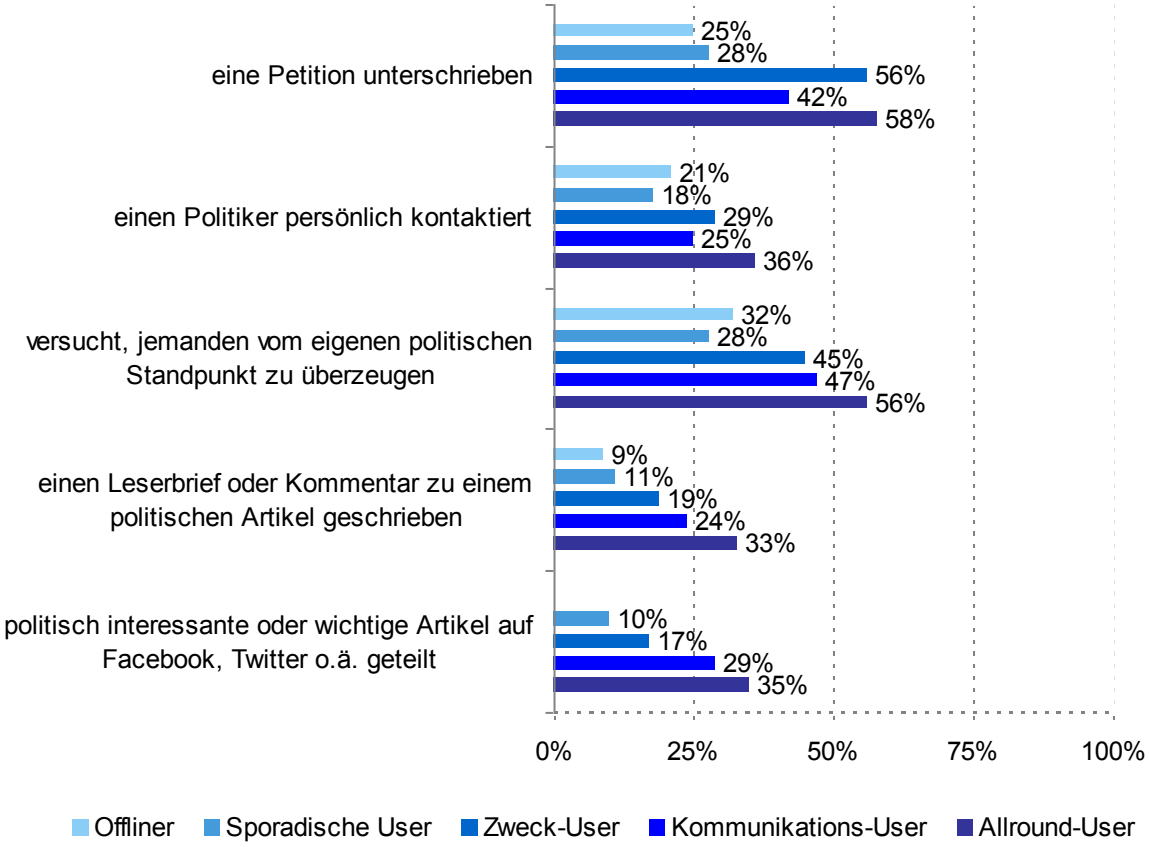
	Offliner	Sporadische User	Zweck-User	Kommunikations-User	Allround-User
an Wahlen teilgenommen	97	79	88	74	91
Volksabstimmungen, Volksbegehren, Volksbefragungen	85	70	83	74	87
lokale Bürgerbeteiligung	16	14	24	21	33
für NGO gearbeitet	8	11	14	15	28
öff. Veranstaltung besucht	40	32	47	40	58
in Wahlkampf mitgearbeitet	7	5	13	9	17
sich in Partei engagiert	6	9	17	9	23

Quelle: Eigene Auswertungen, Angaben in Prozent

Neben diesen Formen des politischen Engagements wurden weitere, eher informelle bzw. performative Aktivitäten abgefragt, wie z.B. das Unterschreiben einer Petition oder das Verfassen eines Leserbriefes. Dabei war nicht nur von Interesse, ob der/die Befragte die jeweilige Aktivität schon einmal ausgeführt hat, sondern auch, ob dies offline oder online passiert ist.

Insgesamt am häufigsten haben die Befragten in der Vergangenheit versucht, jemanden vom eigenen politischen Standpunkt zu überzeugen. Deutlich am häufigsten – nämlich zu 56% - geben Allround-UserInnen an, in der Vergangenheit versucht zu haben, jemanden vom eigenen politischen Standpunkt zu überzeugen. Zweck-UserInnen geben das zu 45% an, Kommunikations-UserInnen zu 47%. Interessant ist, dass Offliner dies zu 32% anführen, sporadische NutzerInnen zu 28%. Diese beiden Gruppen haben das im Vergleich zu den anderen drei NutzerInnengruppen deutlich seltener gemacht.

Abbildung 35: Politische Aktivitäten – Schon einmal getan



Quelle: Eigene Auswertungen

Besonders interessant für diese Studie ist die Frage, welche Rolle das Internet bei solch informeller politischer Beteiligung spielt. Wie in Tabelle 14 zu sehen ist, zeigt das Gesamtbild eine große Bedeutung des Internet bei informeller oder performativer politischer Beteiligung, die auf eine ergänzende Rolle des Internets hindeutet: Selbst unter den internet-affineren Typen der Kommunikations- und Allround-UserInnen gibt es nur wenige, die ausschließlich online tätig werden und ausschließliche Offline-Betätigung ist insgesamt häufiger. Gewisse Ausnahmen sind im Fall von Petitionen zu erkennen, wo Kommunikations-UserInnen etwa gleich häufig ausschließlich online, wie ausschließlich offline aktiv werden, wobei Personen, die dies online und offline tun, leicht in der Mehrzahl sind. Im Fall von Leserbriefen und Kommentaren sind insgesamt die größten Anteile von Personen zu sehen, die ausschließlich online tätig werden, unter Kommunikations-, Allround-UserInnen und sogar bei den Zweck UserInnen. Sporadische UserInnen bevorzugen es in allen Fällen, offline aktiv zu werden. Das Teilen von politisch interessanten oder wichtigen Artikeln - z.B. in Twitter oder über Facebook - ist ausschließlich über das Netz möglich, weshalb es hier auch Offliner gibt, die aktiv werden. Für die Typen der InternetnutzerInnen zeigt sich: Je intensiver das Netz genutzt wird, desto eher nutzt man auch soziale Medien politisch.

Tabelle 14: Politische Aktivitäten – online und offline

	Insgesamt getan	Nur offline	on- und offline	Nur online	Weiß nicht/K.A.
Petition unterschrieben					
Sporadische User	*28*	20	6	1	0
Zweck-User	*56*	28	15	11	1
Kommunikations-User	*42*	15	17	11	0
Allround-User	*58*	22	27	9	1
Politiker kontaktiert					
Sporadische User	*18*	14	2	2	0
Zweck-User	*29*	14	6	7	2
Kommunikations-User	*25*	11	6	7	1
Allround-User	*36*	15	14	6	1
Überzeugungsarbeit					
Sporadische User	*28*	19	4	4	2
Zweck-User	*45*	38	4	2	1
Kommunikations-User	*47*	28	15	2	2
Allround-User	*56*	31	22	2	1
Leserbrief oder Kommentar					
Sporadische User	*11*	7	2	2	0
Zweck-User	*19*	4	6	7	1
Kommunikations-User	*24*	7	7	9	0
Allround-User	*33*	8	14	10	1

Quelle: Eigene Auswertungen, Angaben in Prozent

7.4.7 Demokratiebewusstsein

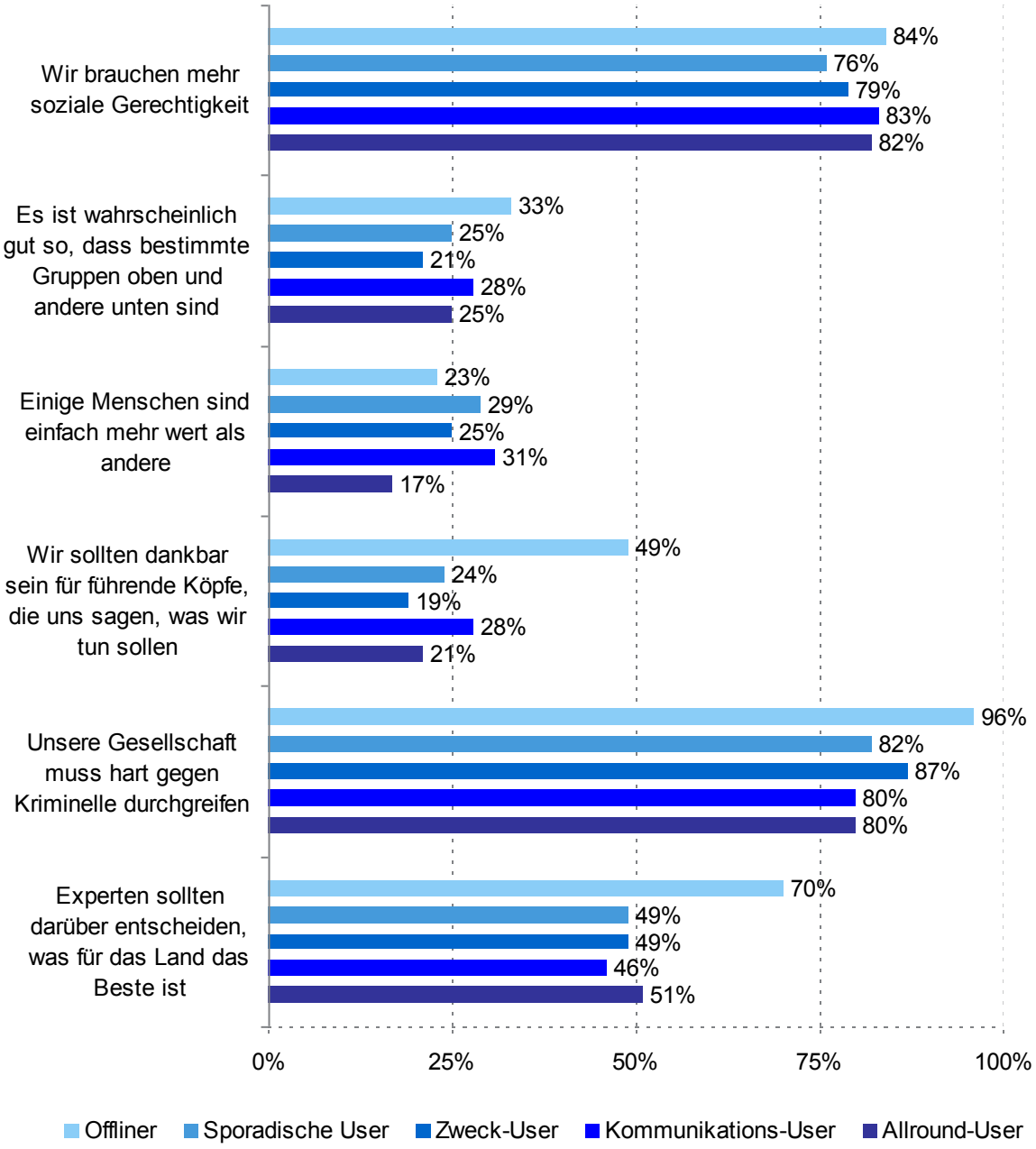
Die Zustimmung zu autoritären Regierungsformen kann als Negation von Demokratie und demokratischen Prozessen verstanden werden. Autoritäre Einstellungen formulieren sich dabei nicht mehr nur über „klassische“ Vorstellungen von autoritären Alternativen, wie „starker Führer“ oder „Militärregierung“, sondern z.B. auch in positiven Einstellungen gegenüber Expertenregierungen und sozialer Dominanzorientierung (das Rechtfertigen sozialer Ungleichheit oder eines härteren Umgangs mit Kriminellen).

Der Aussage „Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit“ stimmen Offliner, Kommunikations- und Allround-UserInnen am stärksten zu, jeweils mehr als 80% wünschen sich eine sozial gerechtere Gesellschaft. Am seltensten sehen sporadische NutzerInnen dies genauso.

Während Offliner sich in dieser Frage noch als aufgeschlossener gegenüber mehr sozialer Gerechtigkeit zeigen, erweisen sie sich in den anderen Einstellungen im Vergleich zu den vier NutzerInnentypen als deutlich autoritärer. Dass es wahrscheinlich gut so sei, dass bestimmte Gruppen oben und andere unten seien in der Gesellschaft, glauben 33% der Offliner, unter den InternetnutzerInnen sagen Kommunikations-UserInnen dies am häufigsten (28%). Dass einige Menschen mehr wert seien als andere, meinen Offliner hingegen nicht häufiger, denn nur 23% stimmen dieser Aussage zu. Am stärksten – jeweils rund 30% - glauben dies sporadische NutzerInnen und Kommunikations-UserInnen.

Wieder deutlichere Unterschiede zwischen Offlinern und den restlichen Gruppen ergeben sich bei den Aussagen „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen“ und „Experten sollten darüber entscheiden, was für das Land das Beste ist“: Bei 70% der Offliner findet eine Expertenregierung Zustimmung, das sind um ca. 30 Prozentpunkte mehr als in jeder der vier anderen NutzerInnentypen. Die Hälfte der Offliner gibt darüber hinaus an, dass „Wir dankbar für führende Köpfe sein sollten, die uns sagen, was wir tun sollen“, das sind z.B. mehr als doppelt so viele Befragte wie in der Gruppe der sporadischen UserInnen. Geht es darum, ob die Gesellschaft hart gegen Kriminelle durchgreifen soll, stimmen 96% und damit fast alle Offliner zu, wobei die Zustimmungsrate auch in den anderen Gruppen mit 80% und mehr sehr hoch liegt.

Abbildung 36: Demokratiebewusstsein (trifft sehr/ziemlich zu)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Trifft sehr zu, 2 Trifft ziemlich zu, 3 Trifft wenig zu, 4 Trifft gar nicht zu

Offliner zeigen sich in ihren Einstellungen also autoritärer und demokratiekritischer, wogegen die Gruppen der InternetnutzerInnen solchen Aussagen weniger stark zustimmen. Wie in Abschnitt 7.5 dargelegt wird, ist zu vermuten, dass das Alter der Befragten, welches auch mit Internetnutzung zusammenhängt, hier mehr eine Rolle spielt, als Internet-Nutzung selbst. Es dürfte sich bei den Unterschieden zwischen den NutzerInnen und NichtnutzerInnen eher um einen Unterschied

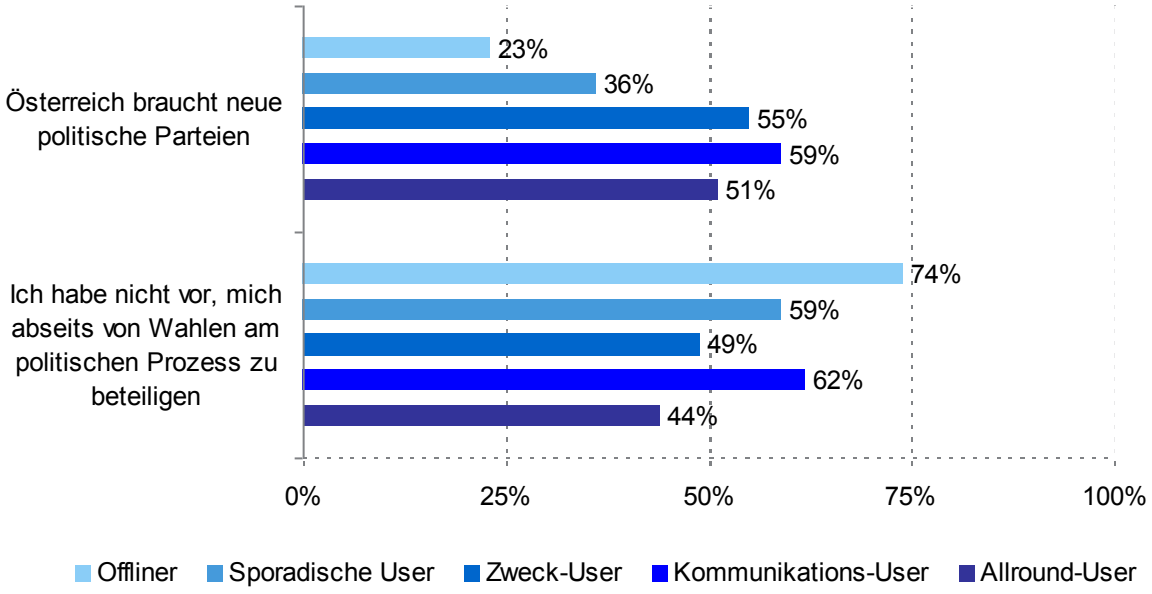
zwischen Generationen handeln als um einen Unterschied, der auf den Einfluss des Internet zurückzuführen ist.

7.4.8 Parteipräferenz und Wahlverhalten

Insgesamt 45%, also etwas weniger als die Hälfte aller Befragten, stimmen der Aussage, Österreich brauche neue politische Parteien, zu. Im Gruppenvergleich sind insbesondere Zweck-UserInnen, Kommunikations-UserInnen und Allround-UserInnen dieser Meinung. Im Zusammenhang damit wurde ebenso abgefragt, wie die zukünftige Bedeutung neuer Parteien, wie z.B. der Piratenpartei, eingeschätzt wird. Hier zeigt sich eine Übereinstimmung: Offliner und sporadische NutzerInnen, jene beiden Gruppen, die der Aussage „Österreich braucht neue politische Parteien“ am wenigsten zugestimmt haben, glauben auch am seltensten, dass die Bedeutung von neuen Kleinparteien steigen werde. Bei den anderen Gruppen ist zumindest die Hälfte der Meinung, dass neue Parteien in Zukunft eher an Bedeutung gewinnen werden.

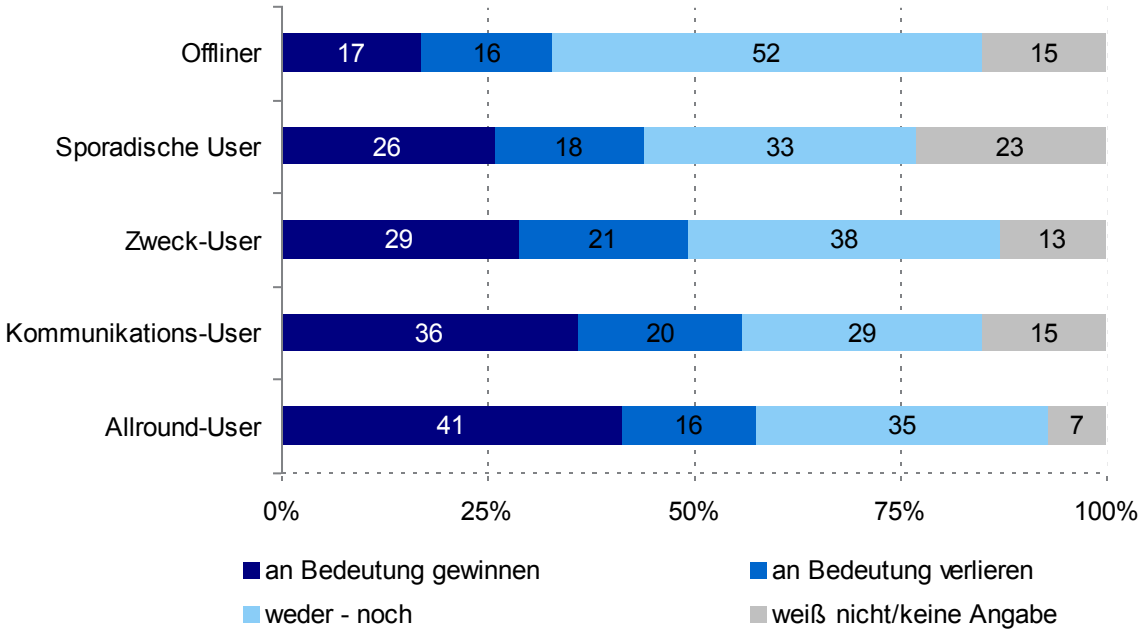
Offliner geben auch am stärksten an, sich abseits von Wahlen nicht am politischen Prozess beteiligen zu wollen, 74% - also rund drei Viertel aller Offliner - sagen dies. Die Gruppen der Internet-UserInnen haben ein etwas breiteres Politikverständnis, wenn auch mit Unterschieden. Unter Kommunikations-UserInnen und sporadischen UserInnen stimmt jeweils mehr als die Hälfte dieser Aussage zu. Unter Zweck-UserInnen und Allround-UserInnen liegen die Anteile deutlich niedriger.

Abbildung 37: Politische Einstellungen: Neue Parteien, Aktivität (stimme sehr/ziemlich zu)



Quelle: Eigene Auswertungen, Skala: 1 Stimme sehr zu, 2 Stimme ziemlich zu, 3 Stimme wenig zu, 4 Stimme gar nicht zu

Abbildung 38: Bedeutung neuer Parteien wird wachsen/sinken/weder noch



Quelle: Eigene Auswertungen

Welche politischen Parteien würden die unterschiedlichen InternetnutzerInnen-Typen jeweils wählen, welche könnten sie sich vorstellen zu wählen? Die Sonntagsfrage zur Nationalratswahl zeigt folgendes Bild:

36% der Offliner deklarieren sich nicht oder würden nicht zur Wahl gehen (5%). Von den Offlinern, die eine Partei nennen, würden 29% die SPÖ, 21% die ÖVP und 8% die FPÖ wählen. 2% deklarieren sich für die Grünen bzw. Team Stronach, jeweils 1% würde das BZÖ oder andere Parteien wählen. Die Piratenpartei würde von Offlinern nicht gewählt werden.

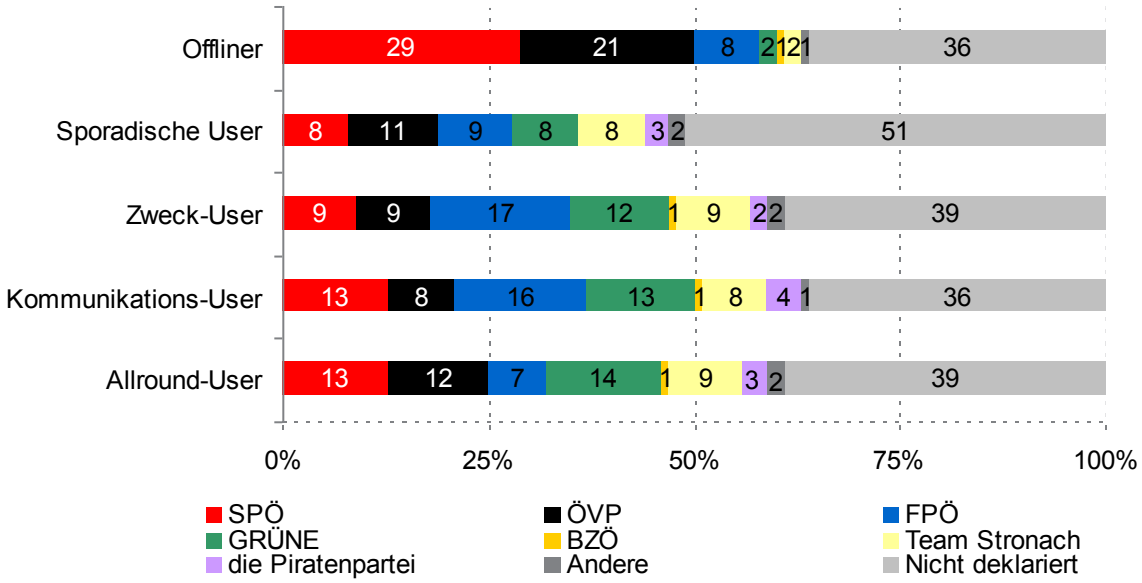
Sporadische NutzerInnen wiesen die höchste Rate an Nicht-Deklaration auf. 51% haben sich nicht deklariert, 10% davon würden nicht wählen gehen. 8% würden die SPÖ, 11% die ÖVP, 9% die FPÖ und 8% die Grünen wählen. Ebenfalls 8% der sporadischen NutzerInnen würden Team Stronach wählen, 3% die Piratenpartei, 2% andere Parteien.

Zweck-UserInnen haben sich zu 61% deklariert, 3% würden nicht wählen gehen. Jeweils 9% würden die SPÖ und ÖVP wählen, 17% die FPÖ und 12% die Grünen. 9% würden das Team Stronach wählen. BZÖ, Piratenpartei und andere Parteien kämen auf jeweils zwischen 1 und 2%.

Kommunikations-UserInnen haben sich am häufigsten deklariert, nur 36% konnten oder wollten keine Angabe machen, 6% davon würden nicht wählen gehen. 13% der Kommunikations-UserInnen würden die SPÖ wählen, 8% die ÖVP. 16% würden die FPÖ wählen. 13% deklarieren sich für die Grünen, 8% für das Team Stronach. Die Piratenpartei käme unter Kommunikations-UserInnen auf 4%, BZÖ und andere Parteien auf jeweils 1%.

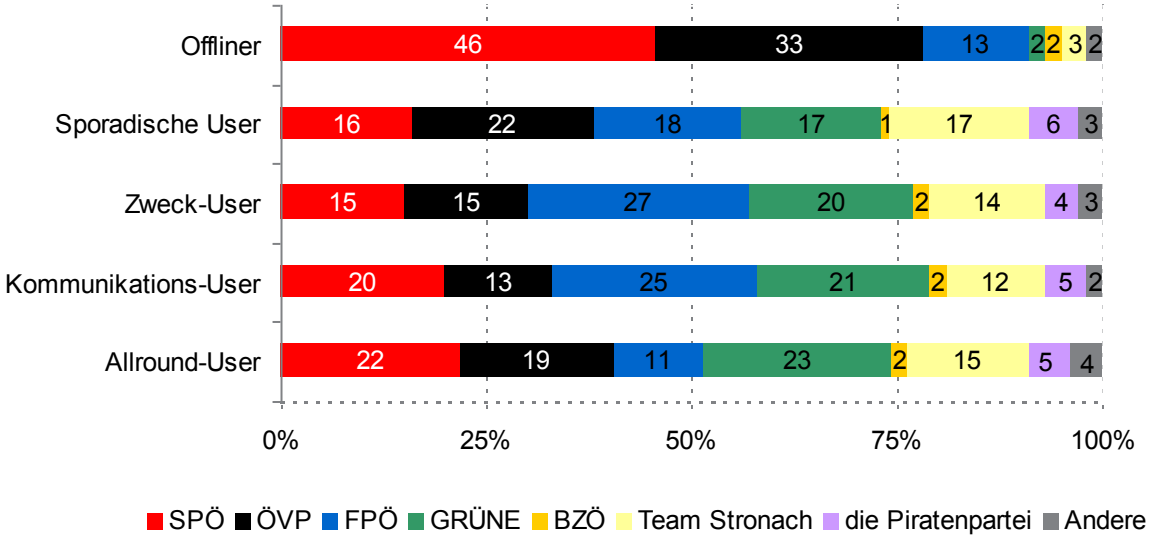
Allround-UserInnen haben sich zu 39% nicht deklariert, 2% davon würden nicht wählen gehen. Von den Allround-UserInnen, die sich hingegen deklariert haben, würden 13% die SPÖ und 12% die ÖVP wählen. 7% würden die FPÖ wählen. Die Grünen würden 14% der Allround-UserInnen wählen. 9% deklarierten sich zum Zeitpunkt der Befragung für das Team Stronach. 3% würden die Piratenpartei wählen. BZÖ und andere Parteien würden jeweils von 1 bis 2% der Allround-UserInnen gewählt werden.

Abbildung 39: Sonntagsfrage Nationalratswahl 2013 (Stand: Jänner 2013)



Quelle: Eigene Auswertungen

Abbildung 40: Sonntagsfrage Nationalratswahl 2013 (Stand: Jänner 2013) - Deklarierte



Quelle: Eigene Auswertungen

Betrachtet man nur die Deklarierten, würde die SPÖ unter Offlinern auf 46% der Stimmen kommen, die ÖVP auf 33% und die FPÖ auf 13%. Die restlichen Parteien würden auf jeweils zwischen 2 und 3% der Stimmen kommen.

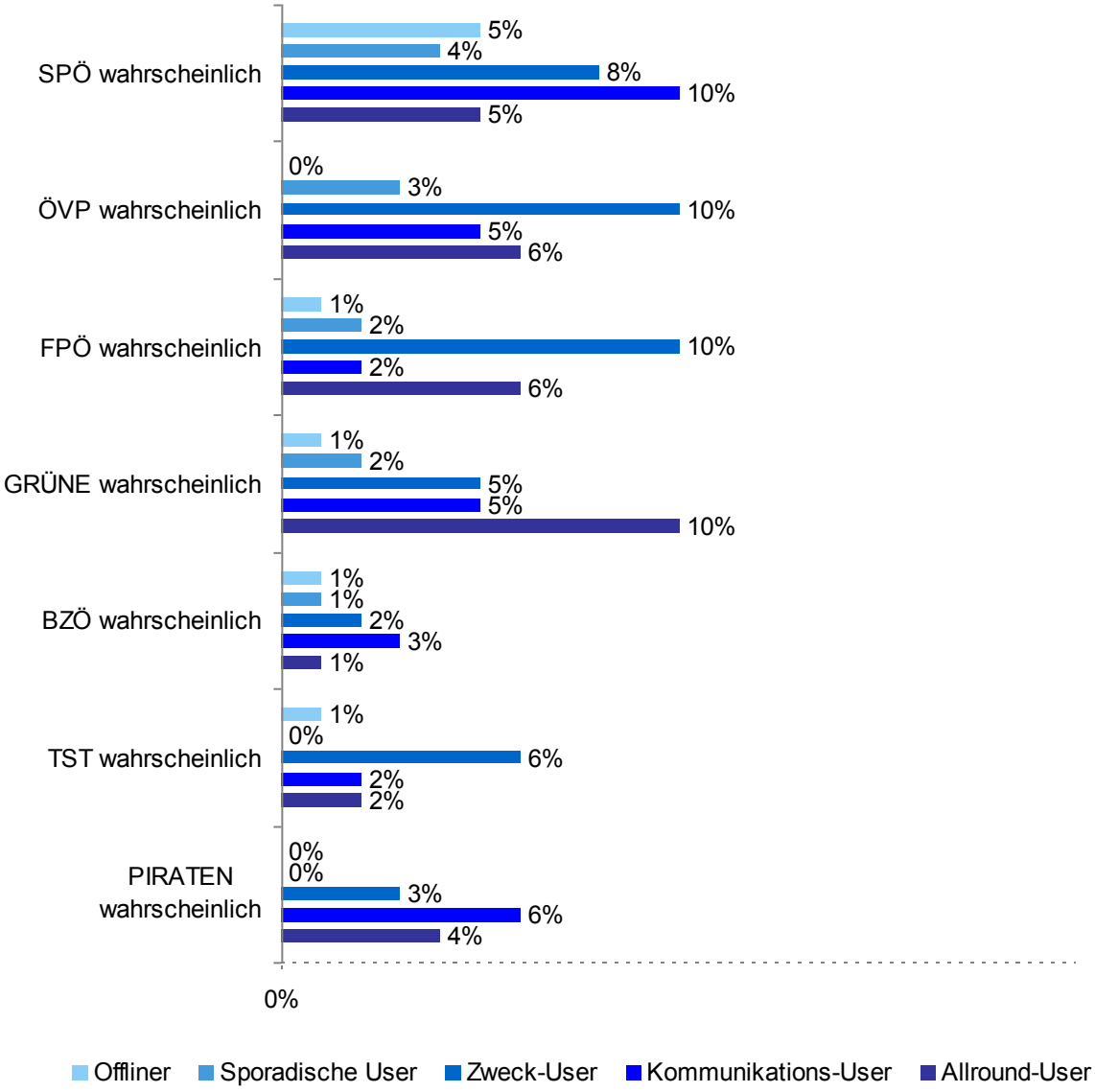
Deklarierte sporadische UserInnen würden zu 22% die ÖVP wählen. FPÖ, Grüne, Team Stronach und die SPÖ wären in etwa gleich stark – jeweils 16 bis 18% der sporadischen NutzerInnen würden diese Parteien wählen.

Unter deklarierten Zweck- und KommunikationsuserInnen wäre die FPÖ die stimmenstärkste Partei, mit 27% bzw. 25% der Stimmen. Interessanterweise würden aber auch jeweils rund ein Fünftel der deklarierten Zweck- und KommunikationsuserInnen die Grünen wählen. 15% der deklarierten Zweck-UserInnen und 20% der Kommunikations-UserInnen würden die SPÖ wählen, zwischen 13 und 15% die ÖVP, 12 bis 14% das Team Stronach. Die Piratenpartei käme auf 4 bis 5% der Stimmen unter Zweck- und KommunikationsuserInnen.

Deklarierte Allround-UserInnen würden zu 22% die SPÖ wählen, zu 19% die ÖVP. Die FPÖ würde in dieser Gruppe nur von 11% gewählt werden, die Grünen von 23%. 15% würden das Team Stronach wählen, 5% die Piratenpartei.

Neben der aktuellen Wahlabsicht wurde auch nach weiteren wahrscheinlichen bzw. vorstellbaren Wahlpräferenzen gefragt. Die Befragten wurden dabei gebeten, abseits der in der Sonntagsfrage genannten Partei die Wahrscheinlichkeit einzuschätzen, dass sie die jeweils anderen Parteien jemals wählen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass Offliner, die in der Sonntagsfrage nicht die SPÖ angegeben haben, sich am ehesten vorstellen könnten, bei der nächsten Wahl die SPÖ zu wählen. Am wenigsten wahrscheinlich für Offliner ist die Wahl der Piratenpartei. Sporadische UserInnen geben ebenfalls am häufigsten an, dass sie wahrscheinlich die SPÖ wählen würden, am seltensten bzw. unwahrscheinlichsten ist für diese Gruppe die Wahl des BZÖ, des Team Stronach und der Piratenpartei. Zweck-UserInnen sagen jeweils zu 10%, dass für sie wahrscheinlich sei, neben der bereits genannten Partei die ÖVP oder die FPÖ zu wählen; am wenigsten wahrscheinlich halten Zweck-UserInnen die Stimmabgabe für das BZÖ. Kommunikations-UserInnen halten es am häufigsten für wahrscheinlich, neben der genannten Partei die SPÖ zu wählen, 6% der KommunikationsuserInnen könnten sich auch vorstellen, die Piratenpartei zu wählen; am wenigsten wahrscheinlich halten Kommunikations-UserInnen die Wahl des BZÖ. Allround-UserInnen würden am ehesten neben der in der Sonntagsfrage genannten Partei die Grünen wählen, am wenigsten wahrscheinlich erscheint ihnen die Wahl des BZÖ und des Team Stronach.

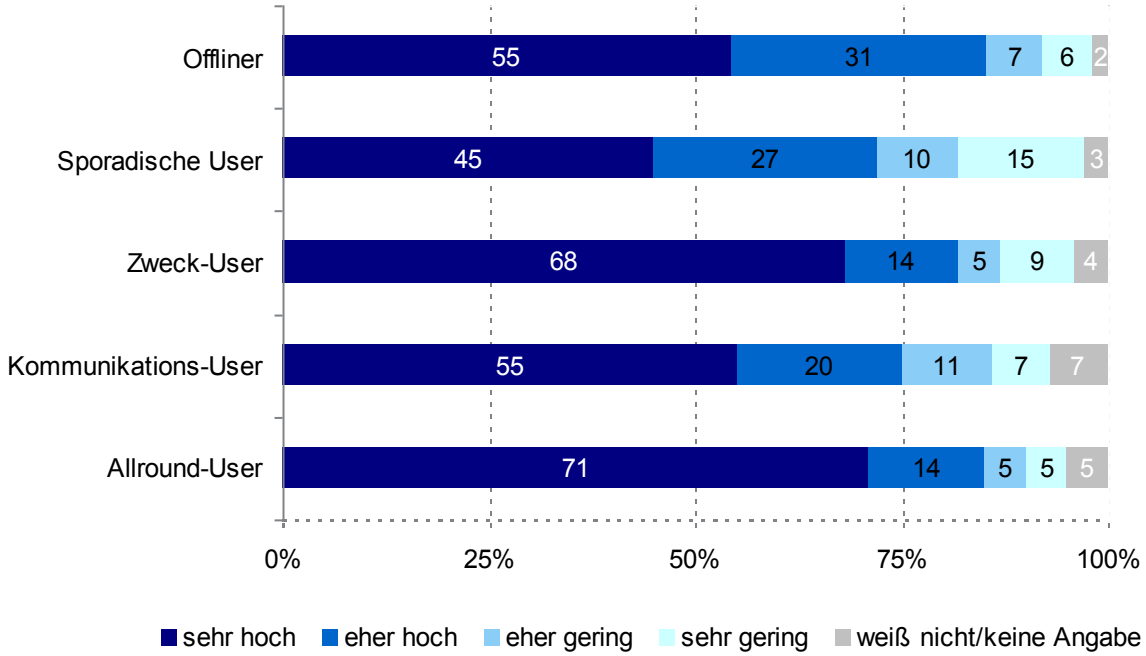
Abbildung 41: Potentielle Wahlpräferenzen (Wählbarkeit 7 oder höher)



Quelle: Eigene Auswertungen, 10-Punkte Skala: 0 gar nicht wahrscheinlich – 10 sehr wahrscheinlich

Schlussendlich wurden die Befragten auch noch um ihre Einschätzung gebeten, ob sie an der Nationalratswahl 2013 teilnehmen werden. Betrachtet man nur die Nennung „sehr hoch“, dann schätzen Allround-UserInnen und Zweck-UserInnen die Wahrscheinlichkeit, dass sie an der Nationalratswahl heuer teilnehmen werden, am höchsten ein. KommunikationsuserInnen sind sich zu 55% fast sicher, dass sie bei der Nationalratswahl wählen gehen werden, gleich hoch liegt der Anteil unter Offlinern. Am niedrigsten schätzen sporadische UserInnen die Wahrscheinlichkeit ein.

Abbildung 42: Teilnahmewahrscheinlichkeit NRW 2013



Quelle: Eigene Auswertungen

7.5 Auswirkungen des Internet auf politische Beteiligung

In diesem Abschnitt soll die Frage gestellt werden: Ist durch die Verbreitung des Internets mit einer tiefgreifenden Veränderung der politischen Kultur zu rechnen?

Die bisherige deskriptive Analyse lässt einen starken Zusammenhang zwischen Alter, Bildung und Internetnutzung sowie politischer Aktivität vermuten: Die jüngeren Kommunikations-User sind tendenziell etwas weniger gebildet, informieren sich gerne im Netz und sind zum Teil weniger politisch aktiv. Die älteren Nutzertypen sind bezüglich ihres Bildungsniveaus heterogen und ebenso hinsichtlich der Intensität ihrer Internetnutzung sowie des Ausmaßes, in dem sie politisch aktiv sind.

Das Ziel dieses Kapitels ist es, Alter, Bildung und Internetnutzung, die im Rahmen des Typenvergleichs nicht getrennt analysiert werden konnten, bezüglich ihrer Auswirkung auf politische Beteiligung hin zu betrachten.

Soll man davon ausgehen, dass die erwähnten Unterschiede wirklich dem Internet geschuldet sind und werden wir mit dem Heranwachsen der „Digital Natives“ und der immer wichtigeren Rolle, die das Internet in der Gesellschaft spielt, mit Veränderungen rechnen müssen, die spezifisch dem Internet geschuldet sind? Oder sind weiterhin klassische soziodemographische Unterschiede - allen voran Alter und Bildung - die wichtigeren Einflussfaktoren und politische Veränderungen werden auf Grund dieser passieren (vom Netz durchaus auch getragen), aber nicht ausgelöst.

7.5.1 Auswirkungen der Internetnutzung auf politisches Interesse

Der Zusammenhang zwischen Internetnutzung, politischer Information über das Internet und politischem Interesse

Zunächst soll festgestellt werden, wie Internetnutzung, politische Information über das Internet und politisches Interesse zusammenhängen. Der erste Schritt ist eine Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Internetnutzung in Form der bereits in Abschnitt 7.2 vorgestellten Nutzungsindizes „Kommunikation“, „Information“ und „Organisation“ mit politischem Interesse bzw. Informationsverhalten zu politischen Themen. Eine Korrelationsanalyse zeigt, dass es starke Zusammenhänge zwischen politischem Interesse und bestimmten Aspekten der Internetnutzung gibt (siehe Tabelle 15).

Tabelle 15: Korrelation Internetnutzung – Politisches Interesse/Themeninteresse

		Index Politisches Themeninteresse	Interesse an Politik allgemein
Index Kommunikation	Pearson Korrelation	,134**	,066*
	Sig. (2-seitig)	,000	,010
	N	1468	1514
Index Information	Pearson Korrelation	,371**	,313**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000
	N	1486	1531
Index Organisation	Pearson Korrelation	,346**	,319**
	Sig. (2-seitig)	,000	,000
	N	1478	1523

Quelle: Eigene Auswertungen, **Korrelation signifikant auf 0,01-Niveau (2-seitig); *Korrelation signifikant auf 0,05-Niveau (2-seitig)*.

Politisches Themeninteresse – d.h. für wie viele politische Themen sich die Befragten interessieren – und Interesse für Politik allgemein hängen mit den zwei Nutzungsindizes „Information“ und „Organisation“ zusammen. Personen, die das Internet verstärkt für Information und Organisation nutzen, interessieren sich also auch eher für viele unterschiedliche Themen, beziehungsweise für Politik allgemein. Die Frage, ob das Internet häufiger zur Kommunikation genutzt wird, hängt weniger stark mit politischem Interesse zusammen, die Korrelationen sind deutlich schwächer. Auch beim allgemeinen Interesse für Politik fällt auf, dass dieses am stärksten mit den Nutzungsarten „Information“ und „Organisation“ zusammenhängt.

Zu diesem Ergebnis passt, dass der Typ „Kommunikations-UserIn“ weniger politisches Interesse zeigt als etwa Allround-UserInnen, die sich zusätzlich zum Kommunikationsaspekt auch im Internet häufiger informieren bzw. Dinge / Organisatorisches erledigen - etwa doppelt so viele Kommunikations-UserInnen wie Allround-UserInnen interessieren sich „gar nicht“ für die Themen Pensionen, Bildung/Ausbildung, Krankenversorgung, Umwelt/Energie, Sicherheit und Einwanderung – obwohl Kommunikations-UserInnen sich immerhin noch mehrheitlich ganz allgemein für Politik interessieren (siehe auch Abschnitt 7.4.1).

Der Zusammenhang zwischen Alter und politischem Interesse

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den analysierten NutzerInnentypen - inklusive den Offlinern - ist das Alter (Abschnitt 7.3). Daher soll im zweiten Schritt überprüft werden, ob der vorhin festgestellte Zusammenhang zwischen Internetnutzung und politischem Interesse unter älteren und jüngeren Befragten ähnlich ist.

Anhand des Nutzungszwecks „Online-Nachrichten lesen“ soll hier Informationsverhalten im Internet analysiert werden. Wie in Tabelle 16 zu sehen ist, ist das politische Interesse unter jüngeren Befragten bis 40, die gelegentlich, selten oder nie Online-Nachrichten lesen, schwächer ausgeprägt (35 %) als unter jenen, die oft oder immer Online-Nachrichten lesen (66%). Befragte über 40 geben insgesamt häufiger an, sich für Politik zu interessieren und es zeigt sich auch hier, dass jene, die häufig Online-Nachrichten lesen, ebenso stärker an Politik interessiert sind.

Tabelle 16: Politikinteresse nach Alter und Lesen von Online-Nachrichten

Alter	Online-Nachrichten	Politisch sehr/ziemlich interessiert
bis 40 Jahre	gelegentlich, selten oder nie	35%
	oft und immer	66%
über 40 Jahre	gelegentlich, selten oder nie	53%
	oft und immer	75%

Quelle: Eigene Auswertungen

Ältere Personen interessieren sich tendenziell mehr für Politik als jüngere Personen. Da ältere Personen eher seltener das Internet nutzen, sollte Internetnutzung in diesem Zusammenhang nicht als auslösender Faktor gesehen werden. Es ist zu vermuten, dass jene, die sich bereits stark für politische Themen interessieren, sich zu diesen Themen tendenziell in jedem verfügbaren Medium (online oder offline) informieren, sofern sie über einen Zugang und die erforderlichen Fähigkeiten verfügen.

Diese Ergebnisse legen also nahe, dass das allgemeine Interesse an Politik, aber auch das spezifische Themeninteresse, von soziodemographischen und sonstigen Persönlichkeitsmerkmalen – z.B. Alter – bestimmt wird.

7.5.2 Auswirkungen der Internetnutzung auf politische Partizipation

Im nächsten Schritt gilt es herauszufinden, ob Internetnutzung politische Beteiligung verstärkt oder ob es andere Faktoren gibt, die politische Beteiligung stärker beeinflussen. Zu diesem Zweck wird, ausgehend von theoretischen Vorüberlegungen und auf Basis der bisherigen empirischen Analysen, eine Pfadanalyse (siehe Abbildung 43) durchgeführt[19].

Effekte von Alter und Bildung auf das Informationsverhalten

Die Effekte, die von der Variable Alter ausgehen, zeigen, dass je älter eine Person ist, desto seltener nutzt sie das Internet (zur politischen Information) und desto eher informiert sie sich in den traditionellen Medien Fernsehen, Radio und/oder Print.

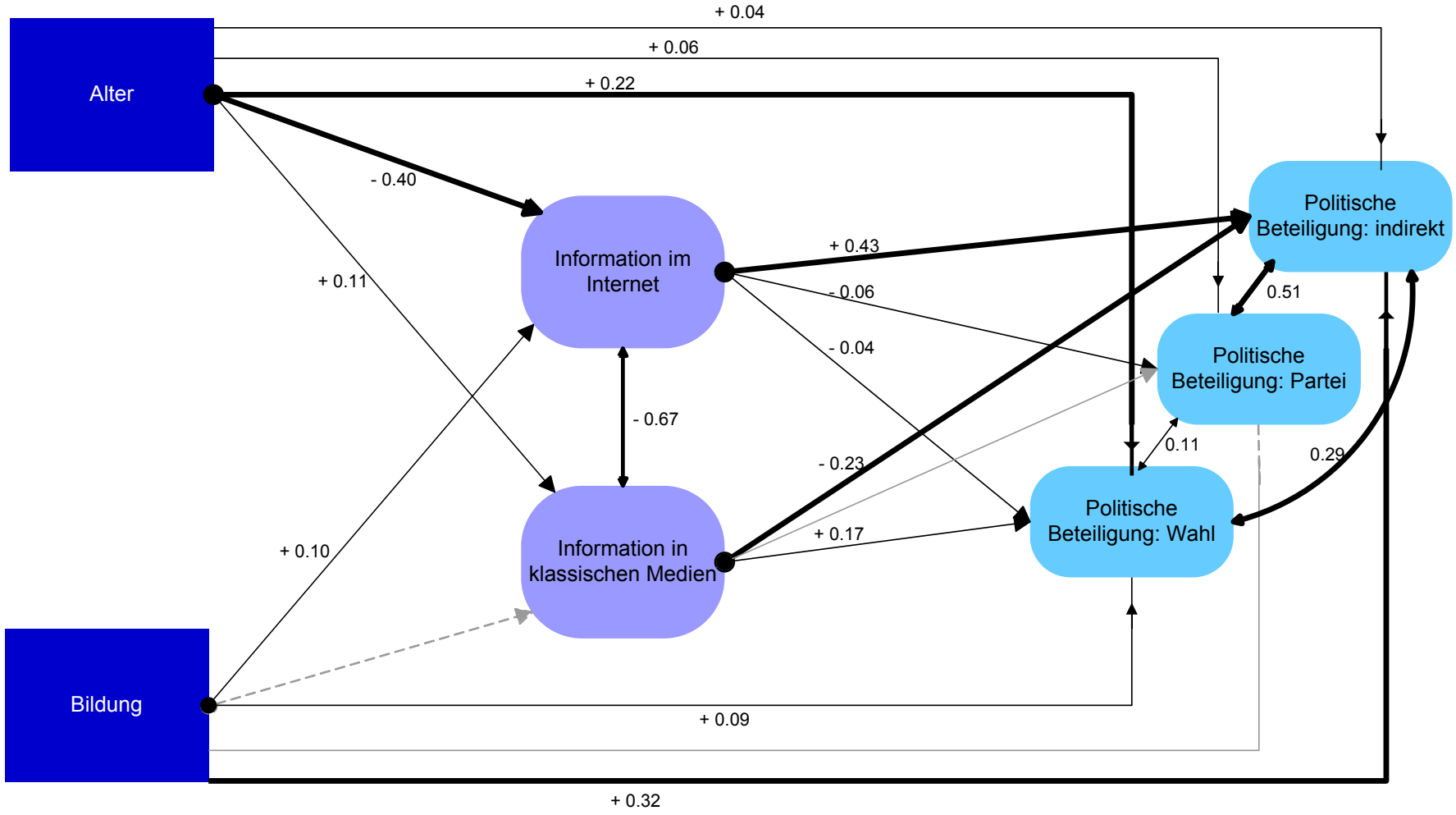
Von Bildung geht ein schwacher positiver Effekt auf die Nutzung des Internets zur Information aus, d.h. dass eine Person mit höherem formalen Bildungsniveau etwas häufiger auch das Internet nutzt, um sich z.B. über Bildung, Arbeitsmarkt oder Umweltthemen zu informieren. Kein Effekt zeigt sich ausgehend von der Bildung auf die Nutzung der traditionellen Medien.

Dies bedeutet, dass das Alter eine größere Rolle spielt als Bildung, wenn es darum geht, ob man sich im Netz oder in klassischen Medien informiert. Zwischen den beiden Informationsverhaltensweisen gibt es einen umgekehrt proportionalen Zusammenhang, das heißt, tendenziell werden entweder klassische Medien oder das Internet bevorzugt.

Das vorliegende Modell zeigt, dass ein unterschiedliches Informationsverhalten zu erwarten ist: Während Offliner oder Personen, die das Internet selten nutzen, sich weiterhin in den traditionellen Medien informieren, sind insbesondere jüngere InternetnutzerInnen, wie z.B. VertreterInnen der Kommunikations- und Allround-UserInnen, mittlerweile schon stärker auf das Internet als Hauptinformationsmedium umgestiegen.

[19] Informationen über die Interpretationsweise und die Modellvariablen können in Abschnitt 1.3 nachgelesen werden.

Abbildung 43: Pfadanalyse – Alter, Bildung, Information im Internet und politische Beteiligung



Model Chi-square = 6.92 Df = 1 Pr(>Chisq) = 0.0085
Goodness-of-fit index = 0.99, Adjusted goodness-of-fit index = 0.97
RMSEA index = 0.054 90% CI: (0.022035, 0.095646)
Bentler CFI = 0.99849
SRMR = 0.008652

Quelle: Eigene Berechnungen, siehe Anhang für eine Liste der Koeffizienten

SORA – Institute for Social Research and Consulting

Effekte von Informationsverhalten, Alter und Bildung auf politische Partizipation

Zunächst zeigen sich die direkten Effekte von Alter und formalem Bildungsniveau auf die unterschiedlichen Formen der politischen Partizipation: Der stärkste Effekt geht dabei vom Bildungsniveau aus, Personen mit höherem Bildungsabschluss beteiligen sich häufiger auf indirektem bzw. informellem Weg (z.B. eine Petition unterschreiben, für eine NGO arbeiten, einen Politiker persönlich kontaktieren etc.). Ein stärkerer Effekt ergibt sich darüber hinaus ausgehend vom Alter: Ältere Befragte beteiligen sich häufiger via Wahlen und Volksabstimmungen am politischen Geschehen in Österreich. Weitere, jedoch sehr schwache positive Effekte zeigen sich vom Bildungsniveau auf die Beteiligung via Wahlen oder Volksabstimmung sowie vom Alter auf die indirekte/informelle Partizipation bzw. Partizipation durch Mitarbeit in Parteien oder Wahlkämpfen. Das entspricht dem bisherigen Forschungsstand zur politischen Partizipation, wonach ein Übergang von traditionellen Formen der politischen Beteiligung hin zu unkonventionellen oder indirekteren Beteiligungsformen zu beobachten ist: Während ältere Personen sich nach wie vor primär auf traditionellem Wege beteiligen, z.B. über die Wahlbeteiligung, setzen jüngere Generationen auf neue oder indirekte Formen der Beteiligung. Engagements in NGOs, der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen oder die Unterzeichnung von Petitionen sind allesamt politische Partizipationsprozesse, die von jüngeren Personen – insbesondere den 25- bis 34-Jährigen – häufiger ausgeführt werden als von älteren Personen. Besonders fällt das in Bezug auf das Unterschreiben einer Petition, der Mitarbeit in einer NGO und dem Verfassen von Leserbriefen bzw. Kommentaren auf. Dasselbe gilt hinsichtlich des Bildungsniveaus: Je höher das formale Bildungsniveau, desto stärker bzw. häufiger fällt die indirekte politische Beteiligung aus, während sich auf parteipolitische Aktivitäten oder die Beteiligung an Wahlen entweder keine oder nur schwache Effekte zeigen.

Neben den beiden soziodemografischen Merkmalen ergeben sich auch deutliche Einflüsse des Informationsverhaltens auf die politische Beteiligung. Der stärkste direkte Effekt geht dabei von der Internetnutzung auf indirekte politische Beteiligung aus: Personen, die sich im Internet über diverse politische Themen informieren, beteiligen sich häufiger auf indirektem Weg, präferieren also diese Form der politischen Beteiligung gegenüber den traditionelleren Wegen. Die Möglichkeiten, das politische Geschehen quasi "von unten" zu beeinflussen, haben sich in den letzten Jahren erweitert, nicht zuletzt durch die neuen Möglichkeiten im Internet. Das zeigt auch das Modell: Je häufiger sich (insbesondere) jüngere Personen und Personen mit formal höherem Bildungsniveau im Internet über politische Themen informieren, desto häufiger beteiligen sie sich auf indirekten Wegen. Kaum Effekte – und wenn dann negative – zeigen sich hingegen von der Internetnutzung auf die traditionellen Formen der Beteiligung. Umgekehrt wirkt sich

die Nutzung von traditionellen Medien – also Fernsehen, Radio, Print – negativ auf die indirekte Form der Beteiligung aus, d.h. dass Personen, die sich nicht im Internet über politische Themen auf dem Laufenden halten, seltener auf neuere Formen der politischen Partizipation zurückgreifen, häufiger jedoch dem traditionellen Politikverständnis von Wahlbeteiligung und Beteiligung an Volksabstimmungen verpflichtet bleiben. Aufgrund des negativen Effekts von Alter auf Information über das Internet liegt der Schluss nahe, dass es dabei auch einen indirekten Alterseffekt gibt.

Art und Umfang der politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten haben sich durch das Internet stark verändert. Vor allem für Jugendliche und jüngere Personen ergeben sich durch das Internet zum einen neue Möglichkeiten, sich zu informieren und auszutauschen, aber auch neue Möglichkeiten, sich aktiv am politischen Geschehen in Österreich zu beteiligen. Abseits von traditionellen Partizipationsprozessen ergeben sich durch das Internet Möglichkeiten für neue, indirekte Formen der politischen Beteiligung wie z.B. das Unterzeichnen von Petitionen oder das Verfassen von Kommentaren oder Leserbriefen im Netz. So beteiligt sich die oft als "politikverdrossen" geltende Jugend vergleichsweise aktiv an diesen neuen Partizipationsformen – mehr und mehr auch online.

Festzuhalten bleibt, dass zum einen die Internetnutzung, zum anderen aber auch die politische Beteiligung weiterhin stark von soziodemografischen Merkmalen wie Alter und formalem Bildungsniveau der Personen abhängig ist, ebenso wie das politische Interesse, wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde. Offliner interessieren demnach tendenziell genauso häufig für Politik wie die jüngeren Kommunikations-UserInnen, am stärksten interessieren sich die Allround-UserInnen für das politische Geschehen. Gerade für die politisch interessierten InternetnutzerInnen bietet das Internet neue Gelegenheiten zur politischen Partizipation, die von diesen auch in unterschiedlichem Ausmaß genutzt werden. Für die Zukunft ist mit einem Anstieg dieser nicht-traditionellen, indirekten Beteiligungsformen zu rechnen, während traditionelle politische Beteiligungsformen, wie Wahlbeteiligung oder parteipolitische Aktivitäten, tendenziell zurückgehen werden. Das Internet dürfte dabei auf der politischen Informationsebene eine mindestens genauso wichtige Rolle spielen wie als Medium zur politischen Partizipation.

8 Diskursanalyse

Für dieses Kapitel wurden die öffentlichen Diskurse zu Internet und Demokratie näher untersucht. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Themen, Pro- und Contra-Argumente, Forderungen, Kritikpunkte, Hoffnungen und Befürchtungen im Zusammenhang mit E-Government bzw. E-Demokratie und Netzpolitik geäußert werden. Abschnitt 8.1 beschreibt die Ergebnisse der Analyse auf Basis der Printmedien, Abschnitt 8.2 geht auf den Online-Diskurs ein.

8.1 „Internet und Demokratie“ in Printmedien

E-Government und E-Democracy im weitesten Sinn haben sowohl unter österreichischen JournalistInnen als auch den aktiven Online-Eliten ein positives Image. Das Internet bzw. neue technische Lösungen zur Verbesserung von Verwaltungs- und demokratischen Prozessen zu nutzen, werden generell begrüßt. Wenn die Technik voranschreitet, so das implizite Argument, sollten Politik und Gesellschaft folgen, denn auch wenn nicht alle Innovationen letztlich zielführend und erfolgreich sein werden, E-Government berge ein hohes Potential von Fortschritten für die Verwaltungs- und Demokratiequalität.

Auf der anderen Seite ist der Diskurs in den österreichischen Printmedien - insbesondere zu Fragen der elektronischen Demokratie - wenig tief gehend und differenziert. Über eher allgemeine Hoffnungen hinaus, wie die Verminderung von Politikverdrossenheit der Jungen, werden konkrete Fragen oder Projekte der elektronischen Demokratie in den untersuchten Printmedien kaum diskutiert. Es entsteht der Eindruck, dass der öffentliche Diskurs zu dieser Thematik noch am Anfang steht und sich daher erst in der Auseinandersetzung mit kommenden Entwicklungen und Ereignissen strukturieren und formen wird.

8.1.1 Managen statt verwalten: E-Government im Frame von Effizienz und Service

E-Government ist für Massenmedien keine besonders zugkräftige Schlagzeile. Dennoch: Das Thema hat eine dauerhafte Präsenz in den Printmedien gefunden und die PR der Bundesregierung kommt im Wesentlichen an: 143 Treffer ergibt die Suchmaschine APA de facto zum Stichwort „E-Government“ in den auflagenstärksten österreichischen Tages- und Wochenzeitungen zwischen 1.1.2011 und 25.10.2012. Nicht unwesentlich zu dieser Präsenz trägt die Berichterstattung über die gute Position Österreichs in internationalen Ratings bei. Dennoch: E-Government ist im Vergleich zu anderen Thematiken ein

verhältnismäßig schlanker Diskursstrang. Zum Vergleich: In demselben Zeitraum ergibt etwa das Stichwort „Datenschutz“ 1.741 Treffer.

Die thematische Analyse des aufgrund der Stichwortsuche nach „E-Government“ gebildeten Korpus ergibt – in absteigender Frequenz – folgende Hauptthemen der Berichterstattung:

- Moderne Verwaltung: effizient, kostensparend, nutzerInnenfreundlich
- Demokratie und BürgerInnenbeteiligung
- Sicherheit

Während das Thema „Demokratie und BürgerInnenbeteiligung“ weiter hinten abgehandelt wird, soll der Diskurs über Sicherheitsaspekte sowie über E-Government als Weg zu einer modernen Verwaltung hier näher dargestellt werden.

Knopfdruck statt Amtsschimmel

Der Wortstamm „modern“ kommt in dem zugrunde liegenden Korpus insgesamt dreißig Mal vor. Modernität ist in der öffentlichen Sprache ein historisch fest verankertes semantisches Repertoire mit einer Vielzahl an zumeist positiven Konnotationen. Modernität ist mit den Begriffsfeldern von Fortschritt und von Technologie verbunden; mit beiden wird „E-Government“ in Printmedien in Verbindung gebracht. Es gilt als Fortschritt hin zu einer *modernen*, *effizienten* Verwaltung, als ein Element und Mittel von *Verwaltungsreform*. Zudem ist es sehr stark mit Technologie und technischen Innovationen – mit technischem Fortschritt – verbunden, was die neue Wortschöpfung der „technologiegetriebenen Verwaltungsreform“ auf den Punkt zu bringen versucht.[20]

Dieser positive, generelle Rahmen wird in der großen Mehrheit der Berichte über E-Government in den Printmedien übernommen – die PR der Bundesregierung kommt also an: „Gemeinde managen statt verwalten“, so drückt es etwa eine Schlagzeile in der Wiener Zeitung aus[21] „Modernisierungen durch mehr E-Government“, heißt es lapidar in einem Artikel in der Kronen Zeitung.[22]

Aufgrund dieser Konnotationen der Modernität, der Reform und des technischen Fortschritts steht E-Government im untersuchten Korpus in einem klaren Gegensatz zu diversen negativen Konnotationen von Verwaltung bzw. „Bürokratie“, wie sie in der österreichischen öffentlichen Sprache – auch mit Rückblick auf die Habsburgermonarchie – historisch geprägt und verankert sind. E-Government ist das Gegenteil von dem, was Bürokratie klischeehaft vorgeworfen

[20] „Die Wolke der Nation“, in: Format Nr. 23/2012 vom 08.06.2012, S. 58-60.
[21] Rosa Eder-Kornfeld: „Gemeinde managen statt verwalten“, in: Wiener Zeitung Nr. 035 vom 21.02.2012, S. 27.
[22] „Schlankere Verwaltung nach Schweizer Vorbild“, in: Kronen Zeitung vom 08.03.2012, S. 28.

wird: Nicht unflexibel, sondern flexibel, nicht schwerfällig, sondern schnell, nicht kompliziert, sondern einfach, nicht verstaubt, sondern modern usw. Die „verstaubte Amtsstube“ wird durch das virtuelle Amt ersetzt:

> Knopfdruck statt Amtsschimmel
>
> Ob Amtshelfer oder Unternehmensservice, Signatur oder Kulturerbe – bei E-Government ist Österreich Vorreiter. Zusätzliche Amtswege auf dem digitalen Datenhighway werden laufend ausgebaut.[23]

Ein Mehrwert für Unternehmen und BürgerInnen

E-Government wird aber nicht nur als technischer Fortschritt dargestellt, sondern vor allem auch als Fortschritt für die NutzerInnen (Unternehmen und BürgerInnen). Der konkrete Nutzen ergibt sich dabei unmittelbar aus der *Entbürokratisierung* und der Effizienzsteigerung der Verwaltungsprozesse: Unternehmen „sparen sich“ mühevolle und zeitraubende Amtswege, für BürgerInnen wird vieles *einfacher* und *schneller*.

Auffallend ist, dass diese positiven Frames breit übernommen und kaum hinterfragt werden. Allenfalls wird kritisiert, dass die Umsetzung von E-Government nicht rasch und weit genug gehe.[24] Das Potential der Offliner müsse noch weiter erschlossen werden, gewisse Akzeptanz-Probleme gelöst, die Durchgängigkeit der Online-Angebote verbessert werden.[25] In keinem der Texte des Korpus wird jedoch E-Government und sein Nutzen grundsätzlich hinterfragt oder eine fundamentale Gegenposition zur Strategie der Bundesregierung formuliert.

E-Government hilft sparen

Neben dem Nutzen für BürgerInnen und Unternehmen ist ein weiteres zentrales Argument in den untersuchten Texten das Sparpotential von E-Government im Rahmen des allgemeinen Themas der Verwaltungsreform. E-Government wird von PolitikerInnen selbst in diesem Rahmen thematisiert bzw. als Mittel zur Erzielung von Einsparungen präsentiert. JournalistInnen übernehmen ebenso diese Argumentation, wenn sie etwa einzelne Initiativen oder Gemeinden für Einsparungen durch die vermehrte Nutzung von E-Government loben.

[23] „Knopfdruck statt Amtsschimmel“, in: Der Standard vom 05.11.2011, S. K20.

[24] „Alle, die nach der Verwaltungsreform rufen und sich wundern, dass in diesem Zusammenhang die Anwendung der modernsten Kommunikationstechnologien im Projekt E-Government nicht so greift, wie man sich das vorstellen könnte, sollten sich bewusst machen, dass man die Frage nach der System-Kompatibilität nie gestellt hat.“ (Franz Witzeling: „Clash zwischen zwei System-Kulturen“ (Kommentar), in: Wiener Zeitung vom 02.09.2011, S. 2.)

[25] „Run auf das digitale Amt hält an“, in: Wiener Zeitung Nr. 152 vom 07.08.2012, S. 23.

Auch hier gilt der oben formulierte Befund, dass dieser Frame grundsätzlich nicht hinterfragt wird. Allenfalls finden sich Positionen, die betonen, dass E-Government kein Ersatz für eine umfassende Verwaltungsreform sein könne.[26]

Sicherheit und Datenschutz

Das Thema Sicherheit – der Schutz vertraulicher Informationen sowie die technische Datensicherheit – ist eng mit Internetdiensten im Allgemeinen verbunden und auch in dem hier untersuchten Korpus zu „E-Government" präsent: 46 Mal kommt der Wortstamm „Sicherheit" insgesamt vor. Dabei fällt auf, dass Sicherheit in den betreffenden Textstellen entweder neutral eingebracht wird - als Aspekt, der bei E-Government jedenfalls zu beachten sei - oder aber affirmativ die Sicherheit von E-Government bestätigt wird. „Sicheres und einfaches E-Government", so formuliert dies beispielsweise ein Artikel in Bezug auf die Bürgerkarte.[27]

Daraus kann geschlossen werden, dass österreichische Print-JournalistInnen E-Government und dessen Ausbau durchwegs unterstützen. Kritische Positionen oder Kontroversen werden von den JournalistInnen im untersuchten Zeitraum nicht angestoßen. Die AutorInnen beziehen eher eine rational-aufklärerische Position gegen unbegründete Ängste bezüglich der Sicherheit von E-Government. Eine höhere Akzeptanz dieser zukunftsweisenden Dienste wird als wünschenswert angesehen.

Auf der anderen Seite legen sozialwissenschaftliche Daten nahe, dass in der Bevölkerung die Sicherheitsfrage in Bezug auf E-Government besonders wichtig ist: 92% der österreichischen Befragten (Online-Nutzer) geben etwa im eGovernment-Monitor an, dass die Sicherheit von eGovernment äußerst wichtig oder sehr wichtig sei.[28] Zwei Drittel (67%) stimmen der Aussage zu, dass „mangelnde Sicherheit bei der Datenübertragung" eine Nutzungsbarriere sei. 59% bejahen dies für „Befürchtungen im Hinblick auf gläserne Bürger'", wobei Sorgen diesbezüglich vor allem von älteren Personen geäußert werden.[29]

Dass diese Verbindung von E-Government und dem Sicherheitsthema auch im öffentlichen bzw. medialen Diskurs latent vorhanden ist und anlassbezogen jederzeit aufflammen kann, zeigt das Beispiel der Diskussion um die im Oktober 2012 von der Bundesregierung beschlossene elektronische Gesundheitsakte (ELGA). 338 Treffer ergibt die Suche nach dem Stichwort „ELGA" in

[26] Peter Biegelbauer: „Warum zwischen Verwaltung und Politik das Misstrauen wächst" (Gastkommentar), in: Die Presse vom 05.10.2011, S. 26.
[27] „Einfachere Behördenwege", in: Kronen Zeitung vom 13.11.2011, S. 12.
[28] Ipima & Initiative D21 e.V. (2011): eGovernment Monitor 2011, S. 10.
[29] Ebd., S. 19.

österreichischen Tages- und Wochenzeitungen im Zeitraum zwischen 25. Oktober 2011 und 25. Oktober 2012 (lt. WISO Praxis/Presse).

Ohne im Rahmen dieses Projekts eine vollständige Analyse dieses Korpus durchführen zu können, zeigt auch hier eine stichprobenartige Auswertung eine rational-aufklärerische Position der Medien: Der Nutzen von ELGA für die PatientInnen wird affirmiert, dem auf der anderen Seite die Sorge der BürgerInnen um Sicherheit und Datenschutz gegenüberstehe. Die technische Sicherheit scheint dabei in der Regel nicht in Frage gestellt, das Problem vielmehr als Akzeptanzfrage gerahmt zu werden, wie die folgenden zwei Beispiele illustrieren:

> Zudem sorge jede neuerliche Registrierung für Verwirrung. Gerade ältere Menschen würden sich oft nicht zurechtfinden. "Auch wenn die Systeme sicher sind: Für den Laien ergibt sich eine unübersichtliche Situation." In dieser würden Betrug und kriminelle Aktivitäten ("Phishing") leichter funktionieren.[30]

> Doch die jahrelangen Diskussionen haben viel Verwirrung gestiftet, kaum jemand weiß, wie das Gesetz wirklich aussieht.[31]

Gläserner Bürger versus gläserne Verwaltung

Der obige Befund wird auch durch eine Frequenzanalyse von Wortverbindungen mit dem Begriff „gläsern“ bestätigt: Trotz der hohen Präsenz des Themas ELGA in den Medien findet sich die konventionelle Metapher des „gläsernen Patienten“ in der österreichischen Printmedien-Berichterstattung zwischen Oktober 2011 und 2012 nur in zehn Vorkommen (lt. WISO Praxis/Presse). Ebenso zehn Mal kommt die Wortverbindung „gläserne/r Mensch“ vor, sechs Mal die Verbindung „gläserne/r Bürger“. – Die mit diesen Metaphern verbundenen Sorgen und Befürchtungen scheinen also von den JournalistInnen der österreichischen Mainstream-Medien nicht selbst geteilt bzw. gepusht zu werden.

Auf der anderen Seite finden sich – zumal im Kontext der Berichterstattung über Initiativen zu „Open Data“ – auch neue Wortverbindungen, die jene Sorgen unterlaufen und den Nutzen von Transparenz in Verbindung mit E-Government ins Licht rücken: Verbindungen, wie „gläserne/n Stadt“, „gläserne/r Staat“, „gläserne/n Verwaltung“ und „gläserne/s Land“ kommen in demselben Zeitraum von 12 Monaten in den untersuchten Printmedien insgesamt immerhin 11 Mal vor.

Teils wird in den untersuchten Texten hier ein Ungleichgewicht zwischen dem „gläsernen Bürger“ und der „gläsernen Verwaltung“ identifiziert. Den derzeitigen EntscheidungsträgerInnen wird unterstellt, selbst nicht ausreichend transparent zu

[30] „Start für den gläsernen Patienten“, in: Kurier vom 09.10.2012, S. 3.
[31] „Der Milchglaspatient“, in: Falter Nr. 26/2012 vom 27.06.2012, S. 10.

agieren, von den BürgerInnen aber Akzeptanz in Bezug auf Eingriffe in die Privatsphäre zu erwarten:

> „Wir sind konfrontiert mit einer Obrigkeit, die nichts über sich preisgibt, aber alles über uns wissen will."[32]

Die Wiener Zeitung spricht in diesem Zusammenhang vom „gläsernen Menschen", der „nicht ganz so gläsernen Datensträngen im öffentlichen Bereich und bisher ganz und gar intransparenten Parteien oder anderen Machtapparaten, wie Banken" gegenübersteht.[33]

Die von den Parteien geforderte Transparenz wird dabei als *Chance* dargestellt, um Politfrust entgegenzuwirken. Einerseits durch die Möglichkeit, die eigene Integrität unter Beweis zu stellen[34] und andererseits durch die Gelegenheit, die eigene Leistung zu dokumentieren.[35]

8.1.2 Elektronische Demokratie: Vision und Wirklichkeit´

Theorie und Praxis elektronischer Demokratie werden unter Fachleuten, in der Verwaltung sowie in der Politikwissenschaft seit vielen Jahren diskutiert und in zahlreichen Arbeitsgruppen, Konferenzen und Projekten vorangetrieben. In der breiteren Öffentlichkeit sowie den Massenmedien eher ein Randthema, wurde elektronische Demokratie durch einige jüngere Ereignisse stärker auf die Agenda gebracht:

Der Aufstieg der Piraten

Der „Piratenpartei Deutschland" gelang es seit 2011 in mehreren Wahlen in Landesparlamente einzuziehen. In der Folge ging die Partei – auch in Österreich – durch die Medien und mit ihr Schlagworte, wie Transparenz, Liquid Democracy oder Freiheit im Netz. In den österreichischen Printmedien, die in der vorliegenden Analyse untersucht wurden, ergab eine Stichwortsuche nach „Piraten AND Demokratie" im Zeitraum seit 01.01.2011 insgesamt 191 Treffer, wobei in der Berichterstattung vor allem die Partei und ihre ProponentInnen im Vordergrund standen.

Eine neue Debatte um Demokratiereform

Debatten um Reformmöglichkeiten des demokratischen Systems wurden in Österreich seit Mitte der 1960er Jahre immer wieder intensiv geführt, wobei insbesondere eine Aufwertung des Parlaments, Reformen des Wahlrechts und eine Stärkung direkter Demokratie im Zentrum standen. Diese Debatten wurden in

[32] „Gläserner Mensch, privilegierter Staat", in: Salzburger Nachrichten" vom 28.01.2012, S. 5.
[33] „Wie transparent", in: Wiener Zeitung Nr. 83 vom 27.04.2012, S. 5.
[34] „Die Zahlen sind den Menschen zumutbar", in: Falter vom 08.06.2011, S. 26.
[35] „Wie transparent", in: Wiener Zeitung Nr. 83 vom 27.04.2012, S. 5.

den letzten Jahren im Kontext der Diagnose zunehmender Politikverdrossenheit wieder aufgenommen und auch von neuen Akteuren, wie der „parteiunabhängigen Initiative für eine Stärkung der direkten Demokratie“, der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ oder der Initiative „Mein Österreich“ vertreten. Formen und Möglichkeiten elektronischer Demokratie wurden in diesem Zusammenhang als ein Mittel unter anderen zur Neubelebung der Demokratie in Österreich diskutiert. Auch das Demokratiepaket der ÖVP vom Juni 2012 sieht den „Einsatz von Internet und neuen Medien“ als Möglichkeiten, die Demokratie „fit für das 21. Jahrhundert“ zu machen.36

Trotz der genannten diskursiven Ereignisse bleibt elektronische Demokratie in den österreichischen Printmedien – ähnlich wie E-Government – im Vergleich zu anderen Themen wenig präsent. Aktuelle Ereignisse können allerdings durchaus punktuell zu „Aufregern“ führen, wie die Erfahrungen mit E-Voting bei den ÖH-Wahlen im Mai 2009 zeigten.

Die Wahrnehmungen, Einstellungen und Argumente, die in österreichischen Printmedien zu diesem Thema vorherrschen, werden im Folgenden analysiert. Der Korpus wurde aus Artikeln in denselben österreichischen Tages- und Wochenzeitungen im gleichen Zeitraum gebildet, wie oben im Kapitel zu E-Government dargestellt. Zur Stichwortsuche wurde eine breite Auswahl von Begriffen verwendet und sodann entsprechend der Prinzipien des *theoretical sampling* händisch relevante Texte zur näheren Analyse ausgewählt.[37]

Vision – Elektronische Demokratie für die Internet-Gesellschaft der Zukunft

Dem Internet gehört die Zukunft, so könnte die Einstellung der journalistischen Eliten der untersuchten österreichischen Medien zusammengefasst werden, und: Die zunehmende Webzentrierung der Gesellschaft werde auch vor der Politik nicht haltmachen. „Die neue Macht geht vom Web aus“[38], so fasst der Kurier diese Entwicklung in einer Schlagzeile zusammen.

Den neuen Technologien wird daher im untersuchten Korpus ein großes Potential im Hinblick auf die Weiterentwicklung politischer Beteiligung zugesprochen. Die Bereitschaft der österreichischen Bevölkerung, elektronische Mitbestimmungsmöglichkeiten zu nutzen, wird als hoch eingestuft[39], ohne die Akzeptanzbedingungen näher zu diskutieren.

[36] „Demokratiereform“, Beschluss des Bundesparteivorstands der ÖVP vom 22.06.2012.
[37] Die verwendeten Suchbegriffe waren: „Elektronische Demokratie, „E-Demokratie“, „Internet AND Demokratie“, „E-Voting“, „Netzpolitik“, „Open Data“, „Piraten AND Demokratie“, „liquid democracy“.
[38] „Die neue Macht geht vom Web aus“, in: Kurier (Österreich) vom 28.03.2012, S. 3.
[39] „Das digitale Werkzeug des Volkes“, in: Wiener Zeitung Nr. 184 vom 21.09.201, S. 13.

Ähnlich wie in Bezug auf E-Government lässt sich also auch bezüglich E-Demokratie eine rational-aufklärerische Position der untersuchten Medien beobachten. Anstelle einer möglichen Angst oder Skepsis vor neuen Technologien steht deren grundsätzliche Bejahung als Mittel zur Verbesserung der Demokratiequalität.

E-Demokratie wird dabei durchaus ein großes Potential zur Förderung gesellschaftlichen Fortschritts im Sinne einer *demokratischen Revolution* zugeschrieben, wobei mit einer Machtverschiebung von den politischen Eliten zur Zivilgesellschaft durch mehr Möglichkeiten direktdemokratischer Mitbestimmung gerechnet wird. Besonders aufgrund dieses erwarteten Machtgewinns der Zivilgesellschaft, der in den untersuchten Texten als stark wünschenswert dargestellt wird, ist das Thema E-Demokratie extrem positiv konnotiert. Mögliche negative Aspekte des verstärkten Einsatzes neuer Technologien in demokratischen Prozessen finden in der Diskussion hingegen kaum Erwähnung.[40]

Wirklichkeit – ungenutzte Potentiale in Österreich

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über erfolgreiche Beispiele für die Umsetzung von E-Demokratie in anderen Ländern wird in Österreich in dieser Hinsicht Aufholbedarf gesehen:

> Während anderswo Bürgerbeteiligungsprojekte über soziale Medien boomen, ist E-Partizipation in Österreich noch ein zartes Pflänzchen.[41]

Diese Einschätzungen werden durch sozialwissenschaftliche Daten bestätigt. Laut eGovernment-Monitor ist 45% der österreichischen Befragten (Internetnutzer) keine Online-Beteiligungsinitiative bekannt, in Großbritannien sind dies nur 18%.[42]

Die Voraussetzungen für E-Demokratie in Österreich werden in den untersuchten Printmedien aufgrund eines relativ gut entwickelter E-Government-Infrastruktur und einer hohen Beteiligung der Bevölkerung an sozialen Medien als besonders gut wahrgenommen[43]. Derzeit würden die neuen Medien aber allenfalls als Informationskanäle verwendet, während Partizipationsmöglichkeiten noch weitgehend ungenutzt bleiben.[44] Dafür wird in erster Linie das zurückhaltende Agieren der Politik verantwortlich gemacht:

[40] Wie die thematische Strukturierung des Korpus zeigt, wird E-Demokratie am häufigsten im Zusammenhang mit den Themen direkte Demokratie, internetbasierten Initiativen der Zivilgesellschaft (z.B. Anti-ACTA-Proteste) und Social Media diskutiert.
[41] „Mitmach-Politik im Web boomt“, in: Format Nr. 33/2012 vom 17.08.2012, S. 59.
[42] Ipima &, Initiative D21 e.V. (2011): eGovernment Monitor 2011, S. 22.
[43] „Direkter Draht zur Macht“, in Format Nr. 33/2012 vom 17.08.2012, S. 58-60.
[44] „Guter Stoff“, in: Wiener Zeitung Nr. 249 vom 24.12.2011, S. 5.

> Das Thema wird allerdings auf diversen Fachkonferenzen schon seit mehr als 10 Jahren herumgeschleppt, ohne dass die Politik die Vielzahl von Vorschlägen bisher aufgegriffen hätte. [45]

Die Zurückhaltung der etablierten Parteien wird zum Teil auf die Tatsache zurückgeführt, dass die aktuellen Entscheidungsträger das Web 2.0 schlicht weniger nützen als der Rest der Bevölkerung. Es wird daher mit einem Paradigmenwechsel gerechnet, „wenn die Internet-Generation der heute 20- bis 30-Jährigen an die Schalthebel gelangt."[46]

Neben diesem Generationeneffekt werden als Grund für das zögerliche Verhalten der Politik in Bezug auf E-Demokratie die Auswirkungen des Internets auf politische Kultur und Machtverhältnisse diskutiert. In diesem Zusammenhang wird eine „Angst der Politiker vor der Generation Netz" unterstellt, da sich durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten das Verhältnis zwischen Gesellschaft und politischen Eliten ändern wird:

> Government 2.0 ist letztlich mit einer Machtabgabe verbunden.[47]

> Denn wer offensiv Ja zum Netz sagt, sagt auch Ja zu mehr Transparenz und Partizipation. Schon jetzt verliert die Politik ab und zu die Themenführerschaft. Eine Facebook-Kampagne ist schnell organisiert.[48]

Erwartet wird, dass PolitikerInnen in Zukunft viel stärker als heute dazu gezwungen sein werden, aktiv mit der Bevölkerung zu kommunizieren:

> Die Tradition, dass Parteilinien hinter verschlossenen Türen von einem kleinen Zirkel paktiert werden, wird zunehmend zur Ausnahme von der Regel intensiver Basiskommunikation werden.[49]

Das Internet als Medium der Mobilisierung

Die Berichterstattung über Bürgerbewegungen im Netz ist im untersuchten Korpus überaus positiv konnotiert. Ihnen wird in den untersuchten Texten ein sehr großes Mobilisierungspotential zugesprochen und die Vernetzung von Protest im Netz und auf der Straße wird als gelungen wahrgenommen. „Ohne die Mobilisierungskräfte des Internets ist politisches Aufbegehren heute nicht mehr denkbar"[50], heißt es dazu etwa im Standard.

[45] „Staubige Amtsstuben", in: Vorarlberger Nachrichten vom 20.01.2012, S. A6.
[46] „Guter Stoff", in: Wiener Zeitung Nr. 249 vom 24.12.2011, S. 5.
[47] Klick die Politik", in: Der Standard vom 06.06.2012, S. 11.
[48] „Die Angst der Politiker vor der Generation Netz" in: Die Presse am Sonntag vom 01.04.2012, S. 4.
[49] „Guter Stoff", in: Wiener Zeitung Nr. 249 vom 24.12.2011, S. 5.
[50] „Klick die Politik", in: Der Standard vom 06.06.2012, S. 11.

In diesem Zusammenhang wird auch generell die politisierende Wirkung von internetaffinen Themen, wie etwa Vorratsdatenspeicherung oder ACTA-Abkommen, thematisiert.[51]

> Übrigens wurde der Protest gegen ACTA hauptsächlich von jungen Menschen getragen. Offenbar wurde eine ganze Generation durch diesen Protest politisiert, ähnlich wie frühere Generationen durch die Proteste gegen nazistische Nachkriegseliten oder gegen die Atomkraft politisiert wurden.[52]

Im Gegensatz zu den etablierten Parteien, denen vorgeworfen wird, Internetthemen zu lange ignoriert zu haben, sind es die neuen politischen Gruppierungen der Piraten, denen – trotz aller Kritik an der Partei – in diesem Bereich Kompetenz und Fortschrittlichkeit zugeschrieben werden.[53] Zum einen, weil es die Piraten schaffen, sich klar zu diesen Themen zu positionieren. Zum anderen, weil parteiintern Prozesse der digitalen Partizipation (Stichwort: Liquid Democracy) erprobt werden.[54]

> Grabenbrüche. Erst die Arbeiterbewegung, dann die Grünen, heute die Piraten: Sie haben die entscheidende Konfliktlinie unserer Zeit zu ihrem Thema gemacht – und können damit eine neue Generation politisieren.[55]

Argumentationen: Vorteile überwiegen klar

Im Hinblick auf die „digitale Revolution" der Demokratie überwiegen die positiven Erwartungen klar. Die Vorteile werden als offensichtlich dargestellt und kaum tiefer gehend diskutiert. „Dass das Internet politische Partizipation vereinfacht und mehr Transparenz bringt, liegt auf der Hand", heißt es etwa in der Presse.[56] Als positiv wird auch gesehen, dass das Internet Diskussionen mit einer großen Anzahl von TeilnehmerInnen ermöglicht und dadurch demokratische Diskurse auch in großen Gesellschaften stattfinden können.[57]

E-Demokratie wird als wichtige Chance für die Verringerung von Politikverdrossenheit, insbesondere in der jungen Generation, dargestellt. Darüber hinaus erhöhe E-Demokratie „die Qualität und Akzeptanz von Entscheidungen, führt zu mehr Engagement und höherem Kostenbewusstsein und bringt auch einen deutlichen Imagegewinn für die Politik."[58]

[51] „Die Angst der Politiker vor der Generation Netz" in: Die Presse am Sonntag vom 01.04.2012, S. 4.
[52] „Gekommen, um zu bleiben", in: Salzburger Nachrichten vom 23.04.2012, S.3.
[53] "Das Internet ist die Zukunft", in: Kurier (Österreich) vom 20.04.2012, S. 19.
[54] „Klick die Politik", in: Der Standard vom 06.06.2012, S. 11.
[55] „Gekommen, um zu bleiben", in: Salzburger Nachrichten vom 23.04.2012, S.3.
[56] "Piraten sind keine Antwort, sondern Warnung", in: Die Presse vom 16.05.2012, S. 29.
[57] „Flüssige Demokratie als Chance für die Politik", in: Der Standard vom 24.03.2012, S. 7.
[58] „Direkter Draht zur Macht", in Format Nr. 33/2012 vom 17.08.2012, S. 58-60.

Auch wenn der Nutzen von E-Demokratie in keinem der untersuchten Texte grundsätzlich in Frage gestellt wird, finden sich vereinzelt kritische Anmerkungen. Zentral ist hier die Gefahr einer Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch die Fokussierung auf die neuen Technologien: "Nicht alle haben Zugang zum Internet, nicht alle drücken sich gern durch dieses Medium aus."[59]

Es wird ebenso auf noch ungelöste Probleme bei der Umsetzung von E-Demokratie hingewiesen. In diesem Zusammenhang wird die Kontroverse zwischen Datenschutz und Transparenz thematisiert. Auch die Notwendigkeit der zeitsparenden Organisation von Entscheidungsfindungsprozessen und die Wahrung von Sachlichkeit im Diskurs werden diskutiert.[60]

Hinterfragt wird ebenso, ob eine tatsächliche Veränderung politischer Prozesse im Sinne einer Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten stattfindet oder ob es bei einer oberflächlichen Selbstinszenierung der Parteien als „modern“ bleibt.[61]

8.1.3 E-Voting

SORA hat die Durchführung von E-Voting bei den ÖH-Wahlen im Mai 2009 im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung unter anderem mit einer Analyse des massenmedialen Diskurses wissenschaftlich begleitet. Im Rahmen dieser Diskursanalyse wurden 182 Artikel aus österreichischen Printmedien im Zeitraum von 2007-2009 analysiert. Die damals bevorstehenden ÖH-Wahlen bildeten zwar den konkreten Anlass zur Diskussion über E-Voting, die Debatte wurde aber von einem breiten Spektrum an DiskursteilnehmerInnen mithilfe abstrakter demokratiepolitischer, technischer und juristischer Argumentationen geführt[62]. Die Ergebnisse der Untersuchung sind daher für die aktuelle Analyse ebenfalls relevant und werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

Negative Grundstimmung zu E-Voting

Die Valenzanalyse zum Begriff E-Voting ergab grundsätzlich, dass sich die mit Abstand häufigsten Bewertungen im Bereich von neutral zu eher negativ bewegen.[63]

Als dominante Gruppen im Diskurs wurden die VertreterInnen des BMWF, die wahlwerbenden Fraktionen, ComputerexpertInnen und die Gruppe der JuristInnen

[59] „Die Angst der Politiker vor der Generation Netz“ in: Die Presse am Sonntag vom 01.04.2012, S. 4.
[60] „Klick die Politik“, in: Der Standard vom 06.06.2012, S. 11.
[61] „Guter Stoff“, in: Wiener Zeitung Nr. 249 vom 24.12.2011, S. 5.
[62] SORA (2009): E-Voting bei den ÖH-Wahlen 2009. Massenmediale Diskurse – Wahrnehmungen von Studierenden – Erfahrungen der Wahlkommission, S. 39.
[63] Ebd., S. 29.

(VertreterInnen des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichts sowie „kommentierende“ JuristInnen) identifiziert.[64] Die VertreterInnen des BMWF brachten als einzige Gruppe nur positive Bewertungen in den Diskurs ein, während bei allen anderen Gruppen von SprecherInnen die negativen Bewertungen deutlich überwogen.[65]

Daraus wird gefolgert, dass sich in diesem Diskurs zwei Gruppen gegenüberstanden: Die dem BMWF zuzuordnenden AkteurInnen mit einer positiven Einstellung zu E-Voting und der Großteil der sonstigen DiskursteilnehmerInnen aus unterschiedlichen fachlichen und politischen Richtungen mit einer tendenziell negativen Sicht.[66]

E-Voting im Frame von Demokratie versus Innovation

Während die dem BMWF zuzuordnenden AkteurInnen einen technischen Interpretationsrahmen für E-Voting suchten und einen Bezug zu Innovation herstellen wollten, wählten die übrigen DiskursteilnehmerInnen in erster Linie einen demokratiepolitischen Frame[67]. Dieser wurde im Laufe der weiteren Argumentation durch technische und juristische Frames ergänzt. Die Verbindungen zwischen den demokratiepoltischen und technischen Verortungen waren dabei stärker als jene zwischen demokratiepolitischen und juristischen Frames.[68] Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang, dass auch technische und juristische ExpertInnen in erster Linie demokratiepolitische Aspekte einbrachten und erst darauf aufbauend juristische oder technische Argumente verwendeten.[69]

Der demokratiepolitische Diskurs wurde vor allem in den Tageszeitungen Standard, Presse und Salzburger Nachrichten geführt, wobei Presse und die Salzburger Nachrichten ergänzenden technischen Argumentationen vergleichsweise mehr Raum gaben. Auch Wochenzeitungen, wie Profil und Falter, enthielten in erster Linie demokratiepolitische Argumentationsketten. In der Kleinen Zeitung und der Wiener Zeitung wurde E-Voting hingegen zumindest ebenso häufig mit Innovation in Bezug gesetzt wie mit anderen Interpretationsrahmen.[70]

Wurde E-Voting negativ bewertet, geschah dies in der Regel in Bezugnahme auf demokratiepolitische und juristische Frames. Die fehlende technische Transparenz von E-Voting wurde dabei als Beweis für die Risiken von Distanzwahlverfahren

[64] Ebd., S. 30f.
[65] Ebd., S. 32.
[66] Ebd., S. 39.
[67] Ebd., S. 37.
[68] Ebd., S. 35-38.
[69] Ebd., S. 39.
[70] Ebd., S. 38.

gewertet und somit eine Unvereinbarkeit mit den Grundsätzen demokratischer Wahlen proklamiert.[71]

Neutrale oder positive Bewertungen von E-Voting bezogen sich eher auf die Interpretationsrahmen Innovation und Technik, was der Kommunikationslinie des BMWF entsprach. Argumente für E-Voting zielten auf die Ortsunabhängigkeit der Stimmabgabe und den Innovationscharakter ab.[72]

E-Voting aktuell in den Printmedien nicht problematisiert

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde eine Datenbanksuche nach dem Stichwort „E-Voting“ im Zeitraum zwischen 01.01.2011 und 25.10.2012 durchgeführt. Die Suchmaschine APA de facto lieferte auf diese Abfrage 108 Treffer in den ausgewählten österreichischen Tages- und Wochenzeitungen.

Die Analyse zeigt bei einem Großteil dieser Treffer allerdings nur eine kursorische Erwähnung von „E-Voting“, während weder eine kommentierende, noch eine argumentative Auseinandersetzung zu diesem Thema stattfindet. Demnach wird „E-Voting“ in den vergangen beiden Jahren in den Printmedien nicht problematisiert und politisiert – aufgrund fehlender aktueller Anlässe zur Diskussion.

Der genauere Blick auf den untersuchten Korpus zeigt, dass E-Voting am häufigsten im Zusammenhang mit den ÖH-Wahlen erwähnt wurde, besonders im Zuge der Berichterstattung über die Aufhebung der E-Voting-Verordnung durch den Verfassungsgerichtshof. Während der VfGH von einer „richtungsweisenden“ Bedeutung des Erkenntnisses auch für zukünftige Wahlen spricht, wird von Seiten des BMWF betont, dass es sich um kein prinzipielles Problem mit E-Voting handle, sondern nur um Kritik an der bisherigen, zu wenig präzisen Umsetzung.[73] Da durch das BMWF klar kommuniziert wird, dass keine Wiedereinführung von E-Voting bei den nächsten ÖH-Wahlen geplant ist[74], löst das VfGH-Erkenntnis allerdings kein Aufflammen der einst so kontroversiellen Diskussion aus.

Bei der Berichterstattung über die ÖH-Wahlen 2011 wird häufig betont, dass dieses Mal keine Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe besteht. Die Erfahrungen aus dem Jahr 2009 sind dabei stark negativ konnotiert, wie die folgenden Beispiele illustrieren:

> Nach einer klaren Pleite bei den letzten Hochschülerschaftswahlen 2009 kam das E-Voting bei der heurigen Wahl nicht mehr zum Einsatz.[75]

[71] Ebd., S. 39.
[72] Ebd., S. 40.
[73] „E-Voting bei Studentenwahl gesetzeswidrig“, in: Die Presse vom 22.12.2011, S. 4.
[74] „VfGH hebt ÖH-E-Voting“ auf, in: Wiener Zeitung Nr. 247 vom 22.12.2011, S. 10.
[75] „Wahlsystem einfach kompliziert“, in: Kleine Zeitung vom 27.05.2011, S. 18.

> E-Voting wird (nach Pannen 2009) nicht mehr durchgeführt.[76]
>
> Der Versuch mit E-Voting scheiterte bei den letzten Wahlen 2009.[77]
>
> Das E-Voting erwies sich als Flop auf der ganzen Linie.[78]

Ebenfalls häufig findet das Thema E-Voting den Weg in die untersuchten Printmedien, wenn sich politische Parteien zu diesem Thema äußern. Insbesondere die Vorschläge von Seiten der ÖVP (Stichwort: Demokratiepaket) haben dem Thema E-Voting Medienpräsenz beschert. Es bleibt allerdings bei einer Vorstellung der Vorschläge der politischen Parteien, eine echte Diskussion zum Thema ergibt sich daraus nicht.

Weniger häufig wird E-Voting im Zusammenhang mit Politfrust im Sinne einer Einbindung besonders jüngerer Bevölkerungsschichten erwähnt (s. oben).

8.1.4 Die Forderung nach Transparenz

„Transparenz“ als politisches Schlagwort etwa der Piratenpartei und als zentraler diskursiver Knoten in aktuellen Debatten um Demokratie- und Politikreform spielt auch in den hier untersuchten Korpus von E-Government und E-Demokratie hinein. Ohne im Rahmen der vorliegenden Studie Aussagen über den breiten Transparenz-Diskurs im Gesamten machen zu können, sollen daher die wesentlichen Verknüpfungen zur hier untersuchten Fragestellung von Internet und Demokratie zusammengefasst werden:

Grundsätzlich ist der Begriff „Transparenz“ im untersuchten Korpus stark positiv konnotiert. Mit „Transparenz“ werden in erster Linie mehr Information für BürgerInnen verbunden sowie Innovation hinsichtlich darauf aufbauender Dienste und Anwendungen. Die prinzipielle Frage, in welchem Ausmaß die öffentliche Bereitstellung von Daten sinnvoll ist, wird aber durchaus kritisch diskutiert.

Als Grundhaltung der Texte kann beobachtet werden, dass die Öffentlichkeit ein Recht auf Transparenz besitze. Die Diskussion um offene Daten wird in dieser Hinsicht als Paradigmenwechsel gewertet:

> Vor allem aber bedeutet Open Data ein Umdenken: Information gehört nicht den regierenden Parteien oder einzelnen Beamten, sie gehört der Allgemeinheit.[79]

[76] „Komplexe Wahl, viele Mandatare“, in: Die Presse vom 19.05.2011, S. F5.
[77] „Aktuell auf einen Blick“, in: Österreich" vom 24.05.2011, S. 14.
[78] „Studierende wählen ihre Vertreter“, in: News Nr. 20/11 vom 19.05.2011, S. 37.
[79] „Die Zahlen sind den Menschen zumutbar“, in: Falter Nr. Nr. 23/11 vom 08.06.2011, S. 26.

Insbesondere wenn es um die Dokumentation der Verwendung öffentlicher Mittel geht, wird von einem Recht auf Information auf Seiten der BürgerInnen gesprochen.[80]

Der Nutzen von mehr Transparenz, insbesondere von Open Data, wird vor allem in zwei Bereichen thematisiert: Einerseits in Bezug auf die BürgerInnen, für die der Nutzen hauptsächlich in mehr Information besteht; Information wird in diesem Zusammenhang als positiver Wert an sich, aber auch als zentrale Grundlage für Diskussionen und Bürgerbeteiligungsprozesse gesehen.

Andererseits wird als Folge der Veröffentlichungen von Verwaltungsdaten mit Innovationen, insbesondere mit der Programmierung von neuen Anwendungen für Smartphones oder Websites gerechnet.[81] Von der Nutzung dieser neuen Services profitieren wiederum die BürgerInnen. Da diese Anwendungen aber zum Teil auch von Unternehmen angeboten werden, werden in diesem Zusammenhang auch die wirtschaftlichen Folgen von offenen Daten thematisiert. Die positiven Erwartungen in dieser Hinsicht kommen in den folgenden Beispielen zum Ausdruck:

> Neben dem Transparenzgedanken sind offene Daten auch ein Wirtschaftsfaktor.[82]

> Wenn die Menschen auf diese Daten zugreifen können, entstehen neue Produkte und Jobs.[83]

Wie viele Daten brauchen wir?

Trotz einer Anerkennung des Mehrwerts für BürgerInnen und Wirtschaft wird durchaus hinterfragt, in welchem Ausmaß die Sammlung und Veröffentlichung von großen Datenmengen sinnvoll ist und wer davon profitiert: „Wie viele Daten braucht ein Staat, wie viele Informationen brauchen wiederum die Bürger über ihre Vertreter?“, fragt die Wiener Zeitung in diesem Zusammenhang.[84] „Wofür brauchen wir die vielen Daten?“ heißt es in der Kronenzeitung in Bezug auf die ELGA.[85]

Das Thema Datenschutz wird im untersuchten Korpus zwar vereinzelt angesprochen, aber nicht als grundsätzliches Problem, sondern wird als ein zu beachtender Aspekt dargestellt.[86]

Am Rande der Diskussion um Transparenz kann aber auch die Frage aufgeworfen werden, ob sich der Trend zu mehr öffentlich verfügbaren Daten letztlich überhaupt

[80] „Wie transparent“, in: Wiener Zeitung Nr. 83 vom 27.04.2012, S. 5.
[81] „Offene Daten für mehr Transparenz“, in: Kurier (Österreich) vom 29.04.2011, S. 13.
[82] „Gläsernes Land: Republik öffnet Datenschatz“, in: Die Presse vom 20.04.2012, S. 12.
[83] „In Zeiten von Wikileaks wird eh alles öffentlich", in: Der Standard vom 18.01.2011, S.16.
[84] „Wie transparent“, in: Wiener Zeitung Nr. 83 vom 27.04.2012, S. 5.
[85] „Wofür brauchen wir die vielen Daten?“, in: Kronen Zeitung (Gesundheitsmagazin) vom 26.11.2011, S. G2.
[86] „Gläsernes Amt statt Gläserner Bürger“, in: Wiener Zeitung Nr. 28 vom 10.02.2012, S. 19.

aufhalten oder steuern lasse: „In Zeiten von Wikileaks wird doch eh alles öffentlich“,[87] lautet dazu der Titel eines Interviews im Online-*Standard*.

8.2 „Internet und Demokratie“ in Online-Diskursen

Wie wird online sowie von aktiven Onlinern über das Thema Internet und Demokratie im weiten Sinn diskutiert? Dieser Frage geht der im Folgenden dokumentierte zweite Teil der Diskursanalyse nach. Gemäß dem qualitativen Ansatz dieser Forschungsmethode sind dabei einige Besonderheiten des Internets als Datenquelle zu berücksichtigen, die gegenüber der oben dargestellten Analyse von Printmedien zu Anpassungen im Forschungsprozess führten.

Zum einen betrifft dies die Struktur, in der Diskurse im Internet vorliegen. Während die Analyse von Printmedien sich auf klar definierte „Behälter“ – die einzelnen Medien – beschränken kann, ist dies für eine Analyse von Online-Diskursen nicht zielführend. So fiel zwar grundsätzlich die Entscheidung, die Recherche zunächst mit Blogs und Seiten aus Österreich in einem definierten Zeitraum zu beginnen (November 2011 bis April 2013); im Zuge der Recherche wurden entsprechend der Netzwerkstruktur des Internets jedoch auch Links zu Seiten, die diese Kriterien nicht erfüllten, verfolgt, und diese ausgewertet.

Zum anderen wurde auch die inhaltliche Suche offener als in der Analyse der Printmedien gestaltet, d.h. es wurde mit einer großen Zahl von Stichworten im Bedeutungsfeld von „Internet und Demokratie“ operiert, um sodann gemäß einer prozesshaften Forschungslogik die relevanten Themen, Personen und Plattformen in der Recherche weiter zu verfolgen. Bevor im Anschluss die Ergebnisse der Diskursanalyse im Detail dargestellt werden, sollen eingangs zwei Ergebnisse aus dieser Phase des *corpus-building* zusammengefasst werden.

Internet und Demokratie vor allem akademisch diskutiert

Das Thema Internet und Demokratie im engeren Sinn – also die Chancen und Risiken von Online-Beteiligung – ist vor allem ein Thema akademischer Diskurse, in denen – in Auseinandersetzung mit internationaler Forschungsliteratur – den Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen, Chancen und Risiken elektronischer Partizipation und Demokratie auf einer allgemeinen Ebene nachgegangen wird.[88]

[87] "In Zeiten von Wikileaks wird eh alles öffentlich", in: Der Standard vom 18.01.2011, S. 16.

[88] Ein österreichischer Blog zum Thema politische Partizipation im Netz - politicipation.net - ist etwa aus einem Seminar der Universität Wien hervorgegangenen. Christian Heise, der Initiator von e-demokratie.org, die eher eine Informationsbasis als eine Diskussionsplattform darstellt, ist Politikwissenschaftler (http://www.e-

Von BürgerInnen, online aktiven politischen Eliten oder AktivistInnen wird dieses Thema auch bisweilen aufgegriffen – zum Beispiel in Reaktion auf einschlägige Presseartikel oder Buchpublikationen[89]; allerdings wurde im untersuchten Zeitraum online keine *Debatte* zu dieser Thematik gefunden, während es eher netzpolitische Themen, wie Netzneutralität bzw. –freiheit, sind, die stark polarisieren und politisieren.

Politik *im* Netz wird zur Normalität

Von „Netzpolitik" als Thema einer internet-affinen und politisierten Teilöffentlichkeit die das Internet selbst (seine Organisation, seine rechtlichen und kommerziellen Rahmenbedingungen) thematisiert, ist die Politik *im* Netz zu unterscheiden, also die Erweiterung des öffentlichen Raumes und der darin stattfindenden politischen Debatten auf das Internet.

Diesbezüglich teilt der vorliegende Bericht den gängigen Befund, dass innerhalb weniger Jahre die Nutzung des Internets für politische Kommunikation– darunter auch Bürgerprotest – zur Normalität geworden ist. Während etwa das Lichtermeer als öffentliches politisches Großereignis (1993) noch ohne Internet stattfand, nutzen politische Protestbewegungen das Netz mittlerweile selbstverständlich als (kostengünstiges und schnelles) Instrument der Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit: Globalisierungskritische Bewegungen, „Uni brennt", Anti-ACTA-Proteste oder „Occupy" können hierfür als jüngere Beispiele stehen. Zusätzlich dient das Internet als Plattform für zivilgesellschaftliche „bottom up" Initiativen, die demokratiepolitisch relevante Informationen aufarbeiten und dadurch politische Kommunikation und Beteiligung fördern. Als Beispiele seien hier Websites wie www.neuwal.at, oder www.meineabgeordneten.at genannt.

Datengrundlage

Eine generelle Bestandsaufnahme politischer Kommunikation *im* Internet ist im Rahmen der vorliegenden Studie nicht möglich; die folgende Analyse beschränkt

politik.de/autor/7/, Stand: 19.11.2012). Vernetzung findet auch abseits des Netzes bei Konferenzen, Vorträgen, Tagungen usw. statt. Als Beispiel sei hier etwa die von der Donau Universität Krems seit 2008 jährlich organisierte Konferenz EDEM (Electronic Democracy Conference) genannt, die seit 2011 unter dem Titel „Conference for E-Democracy and Open Government" veranstaltet wird (http://www.donau-uni.ac.at/de/department/gpa/telematik/edemocracy-conference/index.php?URL=/en/department/gpa/edemocracy-conference, Stand: 11.05.2013).
Seit 2012 gibt es auch den Kongress DNP (Daten.Netz.Politik), der sich mit Fragen zu Datenschutz, Netzpolitik und freien Netzen auseinandersetzt (https://dnp12.unwatched.org/, Stand: 11.05.2013)

[89] Als Beispiel sei hier der Blog von Werner Illsinger (Präsident von clubcomputer.at) genannt, der regelmäßig u.a. rechtliche und netzpolitische Themen, die bereits in anderen Medien diskutiert wurden, kommentiert (http://www.illsinger.at/wordpress/?cat=11, Stand: 11.05.2013)

sich auf jene Online-Diskurse, die Themen, Probleme und Forderungen rund um „Internet und Demokratie“ thematisieren und diskutieren.

Die folgende Liste von Treffern der Suchmaschine Google auf Abfragen nach einschlägigen Stichworten (beschränkt auf österreichische Seiten[90]) erlaubt einen ersten quantitativen Überblick über die Relevanz unterschiedlicher Thematiken online.[91] Angegeben wird dabei sowohl die Trefferanzahl generell als auch jene in der auf Blogs beschränkten Suchfunktion von Google:

- Netzpolitik: 240.000 Treffer (Blogs: 3.280)
- ACTA: 191.000 (Blogs: 4.170)
- „open data“: 53.700 (Blogs: 5.260)
- „open government“: 39.100 (Blogs: 2.420)
- „E-Voting“: 20.700 (Blogs: 896)
- Netzfreiheit 17.500 (Blogs: 481)
- Netzneutralität: 15.400 (Blogs: 556)
- „digitale Demokratie“: 3.220 (Blogs: 24); „elektronische Demokratie“: 1.960 (Blogs: 10); „E-Demokratie“: 2.800 (Blogs: 18); „Demokratie 2.0“: 3.270 (Blogs: 31)
- „Online-Partizipation“: 2.740 (Blogs: 18)
- Zum Vergleich die Trefferzahlen zu den seit vielen Jahren breit diskutierten Stichworten „Transparenz“ sowie „Datenschutz“:
- Transparenz AND Internet: 1.270.000 (Blogs: Transparenz: 20.200)
- Datenschutz AND Internet: 997.000 (Blogs: Datenschutz: 380.000)

8.2.1 Netzpolitik

Netzpolitik wird vom Thema Netzneutralität dominiert

Der Begriff der Netzpolitik hat sich online als Stichwort zur Bezeichnung einer Reihe aktueller Thematiken durchgesetzt, die sich in erster Linie um den Schutz der Bürgerrechte und -freiheiten im Internet drehen. Die beiden zum Teil synonym verwendeten Begriffe Netzneutralität und Netzfreiheit beschreiben die Möglichkeit,

[90] Gesucht wurde in Google mit der beschränkten „site:at“ am 22. April 2013.
[91] Hier ist aber zu beachten, dass die Trefferanzahl nicht die Anzahl der unterschiedlichen Internetseiten widerspiegelt, sondern sich mehrere Treffer auf eine Internetseite beziehen können.

im Internet anonym, unzensiert und gleichberechtigt (d.h. unabhängig von Herkunft, Inhalt, Ziel, Klasse oder Tarif) Daten zu übertragen.[92]

Zu diesen Themen findet ein reger Austausch auf Blog-Plattformen, wie www.netzkinder.at[93] oder netzpolitik.org[94] statt. Auch auf Websites, wie jener des Vereins VIBE!AT[95], des Vereins für Internetbenutzer (sic!) Österreichs, und futurezone.at (Website für Technologienachrichten) wird zu diesen Themen diskutiert. Neben Wettbewerbsargumenten (Entwicklung von innovativen Services durch kleine Unternehmen und Start-ups) und kulturellen Argumenten (z.B. Gleichberechtigung von kleinen und großen Fernsehanstalten) wird für Netzneutralität auch demokratiepolitisch argumentiert:

> Die Netzneutralität ist auf einer rein demokratischen Ebene, wenn es um das Recht der Meinungs- und Versammlungs- oder Informationsfreiheit geht, wichtig.[96]

Netzneutralität wird daher auch als Voraussetzung für die Entwicklung von Möglichkeiten der elektronischen Mitbestimmung von BürgerInnen gesehen:

> Es ist auch interessant, neue Möglichkeiten zur Partizipation für die Bürger zu schaffen. Aber so weit sind wir noch nicht. Wir müssen erst dafür sorgen, dass man sich überhaupt unbeobachtet miteinander übers Internet unterhalten kann.[97]

Neue Online-Eliten prägen den Diskurs

Dieser Diskurs wird stark von einer Reihe von eng miteinander vernetzten Einzelpersonen getragen, die über ihre eignen Plattformen hinaus immer wieder als ExpertInnen in unterschiedlichen Medien zu Wort kommen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit können beispielweise genannt werden:

- Thomas Lohninger (Twitterer, http://socialhack.eu/, bloggt auf www.netzkinder.at)

[92] netzfreiheit.org/uber-uns/ & unsernetz.at/netzneutralitaet/, Stand: 19.11.2012.

[93] Der Blog sieht sich selbst als „redaktionell unabhängiger, kollaborativer Blog“ zur „Beleuchtung von aktuellen Themen der Netzpolitik und des Netzgeschehens mit Fokus auf österreichische oder Österreich betreffende Aspekte durch freie Autoren“ (www.netzkinder.at/impressum, Stand: 19.11.2012).

[94] Netzpolitik.org ist in Berlin verortet und definiert sich als „ein Blog und eine politische Plattform für Freiheit und Offenheit im digitalen Zeitalter“. (netzpolitik.org/about-this-blog/, Stand: 19.11.2012).

[95] Die Ziele dieses Vereins sind die Ermutigung zu einem „mündigen, verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit dem Medium Internet“ sowie die Bewusstseinsbildung für „übermäßige“ Beschränkungen der Freiheiten im Internet (https://www.vibe.at/verein, Stand: 19.11.2012)

[96] „Aktivisten fordern Gesetz für Netzneutralität“ – Interview mit Thomas Lohninger, auf: http://futurezone.at/netzpolitik/11179-aktivisten-fordern-gesetz-fuer-netzneutralitaet.php, publiziert am 07.09.2012, Stand: 19.11.2012.

[97] „Vom Expertenthema zum Massenprotest“- Interview mit Andreas Krisch, auf: http://orf.at/stories/2139652/2139664/, publiziert am 08.09.2012, Stand: 19.11.2012.

- Andreas Krisch (EDRi - European Digital Rights, VIBE!AT, unwatched.org – Das Datenschutzportal)
- Markus Beckedahl (deutscher Blogger, Gründer von netzpolitik.org)
- Markus Stoff (Sprecher der Initiative für Netzfreiheit)
- Werner Illsinger (Präsident von ClubComputer)

Wie bereits erwähnt, wird das Thema Netzpolitik vor allem in Bezug auf die Rechte und Freiheiten der NutzerInnen diskutiert, demokratiepolitische Aspekte sind ein klares Randthema. Das Netz wird aber ganz selbstverständlich als Tool für unterschiedliche netzpolitische Initiativen eingesetzt, etwa in den Kampagnen gegen ACTA, Vorratsdatenspeicherung oder das Fluggastdatenabkommen.

Im Folgenden soll eine Auswahl an Organisationen vorgestellt werden, die sich in unterschiedlichem Ausmaß mit Netzpolitik und Demokratie im weitesten Sinn auseinandersetzen:

VIBE!AT – Verein für Internet-Benutzer Österreichs

VIBE!AT wurde 1999 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt,

> „[…] zu einem mündigen, verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit dem Medium Internet zu ermuntern. Gleichzeitig will er ein öffentliches Bewusstsein schaffen, das jegliche Versuche, diese Freiheiten übermäßig zu beschränken, erkennt und verurteilt.“[98]

- Gemäß den Statuten besteht der Vereinszweck u.a. in folgenden Punkten:[99]
- Förderung des Internets und ähnlicher elektronischer Medien in Österreich
- Beteiligung an der Meinungsbildung und an der Entscheidungsfindung im Dialog mit Behörden, Internet-Service-Providern (ISPs) und anderen, für die Benutzbarkeit des Internets bedeutenden, Organisationen
- Sicherung des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Privatsphäre, des Briefgeheimnisses sowie anderer Menschenrechte und Grundfreiheiten im Internet
- Wissenschaftliche Untersuchung, Vorbereitung, Durchführung und Unterstützung von Maßnahmen, die zu einer Förderung des Internets und ähnlicher elektronischer Medien beitragen sowie zu einer Sicherung des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Privatsphäre, des Briefgeheimnisses sowie anderer Menschenrechte und Grundfreiheiten im Internet beitragen können

Aufklärung der Öffentlichkeit über das Internet (Möglichkeiten, Gefahren)

[98] https://www.vibe.at/verein (Stand: 11.05.2013)
[99] https://www.vibe.at/verein/impressum.html (Stand: 11.05.2013)

VIBE!AT beschäftigt sich mit Themen, wie Datenschutz, Privatsphäre, Netzneutralität, Terrorgesetzgebung, Urheberrecht (im Zusammenhang mit u.a. Breitbandabgabe, Privatkopien) sowie Vorratsdatenspeicherung (auch im Kontext der Passagierdatenweitergabe).

VIBE!AT hat Anfang 2013 - gemeinsam mit der Initiative für Netzfreiheit (siehe unten) - eine Kampagne für ein starkes europäisches Datenschutzrecht gestartet und dazu die Seite wirwollendatenschutz.at eingerichtet.

Weiters hat VIBE!AT eine Initiative für Netzneutralität gestartet, im Rahmen derer gefordert wird, dass der freie und unbeschränkte Zugang zu Informationen im Internet in Österreich als Grundrecht verankert wird.[100]

ClubComputer

ClubComputer ist ein gemeinnütziger Verein, der sich mit der „Digitalisierung unseres Lebens“[101] beschäftigt. Neben praktischen Informationen, wie Testberichten von Hardware, bezieht der Verein auch Stellung zu netzpolitischen Themen, wie Netzneutralität, Schutz der Privatsphäre, Datenschutz sowie Urheberrecht. Dabei werden aktuell folgende Themen diskutiert:[102]

- Vorratsdatenspeicherung (VDS)
- Fluggastdatenabkommen (PNR)
- Festplattenabgabe
- ORF Gebühren ohne Empfangsmöglichkeit
- ACTA und andere ähnliche Vorhaben
- Die Regulierung des Österreichischen Telekom Marktes
- Geplante Obsoleszenz (geplante „Selbstzerstörung“ von Geräten)

Netzneutralität wird vom Präsidenten des ClubComputer Werner Illsinger als „Gratwanderung“ beschrieben. Er argumentiert, dass Network Management (Priorisierung von Diensten im Netzwerk) zwar positiv für KonsumentInnen eingesetzt werden kann, jedoch auch viele Gefahren bestehen, etwa wenn Provider die Analyse des Datenverkehrs von Kunden für Werbezwecke nutzen.[103]

Der ClubComputer bertreibt auch ein eigenes Forum zu „Rechtliches & Netzpolitik“[104], in dem in 318 Threads (Stand: 11.05.2012) u.a. nationale und

[100] https://www.vibe.at/Netzneutralitaet (Stand: 11.05.2013)
[101] http://www.clubcomputer.at/forum/content.php (Stand: 11.05.2013)
[102] http://www.clubcomputer.at/forum/content.php (Stand: 11.05.2013)
[103] http://www.clubcomputer.at/forum/content.php/36-Netzneutralit%C3%A4t (Stand: 11.05.2013)
[104] http://www.clubcomputer.at/forum/forumdisplay.php/18-Rechtliches-amp-Netzpolitik (Stand: 11.05.2013)

internationale Medienberichte zum Thema österreichische, EU- sowie US-Gesetzgebung betreffend Datenschutz und Urheberrecht u.v.m. diskutiert werden.

netzpolitik.org

Im Mittelpunkt von netzpolitik.org, das in der jetzigen Version seit 2004 online ist, stehen digitale Bürgerrechte. Auf dieser mehrfach ausgezeichneten Plattform schreiben 30 AutorInnen über „politische, gesellschaftliche, technische und kulturelle Fragestellungen auf dem Weg in eine Digitale Gesellschaft.“[105] Der Gründer von netzpolitik.org ist Markus Beckedahl[106], der gemeinsam mit Andre Meister (ebenfalls Autor auf netzpolitik.org) das „Jahrbuch Netzpolitik 2012“ herausgegeben hat[107] und 2012 mit Falk Lüke (Berliner Journalist, spezialisiert auf netzpolitische Themen) das Buch „Die digitale Gesellschaft: Netzpolitik, Bürgerrechte und die Machtfrage“ veröffentlicht hat.

netzpolitik.org veröffentlicht regelmäßig „netzpolitische Wochenrückblicke“, in denen aktuelle, nationale und internationale netzpolitische Themen erörtert werden. Die Plattform netzpolitik.org betreibt auch eine Seite auf Facebook mit über 10.000 „Likes“ (http://www.facebook.com/netzpolitik), einen Twitter-Account (@netzpolitik) mit über 100.000 Followern sowie einen YouTube-Channel - 257 Videos (https://www.youtube.com/user/netzpolitik).

Im Blog von netzpolitik.org werden unterschiedliche netzpolitische Themen, wie Datenschutz, Digital Rights, eDemocracy, Jugendschutz, Open Education, Open Data, Überwachung und Urheberrecht diskutiert. Konkrete aktuelle Themen mit explizitem Bezug zu Österreich sind u.a. das Transparenzgesetz, die Diskussionen betreffend die Reform des Urheberrechts und die Vorratsdatenspeicherung.

Initiative für Netzfreiheit

Der Verein Initiative für Netzfreiheit setzt sich für die Wahrung der digitalen Bürgerrechte ein sowie für die Erhaltung bzw. Verbesserung der Netzfreiheit in Österreich. Er versucht dabei auch, die Netzpolitik in den Fokus der Politik und der Öffentlichkeit zu rücken. Die Initiative versteht Netzfreiheit als „die Freiheit des Individuums anonym sowie frei von Unterscheidung und Blockade der von ihm übertragenen Daten im Netz zu agieren.“[108]

Aktuelle Forderungen bzw. kritisierte Themen dieser Initiative sind u.a.:

[105] https://netzpolitik.org/about-this-blog/ (Stand: 11.05.2013)
[106] Detaillierte Informationen zur Personen finden sich auf seinem Blog http://beckedahl.org (Stand: 11.05.2013)
[107] Vollständiger Download unter: https://netzpolitik.org/wp-upload/np_jahresbuch_download_final.pdf (Stand: 11.05.2013)
[108] https://netzfreiheit.org/uber-uns/ (Stand: 11.05.2013)

- Forderung nach einem österreichischen Gesetz zum Schutz der Netzneutralität, nach dem Vorbild der Niederlande und Slowenien[109]
- Forderung nach Stärkung der EU-Datenschutzreform
- Forderung nach einer Reform des Urheberrechts – gegen Festplattenabgabe
- Kritik an Vorratsdatenspeicherung in Österreich[110]
- Kritik an Fluggastdatenabkommen der USA mit der EU („Untergrabung der EU-Datenschutzbestimmungen“)[111]

Die Initiative betreibt (gemeinsam mit VIBE!AT und Go Outside) den Blog netzkinder.at, dessen Zweck die „Beleuchtung von aktuellen Themen der Netzpolitik und des Netzgeschehens mit Fokus auf österreichische oder Österreich betreffende Aspekte durch freie Autoren“[112] ist.

So wurde etwa aktuell ein „Vergleich aller bestehender Gesetze zur Netzneutralität“ durchgeführt. Dessen Fazit ist, dass es

> „(…) an der Zeit [ist], auch in Deutschland und Österreich Gesetze zum Schutz der Netzneutralität zu verabschieden. Denn die Produktgestaltung der Provider kann jederzeit Tatsachen schaffen und ist im Nachhinein weitaus schwieriger abzuschaffen als durch präventive Gesetzgebung. Die Untätigkeit der europäischen Kommission im Hinblick auf diese Gefahr, zeigt ebenfalls, wie dringend wir solche Gesetze brauchen.“[113]

quintessenz.at

Die Organisation quintessenz.at wurde im Jahr 1994 gegründet. Ihr Ziel ist es, „über die Auswirkungen und Hintergründe der IT-Durchdringung aller Lebensbereiche sowie der globalen Vernetzung zu berichten und aufzuklären“ und für die „Wiederherstellung aller Bürgerrechte, die mit technischen Mitteln inzwischen aufgehoben wurden“, einzutreten.[114]

[109] Dazu wurde die Kampagne „Unser Netz“ ins Leben gerufen (https://unsernetz.at/, Stand: 11.05.2013)
[110] Die Initiative hat diesbezüglich einen Bericht verfasst, in dem „gravierende Missstände in der Speicherung der Vorratsdaten in Österreich“ aufgezeigt werden (Download des Berichts unter: https://netzfreiheit.org/wp-content/uploads/2012/11/IfNf_Bericht-VDS_Datensicherheit.pdf, Stand: 11.05.2013)
[111] https://netzfreiheit.org/2012/04/19/beschluss-des-fluggastdatenabkommens-von-ngos-scharf-kritisiert/ (Stand: 11.05.2013)
[112] https://www.netzkinder.at/impressum/ (Stand: 11.05.2013)
[113] https://www.netzkinder.at/2013/04/ (Stand: 11.05.2013). Der Bericht zur Synopse der Gesetze zur Netz-neutralität zum Download unter: https://unsernetz.at/files/Synopsis_CL_NL_SL.pdf (Stand: 11.05.2013)
[114] http://quintessenz.at/cgi-bin/index?funktion=about (Stand: 11.05.2013)

In Kooperation mit Privacy International und österreichischen Datenschützern werden von quintessenz.at seit 1999 jährlich die Big Brother Awards Austria[115] vergeben. Weiters initiiert der Verein Onlinekampagnen zur „ Aufklärung über Missbrauch der neuen Technologien“ sowie Informationskampagnen zu nationalen, EU- und G8-Gesetzesvorhaben bzw. Abkommen, welche die freie Meinungsäußerung oder das Recht auf Privatsphäre beeinflussen könnten.“[116]

8.2.2 Internet als Hoffnung für die direkte Demokratie?

Auch BloggerInnen aus der Politik greifen netzpolitische Themen auf, wobei hier eine besonders starke Präsenz von Grünen BloggerInnen zu beobachten ist.[117] In ihren Blogs präsentieren die Grünen PolitikerInnen neben ihrer Meinung zu netzpolitischen Themen ihre positive Einstellung zur elektronischen Demokratie im Frame von Modernität und Fortschritt. Elektronische Demokratie wird dabei eng mit der Weiterentwicklung von direkter Demokratie und Basisdemokratie in Verbindung gebracht. „Der Buchdruck hat die repräsentative Demokratie hervorgebracht. Das Internet wird zur direkten Demokratie führen.“[118] schreibt Gebi Mair. Die Grünen versuchen sich im Hinblick auf diese Entwicklung als VorreiterInnen zu positionieren.

Abseits der Online- und politischen Eliten finden sich vereinzelt Wortmeldungen zum Thema E-Demokratie in Blogs von Privatpersonen bzw. Unternehmen. In den wenigen vorhandenen Beiträgen überwiegt eine positive Grundstimmung im Hinblick auf elektronische Mitbestimmungsmöglichkeiten. Argumentiert wird mit neuen Optionen zur Weiterentwicklung direkter Demokratie[119] und zum Meinungsausdruck und –austausch, insbesondere für die jüngere Generation.[120] Kritische Stimmen sehen noch einen großen Handlungsbedarf, bis es zu einer echten Partizipation auf Basis des Netzes kommt:

> Die aktuelle Diskussion in Bezug auf E-Government und Partizipation verkümmert immer mehr in die Richtung der derzeit primären Nutzung der

[115] „Alle Personen, Behörden, Firmen oder sonstige Vereinigungen, die einen besonderen Beitrag zur Abschaffung der Privatsphäre geleistet haben, können für einen der Awards vorgeschlagen werden. Die Genannten sollten in Österreich niedergelassen sein, von hier aus agieren oder einen sonstigen regionalen Bezug haben.“ (http://www.bigbrotherawards.at/2012/warum.php, Stand: 11.05.2013)

[116] http://quintessenz.at/cgi-bin/index?funktion=about (Stand: 11.05.2013)

[117] Zum Beispiel der Blog des Grünen Nationalratsabgeordneten und Datenschutzsprechers Albert Steinhauser (albertsteinhauser.at, Stand: 11.05.2013)

[118] „Auf dem Weg zur Demokratiepartei“, auf: http://gebimair.blogspot.co.at/2012/06/auf-dem-weg-zur-demokratiepartei.html, publiziert am 12.06.2012, Stand: 19.11.2012.

[119] „Wahlanalyse aus Internet-Sicht“, auf: helmut.hirner.at/archives/12420, publiziert am 02.01.2010, Stand: 19.11.2012.

[120] „Politik 2.0“, auf: http://www.social-media-consulting.at/allgemein/politik-2-0/, publiziert am 08.10.2010, Stand: 19.11.2012.

> Social Media Kanäle: Ein „Gefällt mir“ oder eine kurze Wortmeldung mit maximal 140 Zeichen (Tweet).[121]

Ambivalente Rolle des Internets bei Initiativen zu mehr direkter Demokratie

Den potentiellen Beitrag des Internets für mehr direkte Demokratie beurteilen die entsprechenden österreichischen Initiativen sehr unterschiedlich.

POLK – „die Initiative zur Erneuerung der politischen Kultur“ - fordert zwar mehr direkte Demokratie („Wir wollen eine Demokratie, in der das Recht (wieder) vom Volk ausgeht!“)[122], doch im Grundsatzpapier werden das Internet bzw. Massenmedien generell überhaupt nicht erwähnt. Auch die „Bürgerinitiative Österreich – weniger Staat!“, die u.a. die Förderung der direkten Demokratie auf allen Ebenen fordert, misst in diesem Zusammenhang dem Internet keine Bedeutung zu.[123] Dasselbe gilt auch für das (gescheiterte) Volksbegehren „Demokratie jetzt!“, wo im Rahmen der Forderung nach mehr direkter Demokratie die Rolle des Internets keine Erwähnung findet.[124]

Der Begriff Internet findet sich weiters weder in den Zielen, noch in den Leitsätzen von „mehr Demokratie“ (parteiunabhängige Initiative für eine Stärkung der direkten Demokratie).[125] In ihrer Petition fordern sie aber unter dem Titel "Für einen Direkt-Demokratie-Vorschlag eines Bürger_Innenrats mit anschließender Volksabstimmung" u.a., dass

> „(1) Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit bekommen, Volksabstimmungen auszulösen. (2) Die Spielregeln dafür sollen Bürgerinnen und Bürger mitgestalten. Eine repräsentativ oder nach dem Zufallsprinzip zusammengesetzte Gruppe ("Bürger_Innenrat") soll einen Vorschlag für Direkte Demokratie erarbeiten. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf einer Internetplattform an diesem Diskussionsprozess beteiligen können.“[126]

Klar positioniert sich hingegen die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ zu Internet und direkter Demokratie. Sie fordert, dass die Unterstützung von Volksbegehren über Internet ermöglicht werden soll, denn, so der Sekretär der Initiative, Herwig Hösele:

---

[121] „Partizipation ist mehr als “Gefällt mir”, auf: http://blog.egov-suite.com/de/2012/05/partizipation-ist-mehr-als-gefaellt-mir/, publiziert am 02.05.2012, Stand: 19.11.2012.
[122] http://www.politische-kultur.at/stable/content/grundsatzpapier (Stand: 12.05.2013)
[123] http://www.bi\u00f6.at/?q=Verfassungsreform (Stand: 12.05.2013)
[124] http://www.demokratie-jetzt.at/forderungen (Stand: 12.05.2013)
[125] https://w32l17.hoststar.at/mehr-demokratie (Stand: 12.05.2013)
[126] http://demokratie2013.at/ (Stand: 12.05.2013)

> „Im Zeitalter des Internet ist der vom Gesetzgeber verlangte Weg zum Notar oder zum Gemeindeamt als anachronistisch und schikanös zu bezeichnen."[127]

In ihrem „Demokratiebefund 2012" stellen sie klar fest:

> „Zweifelsohne sollen die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für eine positive Fortentwicklung der Demokratie nutzbar gemacht werden. Dabei sollten insbesondere die Aspekte der Stärkung des Kontaktes und der Kommunikation zwischen der politischen Elite und den BürgerInnen sowie einer besseren Serviceleistung des Staates gegenüber den BürgerInnen (etwa Stichworte EGovernment und – bei Gewährleistung technischer Sicherheit und Geheimhaltung – E-Voting) verfolgt werden. Ebenso sollten diese Möglichkeiten zum Ausbau effektiver Partizipationsmöglichkeiten an der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung genutzt werden. Andererseits sollten aber auch Maßnahmen zur Sichtbarmachung der voranschreitenden Machtverschiebungen getroffen und eine entsprechende gesellschaftliche Aufklärungsarbeit geleistet werden. Insbesondere gilt es dabei auch eine Bewusstseinsbildung bei Software-EntwicklerInnen, die Förderung demokratiepolitischer Verantwortung neuer Medien durch Bildungsoffensiven sowie rechtliche Begleitmaßnahmen und wissenschaftliche Begleitforschung zu gewährleisten."[128]

Die „Plattform für Demokratiebewusstsein und direkte Demokratie" verfasst Forderungskataloge, die UserInnen einfach auf der Internetseite ausfüllen und an Medien und Parteien via E-Mail schicken können. Das Internet nimmt somit einen zentralen Stellenwert ein:

> „Mit Hilfe des Mediums Internet wurden im Nahen Osten ganze Regime gestürzt. Dies soll hier selbstverständlich nicht geschehen, jedoch sollen unseren politischen Parteien die Wünsche der Bürger aufgezeigt werden, um ein Umdenken in der Politik herbeizuführen! Die derzeitigen Politiker reagieren nur mehr, haben aber keinerlei Strategien für die Zukunft, da sie die Fehlentwicklungen nicht mehr erkennen. Daher sollten den politischen Parteien Lösungen aufgezeigt werden, die von der breiten Masse der Bevölkerung gewünscht und dadurch unsere Politiker zur Umsetzung dieser Lösungen drängen werden.
>
> Wir brauchen keine Volksbegehren und auch keine Volksabstimmungen, sondern nur genügend Stimmen (Mails), um unseren Anliegen Nachdruck zu verleihen!"[129]

Auch für die Initiative „willwaehlen.at" ist das Internet für die direkte Demokratie von Bedeutung. Sie fordern, dass BürgerInnen Unterstützungserklärungen von

[127] http://www.mehrheitswahl.at/material/PA_111111.pdf (Stand: 12.05.2013)
[128] http://www.mehrheitswahl.at/material/befund12/Demokratiebefund_2012gesamt.pdf (S.30, Stand: 12.05.2013)
[129] http://www.demokratie-direkt.at/ (Stand: 12.05.2013)

Volksbegehren auch online abgeben dürfen. Denn „Unterstützungserklärungen sind ein zentraler Baustein unserer Bürgerrechte. Der Zugang zu diesem Recht soll so gestaltet sein, dass möglichst viele Bürger ihr Recht möglichst leicht wahrnehmen können.“[130]

Kaum Laien-Diskurs zu E-Partizipation im Internet

Betreffend Online-Partizipation findet im Internet kein aktiver Laien-Diskurs statt. Wenn über E-Partizipation online diskutiert wird, dann erfolgt der Diskurs primär akademisch bzw. von PolitikerInnen. Auf manchen Blogs wird zwar das Thema erwähnt, aber meist nur in Form von unkommentierten Hinweisen auf entsprechende (meist akademische) Veranstaltungen oder auf Online-Plattformen.

Untersucht wurde in diesem Zusammenhang auch, inwieweit folgende offizielle Online-Beteiligungsmöglichkeiten österreichischer politischer Institutionen im Internet wahrgenommen und diskutiert werden:

- Reformdialog für den öffentlichen Dienst (http://www.reformdialog.at)
- Online-Petitionen der Stadt Wien (https://www.wien.gv.at/petition/online/)
- Parlamentarische Bürgerinitiativen (http://www.parlament.gv.at/PERK/BET/BII/index.shtml)

Hierzu kann das klare Fazit einer sehr geringen Wahrnehmung im Medium Internet gezogen werden: Die genannten Plattformen und Instrumente werden im Untersuchungszeitraum weder thematisiert noch diskutiert oder problematisiert; lediglich sehr vereinzelte unkommentierte Hinweise (Links) finden sich in Newsgruppen.

E-Voting im Internet kein aktuelles Thema

Auch zu E-Voting ist im Internet im Untersuchungszeitrum keine aktive Auseinandersetzung festzustellen. Ähnlich, wie bereits in den untersuchten Printmedien erhoben wurde, wird E-Voting vor allem im Zusammenhang mit den vergangenen ÖH-Wahlen genannt.

Im Internet findet sich aber eine Initiative, die sich dezidiert gegen Exotin ausspricht: papierwahl.at.

[130] http://initiative.willwaehlen.at/ (Stand: 12.05.2013)

papierwahl.at ist eine „eigenständige, fraktions- und parteilose Initiative“, die von Dr. Barbara Ondrisek - die zum Thema „Sicherheit elektronischer Wahlen: Eine Methode zur Bewertung und Optimierung der Sicherheit von E-Voting-Systemen” an der TU Wien promovierte - und von Prof. Peter Purgathofer von der TU Wien gegründet wurde.[131] Auf dieser Plattform werden in unregelmäßigen Abständen Beiträge publiziert, die besonders auf die Gefahren von E-Voting hinweisen sollen. Dabei werden vor allem auch internationale Praxisbeispiele angeführt.

8.2.3 Modelle elektronischer Demokratie

Welche Modelle elektronischer Demokratie aktuell im Netz getestet und diskutiert werden, wird im Folgenden kurz dargestellt.

OPÖ

Die Online Partei Österreich besitzt kein Parteiprogramm im klassischen Sinn, sondern lässt die Parteilinie zu jedem Thema per Onlineabstimmung nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden.[132] Bei den im Zeitraum April bis Juli 2012 durchgeführten Abstimmungen auf der Homepage der OPÖ nahmen zu Beginn wenige hundert (bis zu 403), im Laufe der Zeit immer weniger Personen teil. Bei den letzten fünf, im genannten Zeitraum dokumentierten Abstimmungen, betrug die Zahl der TeilnehmerInnen im Durchschnitt 5 Personen.[133]

Amorphe Demokratie

Das Konzept der amorphen Demokratie beschreibt die Weiterentwicklung des derzeitigen Systems der repräsentativen Demokratie in Richtung Liquid Democracy (s. unten). Amorphe Demokratie beschreibt den Versuch, die Einstellung einzelner Abgeordneter zu bestimmten Themen zu beeinflussen. Dies geschieht durch die öffentliche Präsentation der Position der Abgeordneten im Netz sowie durch Kontaktaufnahme und Überzeugungsversuche. Amorphe Demokratie wird daher mit Lobbyismus verglichen, „nur für normale Bürger“.[134] Ein Beispiel für die Umsetzung der Idee der amorphen Demokratie ist die Kampagne gegen das Fluggastdaten-Abkommen des Vereins VIBE!AT (pnr.vibe.at).

In etwas anderer Form setzt der deutschen Verein Digitale Gesellschaft e.V. die Idee der amorphen Demokratie mit der Beteiligungsplattform „Adoptier deinen Abgeordneten“ um: Es werden Patenschaften für Bundestagsabgeordnete vergeben und die entsprechenden PatInnen informiert, wenn ein netzpolitisch

[131] http://papierwahl.at/about/ (Stand: 13.05.2013)
[132] http://www.opoe.at/partei/, Stand: 19.11.2012.
[133] http://www.opoe.at/home/, Stand: 20.11.2012.
[134] „Amorphe Demokratie“, auf: www.netzkinder.at/tag/amorphe-demokratie/, publiziert am 15.06.2012, Stand: 19.11.2012.

relevantes Thema zur Beratung oder Abstimmung kommt. Die PatInnen dokumentieren ihre Kommunikation mit den Abgeordneten öffentlich. Die Abgeordneten können bei Verstößen gegen einen festgelegten Verhaltenskodex Beschwerde beim Verein einlegen. Von den PatInnen wird eine Finanzierung des Modells in der Höhe von mindestens 4 Euro monatlich erwartet. In den auf netzpolitik.org im Zusammenhang mit diesem Vorschlag geposteten Kommentaren war es dann auch vor allem dieser finanzielle Aspekt, der zu kritischen Diskussionen über dieses Modell führte.[135]

Liquid Democracy

Die Idee des sogenannten Delegated Voting ist unter dem Stichwort „Liquid Democracy" vor allem durch den internen Einsatz innerhalb der Piratenpartei bekannt geworden. Das Modell vereint Elemente der direkten und der repräsentativen Demokratie. Die TeilnehmerInnen können von Fall zu Fall selbst entscheiden, ob sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen oder lieber von anderen vertreten werden möchten. Dazu können entweder einzelne Themen, Themenbereiche oder Gruppen von Themenbereichen delegiert werden. Die Entscheidung zur Delegation kann jederzeit widerrufen werden. Dadurch entsteht ein sich ständig veränderndes („fließendes") Netzwerk von Delegationen.[136] Auf die komplexe konkrete Umsetzung von Liquid Democracy durch Software, wie LiquidFeedback, kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

Das konkrete Modell Liquid Democracy scheint die InternetnutzerInnen stärker anzusprechen als das abstrakte Thema elektronische Demokratie – zumindest findet dazu im Netz ein reger Meinungsaustausch statt. Das Modell Liquid Democracy wird dabei als spannendes Konzept wahrgenommen, das eine Chance gegen Politikverdrossenheit und mehr Mitbestimmung darstellt.[137] Als positiv wird gesehen, dass die TeilnehmerInnen, je nach Zeitbudget, Interesse und Kompetenz, selbst entscheiden können, bei welchen Themen sie sich einbringen möchten und bei welchen sie ihre Stimme delegieren.[138]

Viel mehr Raum nehmen allerdings kritische Argumente gegenüber Liquid Democracy ein. Als generell problematisch wird gesehen, dass es wie bei anderen Online-Plattformen zur demokratischen Entscheidungsfindung auch unmöglich ist, gleichzeitig sowohl eine anonyme Stimmabgabe als auch eine Überprüfbarkeit des

[135] „Adoptier Deinen Abgeordneten", auf: netzpolitik.org/2012/adoptier-deinen-abgeordneten/, publiziert am 03.05.2012, Stand: 19.11.2012.
[136] piratenpartei.at/liquid-democracy/, Stand: 20.11.2012.
[137] http://oliverscheiber.blogspot.co.at/2012/02/liquid-democracy.html, publiziert am 02.02.2012, Stand: 19.11.2012.
[138] Leserkommentar auf: http://derstandard.at/1347492826405/Liquid-Democracy-Ist-Oesterreich-reif-fuer-so-viel-Mitsprache, publiziert am 20.09.2012. Stand: 20.11.2012.

Verfahrens zu erreichen.[139] Ein weiterer Vorwurf ist, dass Liquid Feedback von wenigen „Power-Usern“ dominiert und das System dadurch intransparent wird.[140] Weitere Argumente beziehen sich auf:

- die scheinbare Absenz von Gegenstimmen, was mit der laufendenden Veröffentlichung der Stimmverhältnisse in Zusammenhang gebracht wird
- Partizipationshürden durch begrenzte Zeit- und Geldbudgets[141]
- Abgrenzungsprobleme, da bestimmte Themen in Wechselwirkungen zu anderen stehen
- Populismus
- Blockbildung im Sinne weniger großer Blöcke mit wenig Opposition, da die restlichen Meinungen divergieren
- keine Konsensbildung bei widersprechenden Positionen, da für beide eine Mehrheit zustande kommen kann (z.B. weniger Steuern, mehr Bildung)
- Stimmungsmacher, d.h. die Macht der Medien steigt
- Gewaltenteilung wird zugunsten einer einzigen Basis aufgehoben
- Kaskadeneffekte, d.h. Intransparenz durch die mehrfache Delegation von Stimmen
- Stimmgewichtsanomalien.[142]

[139] liquidfeedback.org/2012/09/17/liquidfeedback-entwickler-distanzieren-sich-vom-einsatz-ihrer-software-in-der-piratenpartei/, publiziert am 17.09.2012, Stand: 20.11.2012.
[140] http://streetdogg.wordpress.com/2012/11/11/spqp/, publiziert am 11.11.2012, Stand: 20.11.2012.
[141] blog.sektionacht.at/2012/06/parteidemokratie-4-liquid-democracy-in-theorie-und-praxis/, publiziert am 12.06.2012., Stand: 20.11.2012.
[142] http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy_Einw%C3%A4nde, Stand: 20.11.2012.

Literaturverzeichnis

Abramson, Mark A. & Means, Grady E. (Hrsg.) (2001): E-Government 2001, Rowan and Littlefield: Lanham, MD.

Albrecht, Steffen / Kohlrausch, Niels / Kubicek, Herbert / Lippa, Barbara / Märker, Oliver / Trénel, Matthias / Vorwerk, Volker / Westholm, Hilmar / Wiedwald, Christian (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government – Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Ref. IT 1. Institut für Informationsmanagement: Bremen.

Altemeyer, Bob (1988): Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism. Jossey-Bass Publishers: San Francisco and London.

Altheide, David L. (1996): Qualitative Media Analysis (Qualitative Research Methods Series, vol. 38), Thousand Oaks: London, New Delhi.

Arbter, Kerstin (2011): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung – Praxisleitfaden. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaf/Bundeskanzleramt: Wien.

Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.

Arzheimer, Kai (2005): Politikverdrossenheit – Eine Frage der Persönlichkeit? Der Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsfaktoren und Verdrossenheitseinstellungen, S.193–207. In: Schuhmann, Siegfried (Hrsg.): Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Aström, Joachim (2001): Should democracy online be quick, strong or thin? S. 49-51. In: Communications of the ACM, Vol. 44 (1).

Barnett, Katherine / Greene, Katherine /Greene, Richard (2001): Powering up: How public managers can take control of information technology. CQ Press: Washington, DC.

Bauer, Werner (2003): Internet und Demokratie – Mehr Demokratie durch das Netz? Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung – ÖGPP: Wien.

Betz, Fritz / Bargmann, Monika (2003): Electronic governmentality in Austria governance work – governance work between self-bureaucratisation and central

surveillance, S. 15-23. In: Prosser, Alexander / Krimmer, Robert: e-Democracy: Technologie, Recht und Politik. Österreichische Computer Gesellschaft.

Boulianne, Shelly (2009): Does internet use affect engagement? A meta-analysis of research, S. 193-211. In: Political Communication, 26 (2).Taylor & Francis Group.

Brandtaeg, Petter Bae / Heim, Jan / Karhasanovic, Amela (2010): Understanding the new digital divide - A typology of internet users in Europe, S. 123-138. In: International Journal of Human-Computer Studies 69.

Bräuer, Marco / Biewendt, Thomas (2005): Elektronische Bürgerbeteiligung in deutschen Großstädten 2005 - Zweites Website-Ranking der Initiative eParticipation. Initiative eParticipation.

Brewer, Gene A. / Neubauer, Bruce J. / Geiselhart, Karin (2006): Designing and implementing e-government systems: Critical implications for public administration and democracy, S. 472-499. In: Administration & Society 38.

Brodie, Ellie / Hughes, Tim / Jochum, Véronique / Miller, Sarah / Ockenden, Nick / Warburton, Diane (2011): Pathways through participation: What creates and sustains active citizenship? National Council for Voluntary Organisations/Institute for Volunteering Research and Involve: London.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie - BMVIT (Hrsg.) (2012): Breitbandstrategie 2020, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: Wien. Unter: http://www.bmvit.gv.at/telekommunikation/publikationen/downloads/breitbandstrategie2020.pdf (Zugriff 16.05.2013).

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung - BMWF (2010): E-Voting bei den Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftswahlen 2009, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: Wien.

Bürklin, Wilhelm / Kein, Markus (1982): Wahlen und Wählerverhalten. Leske + Budrich: Opladen.

Chadwick, Andrew / Howard, Philipp N. (Hrsg.) (2010): The Routledge Handbook of Internet Politics. Routledge: New York.

Dahl, Robert A. (1989): Democracy and its critics. Yale University Press: New Haven, CT.

Dahlberg, L. (2007): Rethinking the fragmentation of the cyberpublic: From consensus to contestation. New Media & Society 9(5), p. 827-847.

De Cindio, Fiorella / De Marco, Antonio / Sonnante, Leonardo (2005): Deliberative Community Networks, S. 213-216. In: Joint Workshop on Decision Support Systems, Experimental Economics & e-Participation.

De Leeuw, Edith. / Hox, Joop / Dillman, Don (Hrsg.) (2008): International Handbook of Survey Methodology. Taylor & Francis: New York.

De Nève, Dorothée (2011): Korruption und Demokratie – Perspektiven der Politikwissenschaft, S. 129-148. In: Achathaler, Lukas / Hofmann, Domenica / Pázmándy, Matthias (Hrsg.): Korruptionsbekämpfung als globale Herausforderung – Beiträge aus Praxis und Wirtschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften - Springer Fachmedien: Wiesbaden 2011.

Dietrich, Daniel (2010): Offene Daten für Deutschland. Chancen und Herausforderungen für die Zukunft, S. 49-79. In: Internet und Gesellschaft Co:llaboratory: Offene Staatskunst. Bessere Politik durch Open Government? Abschlussbericht Oktober 2010. Unter: http://www.tagesspiegel.de/downloads/1956330/2/Offene%20Staatskunst (Zugriff 27.03.2013)

Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen, S.181–193. In: Arbeit 15 (1).

Dryzek, John S. (1990): Discursive democracy: politics, policy, and political science. Cambridge University Press: New York.

Duckitt John / Sibley, Chris G. (2010): Personality, Ideology, Prejudice and Politics: A Dual-Process Motivational Model, S.1861-1893. In: Journal of Personality 78.

Dudenhöffer, Kathrin / Michael Meyen (2012): Digitale Spaltung Im Zeitalter Der Sättigung, S. 7-26. In: Publizistik 57 (1).

Emmer, Martin / Vowe, Gerhard / Wolling, Jens (2011): Politische Online - Kommunikation in Deutschland. UVK: Konstanz.

Europäische Kommission - KOM(2002) 263 Endgültig: eEurope 2005: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Europäische Kommission - KOM(2007) 694 Endgültig: Europäische i2010-Initiative zur digitalen Integration - An der Informationsgesellschaft teilhaben, 2007.

Europäische Kommission (2010): Digitizing Public Services in Europe: Putting Ambition into Action - 9th Benchmark Measurement Europäische Kommission - DG Connect: Brüssel.

Europäische Kommission (2011), Europäischer eGovernment-Aktionsplan 2011-2015. Unter: http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/action_plan_2011_2015/docs/action_plan_de_act_part1_v1.pdf (Zugriff 16.05.2011)

Europäische Kommission (2013): Digital Agenda Scoreboard – Digital Agenda for Europe. Unter: https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/scoreboard (Zugriff 16.05.2013).

Fairclough, Norman/ Wodak, Ruth (1997). Critical Discourse Analysis. In: van Dijk, Teun A. (Hrsg.): Discourse as Social Interaction. London et al., S. 258-284.

Farrel, Henry (2011): The Internet's Consequences for Politics. George Washington University: Washington, DC.

Ferro, Enrico / Molinari, Francesco (2010): Making Sense of Gov 2.0 Strategies: No Citizens, No Party, S. 56-68. In: eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM) Vol. 2, No 1 (2010).

Filzmaier, Peter (2007): Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo, S. 45-51. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Der WählerInnenwille. Informationen zur Politischen Bildung 27. Innsbruck-Bozen-Wien.

Forhmann, J / Orzessek, A. (2002): Zerstreute Öffentlichkeiten. Zur Programmierung des Gemeinsinns. Fink-Verlag: München.

Fountain, Jane E. (2001): Building the virtual state: Information technology and institutional change. Brookings Institution: Washington, DC.

Friedmann, Thomas L. (2000): The lexus and the olive tree. Anchor: New York.

Friesl, Christian / Polak, Regina / Hamachers-Zuba, Ursula (2009): Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990-2008. Czernin: Wien.

Fuchs, Christian / Bernhaupt, Christina / Hartwig, Christiana / Kramer, Mark A. / Maier-Rabler, Ursula (2006): Broadening eParticipation: Rethinking ICTs and Participation. ICT&S Center, Research Paper No. 2, October 2006. ICT&S Center: Advanced Studies and Research in Information and Communication Technologies & Society.

Gabriel, Oscar W. / van Deth, Jan W. (1995): Political Interest. In The Impact of Values. Beliefs in Government Vol. 4. Wiley: Oxford.

Gibson, Rachel / Cantijoch, Marta (2011): Conceptualizing and measuring participation in the age of the internet: Is online political engagement really different to offline? Institute for Social Change: University of Manchester.

Groves, Robert M. / Fowler, Floyd J. / Couper, Mick P. / Lepkowski, James M. / Singer, Eleanor / Tourangeau, Roger (2009): Survey Methodology 2nd Edition. John Wiley & Sons: Hoboken.

Harvard Policy Group on Network-enabled Services and Government (2000): Eight imperatives for leaders in a networked world: Guidelines for the 2000 election and beyond. Harvard University's Kennedy School of Government and IBM Institute for Electronic Governance. Unter: http://www-01.ibm.com/industries/government/ieg/pdf/eightImperative.pdf (Zugriff 27.03.2013).

Heclo, Hugo (1978): Issue networks and the executive establishment, S. 87-124. In: King, A. (Hrsg.): The new American political system. American Enterprise Institute: Washington, DC.

Heindl, Patricia: Elektronische Demokratie – Dienstleistungen des Staates: e-Voting, e-Legislation, e-Participation, S. 175-187. In: Prosser, Alexander / Krimmer, Robert: e-Democracy: Technologie, Recht und Politik. Österreichische Computer Gesellschaft 2003.

Initiative D21 / Institute for Public Information Management (ipima) (2012): E-Government Monitor 2012 – Nutzung und Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten im internationalen Vergleich. Berlin / München 2012.

Jirik, Christian (2009): Evaluierung Breitbandinitiative 2003. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: Wien. Unter: http://www.bmvit.gv.at/telekommunikation/politik/downloads/breitband2003endbericht.pdf (Zugriff 16.05.2013)

Karger, Pia / Ahrens, Katharina: Online-Foren in der dt. Bundesverwaltung – Ein Instrument für effiziente Bürgerorientierte Partizipation, S. 77-87. In: Prosser, Alexander / Krimmer, Robert: e-Democracy: Technologie, Recht und Politik. Österreichische Computer Gesellschaft 2003.

Keane, J.(2001):Structural transformations of the public sphere. In: Hacker, K. L./ van Dijk, J. (Eds.): Digital democracy: Issues of theory and practice, p.70-89. Sage: London.

Kuckartz, Udo (Hrsg.) (2007): Qualitative Datenanalyse: computergestützt. Methodische Hintergründe und Beispiele aus der Forschungspraxis. 2. Auflage. Wiesbaden.

Krimmer, Robert / Makolm, Josef / Parycek, Peter / Steininger, Sigrid / Kripp, Peter (2007): Politik zum Mitmachen – Jugenddeliberation im Internet. Arbeitspapiere zu elektronischen Wahlen und Partizipation. Nr.1/2007 – Kompetenzzentrum für elektronische Wahlen und Partizipation.

Kroes, Neelie (2010): My vision for eGovernment and how to make it real. Speech at the Lift-Off towards Open government conference, Brussels, 10 December 2010. Unter: http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/action_plan_2011_2015/docs/s10_752_en.pdf (Zugriff 27.3.2013).

Lourenço, Rui Pedro / Costa, João Paulo (2005): Deliberative democracy and the World Wide Web, S. 172-182. In: Joint Workshop on Decision Support Systems, Experimental Economics & e-Participation.

Lowi, Theodore J. (1969): The end of liberalism. Norton: New York.

Macintosh, Ann (2006): eParticipation in policy-making: The research and the challenges, S. 364-369. In: Cunningham P. / Cunningham M. (Hrsg.): Exploiting the Knowledge Economy: Issues, Applications and Case Studies. IOS Press: Amsterdam.

Maier-Rabler, Ursula / Huber, Stefan / Schmid, Astrid (2012): Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke, S. 17-24 In: Informationen zur Politischen Bildung, 35.

Mak, Jeannette (2002): Selling Europe: communicating symbols or symbolic communication? The role of the European Commission and the Dutch and German national governments in achieving public acceptance of the Euro. EUI PhD thesis.

Märker, Oliver (2009): Studie: E-Partizipation in Deutschland – Stärken – Schwächen – Handlungsempfehlungen, S. 45-54. In: eJournal of eDemocracy and Open Government (JeDEM), Vol. 1, No. 1 (2009).

Märker, Oliver / Roeder, Stefanie / Hagedorn, Hans (2005): Public Budget Dialogue - An Innovative Approach to E-Participation, S. 197-203. In: Joint Workshop on Decision Support Systems, Experimental Economics & e-Participation.

Mayer, N. (2003): Le Pen´s Comeback: The 2002 French Presidential Election. In: International Journal of Urban and Regional Research, 27.

Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim.

Mbera, Emmy (2012): Towards budget transparency and improvement in the South Kivu Province, S. 47-58; In: Parycek, Peter / Edelmann, Noella/ Sachs, Michael (Hrsg.): CeDEM12 -Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government.

Medimorec, Daniel / Parycek, Peter / Schossböck, Judith (2011): Vitalizing Democracy through E-Participation and Open Government: An Austrian and Eastern European Perspective. Programm Zukunft der Beschäftigung/Good Governance - Bertelsmann Stiftung.

Merrill, John C. / Lowenstein Ralph L. (1979): Media, Messages and Men: New Perspectives in Communication. 2. Auflage. Longman: New York.

Meyerhoff-Nielsen, Morten / Igari, Noriko (2012): Speaking Danish in Japan - How Japan can learn from Danish best practice, S. 137-150. In: Parycek, Peter / Edelmann, Noella/ Sachs, Michael (Hrsg.): CeDEM12 -Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government.

Molinari, Francesco (2012): eParticipation that works -Evidence from the old Europe, S. 91-110. In: Parycek, Peter / Edelmann, Noella/ Sachs, Michael (Hrsg.): CeDEM12 -Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government.

Morozov, E. (2011): The Net Delusion: How Not to Liberate The World. Penguin: New York.

Morrisett, L. (2003): Technologies of freedom? In: Jenkins, H. & Thorbum, D. (Eds.): Democracy and new media, p. 21 -32. MIT Press: Cambridge.

Müller, Philipp (2010): Offene Staatskunst, S. 11-27. In: Internet und Gesellschaft Co:llaboratory: Offene Staatskunst. Bessere Politik durch Open Government? Abschlussbericht Oktober 2010. Unter: http://www.tagesspiegel.de/downloads/1956330/2/Offene%20Staatskunst (Zugriff 27.03.2013)

National Telecommunications and Information Administration (1998): Falling Through the Net II. New Data on the Digital Divide. U.S. Department of Commerce: Washington, DC. Unter: http://www.ntia.doc.gov/report/1998/falling-through-net-ii-new-data-digital-divide (Zugriff 16.05.2013)

Norris, Pippa (2001): Digital divide: Civic engagement, information poverty and the internet worldwide. Cambridge University Press: Cambridge, UK.

Oberhuber, Florian et al. (2012): Die Einbindung der Zivilgesellschaft in das Reformprogramm Europa 2020 in Österreich. Unveröffentlichter SORA Forschungsbericht im Auftrag des Österreichischen Bundeskanzleramts.

Papacharissi, Zissi (2010): The virtual sphere 2.0: The internet, the public sphere and beyond. In: Chadwick, Andrew / Howard, Philipp N. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Internet Politics. Routledge: New York.

Parks, Wallace (1957): Open Government Principle: Applying the right to know under the Constitution, S. 1-22. In: George Washington Law Review 26(1).

Parycek, Peter (2005): E-Government & E-Democracy. Rechtliche Systemfindung & Auswirkungen der IKT auf die Staatsfunktionen. Dissertation, Universität Salzburg.

Parycek, Peter (2008): Arbeitsgruppe eDemocracy. Positionspapier zu E-Democracy und E-Participation in Österreich.

Parycek, Peter / Sachs, Michael (2010): Open Government. Information Flow in Web 2.0, S. 1-12. In: European Journal of ePractice, No. 9, March 2010. Unter: http://www.epractice.eu/files/European%20Journal%20epractice%20Volume%209.5.pdf (Zugriff 27.03.2013)

Parycek, Peter / Schossböck, Judith / Piswanger, Carl-Markus / Harm, Robert (2012): A temperature check on open government - Accessing parliamentarians' attitude towards democratic concepts, S. 241-253. In: Parycek, Peter / Edelmann, Noella/ Sachs, Michael (Hrsg.): CeDEM12 -Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government.

Pecival, Harald: Der überforderte Wähler – Welche Anforderungen stellt internetübermittelte politische Beteiligung an die Benutzer?, S. 57-68. In: Prosser, Alexander / Krimmer, Robert: e-Democracy: Technologie, Recht und Politik. Österreichische Computer Gesellschaft 2003.

Pelinka, Anton / Rosenberger, Sieglinde (2000): Österreichische Politik: Grundlagen - Strukturen - Trends. WUV: Wien.

Perlot, Flooh / Holzinger, Thomas / Filzmaier, Peter (2011): Offliner-Studie – Qualitative Ursachenforschung zur Nicht-Nutzung des Internets in Österreich. Institut für Strategieanalysen: Wien.

Plasser, Fritz / Ulram, Peter (1999): Politische Involvierung und politische Unterstützung in Österreich, S. 241-262. In: Plasser, F. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Vol. 17. Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft. Peter Lang, Frankfurt a.M.

Plasser, Fritz / Ulram, Peter (2002): Das Österreichische Politikverständnis - Von der Konsens- zur Konfliktkultur? WUV: Wien.

Polat, Rabia K. (2005): The Internet and the Political Participation – Exploring the Explanatory Links, S. 435-459. In: European Journal of Communication 2005; Vol. 20 (4).

Pratto, Felicia / Sidanius, James / Stallworth, Lisa M. / Malle, Bertram F. (1994): Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes, S. 741-763. In: Journal of Personality and Social Psychology, 67.

Prosser, Alexander (2003): E-Voting: Kritische Erfolgsfaktoren, S. 7-10. In: Braun, Nadja / Heindl, Patricia/ Karger, Pia / Krimmer, Robert / Prosser, Alexander / Rüß, Oliver: e-Voting in der Schweiz, Deutschland und Österreich: Ein Überblick. Arbeitspapiere zum Tätigkeitsfeld Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft – Nr. 02/2003. Institut für Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft Wirtschaftsuniversität Wien.

Prosser, Alexander / Guo, Yan / Lenhart, Jasmin (2005): Die Einstellung der Wiener Bevölkerung zu elektronischer Demokratie. Arbeitspapiere zum Tätigkeitsfeld Informationsverarbeitung, Informationswirtschaft und Prozessmanagement Nr. 02/2005.

Rheingold, Howard (1993): The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier. Addison-Wesley: Reading. Unter: http://www.rheingold.com/vc/book/ (Zugriff 27.03.2013)

Rheingold, Howard (2002): Smart mobs, the next social revolution. Perseus: Cambridge, MA.

Riehm, Ulrich / Krings, Bettina-Johanna (2006): Abschied vom Internet für alle? Der blinde Fleck in der Diskussion. Zur Digitalen Spaltung, S. 75–94. In: Medien&Kommunikationswissenschaft 54 (1).

Robison, Kristopher K. / Crenshaw, Edward M. (2010): Reevaluating the Global Digital Divide: Socio-Demographic and Conflict Barriers to the Internet Revolution, S. 34-62. In: Sociological Inquiry, Volume 80 (1).

Rojas Hernando / Puig-i-Abril, Eulalia (2009): Mobilizers Mobilized: Information, Expression, Mobilization and Participation in the Digital Age. In: Journal of Computer-Mediated Communication 14 (2009) - International Communication Association.

Ruesch, Michelle Anna / Märker, Oliver (2012): Real Name Policy in E-Participation - The case of Gütersloh's second participatory budget, S. 109 – 123. In: Parycek,

Peter / Edelmann, Noella/ Sachs, Michael (Hrsg.): CeDEM12 -Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government.

Scheuregger, Daniel / Spier, Tim (2007): Working-Class Authoritarianism und die Wahl rechtspopulistischer Parteien. Eine empirische Untersuchung für fünf westeuropäische Staaten, S. 59-80. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59.

Schwab, Klaus / Greenhill, Robert: The Global Information Technology Report 2009–2010. World Economic Forum: Genf.

Schwarzer, Ralf / Jerusalem, Matthias. (2002): Das Konzept der Selbstwirksamkeit, S. 28-53. In: Zeitschrift für Pädagogik, 44. Beiheft: Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstitutionen.

RTE (2011): Die Österreichischen Telekommunikationsmärkte aus Sicht der Nachfrager im Jahr 2011. Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH: Wien.

Sidanius, James / Pratto, Felicia (1999): Social Dominance - An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression: Cambridge University Press: New York.

Sidanius, James / Pratto, Felicia / Bobo, Lawrence (1996): Racism, conservatism, affirmative action and intellectual sophistication: A matter of principled conservatism or group dominance? S. 476-490. In: Journal of Personality and Social Psychology, 70.

Siedschlag, Alexander (2002): Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie – Ein Kommentar zum Forschungsstand. Unter: http://www.esci.at/eusipo/iup_sota.pdf (Zugriff 16.05.2013)

SORA (2009): E-Voting bei den ÖH-Wahlen 2009. Massenmediale Diskurse – Wahrnehmungen von Studierenden – Erfahrungen der Wahlkommission, S. 39.

Statistik Austria (2012): IKT-Einsatz in Haushalten – Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in Haushalten 2012. Statistik Austria: Wien.

Statistik Austria (2013): IKT-Einsatz in Unternehmen – Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen 2012. Statistik Austria: Wien.

Sunstein, C. (2001). Republic.com. Princeton University Press: Princeton, NJ.

Tewksbury, David / Rittenberg, Jason (2010): Online News Creation and Consumption: Implication for Modern Democracies. In: Chadwick, Andrew / Howard, Philipp N. (Hrsg.): The Routledge Handbook of Internet Politics. Routledge: New York.

United Nations (2012): United Nations E Government Survey 2012 - E Government for the People. United Nations: New York.

Van Dijk, Jan. A. G. M. (2010): One Europe, Digitally Divided, S. 288–304. In: Routledge Handbook of Internet Politics. Routledge: New York.

Vieiera, James Batista / Wahrendorff Caldas, Ricardo (2012): The impact of public transparency in fighting corruption - A study on Brazilian Municipalities E-Government, S. 37 – 46. In: Parycek, Peter / Edelmann, Noella / Sachs, Michael (Hrsg.): CeDEM12 -Proceedings of the International Conference for E-Democracy and Open Government.

Williams, Dmitri (2006): On and Off the `Net: Scales for Social Capital in an Online Era. In: Journal of Computer-Mediated Communication 11. International Communication Association.

Winkler, Roman (2003): d-democracy: potentials and constraints of online participation in the political public sphere, S. 5-14. In: Prosser, Alexander / Krimmer, Robert: e-Democracy: Technologie, Recht und Politik. Österreichische Computer Gesellschaft.

Wodak, Ruth (Hrsg.) (2001): Methods of critical discourse analysis. London.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stichprobenstruktur 19
Tabelle 2: Variablen Clusteranalyse 22
Tabelle 3: Wilks' Lambda Test 23
Tabelle 4: Variablen Pfadanalyse 25
Tabelle 5: Nutzungsindizes 95
Tabelle 6: Nutzungsorte und Zugangsgeräte 96
Tabelle 7: Bedenken bei E-Voting nach Typen und Alter 102
Tabelle 8: Altersdurchschnitt nach Typen 103
Tabelle 9: Bildungsniveau (Anteil ab 25) 107
Tabelle 10: Politisches Themeninteresse (Sehr/ziemlich interessiert) 114
Tabelle 11: Politikverständnis 122
Tabelle 12: Politische Beteiligungsintention 125
Tabelle 13: Politische Beteiligungsformen in der Vergangenheit 129
Tabelle 14: Politische Aktivitäten – Online und Offline 131
Tabelle 15: Korrelation Internetnutzung – Politisches Interesse/Themeninteresse 142
Tabelle 16: Politikinteresse nach Alter und Lesen von Online-Nachrichten 143
Tabelle 17: Standardisierte Koeffizienten im Pfadmodell 191

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: E-Democracy und E-Government 28
Abbildung 2: Internetnutzung in Haushalten im Zeitverlauf 55
Abbildung 3: Breitbandnutzung in Landeshauptstädten und außerhalb 56
Abbildung 4: Typologie der InternetnutzerInnen 87
Abbildung 5: Häufigkeit der Internetnutzung 90
Abbildung 6: Alter bei erster Internetnutzung 91
Abbildung 7: Intensiv genutzte Anwendungen in den letzten drei Monaten (Nutzung nur „oft“ und „immer“) 93
Abbildung 8: Genutzte Anwendungen in den letzten drei Monaten (zumindest „selten“ genutzt) 94
Abbildung 9: Orte der Internetnutzung 96
Abbildung 10: Geräte zur Internetnutzung 97
Abbildung 11: Internetnutzung privat und/oder beruflich 98
Abbildung 12: Besitz/Bekanntheit der Bürgerkarte 98
Abbildung 13: Stimmabgabe per Internet? 99
Abbildung 14: Bedenken bei E-Voting? 100
Abbildung 15: Gründe gegen E-Voting (Basis: geringe bis sehr große Bedenken) 101
Abbildung 16: Verteilung der Altersgruppen 103
Abbildung 17: Typenzugehörigkeit nach Altersgruppen 104
Abbildung 18: Geschlecht und Alter 105
Abbildung 19: Erwerbsstatus 106
Abbildung 20: Bildungsniveau 107
Abbildung 21: Migrationshintergrund 108
Abbildung 22: Gesellschaftliche Position 109
Abbildung 23: Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand 110
Abbildung 24: Selbstwirksamkeit (Trifft sehr/Ziemlich zu) 111
Abbildung 25: Distanz zu Technik und Mediengesellschaft (trifft sehr/ziemlich zu) - Alle Altersgruppen 112
Abbildung 26: Interesse an Politik allgemein 113
Abbildung 27: Durchschnittliche Nutzung der Informationsmedien 116
Abbildung 28: Anteil an UserInnen, der sich über ein Thema ausschließlich über das Internet informiert 117
Abbildung 29: Websites zur politischen Information (Schon einmal genutzt) 118
Abbildung 30: Zufriedenheit mit politischen Mitsprachemöglichkeiten 119
Abbildung 31: Wichtigkeit politischer Mitsprachemöglichkeiten (sehr/ziemlich wichtig) 120
Abbildung 32: Politikverständnis – (Stimme sehr zu) 124
Abbildung 33: Politische Partizipation – Internet (Stimme sehr/ziemlich zu) 126
Abbildung 34: Politische Partizipation – Direkte Demokratie (stimme sehr/ziemlich zu) 128
Abbildung 35: Politische Aktivitäten – Schon einmal getan 130
Abbildung 36: Demokratiebewusstsein (trifft sehr/ziemlich zu) 133
Abbildung 37: Politische Einstellungen: Aktivität, Internet, neue Parteien (stimme sehr/ziemlich zu) 135
Abbildung 38: Bedeutung neuer Parteien wird wachsen/sinken/weder noch 135
Abbildung 39: Sonntagsfrage Nationalratswahl 2013 (Stand: Jänner 2013) 137
Abbildung 40: Sonntagsfrage Nationalratswahl 2013 (Stand: Jänner 2013) - Deklarierte 137
Abbildung 41: Potentielle Wahlpräferenzen (Wählbarkeit 7 oder höher) 139
Abbildung 42: Teilnahmewahrscheinlichkeit NRW 2013 140
Abbildung 43: Pfadanalyse – Alter, Bildung, Information im Internet und politische Beteiligung 145

Anhang

Tabelle 17: Standardisierte Koeffizienten im Pfadmodell

	Koeffizient
Information im Internet, erklärt durch	
Alter	-.40
Bildung	+10
Information in klassischen Medien. erklärt durch	
Alter	+.11
Bildung	Nicht signifikant
Politische Beteiligung: indirekt, erklärt durch	
Alter	+.04
Bildung	+.32
Information im Internet	+.43
Information in klassischen Medien	-.23
Alter → Information im Internet	-.17
Alter → Information in klassischen Medien	-.03
Bildung → Information im Internet	+.04
Bildung → Information in klassischen Medien	Nicht signifikant
Summe weiterer Effekte (inkl. Wechselwirkungen)	+.10
Politische Beteiligung: Partei, erklärt durch	
Alter	+.06
Bildung	Nicht signifikant
Information im Internet	-.06
Information in klassischen Medien	-.04
Alter → Information im Internet	+.02
Alter → Information in klassischen Medien	Nicht signifikant
Bildung → Information im Internet	-.01
Bildung → Information in klassischen Medien	Nicht signifikant
Summe weiterer indirekter Effekte (inkl. Wechselwirkungen)	+.19
Politische Beteiligung: Wahl, erklärt durch	
Alter	+.22
Bildung	+.09
Information im Internet	-.04
Information in klassischen Medien	+.17
Alter → Information im Internet	+.02
Alter → Information in klassischen Medien	+.02
Bildung → Information im Internet	Nicht signifikant
Bildung → Information in klassischen Medien	Nicht signifikant
Summe weiterer indirekter Effekte (inkl. Wechselwirkungen)	+.13